

Stand: 04.07.2025 09:18:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/8211

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/8211 vom 15.05.2007
2. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 22.05.2007
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/9259 des WI vom 08.11.2007
4. Beschluss des Plenums 15/9319 vom 15.11.2007
5. Plenarprotokoll Nr. 109 vom 15.11.2007
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 30.11.2007

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes

A) Problem

Das Bayerische Sachverständigengesetz (SachvG) wurde im Jahr 1950 erlassen und blieb seitdem im Wesentlichen unverändert. Es ist das einzige Gesetz seiner Art in Deutschland und sieht die öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen durch die Regierungen als Bestellbehörden vor. Das Gesetz regelt aus heutiger Sicht die Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle bei den öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen nur unzureichend. Außerdem wirft das Gesetz in der Praxis Abgrenzungsschwierigkeiten zur Bestellzuständigkeit der Industrie- und Handelskammern auf; letztere bestellen auf der Grundlage von § 36 Gewerbeordnung (GewO) i. V. m. Art. 7 Ziff. 2 des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (AGIHK) Sachverständige. Gem. Art. 15 SachvG findet das Sachverständigengesetz keine Anwendung auf Sachverständige, deren Bestellung anderweitig geregelt ist.

Das Gesetz zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (AGIHK) enthält mehrere überholte Regelungen. Zudem sollte eine Klarstellung dahingehend erfolgen, dass das AGIHK der Einführung modernerer Formen der Buchführung, insbesondere der Einführung der kaufmännischen Buchführung, nicht entgegensteht. Die gemäß dem Bundes-IHKG bestehende Möglichkeit zur Übertragung von staatlichen Aufgaben auf die Industrie- und Handelskammern ist bislang im bayerischen AGIHK nicht hinreichend präzisiert.

B) Lösung

Das Sachverständigengesetz soll aufgehoben werden. Die Aufsicht über die bereits in der Vergangenheit von den Regierungen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen wird den Industrie- und Handelskammern auf der Grundlage von § 1 Abs. 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHK) übertragen. Diese können nähere Bestimmungen, insbesondere über die Befugnisse und Pflichten der Sachverständigen durch Satzung regeln.

Für die Neubestellung von Sachverständigen in Bayern sollen – mit Ausnahme des Bereichs Handwerk – ausschließlich die Industrie- und Handelskammern zuständig sein. Der Begriff „Gebiete der Wirtschaft“ i. S. d. § 36 Abs. 1 GewO ist weit auszulegen, so dass die Kammern bereits auf dieser Grundlage (i. V. m. Art. 7 Nr. 2 AGIHK) befugt sind, in einer Vielzahl von Sachgebieten, in denen bisher – auch – die Regierungen Sachverständige öffentlich bestellten, zukünftig Bestellungen vorzunehmen.

Das Bayerische AGIHKG ist insgesamt zu novellieren. Überholte Bestimmungen sind zu streichen. Die Regelungen über die Rechnungslegung sind so zu fassen, dass sie anstehenden oder zukünftigen Modernisierungen der Rechnungslegung nicht entgegenstehen. Die Möglichkeit der Übertragung staatlicher Aufgaben an die Industrie- und Handelskammern und damit der Entlastung der staatlichen Verwaltung ist zu präzisieren.

C) Alternativen

Alternativ zur Aufhebung des Bayerischen Sachverständigengesetzes wäre eine Novellierung denkbar. Dies widerspricht jedoch dem von der Staatsregierung beabsichtigten Abbau von Staatsaufgaben (vgl. Beschluss des Ministerrats vom 10. Januar 2005) und der Deregulierung. Die Konzentrierung der Bestellung von Sachverständigen bei den Industrie- und Handelskammern entspricht zudem der angestrebten Mittelstandsfreundlichkeit von Verwaltung und Gesetzen.

Zur Novellierung der AGIHKG besteht keine Alternative.

D) Kosten

– Staat

Durch die Aufgabenverlagerung im Sachverständigenwesen weg von den Regierungen hin zu den Industrie- und Handelskammern werden bei den Regierungen 1,23 Planstellen eingespart.

Durch die Präzisierung der Möglichkeit zur Übertragung staatlicher Aufgaben an die IHKn kann von dieser Möglichkeit künftig leichter Gebrauch gemacht werden.

– Kommunen

Für die Kommunen ergeben sich keine finanziellen Mehrbelastungen.

– Wirtschaft

Die bereits von den Regierungen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen werden unmittelbar dadurch, dass sie der Aufsicht der Industrie- und Handelskammern unterstellt werden, nicht finanziell belastet. Auch durch die den Kammern entsprechend der Satzungsermächtigung ermöglichten Regeln zur Fortbildungspflicht und zur Berufshaftpflicht ist eine spürbare Mehrbelastung für die Sachverständigen nicht zu befürchten.

Soweit die Industrie- und Handelskammern für die Erstbestellung von Sachverständigen auf bestimmten Gebieten zuständig werden, ist dies für die Antragsteller durchschnittlich teurer als die bisherige Bestellung auf der Grundlage des Sachverständigengesetzes, da die Gebühren bei den Kammern meist höher sind als bei den Regierungen (z.B. IHK München und Oberbayern: Rahmengebühr von 350,- € bis 1300,- €, Regierungen bisher: 30,00 € bis 300,00 €). Allerdings sind die von den Regierungen erhobenen Gebühren nicht kostendeckend. Da die Industrie- und Handelskammern bereits heute die meisten Bestellungen vornehmen, führt die Neuregelung zu einer Angleichung der Verhältnisse für alle Sachgebiete.

– Bürger

Für die Bürger ergeben sich durch die Neuordnung des Sachverständigenwesens keine finanziellen Mehrbelastungen. Die Industrie- und Handelskammern benennen auf Nachfrage von Bürgern geeignete Sachverständige. Dadurch dass die öffentliche Bestellung – bis auf den Bereich des Handwerks – zukünftig bei einer Stelle angesiedelt ist, wird die Transparenz für den Bürger erhöht.

Durch die Novellierung des AGIHKG werden die Formulierungen im Gesetzestext an die von den Industrie- und Handelskammern gewollte Umstellung auf die kaufmännische Buchführung angepasst. Durch diese Umstellung erhöht sich die Transparenz der Industrie- und Handelskammern für die Mitglieder.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes

§ 1

Das Gesetz zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern – AGIHKG – (BayRS 701-1-W) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 werden die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Aufsichtsbehörde)“ durch die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (Aufsichtsbehörde)“ ersetzt.

2. Art. 2 wird aufgehoben.

3. Art. 3 erhält folgende Fassung:

„Art. 3

(1) ¹Für die Rechnungslegung der Industrie- und Handelskammern sind die Vorschriften der Bayerischen Haushaltsordnung sinngemäß anzuwenden. ²Zur Durchführung der Rechnungslegung geben sich die Industrie- und Handelskammern Richtlinien für die Prüfung der Jahresrechnung. ³Diese bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(2) Die Aufsichtsbehörde bestimmt, welche Stelle die Jahresrechnung prüft.“

4. Art. 6 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Zuständig für die Berufung der Beauftragten der Arbeitnehmer im Berufsbildungsausschuss (§ 77 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes – BBiG) ist die Aufsichtsbehörde.“

- b) Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Beauftragten der Arbeitnehmer sind aus Listen zu berufen, die von den vorschlagsberechtigten Organisationen (§ 77 Abs. 2 BBiG) bei der Aufsichtsbehörde eingereicht werden.“

5. Art. 7 erhält folgende Fassung:

„Art. 7

(1) Die Industrie- und Handelskammern haben die Aufgabe, natürliche Personen als Sachverständige nach § 36 der Gewerbeordnung und den hierzu ergangenen Vorschriften öffentlich zu bestellen und zu vereidigen.

(2) Die Industrie- und Handelskammern sind ermächtigt, für Sachverständige nach Abs. 1 durch Satzung die in § 36 Abs. 3 der Gewerbeordnung genannten Vorschriften zu erlassen, soweit nicht die Staatsregierung von der Ermächtigung nach § 36 Abs. 3 der Gewerbeordnung Gebrauch gemacht hat.“

6. In Art. 8 Satz 3 werden die Worte „das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr“ durch die Worte „die Aufsichtsbehörde“ ersetzt.

7. Art. 9 erhält folgende Fassung:

„Art. 9

Die Aufsichtsbehörde wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Staatsministerien durch Rechtsverordnung den Industrie- und Handelskammern nach deren Anhörung weitere Aufgaben zu übertragen.“

8. Art. 10 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Es gelten folgende Übergangsvorschriften:

1. Anträge auf Bestellung als Sachverständiger, die vor dem Außerkrafttreten des Sachverständigengesetzes bei der zuständigen Regierung eingegangen sind, werden von dieser nach dem bisherigen Recht verbeschieden.
2. Für die Aufsicht über Sachverständige, die auf Grund des Sachverständigengesetzes öffentlich bestellt und beeidigt worden sind, sowie für Rücknahme und Widerruf einer solchen Bestellung ist die Industrie- und Handelskammer zuständig, in deren Bezirk der Sachverständige seine Hauptniederlassung hat.
3. Die nach Art. 7 Abs. 2 dieses Gesetzes erlassene Satzung gilt auch für Sachverständige, die auf Grund des Sachverständigengesetzes öffentlich bestellt und beeidigt worden sind, mit Ausnahme der Bestimmungen über das Erlöschen der Bestellung. In der Satzung nach Art. 7 Abs. 2 dieses Gesetzes können die Industrie- und Handelskammern ein vereinfachtes Verfahren zur Bestellung von solchen Sachverständigen regeln, die für das betroffene Sachgebiet bereits von einer Regierung öffentlich bestellt und beeidigt wurden.
4. Die öffentliche Bestellung eines von einer Regierung bestellten Sachverständigen erlischt, wenn
 - a) der Sachverständige auf die Bestellung verzichtet oder seine Hauptniederlassung oder seinen Hauptwohnsitz aus dem Gebiet des Freistaates Bayern verlegt;
 - b) die Industrie- und Handelskammer die öffentliche Bestellung zurücknimmt oder widerruft.“

§ 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am in Kraft.
- (2) Mit Ablauf des tritt das Gesetz über öffentlich bestellte und beeidigte Sachverständige (Sachverständigenengesetz – SachvG) vom 11. Oktober 1950 (BayRS 702-1-W), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1994 (GVBl S. 392), außer Kraft.

Begründung:

A. Allgemeines

Es gibt derzeit in Bayern drei Bestellbehörden, die öffentliche Bestellungen von Sachverständigen vornehmen:

- die Industrie- und Handelskammern aufgrund von § 36 Abs. 1 GewO i. V. m. Art. 7 Ziff. 2 AGIHKG
- die Handwerkskammern aufgrund von § 91 Abs. 1 Ziff. 8 HwO
- die Regierungen aufgrund von Art. 1, 15 SachvG.

In den übrigen Ländern gibt es keine Landessachverständigenengesetze. Eine öffentliche Bestellung von Sachverständigen erfolgt dort nur, soweit GewO und HwO (z. T. auch durch die jeweiligen Architekten- bzw. Ingenieurkammern) dies ermöglichen.

Das SachvG wurde im Jahr 1950 erlassen und blieb seitdem im Wesentlichen unverändert. Es wirft in der Praxis folgende Probleme auf:

1. Qualitätssicherung und -kontrolle ist nur unzureichend möglich

Das Sachverständigenengesetz enthält keine Regelungen über eine Befristung der Bestellung sowie über Fortbildungspflichten, die Pflicht zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung, Vorschriften über die Werbung des Sachverständigen sowie über die Zulässigkeit der Einschaltung von Hilfskräften. Die von den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern erlassenen Sachverständigenordnungen sehen hingegen entsprechende Regelungen vor.

2. Abgrenzung der Zuständigkeiten der Bestellbehörden

Nach § 36 GewO i. V. m. Art. 7 Ziff. 2 AGIHKG und Art. 1, 15 SachvG sind die Industrie- und Handelskammern zuständige Bestellbehörden, soweit auf den „Gebieten der Wirtschaft“ ein Sachverständiger bestellt werden soll. In allen sonstigen Fällen sind nach dem Sachverständigenengesetz die Regierungen zuständig – vorbehaltlich anderweitiger Spezialregelungen, z. B. für den Bereich des Handwerks (§ 91 Ziff. 8 HwO).

Die Auslegung des Begriffs „Gebiete der Wirtschaft“ i. S. d. § 36 Abs. 1 GewO bereitet Probleme. Eine Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr vom 28. Juni 1966, Nr. 5208-II/2a-27386, brachte in diesem Punkt keine grundsätzliche Klarheit, da sie eine auf den Einzelfall bezogene Abgrenzung vorschreibt; dies führte in der Vergangenheit dazu, dass auf mehreren Sachgebieten sowohl die Industrie- und Handelskammern als auch die Regierungen Sachverständige bestellten (z. B. im Bereich Sprengstoffwesen, Münzwesen, Straßenverkehrsunfälle).

Die geschilderten Probleme machen eine Neuordnung des Sachverständigenwesens erforderlich. Anlässlich der 91. Tagung des Bund-Länder-Ausschusses „Gewerberecht“ am 18./19. Juni 2002 wurde an die Länder appelliert, die Bestellung nach § 36 GewO durch die Industrie- und Handelskammern soweit wie möglich zu stärken, um einer weiteren Zersplitterung des Sachverständigenwesens entgegenzuwirken.

Anstelle einer grundlegenden Novellierung des SachvG soll – insbesondere auch vor dem Hintergrund des von der Staatsregierung geforderten Abbaus staatlicher Aufgaben – das SachvG aufgehoben und die Zuständigkeit der Industrie- und Handelskammern gestärkt werden.

Gleichzeitig soll das AGIHKG soweit notwendig novelliert werden. Das AGIHKG wird damit an die Entwicklung der Rechtslage im Bundes-IHKG angepasst und modernisiert.

B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Gesetze bedürfen zu ihrer Aufhebung eines Aufhebungsgesetzes, Gesetzesänderungen können ebenfalls nur durch Gesetz erfolgen. Ebenso müssen für die bereits von den Regierungen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen („Altfälle“) zumindest die wesentlichen Übergangsregelungen durch Gesetz getroffen werden.

C. Zu den Einzelvorschriften

Zu § 1 Ziffer 1

Die überholte Bezeichnung der Aufsichtsbehörde wird korrigiert.

Zu § 1 Ziffer 2

Der Verweis auf § 794 ZPO in Bezug auf die Rückstandsverzeichnisse der IHK wird gestrichen. Damit entfällt die vom IHKG abweichende landesrechtliche Regelung, so dass Art. 3 Abs. 8 IHKG zur Anwendung kommt. Danach sind für die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen, Sonderbeiträgen und Gebühren die für Gemeindeabgaben geltenden landesrechtlichen Vorschriften entsprechend anzuwenden. Es hat sich in der Praxis gezeigt, dass der Verweis auf § 794 ZPO und damit auf zivilrechtliches Vollstreckungsrecht in einer öffentlich-rechtlichen Vorschrift eher verwirrt. Der Wegfall dieses Verweises leistet einen Beitrag zu mehr Rechtsklarheit und Rechtssicherheit. Gleichzeitig wird das AGIHKG damit im Interesse einer Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung entschlackt. Die aufwendige Anfertigung von Rückstandsverzeichnissen über offene Forderungen der einzelnen Mitglieder bei den Industrie- und Handelskammern kann entfallen.

Zu § 1 Ziffer 3

Die bisherige Formulierung von Art. 3 Abs. 1 AGIHKG ging implizit durch Verwendung von kameralistischen Begriffen davon aus, dass die Industrie- und Handelskammern ihre Rechnungslegung nach dem System der kameralistischen Buchhaltung durchführen. Die Industrie- und Handelskammern haben sich bundesweit mittlerweile entschlossen auf die kaufmännische Buchführung umzustellen, da diese für öffentliche Körperschaften, deren Mitglieder ausschließlich gewerbliche Unternehmen sind, zweckmäßiger und transparenter ist. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat inzwischen flächendeckend den bayerischen Industrie- und Handelskammern in Abstimmung mit dem Staatsministerium der Finanzen und dem Obersten Rechnungshof erlaubt, auf die kaufmännische Buchführung umzustellen.

Mit der Neuformulierung von Art. 3 Abs. 1 AGIHKG wird klar gestellt, dass die Industrie- und Handelskammern zwar eine Rechnungslegung nach den Grundsätzen der Bayerischen Haushaltsordnung durchführen müssen, dass ihnen aber keine bestimmte Art von Buchführungssystem (insbesondere Kameralistik oder kaufmännische Buchführung) vorgeschrieben werden soll. Die Formulierung entspricht weitgehend entsprechenden Bestimmungen in einigen anderen Ländern.

Zu § 1 Ziffer 4

Die Rechtsverweisung wird aktualisiert und der Wortlaut an die Begrifflichkeiten der maßgebliche Norm im Berufsbildungsgesetz angepasst.

Zu § 1 Ziffer 5

Art. 7 AGIHKG, der die Aufgabe der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen regelt, wird neu gefasst.

a) Die bisherige Ziffer 1 wird nicht übernommen, da diese neben der bisherigen Ziffer 2 nicht erforderlich ist. Der Begriff „Gebiete der Wirtschaft“ in § 36 Gewerbeordnung, auf den die bisherige Ziffer 2 verweist, umfasst auch die Gebiete der Industrie und des Handels. Die bisherige Ziffer 2 wird Abs. 1. Dabei wird in der Formulierung zum einen klargestellt, dass nur natürliche Personen öffentlich bestellt werden können. In der Praxis beantragen immer wieder Institutionen eine öffentliche Bestellung, obwohl allgemein anerkannt ist, dass juristische Personen nicht öffentlich bestellt werden können. Mit der Klarstellung wird ein entsprechender Irrtum vermieden. Zum anderen wird die bisherige, veraltete Formulierung „zu beedigen und öffentlich anzustellen“ durch die gebräuchlichere Fassung „öffentlich zu bestellen und zu vereidigen“ ersetzt.

b) § 36 GewO sieht die öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen nur auf bestimmten Gebieten vor („Gebiete der Wirtschaft einschließlich des Bergwesens, der Hochsee- und Küstenfischerei sowie der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Garten- und Weinbaues“). Nach dem Sachverständigenengesetz hingegen war eine Bestellung auch auf sonstigen Gebieten möglich, soweit ein entsprechender Bedarf bejaht wurde.

Der Begriff „Gebiete der Wirtschaft“ ist weit auszulegen: Darunter sind auch solche Gebiete zu fassen, die – unmittelbar oder mittelbar – Berührungspunkte zur Industrie, zum Handel, zur Versicherung, zum Dienstleistungsbereich oder

zur sonstigen gewerblichen oder freiberuflichen Tätigkeit haben oder solche Gebiete, die wirtschaftliche Auswirkungen haben oder haben können (vgl. Landmann/Rohmer, GewO (I), § 36 Rn. 57). Eine Vielzahl der Gebiete, auf denen die Regierungen Sachverständige bestellen, können somit als „Gebiete der Wirtschaft“ i. S. d. § 36 GewO angesehen werden, so dass Neubestellungen durch die Industrie- und Handelskammern auf der bestehenden Grundlage von § 36 Abs. 1 GewO i. V. m. Art. 7 Abs. 1 AGIHKG möglich sind.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Gebiete:

- Bau- und Hydraulikmaschinen
(Unfallanalyse bei nicht im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr verunfallten Bau- und Hydraulikmaschinen und deren Bewertung)
- Barrierefreies Bauen und Wohnen
- Sportgeräte, Freizeitgeräte
- Fenster- und Türentechnik (Einbruchschutz)
(tritt an die Stelle des bisherigen Sachgebiets „Einbruchdiebstähle“)
- Kunstwerke
- Landeplätze, Segelfluggelände, Fallschirmspringen, Heißluftballone
- Elektromagnetische Unverträglichkeit
- Münzwesen
- Pferde
- Schießanlagen
- Schriftsachverständige, Schriftvergleichung
- Schusswaffenwesen
- Spielbetrug und unerlaubtes Glücksspiel
(vgl. § 7 Abs. 1 SpielV)
- Sportschifffahrt
- Sprengwesen
- Tauchsport
- Toxikologie
- Verkehrswesen (Straßenverkehrsunfälle)
- Verwertung organischer Abfälle
- Kalkulation von Beiträgen und Gebühren kommunaler Abwasser- und Wasserversorgungsanlagen
(Wasserversorgung und Abwässer ist bereits ein bestehendes Sachgebiet bei den Industrie- und Handelskammern. Zwar ist die kommunale Abwasser- und Wasserversorgung als solche der Daseinsvorsorge und nicht dem wirtschaftlichen Bereich zuzurechnen; die stark betriebswirtschaftlich geprägte Beitrags- und Gebührenkalkulation kann jedoch aufgrund des wirtschaftlichen Bezugs bzw. der wirtschaftlichen Auswirkungen sowohl auf die Kommunen als auch auf Betriebe – entsprechend der gebotenen weiten Auslegung – ebenfalls unter den Begriff „Gebiete der Wirtschaft“ subsumiert werden.)
- Berg-, Kletter-, Ski-, Lawinen- und Canyoningunfälle
(Bei der Ermittlung von Unfallursachen ist immer ein wirtschaftlicher Bezug herzustellen, da sich zivilrechtliche oder versicherungsrechtliche Auseinandersetzungen ergeben; Landmann/Rohmer, GewO, § 36 Rn. 57.)

– Bewertung der Pflegequalität

(Hierzu gehört die Beurteilung der Leistungen einer Pflegeeinrichtung oder von Trägern von Pflegediensten, insbesondere die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit, Leistungsfähigkeit, Qualitätssicherung und Forensik auf dem Gebiet des Pflegemanagements. Als Einschätzung der Qualität einer Dienstleistung fällt dies in das Gebiet der Wirtschaft. Unter anderem kann eine Pflegeeinrichtung ihre Leistung anhand einer solchen Beurteilung entsprechend anbieten und bewerben, so dass auch aus diesem Grund ein wirtschaftlicher Bezug anzuerkennen ist. Nicht zu dem Gebiet „Bewertung der Pflegequalität“ gehört die Feststellung der Pflegestufen und deren Überprüfung.)

Ebenso können die Industrie- und Handelskammern auf der geltenden Rechtsgrundlage des § 36 GewO i. V. m. Art. 7 Abs. 1 AGIHKG Sachverständige auf den Gebieten des Bergwesens, der Hochsee- und Küstenfischerei sowie der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Garten- und Weinbaues öffentlich bestellen. Damit sind die Industrie- und Handelskammern infolge der Aufhebung des Sachverständigengesetzes zukünftig insbesondere auch für Neubestellungen auf sämtlichen Gebieten der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Garten und Weinbaues zuständig.

c) Schließlich gibt es bislang bei den Regierungen Sachgebiete, auf denen zwar keine Bestellung gem. § 36 GewO i. V. m. Art. 7 Ziff. 2 AGIHKG möglich ist, allerdings auch keine neue Rechtsgrundlage geschaffen werden soll, da ein Bedarf an öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen auf diesen Gebieten aus heutiger Sicht nicht (mehr) besteht. Wie bereits ausgeführt kommen alle anderen Bundesländer ohne ein spezielles Sachverständigengesetz aus und nehmen öffentliche Bestellungen lediglich im Rahmen von § 36 GewO und § 91 HwO vor. Auch in Bayern soll es zukünftig auf folgenden Gebieten keine öffentliche Bestellung von Sachverständigen mehr geben:

- Fossilien
- Hunde
- Ermittlung und Erhebung von Ausgleichsbeiträgen einschl. Abrechnung von städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Blutalkoholfragen (Blutgruppengutachten, Serologie)
- Medizin
- Nerven- und Geisteskrankheiten
- Psychologie
- Rechtsmedizin
- Tierhaltung (Reptilien und Amphibien)

Zu einzelnen Sachgebieten:

Zu dem Sachgebiet „Hunde“:

Nach den Vollzugshinweisen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern (IMS vom 30.10.2002, geändert durch IMS vom 22.01.2003) zur Verordnung über Hunde mit gesteigerter Aggressivität und Gefährlichkeit vom 10. Juli 1992 (GVBl S. 268, BayRS 2011-2-7-I), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. September 2002 (GVBl S. 513, ber. 583), ist es nicht erforderlich, dass der das Gutachten erstattende Sach-

verständige von einer Regierung öffentlich bestellt und vereidigt ist. Vielmehr können Sachverständige auch Tierärzte, Hundeführer der Polizei oder Richter aus dem Hundesport sein, sofern sie die erforderlichen Fachkenntnisse besitzen. Eine öffentliche Bestellung von Sachverständigen ist damit nicht erforderlich. Die Vollzugshinweise sind entsprechend anzupassen.

Zu den Sachgebieten der Medizin (Blutalkoholfragen, Nerven- und Geisteskrankheiten, Rechtsmedizin):

Bereits seit längerem werden auf der Grundlage des Bayerischen Sachverständigengesetzes keine Sachverständigenbestellungen auf medizinischen Gebieten mehr vorgenommen. Mit WMS vom 9.11.1994 (Nr. 5251-IV/4a-34 689, 26 632/94) wurde festgelegt, dass eine besondere öffentliche Bestellung zum Sachverständigen aufgrund des Bayerischen Sachverständigengesetzes bei den Berufsgruppen ausscheidet, zu deren Berufsaufgaben es generell gehört, sich auch gutachtlich zu berufsspezifischen Fragen zu äußern. Dies gilt für Ärzte, wie im Übrigen auch für Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater etc. Dieser Personenkreis hat durch die in der Regel an besondere Prüfungen gebundene Zulassung zu den jeweiligen Berufen bereits eine besondere fachliche und persönliche Qualifikation nachgewiesen, so dass es einer zusätzlichen öffentlichen Bestellung als Sachverständiger, die im Interesse des Publikums diese besondere Qualifikation kenntlich machen soll, nicht bedarf. Zu den typischen Inhalten ärztlicher Tätigkeit gehört auch die Anfertigung medizinischer Gutachten.

Zu den Sachgebieten der Psychologie:

Auch auf den Gebieten der forensischen Psychologie ist eine öffentliche Bestellung zukünftig nicht mehr erforderlich. Die Gerichte haben sowohl die Möglichkeit, Universitäts- bzw. Klinikprofessoren mit einschlägigen Kenntnissen und Erfahrungen als auch speziell für die forensische Psychologie ausgebildete Diplompsychologen bzw. Psychotherapeuten mit Gutachten zu beauftragen.

d) Der bisherige Art. 7 Nr. 3 AGIHKG, der die Zuständigkeit der Industrie- und Handelskammer für die öffentliche Ermächtigung der Handelsmakler nach den Bestimmungen des BGB und des HGB regelt, wird aufgehoben. In der Praxis besteht kein Bedürfnis für die öffentliche Ermächtigung von Handelsmaklern. Insbesondere wurden während der letzten 20 Jahre von den bayerischen Industrie- und Handelskammern keine Handelsmakler mehr öffentlich ermächtigt. Insofern scheint es vertretbar, auf eine Zuständigkeitsregelung künftig zu verzichten.

e) Es wird ein neuer Absatz 2 angefügt, der eine Satzungsermächtigung an die Industrie- und Handelskammern enthält. Die Satzung kann die Befugnisse und Verpflichtungen des Sachverständigen entsprechend § 36 Abs. 3 GewO regeln. Dies gilt nicht für die Bereiche, in denen die Landesregierung von der Ermächtigung in § 36 Abs. 3 GewO Gebrauch gemacht hat.

Zu § 1 Ziffer 6

Die überholte Bezeichnung der Aufsichtsbehörde wird allgemein gefasst.

Zu § 1 Ziffer 7

Die bisherige Regelung in Artikel 9 ist gegenstandslos geworden und wird durch eine Ermächtigungsregelung ersetzt, die § 1 Abs. 4 des IHKG präzisiert.

- a) In der bis 1992 geltenden Fassung des IHKG legte § 3 Abs. 4 fest, dass Kammerzugehörige, deren Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erforderte, grundsätzlich von der Umlage befreit waren. Gleichzeitig wurde von diesen Kammerzugehörigen auch nur in bestimmten Fällen ein Grundbeitrag erhoben. Der Grundbeitrag durfte dabei aber die Hälfte des Grundbeitrags anderer IHK-Zugehöriger nicht übersteigen. Mit dieser Regelung sollte die Beitragsbelastung sog. Kleingewerbetreibender beschränkt werden.

Als zusätzliche Beschränkungsmöglichkeit sah das IHKG im letzten Satz von Absatz 4 vor, dass durch Landesrecht ein Höchstbeitrag für die o. g. Personen festgelegt werden könne. Art. 9 AGIHKG knüpft an diese alte Regelung an. Von der Beschränkungsmöglichkeit wurde in den Ländern kein Gebrauch gemacht (siehe Frentzel/Jäkel/Junge, 5. Auflage, S. 190).

Mit der Beitragsnovellierung von 1994 wurde § 3 IHKG grundlegend überarbeitet und § 3 Abs. 4 letzter Satz gestrichen. Der Gesetzgeber hatte in der damaligen Fassung des IHKG vorgesehen, dass nunmehr grundsätzlich alle Kammerzugehörigen beitragspflichtig sein sollten. Es wurde in das Ermessen der Industrie- und Handelskammern gestellt, die Grundbeiträge nach Leistungskraft zu staffeln. Für Kleingewerbetreibende wurde im Rahmen der Umlagezahlung ein Freibetrag eingeführt (§ 3 Abs. 3 IHKG a.F. 1994).

Damit geht bereits seit dieser Zeit die Regelung des Art. 9 AGIHKG ins Leere. Für eine modifizierte Regelung besteht weder Anlass noch Raum. Das IHKG regelt die Grundzüge des Beitragsrechts abschließend. In den Jahren 1998 und 2003 wurden zudem weit reichende Beitragsbefreiungstatbestände für sog. Kleingewerbetreibende im IHKG eingeführt, so dass es einer Deckelungsregelung auch nicht mehr bedarf.

- b) Die neue Regelung des § 9 AGIHKG präzisiert § 1 Abs. 4 des IHKG, indem die Zuständigkeit für die Übertragung neuer Aufgaben an die Industrie- und Handelskammern eindeutig der Aufsichtsbehörde zugewiesen wird. Diese hat dabei das Einvernehmen mit den fachlich betroffenen Staatsministerien herzustellen und die Industrie- und Handelskammern anzuhalten.

Zu § 1 Ziffer 8

In § 10 Abs. 2 werden die Übergangsregelungen festgelegt, die aufgrund der Aufhebung des Sachverständigengesetzes notwendig werden.

- a) Ziffer 1 stellt klar, dass die bis zum Außerkrafttreten des Sachverständigengesetzes bei der jeweils zuständigen Regierung eingegangenen Anträge auf Bestellung als Sachverständiger von dieser Regierung nach dem bis dahin geltenden Recht beschieden werden. Für später eingegangene Anträge sind die Industrie- und Handelskammern zuständig. Die Regierungen werden die Akten betreffend die öffentlich bestellten und beidigten Sachverständigen nach Inkrafttreten des Änderungsgesetzes, spätestens jedoch nach Abschluss des jeweiligen Verfahrens, an die zuständige Industrie- und Handelskammer übergeben.

- b) Nach Ziffer 2 wird die Aufsicht über die in der Vergangenheit von den Regierungen öffentlich bestellten und beidigten Sachverständigen sowie die Zuständigkeit für Rücknahme und Widerruf dieser öffentlichen Bestellungen den örtlich zuständigen Industrie- und Handelskammern übertragen. Sachverständige, die von einer Regierung bestellt und beidigt wurden, sind weiterhin berechtigt und verpflichtet, die Bezeichnung „von der Regierung ... (Angabe der Regierung) öffentlich bestellter und beidigter Sachverständiger für ... (Angabe des Fachgebiets, für das er bestellt ist)“ zu führen. Die von den Regierungen ausgegebenen Bestellsurkunden, Stempel und Ausweise behalten bis zum Erlöschen der Bestellung ihre Gültigkeit und dürfen weiter verwendet werden.

- c) Ziffer 3 stellt klar, dass die Satzung der Industrie- und Handelskammern hinsichtlich der Befugnisse und Verpflichtungen des Sachverständigen auch für Sachverständige gilt, die von den Regierungen nach dem Sachverständigengesetz ernannt worden sind. Hierzu gehört auch die Rückgabe von Bestellsurkunde und Stempel nach dem Erlöschen der öffentlichen Bestellung. Die Tatbestände des Erlöschens der Bestellung gelten nicht für die von den Regierungen bestellten Sachverständigen. Die Bestellung von Sachverständigen durch eine Regierung, die sich nicht einem vereinfachten Verfahren der Bestellung durch die Industrie- und Handelskammer unterziehen, erlischt erst, wenn ein Tatbestand aus Ziffer 4 eintritt. Satz 2 der Ziffer 3 ermöglicht die Bestellung durch die Industrie- und Handelskammern in einem vereinfachten Verfahren, und zwar von Sachverständigen, die bereits für das betroffene Gebiet von der Regierung bestellt worden sind. In einem solchen Fall erlischt die Bestellung durch die Regierungen zum Zeitpunkt der Bestellung durch die Industrie- und Handelskammer. Es handelt sich hierbei um eine Option für die Sachverständigen, in einem erleichterten Verfahren von der Industrie- und Handelskammer bestellt zu werden. Damit kann möglichen Interessen der Regierungen Sachverständigen nach einer Bestellung durch die Industrie- und Handelskammer Rechnung getragen werden.

- d) In Ziffer 4 wird geregelt, wann die Bestellung der Sachverständigen durch die Regierung erlischt. Das Sachverständigengesetz hat keine Erlöschenstatbestände festgelegt. In der Praxis ergaben sich hierdurch Schwierigkeiten, beispielsweise bei der Verlegung des Hauptwohnsitzes oder der Hauptniederlassung als Sachverständiger. Dementsprechend wurden Tatbestände in Ziffer 4 bestimmt, die die Bestellung des von einer Regierung bestellten Sachverständigen zum Erlöschen bringen. Ziffer 4 enthält insoweit eine abschließende Spezialregelung für die Bestimmungen in den Sachverständigenordnungen der Industrie- und Handelskammern. Dies bedeutet, dass die Bestellung von Sachverständigen, die von den Regierungen bestellt wurden, nur erlöschen, wenn ein in Ziffer 4 genannter Tatbestand erfüllt ist. Nachdem den Industrie- und Handelskammern in Ziffer 2 die Zuständigkeit für die Rücknahme und den Widerruf der Bestellung eines Sachverständigen nach dem Sachverständigengesetz übertragen wurde, knüpft Ziffer 4 b) an eine solche Rücknahme oder den Widerruf die Folge des Erlöschens der Bestellung durch die Regierung.

Zu § 2

Abs. 1 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes, Abs. 2 das Außerkrafttreten des Sachverständigengesetzes.

94. Sitzung

am Dienstag, dem 22. Mai 2007, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	7107	Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen (s. a. Anlage 1)	
Ministerbefragung auf Antrag der CSU-Fraktion „Wie beurteilt die Staatsregierung die Sicherheit in Ostbayern, insbesondere im Hinblick auf den künftigen Wegfall der Grenzkontrollen zur Republik Tschechien sowie auf die Reformplanungen zur Bundespolizei?“		Beschluss	7125, 7141
Dr. Jakob Kreidl (CSU)	7107	Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigen-gesetzes (Drs. 15/8211) – Erste Lesung –	
Staatsminister Dr. Günther Beckstein ..	7107, 7108, 7109, 7110, 7111, 7112, 7113	Staatsminister Erwin Huber	7125
Rudolf Peterke (CSU)	7108	Dr. Hildegard Kronawitter (SPD)	7126
Franz Schindler (SPD)	7109	Eberhard Rotter (CSU)	7127
Jürgen Dupper (SPD)	7110		
Otto Zeitler (CSU)	7111	Verweisung in den Wirtschaftsausschuss	7127
Christine Kamm (GRÜNE)	7111, 7113		
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN „Steuermehreinnahmen für Bayern: Nachhaltige Zukunftsinvestitionen statt Wahlkampfge- schenke“		Abstimmung über Anträge , die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 2)	
Thomas Mütze (GRÜNE)	7114	Beschluss	7127, 7143
Manfred Ach (CSU)	7116		
Jürgen Dupper (SPD)	7118	Bestellung eines Mitglieds der Datenschutzkom- mission	
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)	7119	Beschluss	7128
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	7120		
Erika Görnitz (CSU)	7122		
Staatssekretär Franz Meyer	7123		
Joachim Herrmann (CSU)	7124		

Antrag der Abg.

Franz Maget, Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a.
u. Frakt. (SPD),

Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfen-
berg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erweiterung des Untersuchungsauftrags

**Drs. 15/5574 und Drs. 15/7436 des Untersu-
chungsausschusses** (Drs. 15/7934)

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses
(Drs. 15/8107)

Herbert Müller (SPD) 7128
Adi Sprinkart (GRÜNE) 7129
Alexander König (CSU) 7130

Namentliche Abstimmung

(s. a. Anlage 3) 7135, 7139, 7145

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr,
Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

**Normenkontrollklage gegen die Käfighaltung
von Legehennen** (Drs. 15/7225)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 15/7971)

und

Antrag der Abg. Henning Kaul, Dr. Marcel Huber,
Helmut Brunner u. a. (CSU)

**Bericht über Entwicklungen in der Haltung von
Legehennen** (Drs. 15/7456)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 15/8016)

Barbara Rütting (GRÜNE) 7131, 7132
Dr. Marcel Huber (CSU) 7132
Herbert Müller (SPD) 7132
Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard 7133, 7134
Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) 7134

Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 15/7225 7135

Beschluss zum CSU-Antrag 15/7456 7135

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr,
Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

**Stufenweise Reduzierung des CO₂-Ausstoßes
bei Kfz** (Drs. 15/7239)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
(Drs. 15/8012)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE) 7135, 7138
Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU) .. 7136
Dr. Thomas Beyer (SPD) 7137
Staatssekretär Hans Spitzner 7138

Namentliche Abstimmung

(s. a. Anlage 4) 7139, 7147

Schluss der Sitzung 7139

(Beginn: 15.05 Uhr)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 94. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer erteilt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Ministerbefragung

Die vorschlagsberechtigte CSU-Fraktion hat hierfür das Thema benannt, und zwar: **„Wie beurteilt die Staatsregierung die Sicherheit in Ostbayern, insbesondere im Hinblick auf den künftigen Wegfall der Grenzkontrollen zur Republik Tschechien sowie auf die Reformplanungen zur Bundespolizei?“**

Zuständig für die Beantwortung ist der Staatsminister des Innern. Ich darf Sie, Herr Staatsminister, bitten, ans Pult zu kommen. Der erste Fragesteller ist Kollege Dr. Kreidl.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir hören zu, Kolleginnen und Kollegen! Bitte schön.

Dr. Jakob Kreidl (CSU): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister! Mit Wirkung vom 1. Mai 2004 sind im Zuge der Osterweiterung zehn neue Staaten in die EU gekommen. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Sicherheitslage, weil sich die Situation an den Grenzen geändert hat. Interessant ist zu wissen: Wie hat sich die Sicherheitslage in Bayern, insbesondere im ostbayerischen Grenzraum, seither verändert, und wie schätzt die Staatsregierung den Umstand ein, dass voraussichtlich zum 01.01. des nächsten Jahres, also zum 1. Januar 2008, die Außen-grenze zur Tschechischen Republik fallen wird? Dabei ist es insbesondere von Interesse, welche Auswirkungen im Hinblick auf die Schleuserkriminalität und auf die organisierte Kriminalität zu erwarten sind.

Weiter ist es wichtig zu erfahren, mit welchen organisatorischen und personellen Konzepten die Staatsregierung beabsichtigt, der zu erwartenden Entwicklung entgegen-zusteuern, um weiterhin die Marktführerschaft bei der inneren Sicherheit zu behalten.

Welchen Stellenwert – so lautet meine abschließende Frage – hat innerhalb dieser Konzepte das bayerische Erfolgsmodell der Schleierfahndung, und welche Weiterentwicklung der Schleierfahndung ist denkbar? Wie kann eine sinnvolle Kooperation mit den Kräften der Bundespolizei herbeigeführt werden? In der letzten Plenarsitzung ist deutlich geworden, dass die Bundespolizei umstrukturiert wird und dass dort auch Fahndungskräfte eingesetzt werden. Von daher ist es wichtig zu wissen, wie sich das auf die Schleierfahndung auswirkt und wie gewährleistet werden kann, dass das Erfolgsmodell Schleierfahndung der bayerischen Polizei fortgeführt werden kann.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Frau Präsidentin, lieber Herr Kreidl, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist bekanntlich das sicherste Bundesland. Wir sagen das mit Stolz; denn wir haben die niedrigste Kriminalitätsquote und die höchste Aufklärungsquote aller Bundesländer. In Ostbayern ist der Sicherheitszustand insgesamt gesehen sehr gut. Wir haben dort noch niedrigere Häufigkeitszahlen als im Landesdurchschnitt. Wir sehen natürlich mit sehr zwiespältigen Gefühlen, dass möglicherweise schon zum 1. Januar 2008 die Grenzkontrollen zwischen Bayern und Tschechien, also zwischen Deutschland und den Osterweiterungsländern, wegfallen sollen.

Es ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Ich hebe immer hervor: Diese Entscheidung wird im Dezember beim europäischen Rat „Justiz und Inneres“ getroffen, nachdem eine Evaluierung der Außengrenzkontrollen zwischen der Slowakei und Ungarn, zwischen Polen und Russland sowie zwischen Lettland und Russland stattgefunden hat. Wenn diese Evaluierung erfolgt ist und das Schengener-Informationssystem ausgedehnt wird – wobei nicht etwa ein Schengener-Informationssystem II kommen wird, sondern als eine Ausdehnung des jetzigen Systems als „one for all“ –, ist die Frage zu stellen, welche Auswirkungen das für uns hat.

Natürlich ist – ich sage das deutlich – ein Anstieg der Kriminalität zu erwarten. In den osteuropäischen Ländern ist der Lebensstandard noch deutlich niedriger als bei uns. Der Anreiz zur Kriminalität ist dort noch deutlich höher. Wir wissen, dass der größte Straßenstrich Europas zwischen Eger und Prag liegt, mit all den Erscheinungen der Rotlicht-Kriminalität. Wir sehen auch das Problem der Vietnamesenmärkte, auf denen in großem Umfang Urheberrechtsverletzungen stattfinden und kopierte Produkte vertrieben werden, möglicherweise auch nicht versteuerte Zigaretten. Wir sehen dort eine Menge von Problemen. Wir stellen uns darauf ein und organisieren die Grenzkontrollen um. Die Polizisten bleiben in der Region; ein Drittel der Polizisten verstärkt die örtlichen Polizeidienststellen, ein Drittel wird im ersten Schleierfahndungsgürtel, das letzte Drittel in einem zweiten Schleierfahndungsgürtel eingesetzt. Wir sind im Moment dabei, das zu organisieren.

Die Bundespolizei wird einbezogen. Wir müssen einen Abstimmungsprozess durchlaufen; das muss nebeneinander hergehen. Wenn man die Personalzahlen betrachtet, stellt man fest, dass wir nicht zu viel Polizei, sondern eher zu wenig haben. Niemand muss Angst davor haben, dass Polizisten keine Beschäftigung hätten. Wir würden sogar mit mehr Personal noch etwas Vernünftiges anfangen können.

(Ludwig Wörner (SPD): Das habt ihr selbst abgebaut!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nachfrage: Kollege Peterke. Bitte schön.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Nächste starke Frage!)

Rudolf Peterke (CSU): Herr Staatsminister, die Umorganisation – –

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das Mikrofon ist nicht eingeschaltet!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Würden Sie mir bitte das Mikrofon anzeigen, Herr Kollege?

Rudolf Peterke (CSU): – Vielleicht können mich jetzt auch die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition verstehen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Hören! – Weiterer Zuruf von der SPD: Verstehen nie!)

– Sie hören mich zumindest. Ob Sie mich verstehen wollen, ist eine andere Frage.

Verehrter Herr Staatsminister, die bayerische Grenzpolizei ist ein hochverdienter Polizeiverband und nimmt nunmehr noch die Aufgaben im sogenannten Ostraum Bayerns wahr. Sie wird – wie Sie schon betont haben – von einer Überführungsreform betroffen sein. Die Frage, die ich an Sie stellen möchte, lautet: Können Sie die Vorteile darstellen, die sich aus der Situation ergeben, dass voraussichtlich mit Beginn des Jahres 2008 die Grenzen nach Tschechien fallen werden, und insbesondere darauf eingehen, welche Schwierigkeiten oder welche sozialen Veränderungen für die Angehörigen der bayerischen Grenzpolizei eintreten werden bzw. wie Sie die Sozialverträglichkeit dieser Überführung beurteilen?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Lieber Kollege Peterke, ich will das auch zu Ihnen noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Es ist noch nicht entschieden, dass im Januar 2008 Grenzkontrollen wegfallen werden. Die bayerische Position lautet: Die Grenzkontrollen dürfen nur dann wegfallen, wenn die Ausgleichsmaßnahmen funktionieren. Das wird erst im Dezember 2007 festgestellt. Ich befürchte, dass diese Maßnahmen im Moment noch nicht ausreichend funktionieren. Ein späterer Wegfall der Grenzkontrollen wäre mir lieber als ein Wegfall zum jetzigen Zeitpunkt. Aber wir müssen uns darauf einstellen. Deshalb ist es unser Konzept, ab dem Zeitpunkt X, ab dem die systematischen Grenzkontrollen nicht mehr möglich sein werden, die Grenzpolizei vollständig in die Landespolizei zu integrieren. Die Landespolizei hat dann im unmittelbaren grenznahen Bereich ebenso sämtliche Aufgaben zu erfüllen, auch dort, wo bisher die Grenzpolizei den sogenannten Übertragungsbereich betreut hat.

Das bedeutet, dass wir die örtlichen Polizeidienststellen verstärken: Etwa ein Drittel der heute dort tätigen Polizeibeamten wird dafür eingesetzt werden. Es wird dann ein erster Schleierfahndungsgürtel in den Landkreisen eingerichtet, die unmittelbar an der Grenze liegen. Dafür wird das zweite Drittel der Polizeibeamten verwendet. Das letzte Drittel wird in einem zweiten Schleierfahndungsgürtel eingesetzt, der – wenn ich es grob angebe – von

Hof über Weiden und Regensburg bis Passau reichen wird.

Die Bundespolizei ist natürlich ebenso in Ostbayern tätig. Unser Anliegen war und ist es, die Bundespolizei mit denselben Personalstärken wie heute in der Region zu erhalten; denn durch den Wegfall der Grenzkontrollen werden die Sicherheitsanforderungen größer und nicht geringer. Das heißt für uns: Wir wollen in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei die Schleierfahndung durchführen. Unser Landespolizeipräsident Herr Kindler hat mit Herrn Dr. Kass, dem zuständigen Mann im Bundesinnenministerium, Absprachen getroffen, wie die Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei und bayerischer Landespolizei in Grenznähe funktionieren kann. Es muss dafür gesorgt werden, dass an bestimmten Punkten entweder die Bundespolizei oder die Landespolizei tätig ist. Es sind insgesamt große Flächen abzudecken, sodass wir nicht zu viel Personal, sondern eher zu wenig Personal haben, auch wenn man beide Personalkörper zusammenrechnet.

Bayern hat zugesagt, dass jeder Polizeibeamte nicht weiter als 30 Kilometer von seinem bisherigen Dienst- oder Wohnort entfernt eingesetzt wird. Das ist auch deswegen gerechtfertigt, weil man sich nicht vorher auf die Umstellung einstellen kann. Außerdem brauchen wir die Leute weiterhin in Grenznähe; wir brauchen ihre Kenntnisse und ihre Einsatzbereitschaft. Es wird deswegen unter Umständen eine gewisse Zeit im Übersoll geben. Die gegenwärtige Umstrukturierung der Bundespolizei erfolgt leider nach völlig anderen Kriterien. Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir hier noch schwierige Gespräche mit dem Bundesinnenminister zu führen haben. Insbesondere die Auflösung des Standortes Schwandorf ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Wir haben deswegen heute Vormittag im Kabinett beschlossen, uns im Rahmen der Anhörung an den Bundesinnenminister zu wenden und zu sagen: Aus bayerischer Sicht wäre ein Sitz der Bundespolizeidirektion in München falsch. Der Sitz der Bundespolizeidirektion, die aus dem Amt in Schwandorf und dem Amt in München hervorgeht, sollte nach unseren Vorstellungen in Schwandorf sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Warum? – Früher hieß die Bundespolizei „Bundesgrenzschutz“. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten liegt im grenznahen Bereich. Strukturpolitisch ist es allemal wichtiger, Arbeitsplätze im ostbayerischen Raum zu haben als in München. Ganz abgesehen davon weiß jeder bei der Polizei Tätige, dass wir im Münchner Raum eine Menge von Polizeibeamten, auch übrigens bei der Bundespolizei, haben, die eigentlich ganz woanders Dienst leisten wollten. Die Zwangsversetzungsproblematik ist hier groß. Auch aus diesem Grund hat das Kabinett heute beschlossen, sich mit unserer Meinung an den Bundesinnenminister zu wenden und klarzumachen, dass der Sitz der Bundespolizeidirektion in Schwandorf sein muss.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Darüber hinaus ist es notwendig, dass eine Kriminalitätsbekämpfungsinspektion des Bundes in Schwandorf bleibt,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

auch im grenznahen Bereich, um auf diese Weise dafür zu sorgen, dass die Aufgaben in Ostbayern angemessen erfüllt werden.

Es ist das Ziel der Staatsregierung – ich weiß, dass die Messlatte hoch liegt –, selbst bei Wegfall der Grenzkontrollen einen Anstieg der Kriminalität in Grenznähe zu verhindern. Das heißt, wir wollen das Mehr an Freizügigkeit nicht mit einem Mehr an Kriminalität bezahlen. Bayern muss nach Wegfall der Grenzkontrollen dort genauso sicher sein wie heute. Das heißt, die Aufklärungsquote darf nicht sinken. Wir wollen dort genauso viel Sicherheit wie bisher haben.

An der bayerisch-österreichischen Grenze haben wir das erreicht. Da ist ein großes Lob an die Polizei fällig. In Südbayern ist trotz des Wegfalls der Grenzkontrollen im Jahre 1998 die Kriminalität zwischen Bayern und Österreich nicht angestiegen; wir verzeichnen sogar Kriminalitätsrückgänge. Unser Ziel in Richtung Osten, hin zur Tschechischen Republik, heißt deswegen auch: Wir wollen unter allen Umständen, dass die Sicherheit nicht leidet. Wir haben auch dort zum Ziel, nicht mehr Kriminalität zu haben und keinesfalls ein Ansteigen oder eine niedrigere Aufklärungsquote. Wir wollen alles dafür tun, dass Ostbayern genauso sicher bleibt, wie das heute der Fall ist.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Schindler, Ihre Frage bitte.

Franz Schindler (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Staatsminister, für Ihr erneutes klares Bekenntnis dazu, dass der Sitz der Direktion der Bundespolizei künftig in Schwandorf sein soll. Im Übrigen bitte ich um Ihr Verständnis, dass ich mich frage, welchen politischen Zweck die heutige Veranstaltung verfolgen soll;

(Beifall bei der SPD)

denn das, was Sie ausgeführt haben, ist uns bereits am 18. April in längerer und detaillierter Form im Innenausschuss zur Kenntnis gegeben worden und ein weiteres Mal in der letzten Plenarsitzung, als es um die Pläne zur Neuorganisation der Bundespolizei gegangen ist. Eine Neuigkeit habe ich Ihren heutigen Ausführungen nicht entnehmen können.

Darüber hinaus frage ich mich das, weil wir uns doch in der Zielsetzung einig sind, dass sich die Sicherheitslage in Ostbayern nach dem Wegfall der systematischen Grenzkontrollen nicht verschlechtern darf, sondern mindestens so gut bleiben muss, wie sie heute ist. Dazu brauchen wir nicht nur die bayerische Polizei, sondern auch weiterhin die Bundespolizei, die dann in abgestimmter Vor-

gehensweise mit der bayerischen Polizei Aufgaben im grenznahen Bereich erfüllen muss. Darin sind wir uns doch auch einig. Somit kann ich, wie gesagt, den Sinn der heutigen Veranstaltung nicht ergründen.

Dennoch meine Frage an Sie, Herr Staatsminister: Gibt es belastbare Vergleichszahlen über die Sicherheitslage in Ostbayern vor der Grenzöffnung, also vor 1990, und zu der jetzigen Situation und den Prognosen beim Wegfall der systematischen Grenzkontrollen?

Wenn wir uns darin einig sind, dass die Sicherheitslage in Ostbayern mindestens so gut bleiben soll, wie sie heute ist, stimmen Sie mir dann zu, dass diese Aufgabe leichter zu erledigen wäre, wenn man in Bayern darauf verzichten würde, Stellen bei der Polizei durch Arbeitszeitverlängerung abzubauen?

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schindler, zunächst meine ich schon, dass es mir nicht zusteht, die Tätigkeit des Parlaments zu bewerten. Dennoch denke ich, es ist eine Aufgabe des Plenums, sich mit der wichtigsten Frage der Sicherheitspolitik in diesem Jahre zu beschäftigen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Dass die Menschen in Ostbayern erhebliche Sorge haben, erlebe ich bei jedem Besuch dort. In den Tagesordnungen des Landtages finde ich viele Fragen, die aus meiner Sicht bei Weitem nicht das Gewicht der Frage haben, ob die Sicherheit in demselben Umfang gewährleistet ist, wenn die Grenzkontrollen zum 1. Januar des nächsten Jahres wegfallen sollten. Ich hebe hervor, dass ich ein Gegner dieses Zeitpunktes bin. Ich stimme allerdings nicht darüber ab. Dies ist die Entscheidung des Bundesinnenministers und der EU, die darüber im Dezember abstimmen werden.

Ich weiß, es gibt erhebliche Bedenken; denn jeder, der die Situation im tschechischen Nachbarland kennt, weiß, dass die Sicherheitslage noch nicht hundertprozentig befriedigend ist. Ich drücke mich über alle Maßen diplomatisch aus, wenn ich das so sage.

Die Frage zur Entwicklung der Kriminalität will ich gern folgendermaßen beantworten. Ich habe nicht den Begriff „Ostbayern“ gebraucht, sondern habe vom Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz gesprochen. Da ist allerdings in den Jahren von 1991 bis Mitte der Neunzigerjahre ein drastischer Kriminalitätsanstieg erfolgt. Die Straftaten sind von 77 000 auf 110 000, ja sogar 115 000 angestiegen. Jetzt verzeichnen wir wieder einen leichten Rückgang und liegen bei rund 106 000 Straftaten. Das heißt, nach Wegfall des Eisernen Vorhangs ist die Kriminalität zunächst drastisch angestiegen. Das war für alle Beteiligten nicht überraschend; denn wenn man den Lebensstandard in der östlichen Slowakei oder im östlichen

Polen kennt, weiß man, dass die Kriminellen aus diesen Ländern ein sehr viel attraktiveres Betätigungsfeld bei uns als irgendwo in einem ärmlichen Dorf im Osten haben. Entsprechend hoch waren die Sicherheitsprobleme, von Ladendiebstählen und Ähnlichem gar nicht zu reden.

Diese Belastungen durch die Steigerung der Kriminalitätsrate haben wir heute hinter uns, und wir machen große Anstrengungen, wieder in eine günstigere Entwicklung zu kommen, auch wenn die Kriminalität bei Weitem noch nicht das niedrigere Niveau erreicht hat, das wir vor der Grenzöffnung hatten. Das ist allerdings in all den anderen Ländern noch viel stärker ausgeprägt als bei uns in Bayern. Aber man muss das einfach so sagen.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage das auch deshalb immer wieder, weil man sich nicht zurücklehnen und sagen darf: Wir haben einen wunderbaren Sicherheitszustand. Vielmehr müssen wir uns anstrengen, den Zustand von Ende der Achtzigerjahre wieder zu erreichen und das massive Ansteigen der Kriminalität Vergangenheit werden zu lassen. Das wird auch von den sozialen Entwicklungen in den osteuropäischen Beitrittsländern massiv beeinflusst werden.

Dass wir die Kriminalitätsbekämpfung ernst nehmen, und zwar trotz des notwendigen Stellenabbaus, will ich besonders herausstellen. Natürlich kann man immer sagen, wir würden 1000 oder vielleicht 2000 oder 5000 Polizisten mehr benötigen und auch einsetzen können. Aber ich sage auch hier, dass ich die getroffenen Vereinbarungen über den Einzug von Stellen bis 2010/2012 für richtig halte und mittrage.

Wir haben eine Arbeitszeitverlängerung um rechnerisch 5 %. Ältere Beamte müssen nur eine Stunde mehr arbeiten. Es sind also nicht im vollen Umfang 5 % für alle. Wir haben nur eine deutlich geringere Zahl von Stellen, die eingezogen werden, sodass wir rechnerisch ein deutliches Plus an Arbeitszeit haben durch einerseits die Verlängerung der Arbeitszeit und andererseits die gleichzeitig geringer ausgefallene Streichung von Stellenplänen.

Ich wiederhole: Die Maßnahmen waren richtig. Ich weiß, dass der Erfolg durch die Mehrarbeit der Polizeibeamten erzielt worden ist. Diese Mehrarbeit halte ich allerdings durchaus für zumutbar; denn 42 Stunden Arbeitszeit sind eine verantwortbare Arbeitszeit. Es gibt ältere Polizisten, die mir da auf jeder Veranstaltung Recht geben und sagen: Wir hatten früher noch viel längere Arbeitszeiten, und es gab noch weniger Urlaub.

Ich meine, wir haben alles in allem durchaus das getan, was für die Sicherheit in unserem Freistaat Bayern sinnvoll und notwendig ist. Ich bitte um Verständnis, wenn ich meine, dass hier mit dem etwas altbackenen Schlagwort „Stellenreduzierung“ nicht sonderlich viel an Boden für Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, zu gewinnen ist; denn dass wir diese Diskussion im nationalen Bereich beherrschen, ist allseits bekannt. Wir halten es für ein notwendiges Ziel, unsere Sicherheitsführerschaft,

unsere Marktführerschaft in der inneren Sicherheit auch nach Wegfall der Grenzkontrollen zu behalten.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die Nachfrage: Herr Kollege Dupper.

Jürgen Dupper (SPD): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Herr Minister, auch ich bemerke bei meinen Besuchen und Gesprächen in Ostbayern, dass die Menschen Sorgen haben ob der Politik der Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zu meiner Frage: Da ich davon ausgehen darf, dass Sie die besorgten Schreiben ostbayerischer Kommunalpolitiker sicher genauso erreicht haben wie mich und Sie deshalb zumindest im Groben über die Forderungen aus diesem Raum informiert sind, darf ich kurz und bündig Folgendes fragen: Wie werden die vorhandenen Stellen der Grenzpolizei im Landkreis Freyung-Grafenau in die Landespolizei integriert? Wird dabei die Polizeidichte von 1 : 700 eingehalten, und bleibt es bei einer zu integrierenden Sollstärke von 118 Stellen?

Ich bitte, diese Fragen auch unter dem Sicherheitsaspekt, unter Sozialaspekten und nicht zuletzt unter dem Aspekt der Stärkung des ländlichen Raumes zu beantworten.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Herr Kollege, wir beabsichtigen eine höhere Polizeidichte als 1 : 700.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wann?)

Wir werden in der Größenordnung von 1 : 570 liegen. Dazu kommen noch die Schleierfahndung und die Bundespolizei. Ich hebe also sehr deutlich hervor, dass wir eine sehr, sehr hohe Polizeidichte haben werden.

Man wird nach einigen Jahren überprüfen müssen, ob das in diesem Umfang sinnvoll und richtig ist. Wir beabsichtigen nach etwa drei Jahren eine Evaluation. Dabei ist nicht entscheidend, wie viele Vorgänge es im Einzelnen sind, sondern wie der Sicherheitszustand ist. Wir werden also auch unter Sicherheitsaspekten die erforderliche Polizeidichte haben.

Die einzelnen Sollstellen werden im Moment zwischen den verschiedenen Verbänden festgelegt. Das Motto heißt: Ein Drittel wird zur Verstärkung der örtlichen Polizeistationen und -inspektionen verwendet, und die beiden anderen Drittel werden für die Schleierfahndung in den beiden Sicherheitsschleiern eingesetzt.

Die sozialen Gesichtspunkte sind in einem Maße berücksichtigt worden, wie das bisher wohl bei keiner anderen Reform geschehen ist mit Ausnahme der jeweiligen Eingliederungen der Grenzpolizei in die Landespolizei. Da

haben wir jeweils gesagt, Beamte des mittleren Dienstes werden nicht mehr als 30 Kilometer von ihrem bisherigen Einsatz- oder Wohnort entfernt eingesetzt. Diese Zusage war auch deswegen sinnvoll, weil man damit das Erfahrungswissen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten weiterhin einsetzen kann. Hier sind die sachliche Frage und die soziale Situation völlig miteinander in Deckung zu bringen. Deshalb konnten wir das vornehmen.

Im Einzelnen haben wir die Konzepte mit den Kommunalpolitikern besprochen. Zu welcher Inspektion welche Gemeinde kommt, wird von den örtlichen Polizeipräsidenten derzeit mit den jeweiligen Bürgermeistern verhandelt. Auf den Regionalkonferenzen habe ich unsere Vorstellungen im Großen und Ganzen dargelegt. In der Folge sind eine ganze Reihe von Nachbearbeitungsgesprächen erfolgt bis hin zu der Frage, wie die Alarmierung der Feuerwehr und Ähnliches geschehen soll. Das soll nicht zentral von mir festgelegt werden, sondern im engen Einvernehmen zwischen den örtlichen Polizeidienststellen und den jeweiligen kommunalpolitisch Verantwortlichen erfolgen.

Ich habe bisher keine ernsthaften Klagen gehört. Anders als bei der Organisation der Bundespolizei läuft es bei der bayerischen Landespolizei in großem Einvernehmen ab. Sollten irgendwo Klagen bekannt werden, bitte ich, diese an mich zu geben. Wir werden uns bemühen, das so gut zu lösen wie die anderen Bereiche.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Nachfrage: Kollege Zeitler.

Otto Zeitler (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Herr Minister, ich kann Ihre letzten Worte gleich als Einstieg nehmen, um Ihnen zu danken für die umsichtige Reform der bayerischen Polizei, die sehr transparent durchgeführt worden ist.

Aber heute gilt meine Sorge und meine Frage der Umorganisation der Bundespolizei. Die Bundespolizei ist ein sehr kräftiger Arbeitgeber, insbesondere im ländlichen Bereich, und bei der Umstrukturierung fallen hier Änderungen an.

Nun ist das Land Bayern gehalten, in Form einer Anhörung zum Sitz der Dienststellen Stellung zu beziehen. Der Bayerische Landtag hat das am letzten Donnerstag mit zwei Dringlichkeitsanträgen getan, die einmütig beschlossen wurden. Ich höre, dass sich das bayerische Kabinett heute dem angeschlossen hat und fordert, dass der Sitz der Polizeidirektion für Bayern in Umwandlung des Amtes in Schwandorf und nicht in München sein soll. Das ist strukturpolitisch vernünftig, in der Raumordnungspolitik vernünftig in der Folge, was Bayern tut, und auch sicherheitspolitisch.

Nun, Herr Minister, höre ich, und es war letzten Donnerstag

(Zuruf von den GRÜNEN: Zeit!)

auch eine Delegation von Kommunalpolitikern in Berlin, die mit der Sorge zurückkamen, dass ein B-Plan existieren könnte, der mehr im regionalen Bereich Änderungen erzielen will. Sind Sie der frohen Hoffnung, dass Sie den bayerischen Wunsch, die Direktion nach Schwandorf zu bringen, durchsetzen können und dass Minister Schäuble, das heißt die Bundesregierung, diesem bayerischen Anliegen Rechnung trägt?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Minister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Herr Kollege Zeitler, es war der wesentliche Inhalt deiner Beiträge bei dem Gespräch, das wir im Raum Schwandorf geführt haben, dass man nicht irgendeinen Kompromissplan B vorträgt. Die Staatsregierung hat heute ausschließlich beschlossen: Wir wollen den Sitz der Bundespolizeidirektion nicht in München, sondern in Schwandorf.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir haben lediglich noch angefügt, dass dort zusätzlich eine Kriminalitätsbekämpfungsinspektion notwendig ist, dass es aber nicht in unserem Sinne ist, wenn die Personalprobleme des Standorts Schwandorf dadurch gelöst werden, dass wir Personal von anderen bayerischen Standorten abziehen, Stichwort Waldmünchen oder Nabburg. Wir wollen, dass der Sitz der Direktion in Schwandorf ist. Das ist der Inhalt.

Ob Bundesminister Schäuble darauf eingehen wird, ist völlig offen. Er hat in den Gesprächen mit mir bisher stets gesagt, er werde keine Entscheidung treffen, die nicht von seiner Fachebene für richtig gehalten wird. Er wird sich streng an fachliche Kriterien halten. Er trägt vor, dass seine Fachebene ausschließlich einen Sitz der Bundespolizeidirektion in München für richtig hält. Auf meine Entgegnung, dass ich unter fachlichen Aspekten Schwandorf für richtig halte, sagt er jeweils, ich solle mir nicht den Kopf der Bundespolizei zerbrechen, das sei die Zuständigkeit des Bundes, wie man schon am Namen feststellen könne, und nicht von Bayern.

Das war der letzte Stand. Aber er hat auch zugesagt, wenn es einen förmlichen Beschluss gibt, der ihm übermittelt wird, dann wird er das in großer Seriosität und Sorgfalt noch einmal prüfen. Das ist der Sachstand.

Wir haben den Beschluss heute früh gefasst. Er wird jetzt an den Bundesinnenminister gehen. Dann werden wir das Ergebnis der Prüfung bekommen. Mehr kann von unserer Seite nicht getan werden.

(Otto Zeitler (CSU): Danke!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen für die Frage.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister! Der Zeitung „Bayerns Polizei“ vom Januar 2004 ist zu entnehmen, dass mit dem EU-Beitritt zahlreicher europäischer Staaten auch

Vorteile für die Arbeit der Sicherheitsbehörden in Bayern zu erwarten sind. Unter dem Dach der EU bestehen deutlich besser nutzbare Möglichkeiten der polizeilichen und justiziellen Rechtshilfe und damit eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit bei der Gefahrenabwehr und bei der Strafverfolgung.

Ich frage Sie daher: Welche Maßnahmen wurden von der Bayerischen Staatsregierung seit 2004 ergriffen, um in Zusammenarbeit mit der tschechischen Polizei zu einer Verbesserung der Sicherheitslage zu kommen? In welchen Bereichen ist mit einer Verbesserung der Sicherheitslage zu rechnen? Wie ist die Kriminalitätsbelastung in Tschechien im Vergleich zur Kriminalitätsbelastung in Bayern? In welchen Bereichen erwarten Sie aufgrund konkreter Anhaltspunkte eine Verschlechterung der Kriminalitätssituation in Bayern, und wer ist für die Schengen-Ausgleichsmaßnahmen zuständig? Ist es die Bundespolizei oder die Landespolizei?

Sie haben eine Polizeidichte von 1 : 570 angesprochen. Wie ist die Polizeidichte in anderen Regionen Bayerns? Wie stehen Sie zu den Überlegungen in Berlin, die Befugnisse der Bundespolizei zu erweitern, um die entsprechenden Maßnahmen im Schengen-Bereich zu ergreifen? Wie verhält sich Bayern dazu?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Zunächst, Frau Kollegin Kamm, ist es gut, dass sie darauf hinweisen, dass die Verbesserung der Zusammenarbeit eine wichtige Maßnahme ist und auch eine Voraussetzung dafür, dass Grenzkontrollen wegfallen können. Wir haben in den vergangenen Jahren eine Menge getan. Ich möchte behaupten, dass die Arbeit der bayerischen Polizei, aber auch die des Innenministeriums intensiver gewesen ist, als die jedes anderen deutschen Landes. Der frühere Bundesinnenminister Schily hat uns deswegen auch immer sehr kritisch gemahnt, wir sollten uns nicht als eigene Nation verstehen, weil wir dauernd mit der Polizei in Tschechien kontaktieren und die Ausbildung der Polizei in Ungarn durchführen.

Wir verzeichnen hier also auf den unterschiedlichsten Ebenen eine Intensivierung der Zusammenarbeit im größtmöglichen Maße. Es hat eine ganze Serie von Besuchen der Minister und der führenden Leute der jeweiligen Ministerien gegeben, wobei Arbeitsprogramme entwickelt worden sind. Es hat zwischen der Polizei, insbesondere zwischen den grenzanliegenden Polizeipräsidien, auf Arbeitsebene eine Zusammenarbeit und vielfältige Kontakte gegeben. Unser Landespolizeipräsident Kindler hat mit den Verantwortlichen der Polizeien der Nachbarländer intensive Kontakte. Wir arbeiten über die Grenzbeauftragten, die wir eingerichtet haben, laufend zusammen, sodass Anfragen kommen. Wir können insofern über die polizeiliche Zusammenarbeit die Dateien der Nachbarländer einsehen und Informationen abrufen, ob jemand zum Beispiel in der Tschechischen Republik als Straftäter in Erscheinung getreten ist. Das werden Sie

in besonderer Weise schätzen. Dabei sind die Einschränkungen des Datenschutzes nicht so hinderlich.

Darüber hinaus haben wir eine Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung. Wir können also sagen: Was auf diesem Gebiet möglich war, wurde von uns getan. Es gibt bestimmte Probleme, die größer sind als die in Richtung Österreich, Probleme, die sich allein schon aus der Sprache ergeben. Aber selbst in diesem Bereich versuchen wir, gewisse Schulungen und Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen.

Zur Frage, wer für die Schengener Ausgleichsmaßnahmen zuständig ist: Zunächst einmal sind die wesentlichen Ausgleichsmaßnahmen in den Ländern der EU-Osterweiterung zu treffen. Die Grenzkontrollen zwischen den Ländern des Schengener Abkommens und den übrigen Ländern sind naturgemäß an der Schengener Außengrenze durchzuführen. Das bedeutet, dass an der Ostgrenze Polens, an der Ostgrenze der Slowakei und an der Grenze Ungarns die Grenzkontrollen nach Schengen-Niveau und Evaluierungen der Europäischen Union durchzuführen sind. Der letzte Evaluierungsstand war, dass an der Grenze der Slowakei noch erhebliche Mängel festzustellen sind, sodass ich sage: Wenn man die eigenen Kriterien tatsächlich ernst nimmt und im nächsten halben Jahr nichts Substantielles verändert wird, dürfte nach den eigenen Kriterien die Grenzkontrolle nicht wegfallen. Wir wissen aber nicht, wie sich das entwickelt.

Die Maßnahme „Schengener Informationssystem one for all“ funktioniert bisher noch nicht und soll erst in den nächsten Monaten kommen. Ob das Ganze dann vollständig funktioniert, kann ich noch nicht sagen.

Auch die Verbesserung der Polizei in den Ländern der EU-Osterweiterung ist natürlich Aufgabe der jeweiligen Nationen. Die EU begleitet sie im Grenzbereich über die Agentur FRONTEX, sonst über Evaluierungskommissionen.

Wir haben in Innerdeutschland die Ausgleichsmaßnahmen in gewissem Umfang über die Bundespolizei getroffen; Stichwort Schleierfahndung. Aber diese Schleierfahndung ist natürlich in besonderer Weise Aufgabe der bayerischen Landespolizei. Wir waren auch diejenigen, die die Schleierfahndung insgesamt als neue polizeiliche Fahndungsmethode gefunden haben. Die Bundespolizei sieht sie nur im grenznahen Bereich von 30 Kilometern als Möglichkeit. Die Bestrebungen des Bundes, diese Möglichkeit auf 50 Kilometer auszudehnen, werden von mir nicht euphorisch begrüßt, sondern im Moment wird das von mir schlichtweg zur Kenntnis genommen, ohne dass ich das sehr unterstütze. Aber ich sehe, dass in anderen Bundesländern viele Kollegen eine solche Ausbildung sehr wünschen. Der Kollege in Mecklenburg-Vorpommern hält sie ebenso für sinnvoll und notwendig wie der Kollege in Sachsen. Aber im Moment steht keine Entscheidung an, sodass ich mir noch keine abschließende Meinung darüber gebildet habe, wie wir uns zu einem konkreten Gesetzesvorhaben stellen.

Wir in Bayern legen jedenfalls großen Wert darauf, dass die eigentliche Verantwortung für die Schleierfahndung bei uns liegt und dass sie der Bund nur in einer subsi-

diären, ergänzenden Weise durchführt. Das ist mit dem Bund im Wesentlichen so abgestimmt. Selbstverständlich hat die Bundespolizei ihre eigene Kompetenz. Aber wir werden insbesondere die Schleierfahndung weiter durchführen. Das gilt übrigens auch für den Bereich Oberbayern, Stichwort Rosenheim. Auch dort ist die ergänzende Schleierfahndung des Bundes kein Verdrängen der Verhandlungs- und Kontrollgruppen, die wir in Oberbayern haben.

Herr Kollege Kreidl, wir können die Kollegen der Polizei zu 100 Prozent beruhigen: Wir werden sie nicht etwa arbeitslos machen, sondern die Schleierfahndung in erster Linie selber verantworten. Die Bundespolizei ist auf diesem Gebiet ergänzend tätig. Durch Absprache wird sichergestellt, dass man den einen gar nicht, aber den nächsten zweimal kontrolliert. Das ist polizeiliche Routine, und da erwarte ich keine Schwierigkeiten.

Wir werden also dafür sorgen, dass wir unserer ersten Aufgabe, die wir als Freistaat Bayern haben, nämlich die Sicherheit im eigenen Land herzustellen, gerecht werden. Wir sind föderal organisiert, und damit ist klar, dass die Zuständigkeit des Bundes nur eine zweite Zuständigkeit ist. Das ändert nichts an unserer erstrangigen Verantwortung. Gerade weil das die bayerische Polizei in den vergangenen Jahren so gut gemacht hat, ist das im Interesse aller. Ich hoffe insofern auf die Unterstützung des gesamten Parlaments, wenn wir der bayerischen Polizei und der bayerischen Sicherheitspolitik ein Dankeschön dafür sagen, dass Bayern so erfolgreich arbeitet.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Nachfrage: Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben folgende zwei Fragen nicht beantwortet: die Frage zur Kriminalitätsbelastung Bayern/Tschechien und die Frage zur unterschiedlichen Polizeidichte in Bayern, vor allem in Großräumen. Außerdem möchte ich folgende Frage anfügen: Sie haben gesagt, Sie hätten sich noch keine abschließende Meinung über die Frage der Kompetenz der Bundespolizei gebildet. Sie haben sich bis April 2007 auch nicht zur Organisation der Bundespolizei geäußert. Für wie erfolgreich halten Sie zum jetzigen Zeitpunkt Ihre heute beschlossenen Interventionen, die die Staatsregierung heute in der Pressemitteilung dargelegt hat?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Ich bitte um Entschuldigung, dass ich die Frage zur Kriminalitätsbelastung nicht beantwortet habe. Ich habe mir diesbezüglich einen Vermerk gemacht, aber nicht mehr gewusst, was er bedeuten soll.

Auch inhaltlich kann ich Ihnen nicht sehr befriedigend antworten. Wir haben selber ein System der polizeilichen Kriminalstatistik, das deutschlandweit abgestimmt ist. Aber wir haben keinerlei vergleichbare Abstimmung mit der Tschechischen Republik. Das heißt, dass die tschechische Kriminalitätsstatistik und die polizeiliche Vorgangs-

statistik nach völlig unterschiedlichen Kriterien festgelegt werden. Damit waren alle Versuche einer vergleichbaren Beurteilung erfolglos. Das hängt damit zusammen, dass die Straftatbestände bzw. Ordnungswidrigkeiten sehr unterschiedlich sind. Das hängt auch damit zusammen, dass das Rotlichtmilieu und die damit zusammenhängenden Probleme in Tschechien bisher strafrechtlich nicht relevant sind. Auf diesem Gebiet tut sich etwas in der Gesetzgebung.

Das hängt ferner damit zusammen, dass die Frage der Vernetzung der Patentrechte bisher nur sehr oberflächlich – wenn überhaupt – zur Kenntnis genommen wurde. Dieses Thema – Stichwort Vietnamesenmärkte – hat eine erhebliche Breitenwirkung, es wurde in Tschechien bisher nicht ernst genommen. Es hat auch damit zu tun, dass der Verkauf von in Deutschland un versteuerten Zigaretten in Tschechien nicht als Problem verstanden wird, obwohl es bei uns Milliarden-Ausfälle des Fiskus bedeutet. Daher kann ich Ihnen keine vernünftige Vergleichssituation nennen, wie sich die Kriminalität entwickelt.

Meiner Einschätzung nach haben wir selbstverständlich zu erwarten, dass nach dem Wegfall der Grenzkontrollen mancher Kriminelle seine Tätigkeit mehr als bisher in den Westen, nämlich nach Deutschland, verlagern wird, weil er die Grenzkontrolle als einen Sicherheitsfaktor nicht mehr fürchten muss.

Selbstverständlich ist die Attraktivität eines Einbruchdiebstahls in einem großen Elektronikmarkt bei uns sehr viel größer als in irgendeinem kleinen Geschäft in der östlichen Slowakei. Von daher muss damit gerechnet werden, dass sich die Kriminalität verlagern wird. Das ist eine einfache Analyse, die wir vorzunehmen haben. Die Frage ist, ob diese Kriminalität im grenznahen Bereich stattfinden wird. Ich glaube nicht, dass der Kriminelle aus dem östlichen Polen bis Zwiesel fahren wird, um unmittelbar neben der dortigen Polizeiinspektion einen Einbruch zu begehen. Dieser Kriminelle wird wahrscheinlich in eine größere Stadt, sei es nun Regensburg oder Weiden, fahren.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

– Frau Kollegin Stahl, ich möchte hier nicht ein Land oder die Bewohner eines Landes in Misskredit bringen. Damit hat das überhaupt nichts zu tun. Die Polen leiden unter ihren Kriminellen genauso, wie wir unter unseren Kriminellen leiden. Selbstverständlich nützen die Kriminellen heute die Anonymität der großen Entfernung und die Anonymität der Internationalität aus. Das weiß jeder, der in diesem Bereich tätig ist. Wir müssen deshalb damit rechnen, dass die Kriminalität – zumindest in einem Übergangszeitraum – ansteigt. Es wird sich zeigen, ob sie im grenznahen Bereich ansteigen wird. Die Sorgen im Grenzgebiet sind besonders groß. Unsere Konzeption lautet, dass wir durch die doppelten Sicherheitsschleier nach Möglichkeit Kriminelle nicht ins Land lassen wollen, sondern die betreffenden Leute bereits nach der Einreise sofort im Sicherheitsschleier erkennen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das können Sie an der Grenze doch nicht merken, was einer im Landesinneren tut!)

– Wie wird heute die Grenzkontrolle durchgeführt? – Heute wird die Grenzkontrolle durchgeführt, indem das Auto-kennzeichen in eine Datei eingegeben wird. Wenn sich dann herausstellt, dass jemand zum Beispiel im Kriminalaktennachweis wegen Hehlerei oder mehrerer Einbruchdiebstähle aufgeführt ist, wird er einer Kontrolle unterzogen. Diese Kontrolle kann natürlich auch jenseits der Grenze durch einen Selektierer der Schleierfahndung vorgenommen werden. Ein Selektierer der Schleierfahndung ist eine Person, die besonders geschult ist, um anzugeben, wer im Rahmen der Schleierfahndung kontrolliert werden soll. Der Selektierer wählt aus, welche von den vielen Tausend Fahrzeugen, die täglich vorbeifahren, einer Kontrolle unterzogen werden sollen.

Der Selektierer wird selbstverständlich auch die Dateien als Hilfsmittel verwenden. Ich hoffe, dass ihm dazu nicht nur die deutschen Dateien, sondern auch diejenigen der östlichen Nachbarländer zur Verfügung stehen, damit er auf Personen zugreifen kann, die wegen Kriminalität in Erscheinung getreten sind. Diese Leute werden dann von uns entsprechend freundlich empfangen und sorgfältig kontrolliert. Bei uns darf es nicht sein, dass jemand, der kontrolliert gehört, nicht kontrolliert wird. In der Folge wird es möglicherweise weitere Verlagerungseffekte bei der Kriminalität geben. Mein Berliner Kollege hat gesagt, wenn ihr so stark kontrolliert, wird sehr viel Kriminalität nicht bei euch stattfinden, sondern bei uns. Ich habe ihm geantwortet: Wenn ihr eine genauso erfolgreiche Sicherheitsarbeit betreibt, wird die Kriminalität verhindert und verringert. Deswegen werden wir dieses Erfolgskonzept auf den Weg bringen.

Im Zusammenhang mit der Frage des Herrn Kollegen Zeitler habe ich versucht, die Chancen darzustellen. Die Frage, ob Dr. Wolfgang Schäuble der Intervention Bayerns Rechnung tragen wird, ist völlig offen. Bisher hat er sehr deutlich darauf hingewiesen, dass seine Fachebene zu einer völlig anderen Beurteilung als wir gekommen ist. Dr. Schäuble sieht die Fachebene als ebenso wichtiges Kriterium wie die fachliche Beurteilung für Bayern an. Er hat sogar, zu meinem völligen Unverständnis, immer wieder gesagt, dass die fachliche Beurteilung durch die Bundespolizei wichtiger sei als die fachliche Beurteilung durch uns in Bayern. Ich hoffe hier auf die große Unterstützung der bayerischen Opposition. Ich hoffe, dass die Opposition sagt: Sie wissen, dass die bayerische Polizei und der bayerische Innenminister immer mehr recht haben als alle anderen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben alle Möglichkeiten der Einflussnahme – auch der informellen Einflussnahme – genutzt. Ich möchte mich hier beim Herrn Ministerpräsidenten herzlich bedanken.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch nicht selbstverständlich, dass man sich mit einem Kollegen anlegt. Wir haben in einer konzertierten Aktion versucht,

auf Dr. Wolfgang Schäuble Einfluss zu nehmen, und werden das auch weiter tun. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Auffassung fachlich richtig und strukturpolitisch notwendig ist. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mit einem Dank an Sie, Herr Staatsminister, beende ich die Ministerbefragung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Steuermehreinnahmen für Bayern: Nachhaltige Zukunftsinvestitionen statt Wahlkampfgeschenke**“ beantragt. Hierzu darf ich Herrn Kollegen Mütze für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Herr Kollege, Sie haben zehn Minuten.

Thomas Mütze (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Herr Minister! 3,32 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen in den nächsten beiden Jahren: Ich sehe schon die Euro-Zeichen in den Augen der Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite. Endlich, endlich, die Zeit des Darbens ist vorbei. Endlich kann man wieder mit der Gießkanne über das Land ziehen und das Geld zum Lob der CSU verteilen. Das wurde Ihnen in den letzten drei Jahren vom Finanzminister mit der Unterstützung des Ministerpräsidenten verboten, zu Recht verboten. Gleichzeitig hat aber der Sparkurs in Bayern viele offene Baustellen hinterlassen. Jetzt, wo das Geld da ist, um diese Baustellen zu schließen, geben Sie das zu, Herr Kollege Herrmann. Ich komme nachher noch auf Sie zurück.

Herr Ministerpräsident und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben in den letzten Jahren von der Substanz gelebt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben von der Substanz gelebt, und das wurde Ihnen von einer parteipolitisch nicht belasteten Institution wie dem ORH oft und immer wieder bestätigt. Ihre Propaganda mit der schwarzen Null hat das kurzzeitig zuge deckt. Aber jetzt wird doch wieder deutlich, dass Sie sich in den vergangenen Jahren auf Kosten der Kommunen, auf Kosten der Infrastruktur und des sozialen Netzes für das Erreichen der schwarzen Null „bereichert“ haben. Herr Ministerpräsident, dies fällt Ihnen heute vor die Füße. Herr Staatssekretär, Ihre Ausreden, Sie hätten kein Geld, zählen jetzt nicht mehr.

Die Begehrlichkeiten sind groß. In Ihren Reihen werden die Messer schon wieder gewetzt. Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, um Ihnen darzulegen, welche

Ausgaben wir für Bayern für notwendig halten. Uns geht es um notwendige und zukunftsfähige Ausgaben und nicht um Ausgaben, die dazu dienen sollen, irgendwelchen CSU-Kolleginnen und -Kollegen zur Wiederwahl zu verhelfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das war nicht abschätzig gemeint.

Die erste Maßnahme, die der Finanzminister in die Öffentlichkeit gebracht hat, war das Aussetzen der Haushaltssperre in Höhe von 100 Millionen Euro für Staatsstraßen und kommunale Bauten. Warum nur für diese? Ist Ihnen die Insolvenzberatung oder die Förderung kommunaler Theater weniger wichtig? Setzen Sie die Haushaltssperre doch komplett aus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erstens. Nach der Haushaltsordnung ist diese Haushaltssperre nur für Notlagen zulässig. Sie haben sie jedoch als alltägliches finanzpolitisches Instrument genutzt, ohne dass dafür eine zwingende Grundlage vorhanden gewesen wäre.

Zweitens. Investieren Sie in Bildung und Hochschule. Herr Fraktionsvorsitzender von der CSU, jetzt komme ich zu Ihnen: Von Ihnen war heute in einer Pressemitteilung zu lesen, dass Sie den Unterrichtsausfall eindämmen, die Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern ausbauen und kleinere Klassen schaffen wollen.

Also gab und gibt es das tatsächlich. Wenn man etwas eindämmt, Herr Herrmann, dann gibt es eine Flut von Dingen, vor denen man sich schützen muss, zum Beispiel vor dem Unterrichtsausfall. So verstehe ich Ihre Pressemitteilung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also gab es diesen Ausfall, und jetzt muss er eingedämmt werden. Da sind wir bei Ihnen. Das ist schon in Ordnung. Warum haben Sie nicht schon vor Jahresfrist, als wir es angemahnt haben, gesagt, wir hätten recht und Sie würden etwas machen, wenn Geld vorhanden ist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Solange gespart werden musste, gab es das nicht, jetzt aber doch.

Drittens. Investieren Sie in den Klimaschutz. – Herr Ministerpräsident, Entschuldigung, vielleicht könnte Sie Herr Fischer kurz zuhören lassen. Sie haben auf der Zugspitze gesagt, der Klimaschutz sei das Thema unserer Generation. Klimaschutz ist unser Thema. Ich habe aber noch in keinem einzigen Beitrag von Politikern der CSU gehört, dass die Steuermehreinnahmen für den Klimaschutz

ausgegeben werden sollen. Also ist er doch nicht so wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei wären doch Investitionen in die Sanierung staatlicher Gebäude mit einer Stärkung der Bauwirtschaft, einer Senkung des CO₂-Ausstoßes und der Reduzierung der staatlichen Energierechnung eine „Win-Win-Win-Situation“, also eine dreifache Gewinnsituation. Drei positive Effekte könnten mit einer einzigen Maßnahme erreicht werden, wenn man also die staatlichen Gebäude energetisch so sanieren würde, dass man auch wirklich Energie einsparen kann. Jahrelang wurde das nicht gemacht.

Viertens. Geben Sie den Kommunen das, was ihnen zusteht. Lösen Sie endlich Ihre Finanzierungszusagen ein und beenden Sie das unmögliche Schauspiel, dass die Kommunen jahrelang Ihre Zuschüsse vorfinanzieren müssen. Das muss beendet werden. Hier muss endlich eine klare Finanzierung geschaffen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünftens. Treffen Sie Vorsorge für die Beamtenpensionen. Dazu hat sich wiederum der Fraktionsvorsitzende der CSU geäußert. Das freut mich. Herr Ministerpräsident, Baden-Württemberg steigt im nächsten Jahr mit 500 Millionen Euro in einen Pensionsfonds ein. Von Bayern habe ich dazu nichts gehört außer dem, was heute ganz aktuell der Fraktionsvorsitzende gesagt hat. Der Minister will sich rausschleichen und es seiner Nachfolgerin oder seinem Nachfolger überlassen. Hier sprechen wir auch von einer verdeckten Verschuldung – ein Wort, das von der CSU bis jetzt so noch nicht gebraucht wurde. Gab es doch eine Verschuldung in den Zeiten der schwarzen Null in der letzten Zeit? Jetzt ist also die verdeckte Verschuldung da, und die müssen wir bekämpfen. Bauen wir doch erst einmal die verdeckte Verschuldung ab, bevor wir an die Verschuldung herangehen, die es auch noch gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die verdeckte Verschuldung bei den Beamtenpensionen wird uns in der nächsten Zeit in unseren Haushalten immer weniger Handlungsspielraum lassen.

Treffen Sie als Letztes Vorsorge für die vorhandenen und für die unbekannteten Finanzrisiken, von denen wir noch gar nicht wissen, was sie kosten. Wir wissen noch nicht, wie die Länder die Krippen mitfinanzieren sollen. Wir kennen die Höhe nicht. Ich verweise auf den Tarifabschluss mit den staatlichen Angestellten oder auf Ausfälle in Millionenhöhe bei der Unternehmenssteuerreform. Auch für den Digitalfunk ist die Finanzierungszusage erhöht worden. Schon morgen soll das vorgestellt werden. Ich bin gespannt darauf. Heute wird darüber im Bundestag beraten. Das sind Kosten, die auf uns zukommen, von denen wir aber noch gar nicht wissen, wie hoch sie sind. Dafür brauchen wir eine Rücklage. Schuldentilgung ist in diesem Zusammenhang die letzte und nicht die erste Maßnahme, wie es der Finanzminister zu formulieren pflegte.

Ich komme noch zu einem Ihrer Lieblingskinder. Es ist schön, dass der Wirtschaftsminister hier ist. Das, was wir als Letztes brauchen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Transrapid.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können uns das sehr wohl vorstellen. Die Ministerien und die Abgeordneten werden mit kleinem Geld bedacht.

(Staatsminister Erwin Huber: Rückwärtsfahrer!)

Von Herrn Minister Huber hört man in letzter Zeit verächtlich wenig. Ich gehe aber davon aus, dass er nicht faul, sondern sehr fleißig ist, wie er es zu Ehren Bayerns immer ist. Er wird sicher dafür sorgen, dass die Finanzierungslücke, die beim Transrapid besteht, mit einer erklecklichen Summe aus den Steuermehreinnahmen gefüllt wird. Wagen Sie es nicht bei allen Finanzierungsnotlagen, die wir in Bayern haben, das Geld für dieses Dinosaurierprojekt zu verschleudern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denken Sie erst gar nicht daran. Denken Sie daran, was in Bayern zu finanzieren ist: das soziale Netz, der Klimaschutz und die ganze Infrastruktur, die in den letzten zehn Jahren in Bayern vernachlässigt worden ist. Man muss schon zehn Jahre zurückblicken. Kollege Sackmann kann Ihnen bestimmt stundenlang davon erzählen, was den ländlichen Raum betrifft.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Soviel weiß er auch nicht!)

– Er kann Ihnen aber etwas dazu sagen. Finanzieren Sie die Infrastruktur so, wie es sich gehört. Erst dann können wir über Schuldentilgung und Sonstiges reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Ach.

(Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Manfred, halte jetzt dagegen!)

- Bitte keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!

Manfred Ach (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh darüber, dass es heute zu dieser Aktuellen Stunde gekommen ist. Wie allen hier im Saal – zumindest denen, die über ein längerfristiges Gedächtnis verfügen – bekannt ist, hat der Ministerpräsident in der Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode gesagt, wir betreiben Politik unter dem Motto „Sparen, Reformieren und Investieren“. Herr Kollege Mütze, die in Ihrem Titel gewählte Formulierung verwundert deshalb sehr. Wenn es in Deutschland eine Partei gibt, die sich nicht mit Wahlkampfgeschenken aufhalten muss, sondern auf nachhaltige Zukunftsinvestitionen

setzen kann, dann ist es die Christlich-Soziale Union, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch und Zurufe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

– Sie können nachher reden; wenn Sie nicht so schreien, wäre es angenehmer.

Das Sparen und das Reformieren haben wir mit durchaus schmerzlichen Eingriffen, aber ohne jegliche Unterstützung durch die Opposition abgearbeitet. Jetzt investieren wir in wichtige ausgewählte Schwerpunkte und bauen Schulden ab. Jetzt, da wir aufgrund unserer Stärke gestalten können, will uns die Opposition sagen, wie wir das Geld zu verteilen haben. Ein Kuriosum sondergleichen!

Deshalb zur Aufklärung vielleicht auch zur besseren Information zunächst ein Hinweis vorweg: Die gegenüber den jeweils letzten Steuerschätzungen prognostizierten Mehreinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen in Höhe von knapp 180 Milliarden verteilen sich auf insgesamt fünf Jahre, also bis 2011, und sind nicht mehr als Prognosen. Die aufgrund der aktuellen Gesetzentwürfe zur Unternehmenssteuerreform und zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge – Herr Kollege Mütze, Sie haben es erwähnt – zu erwartenden Mindereinnahmen konnten bei der jüngsten Mai-Steuerschätzung noch gar nicht berücksichtigt werden. Von den Mehreinnahmen, die die Mai-Steuerschätzung für dieses und nächstes Jahr prognostiziert, entfallen auf die Länder insgesamt 27 Milliarden Euro. Nach den regionalisierten Berechnungen darf der Freistaat Bayern für die Jahre 2007 und 2008 erfreulicherweise mit Mehreinnahmen von insgesamt 3,3 Milliarden Euro rechnen.

Nun stellt sich in der Tat die Frage, wie eine nachhaltige, besonnene Finanzpolitik, wie sie die CSU-Landtagsfraktion seit jeher pflegt, mit dieser erfreulichen Entwicklung umgeht. Ich will Ihnen dazu drei Punkte nennen.

Erstens. Wir investieren.

Zweitens. Wir verzichten auf den Einsatz von Privatisierungserlösen.

Drittens. Wir zahlen einen Teil unserer Schulden zurück, wie es übrigens Umfragen zufolge von zwei Dritteln der Bevölkerung erwartet wird. Zwei Drittel der Bevölkerung erwarten eine Rückzahlung von Schulden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Erstens. Wir investieren und beschleunigen dabei unter anderem die Abfinanzierung des sogenannten Antragstaus. Selbstverständlich werden wir den finanziellen Spielraum, den wir durch die zu erwartenden Mehreinnahmen gewinnen, für Investitionen und andere zukunftsweisende Ausgabenschwerpunkte nutzen, und zwar besonnen und seriös, wie es seit jeher in den letzten Jahren der Fall war. Schon aus der aktuellen Diskussion über die Vorschläge des Gutachtens 2020 oder über die Haupt-

schulinitiative der Staatsregierung wird erkennbar, dass die weitere Stärkung unserer Schulen und Hochschulen ein wesentlicher Schwerpunkt sein wird. Wir werden aber auch die klassischen Investitionen nicht vernachlässigen und uns daher auch bei der Infrastruktur wie beim Hoch- oder beim Straßenbau engagieren. Sie können davon ausgehen, dass wir nicht zuletzt dafür sorgen werden, dass unsere Kommunen kräftig investieren können.

Zusätzlich zu den Zuwächsen bei den Steuereinnahmen, die den Kommunen zustehen und die zur Zeit bekanntlich sehr gut sind, wollen wir im Landeshaushalt weitere Mittel einsetzen, um die Abfinanzierung von investiven Maßnahmen in ausgewählten, zukunftsrelevanten Bereichen spürbar zu beschleunigen. Im Übrigen wurden alle Entscheidungen zum kommunalen Finanzausgleich seit Jahren einvernehmlich mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffen. Da verstehe ich Ihre Kritik nicht, Herr Kollege Mütze. Was regen Sie sich eigentlich auf? – Hätten Sie die Entscheidungen mitgetragen, bräuchten Sie sich heute nicht aufzuregen.

(Beifall bei der CSU)

Oder, um den Pensionsfonds anzusprechen: Wollen Sie vielleicht einen Pensionsfonds einrichten, wie es das Land Rheinland-Pfalz getan hat? – Ein schuldenfinanzierter Pensionsfonds kann doch nicht Ziel einer seriösen Politik sein. Sie sollten vielleicht doch über den Tellerrand hinausschauen.

Um bereits im laufenden Jahr weitere Wachstums- und Investitionsimpulse zu setzen, hat die Bayerische Staatsregierung – ich begrüße das außerordentlich – in Absprache mit der CSU-Fraktion über Sperrefreigaben im Haushalt zusätzliche Mittel sofort zur Verfügung gestellt. Mit diesen zusätzlichen Mitteln stoßen wir bei den Kommunen und freien Trägern sowie bei den staatlichen Baumaßnahmen schon jetzt weitere Investitionen an. Wir sind also auf dem besten Weg, zügig all das umzusetzen, was uns jetzt zur Verfügung steht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE) – Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist doch alles Camouflage!)

Zweitens. Zu einer nachhaltigen Finanzpolitik gehört auch, dass die Ausgaben aus den laufenden Einnahmen finanziert werden. Ich greife das Stichwort „Bildungsmilliarde“ auf. Sie fordern eine Milliarde nur für die Bildung. Ich frage mich, wie Sie diese Forderung mit Ihrer bisherigen Argumentation unter einen Hut bringen wollen. Vielleicht kann Ihnen Herr Kollege Waschler in dieser Richtung ein klein wenig Aufklärung geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, es war und ist das erklärte Ziel von Mehrheitsfraktion und Staatsregierung, den Einsatz von Privatisierungserlösen auf das unabdingbar notwendige Maß zu reduzieren, damit wir nachfolgenden Generationen Gestaltungsspielräume lassen.

(Beifall bei der CSU)

In Umsetzung dieses Grundsatzes werden wir daher sowohl im Nachtragshaushalt 2008 wie auch bei der Anschubfinanzierung des Zukunftsprogramms Bayern 2020 die Privatisierungsmittel schonen und unseren Ausgabenbedarf stattdessen aus laufenden Steuereinnahmen decken. Auch dies ist Ausdruck einer sehr soliden Finanzpolitik.

Für uns Finanzpolitiker ist ferner sehr erfreulich, dass nach der gegenwärtigen Finanzplanung für die erste bis zum Jahr 2012 konzipierte Phase des Zukunftsprogramms Bayern 2020 aus laufenden Steuereinnahmen insgesamt 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden können. Das ist, glaube ich, außerordentlich erfreulich, und das sollte die Opposition bei aller kritischen Betrachtung auch einmal positiv bewerten.

Die dritte Säule nachhaltiger Finanzpolitik erklärt sich von selbst. Wann, wenn nicht jetzt, ist es an der Zeit, einen Teil unserer Schulden zurückzuzahlen? – Auch der Freistaat Bayern hat Schulden. Sie wurden von uns gemeinsam entwickelt. Es sind, genau gesagt, Schulden in Höhe von 23 Milliarden Euro, die uns jedes Jahr über eine Milliarde Euro an Zinsen kosten.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Plus die verdeckten Schulden!)

Wenn wir einen Teil der zu erwartenden Mehreinnahmen dazu nutzen, um unsere Schulden zu tilgen, bringt uns das für die Zukunft handfeste, dauerhafte Finanzierungsspielräume. Dazu ein Beispiel: Tilgen wir – ich sage das in Anführungszeichen: „nur“ – 500 Millionen Euro, haben wir in Zukunft jedes Jahr 22 Millionen mehr zur Verfügung, weil wir uns die entsprechenden Zinsen sparen. Hier eröffnen sich Spielräume, mit denen wir die Zukunft wirklich in gutem Sinne gestalten können.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie reden immer davon, Bayern habe keinen ausgeglichenen Haushalt. Gehen Sie doch einmal in andere Bundesländer und fragen nach, wie dort die Haushalte sind. Künftig wird es vielleicht nur ein Bundesland geben, das eine rot-grüne Regierung hat, vielleicht wird es auch rot-rot regiert werden, wie auch immer. Bayern wird jedenfalls immer wieder als Beispiel apostrophiert. Ich behaupte, dass Bayern in einem langwierigen und schwierigen Prozess bundesweit dargestellt hat, wie nachhaltige Finanzpolitik beginnen muss. Ich bin deshalb mit der Staatsregierung, mit dem Herrn Ministerpräsidenten und der CSU-Landtagsfraktion völlig darin einig, dass Bayern, wenn es jetzt mit der Tilgung von Altschulden beginnt, ein zweites Mal zum Vorreiter in Sachen Haushaltspolitik wird. Damit bringen wir zum Ausdruck, wie eine nachhaltige, gute Finanzpolitik fortzusetzen ist. Ich glaube, das sollten wir der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen.

(Beifall bei der CSU)

Ich fasse zusammen: Die für Bayern zu erwartenden Mehreinnahmen ermöglichen uns eine zukunftsorientierte, nachhaltige Finanzpolitik aus einem Guss. Wir können die

erforderlichen Ausgabeschwerpunkte bilden. Wir können investieren und dabei gleichzeitig unsere solide Haushaltspolitik fortsetzen, indem wir Privatisierungserlöse schonen und alte Verbindlichkeiten zurückführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, an Ihre Adresse sage ich: Das ist auch genau der Kurs, den die Mehrheit der bayerischen Bürgerinnen und Bürger begrüßt und den sie sich weiterhin wünscht. 50 Jahre CSU-Alleinregierung haben sich für Bayern auf jeden Fall bewährt.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Thomas Mütze (GRÜNE): Da hätte ich mir aber schon mehr erwartet! Das war sehr mager!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dupper.

Jürgen Dupper (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mit „mager“ kann ich nicht dienen, aber mit einer großen Freude über die heutige Aktuelle Stunde. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, sind hochofrenet über diese Gelegenheit, unsere richtigen Positionen darzustellen. Wir sind doch diejenige Fraktion, die schon in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2007/2008 die richtigen Vorschläge gemacht hat,

(Beifall bei der SPD)

Vorschläge, die im Großen und Ganzen vor nicht allzu langer Zeit von der Henzler-Kommission eindrucksvoll bestätigt wurden. Unsere Akzente waren die richtigen, und wir müssen keine Kehrtwenden erklären.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Vorschläge waren auch samt und sonders gegenfinanziert,

(Johann Neumeier (CSU): Überhaupt nicht!)

weshalb ich insbesondere den Mitgliedern der Staatsregierung und der CSU empfehle, sich in Ihre Reden neue Textbausteine einfügen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

So erinnere ich in diesem Zusammenhang gerne an unseren Finanzierungsvorschlag bezüglich der zinslosen Darlehen an die Flughafengesellschaft München GmbH, die Sie immer noch gewähren. Vor diesem Hintergrund erleichtern uns die geschätzten Steuermehreinnahmen die Arbeit sehr, aber nicht die plötzliche Erkenntnis der Staatsregierung und der sie bisweilen tragenden Fraktion, wonach es zahlreiche Handlungsfelder gäbe, in denen Mehrbedarf besteht. Das erstaunt uns; denn seit Jahr und Tag – ich kann hier nur dem Kollegen Mütze recht geben – zeigen wir auf, wo dringender Handlungsbedarf besteht:

Wir sagten Ihnen, dass in Bayern der ländliche Raum in Bezug auf wirtschaftliche Prosperität und auf Entwicklungsperspektiven abgehängt wird.

Wir sagten Ihnen, dass eine griffige Regional- und Strukturpolitik durch keine noch so wohlklingenden Zukunftsprogramme zu ersetzen ist.

Wir sagten Ihnen, dass in Bayern das Bildungssystem chronisch unterfinanziert ist und Ihre Reformkulisken keine Lösungen im Sinne von chancengerechter Bildungspolitik darstellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagten Ihnen, dass in Bayern ein doppelter Abiturjahrgang kommt und dass die Unis, allesamt finanziell Not leidend, keineswegs darauf vorbereitet sind.

Wir sagten Ihnen, dass die frühkindliche Förderung breiten Raum braucht und dass dafür auch Geld fließen sollte.

(Beifall bei der SPD)

In aller Bescheidenheit wiesen wir darauf hin, dass das soziale Bayern keine nostalgisch verklärte Sozialromantik ist, sondern zu diesem Freistaat gehört wie die Blasmusik und der Trachtenball.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagten Ihnen, dass Bayerns Kommunen eine echte Chance brauchen, die kommunale Selbstverwaltung zu leben. Dabei darf man seinen Blick nicht von den nur in den Ballungszentren sprudelnden Steuereinnahmen trüben lassen.

Schließlich sagten wir Ihnen, dass sich die staatliche Infrastruktur, das Volksvermögen, wenn Sie so wollen, streckenweise in einem bedauernswerten Zustand befindet und dass dies überhaupt nichts mit der viel zitierten Generationengerechtigkeit zu tun habe.

All das haben wir Ihnen über Jahre nahegebracht, aber Sie wollten es nicht hören.

Nun, nach der Vorlage der Ergebnisse der Henzler-Kommission und nach der Bekanntgabe der großen Steuerschätzung, befällt Sie nie gekannter Aktionismus. Jetzt besteht Handlungsbedarf an fast allen Ecken des Freistaats; jetzt weiß der Finanzminister schon gar nicht mehr, unter welcher Matratze er noch das Geld verstecken soll.

Ich sage Ihnen eines: Nachhaltige, solide und wachstumsorientierte Finanzpolitik schaut anders aus;

(Beifall bei der SPD)

denn wenn landespolitische Defizite erst dann als solche erkannt werden, wenn eine Kommission oder ein Finanzplanungsrat tagt, spricht das Bände über Ihre Wahrneh-

mungsfähigkeit und über den zeitlichen Horizont, unter dem Sie Politik machen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist die SPD-Fraktion auf dem richtigen Weg. Wir haben nämlich eine klare finanzpolitische Ausrichtung.

(Johann Neumeier (CSU): „Weiter so!“)

Natürlich, lieber Kollege Neumeier, darf das wohlfeile Getue nicht davon ablenken, dass die Konsolidierung des Haushalts oberstes Ziel ist.

Gerade dann, wenn wie jetzt Steuerquellen sprudeln, sollte man klare Prioritäten setzen. Moderne und zukunftsgerichtete Finanzpolitik kann sich nicht darin erschöpfen, die Summe aller politischen Wünsche zu finanzieren – darin sind wir uns einig, lieber Kollege Ach. Eine moderne Finanzpolitik muss Vorrangigkeiten und Nachrangigkeiten definieren.

Sie wissen, dass wir uns mit dem Antragspaket zum Doppelhaushalt auf dieses schwierige Geschäft eingelassen haben. Weg vom Sowohl-als auch, hin zum Entweder-oder. Diesen Schritt kann ich in Ihren jetzigen Umtrieben nicht erkennen. Unter Ihrem Joch des bevorstehenden innerparteilichen und bayernweiten Wahlkampfes fallen Sie in alte Rituale des Gießkannenprinzips zurück nach dem Motto: Wo ist denn noch ein Interessenverband, der noch nicht bedient ist?

(Beifall bei der SPD)

So, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wird das nichts. Sie werden sich entscheiden müssen: Wollen wir einen nachhaltige Stärkung des ländlichen Raums, oder finanzieren wir doch noch ein Prestigespielzeug?

Noch eines: Wir haben dank Ihrer Politik die schräge Situation, dass wir sehr oft die Lasten früherer Entscheidungen bereinigen müssen. Ich erinnere hier nur an den verfehlten Umgang mit den Privatisierungserlösen, der dazu führte, die Investitionsquote zu vernachlässigen und stattdessen teure Apparate aufzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage klipp und klar: Die Steuermehreinnahmen sind erfreulich. Sie sind zwar hilfreich bei der Finanzierung wichtiger Vorhaben, aber sie sollten uns nicht davon abhalten, stringente Prioritätensetzungen im Haushalt vorzunehmen und das Land zukunftsfest zu machen.

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch und werden dieses Hohe Haus noch oft beschäftigen. Kurz zusammengefasst entspringen sie der tiefen Einsicht, dass Vorbeugen immer besser ist als Nachsorgen, dass es also richtig und wichtig ist, Schüler zu fördern, bevor sie in der Schule scheitern, dass es richtig und wichtig ist, Infrastruktur laufend zu sanieren, bevor der nachfolgenden Generation ein gigantischer Sanierungsbedarf vererbt

wird, und dass es richtig und wichtig ist, jetzt aktive Strukturpolitik in Ostbayern zu betreiben, bevor man mit Sozialprogrammen für virtuelle Arbeitsmärkte schulen muss. Mit unseren Vorschlägen, die eine echte Schwerpunktsetzung abbilden, verfolgen wir eine zielgerichtete Verwendung der bayerischen Steuermilliarden. Wir wollen gezielt investieren in Arbeitsplätze, auch und gerade in den ländlichen Raum, in Kinder und in Bildung. Wenn Sie schon Außergewöhnliches anstellen wollen angesichts der guten Haushaltslage, hätte ich folgenden Vorschlag: Der Freistaat ist einer der größten Schuldner seiner Kommunen und der privaten Träger.

(Beifall bei der SPD)

Die Caritas-Behindertenhilfe im Landkreis Passau und in der Stadt Passau muss Schulgeld für ihre Förderschulen erheben, weil die zugesagten staatlichen Gelder zu langsam fließen. Dies ist kein Einzelfall, und das im 21. Jahrhundert. Bayernweit reden wir hier über Hunderte von Millionen Euro, die zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt sind und somit in der Zwischenfinanzierung die freien Träger ungeheuer belasten. Dies gilt für die privaten Schulen genauso wie für die Maßnahmen des Landesbehindertenplans, für die Abwasser- und Wasserförderung genauso wie für den Krankenhausbau, für die klassische Förderung nach Artikel 10 FAG genauso wie für die Sportvereine – überall dasselbe klägliche Bild. Hier sollten wir schnell und zielgenau Hilfe leisten. Hier sollten Sie nicht länger auf dem Rücken der Kommunen oder der freien Träger Haushaltsverschönerungen betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Die Aufhebung der Haushaltssperre bei den Investitionen ist nur billig und recht. Es fragt sich nur, warum sie jemals erlassen wurde.

Meine sehr verehrten Damen, meine sehr verehrten Herren, Sie sollten die derzeitigen guten Rahmendaten nicht dazu nutzen, die alten Fehler zu wiederholen, sondern gemeinsam mit uns klar definierte Zukunftsaufgaben finanzieren. So gesehen freuen wir uns auf den Herbst, wenn die CSU und die Staatsregierung endlich wieder wissen, woran sie sind.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir gerade seitens der Opposition erleben, ist ein klassisches Eigentor. Man könnte die Aktuelle Stunde auch beschreiben als Aktuelle Stunde der schleichenden Angst der Opposition vor der Zukunft.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das, was hier geboten wurde, ist sehr bedenkenswert. Was soll man jetzt eigentlich tun? Was will die Opposi-

tion? – Da wird vom Haushaltssprecher der SPD in der „Welt am Sonntag“ vom 20. Mai vor Wahlgeschenken gewarnt – heute wiederholt mit anderen Worten –, gleichzeitig werden Investitionen in die Bildung gefordert – Herr Kollege Mütze hat es fast wortgleich wiedergegeben. Wenn man bedenkt, was die CSU-Fraktion alles in die Wege geleitet hat, stellt sich in der Tat die Frage: Was will die Opposition eigentlich? Was will die Opposition denn wirklich? – Denn das, was vonseiten der Opposition bisher gekommen ist, waren Vorschläge, die ungedeckt waren. 1 Milliarde, 1,5 Milliarden – darf es noch ein bisschen mehr sein?

Wir dagegen sagen ganz konkret, unsere Zielrichtung in der Agenda 2020 sind Kinder, Bildung und Arbeitsplätze – um dieses Beispiel herauszugreifen –, und genau da sitzt der Stachel im Fleisch der Opposition, weil der Opposition jetzt ein wichtiges Thema abhanden kommt, von dem sie meinte, dass sie es besetzen kann. Das ist nicht mehr der Fall.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, hier gelten die Fakten; denn die Gedanken, die Sie gehabt haben, haben wir auch, aber wir sehen die Realitäten und die Wege, wie wir wichtige Dinge erreichen können. Deshalb möchte ich einige wenige Punkte aufzählen.

Herr Kollege Ach hat die Solidität des Staatshaushalts als wichtige Maxime unseres Handelns deutlich herausgestrichen. Wenn wir zum Beispiel im Bildungsbereich, der angesprochen worden ist, im Rahmen der Hauptschulinitiative einen Ausbau um 500 Standorte auf über 600 Standorte im Endausbau mit Blick auf die nächsten Jahre in die Wege leiten und finanzieren, dann ist das ein markantes Ziel.

Das zweite Ziel ist der Abbau der großen Klassen. Auch hier sind wir auf dem richtigen Weg. Zwischen dem Finanzminister und dem Kultusminister ist eine Einigung zustande gekommen, die wir von der Fraktion sehr begrüßen, dass nämlich die Klassen mit 35 Schülern an Realschulen und Gymnasien abgebaut werden. Das ist eine Forderung gewesen, die wir hoffentlich von der Opposition mit Beifall begleitet bekommen. – Ich habe bisher nichts gehört, aber das sind über 150 Stellen, die hier bereitgestellt werden.

Drittens. Ich komme zur Mobilien Reserve. Der Unterrichtsausfall ist in der Tat ein Problem, gerade wenn man mit Krankheiten zu tun hat und keine Mobile Reserve vorhanden ist. Ich bitte aber die Opposition anzuerkennen, dass im Rahmen eines Stufenplans schon für das nächste Schuljahr insgesamt 280 Stellen bereitgestellt werden, um den Unterrichtsausfall bestmöglich zu vermeiden. Der Stufenplan mit einem hohen Kontingent greift schon zu Beginn des nächsten Schuljahres, wobei im November 2007 weitere 150 Stellen zu den dann bestehenden 1850 Stellen kommen, und zwar neue Lehrerstellen für die Mobile Reserve. Im Januar 2008 werden Mittel für weitere 80 Vollzeitstellen folgen. Die Kontingente werden auf alle Schulämter aufgeteilt. Für den Februar 2008, zum Halbjahr, werden noch einmal Mittel für 50 Vollzeitstellen

gefordert. Das muss man doch vonseiten der Opposition zur Kenntnis nehmen. Wer es nachlesen will: Im Ministerratsbeschluss vom 17. April ist das zugrunde gelegt.

Viertens. Wenn die Sperrefreigabe betreffend 100 Millionen Euro begrüßt wird, verstehe ich nicht, warum die Opposition sagt, die Bildung wäre zu kurz gekommen. Natürlich kann es immer etwas mehr sein, aber immerhin ein Drittel fließt in Investitionen in die Bildung. Ein Drittel ergibt sich allein durch die Sperrefreigabe, die den Ausführungen des Finanzministers zugrunde gelegt ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man uns hier unterstellt, wir wüssten nicht, in welche Richtung wir gehen wollen, und wir wüssten nichts mit unseren Handlungsspielräumen anzufangen, dann kann ich nur sagen, die Unterstellung der Opposition, es gehe um Wahlgeschenke, ist billig, nicht seriös und führt nicht in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CSU)

Die Ausführungen der Opposition waren nicht lediglich dürr, sondern vollmundig, aber abseits der Realität. Ich räume aber gern ein, dass wir durchaus auch in die Bereiche investieren, von denen die Opposition sagt, dort gehört Geld hin.

Deswegen werden wir auch für die frühkindliche Förderung viel Geld in die Hand nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Gäste aus der französischen Partnerregion Limousin begrüßen. Auf der Ehrengasttribüne hat anlässlich eines Arbeitsbesuchs der Präsident der französischen Partnerregion Limousin, Herr Jean-Paul Denanot, zusammen mit einer Delegation Platz genommen. Ich heiße Sie, Herr Präsident Denanot, und die Mitglieder Ihrer Delegation im Bayerischen Landtag recht herzlich willkommen. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt und erfolgreiche und informative Gespräche und Begegnungen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): „Bienvenu“ heißt das!)

Mon Président, bonjour et bienvenu!

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren fort. Nächster Redner ist der geschätzte Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder bemerkenswert, wenn man Herrn Kollegen Waschler hier reden hört.

(Beifall eines Abgeordneten der SPD)

Man bekommt geradezu den Eindruck, an bayerischen Schulen läge nichts im Argen, gar nichts.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Alles wunderbar!)

Herr Kollege Waschler, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich kann Ihnen sagen, die Schüler, die Eltern, die Lehrer, die Verbände, die Menschen in diesem Land haben von Ihren Ankündigungen, von Ihrem Wegdiskutieren, von Ihren Versprechungen die Nase voll.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie brauchen nichts anderes zu tun als Zeitung lesen oder in die Schulen gehen, dann werden Sie feststellen, was alles im Argen liegt. Sie haben vorhin die Frage gestellt: Was will eigentlich die Opposition? – Ich will es Ihnen sagen: Wir wollen mehr Lehrer, wir wollen kleinere Klassen, wir wollen, dass der Unterrichtsausfall aufhört, wir wollen individuelle Förderung der Kinder, wir wollen, dass der Leistungsdruck an den Schulen aufhört. Wir wollen, dass die Nachhilfe zurückgefahren wird. Wir wollen die Bildungsungerechtigkeit beseitigen, wir wollen, dass die Förderschulen mehr bedacht werden. Wir wollen, dass die Berufsschulen mehr Geld bekommen. Und so weiter und so fort. Dies alles wollen wir!

(Beifall bei der SPD)

So viel, um Ihre Frage zu beantworten. Bisher haben Sie das alles abgestritten. Seit dem Gutachten der Henzler-Kommission tun Sie das nicht mehr. Bisher haben Sie gesagt, es gäbe keinen Unterrichtsausfall.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das stimmt doch nicht! – Gegenruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD): Natürlich! Leugnen Sie das doch nicht!)

Ich kann mich erinnern, dass Ihr Minister hier bei der ersten Ministerbefragung erklärt hat, der Unterrichtsausfall, das seien nur Einzelfälle. Jetzt, nach der Henzler-Kommission, geben Sie plötzlich zu, dass es Unterrichtsausfall gibt. Jetzt, nach der Henzler-Kommission, geben Sie zu, dass wir zu große Klassen haben. Jetzt, plötzlich, geben Sie auch zu, dass wir Handlungsbedarf haben.

(Beifall bei der SPD)

All diese Tatsachen haben Sie gewusst, Herr Kollege Waschler, und deshalb werden wir Sie auch nicht aus der Verantwortung entlassen. Alle Anträge, die wir gestellt haben, für mehr Lehrer, für kleinere Klassen und für eine individuelle Förderung, auch unsere Forderung „Tausend Lehrer für Bayerns Schulen“, all das haben Sie in den letzten Jahren abgelehnt.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Sie tragen deshalb die Verantwortung für die Lage an den bayerischen Schulen.

Nun kommt noch ein Punkt dazu. Sie behaupten immer wieder, Sie hätten die Bildungsausgaben gesteigert. Das ist aber eine Lüge.

(Manfred Ach (CSU): Beweisen Sie das!)

– Ja, das kann ich beweisen. Wenn man die Bildungsausgaben in den letzten Jahren um die Versorgungsausgaben bereinigt, Herr Kollege Ach, stellt man fest, dass der Betrag, der den Schulen zugutekommt, um nahezu 200 Millionen Euro gesunken ist.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Nehmen wir doch die Lehrer ganz heraus!)

Hätten Sie den Haushaltsansatz für 2005 oder 2006 für das Jahr 2008 weitergefahren, dann hätten wir heute 200 Millionen Euro mehr in der Kasse. Jetzt kommt Ihr großer Trick. Ich habe Ihre Pressemitteilung gelesen, Herr Kollege Waschler. Die ist schon wirklich interessant. Sie zeigt, was das Megathema „Bildung“ der CSU jetzt wert ist. Wir haben in diesem Jahr Steuermehreinnahmen von 1,3 Milliarden Euro. Heute bekommen wir eine Pressemitteilung des Herrn Kollegen Waschler auf den Tisch, und darin heißt es, dass das Megathema „Bildung“ der CSU gerade einmal ein Prozent der Steuermehreinnahmen wert ist. Nur ein Prozent!

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Quatsch!)

Sie haben in Ihrer Presseerklärung angekündigt, Sie werden für die Realschulen und für die Gymnasien 100 Lehrerplanstellen zusätzlich schaffen. Was ist denn mit den Grundschulen? Was ist mit den Hauptschulen? Was ist mit den beruflichen Schulen? – Sie wollen 100 Lehrer für die Realschulen und die Gymnasien. 100 Lehrer, das bedeutet ein Prozent der Steuermehreinnahmen für Bayern. Das ist die Wahrheit. So stehen Sie zu diesem Megathema!

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube aber, so kommen Sie nicht weiter.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist völlig aus dem Zusammenhang gerissen! – Gegenruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD): So reden Sie nur, weil Sie ein schlechtes Gewissen haben!)

Bitte nehmen Sie endlich zur Kenntnis: Wenn wir wollen, dass es den bayerischen Schulen besser geht, und zwar allen bayerischen Schulen, dann müssen Sie mehr Geld als diese 100 Millionen Euro, als dieses eine Prozent der Steuermehreinnahmen, in die Hand nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Sie müssen bei der Frage des Bedarfs unbedingt auch an die Grundschulen denken. Sie müssen auch die beruf-

lichen Schulen und die Förderschulen berücksichtigen, Sie müssen an die frühkindliche Bildung denken.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

So ist die Lage!

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): 100 Millionen, das sind 100 Lehrer, Herr Kollege?)

Denken Sie allein an das Problem, das Sie mit der Reform des Gymnasiums geschaffen haben. Jetzt muss das G 8 reformiert werden, weil an den Gymnasien ein unerträglicher Zustand herrscht. Nun haben Sie das gemerkt, deshalb wollen Sie jetzt reformieren. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass pro Gymnasium mindestens zwei Planstellen mehr notwendig sind, um die Lage dort zu verbessern. Mindestens zwei Lehrkräfte, das sind 400 Stellen allein für die Gymnasien. Sie aber wollen gerade einmal 100 Stellen für alle Schulen schaffen. Das ist ein lächerlicher Beitrag zum Megathema „Bildung“. Das ist der miserabile Beitrag, den Sie im Jahr 2007 leisten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Görlitz. – Mon Dieu, Madame!

Erika Görlitz (CSU): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Auch die Kommunen profitieren von den Steuermehreinnahmen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Aber sie merken nichts davon! – Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Sie werden es merken. Nach den Ergebnissen der jüngsten Steuerschätzung vom Mai können die deutschen Kommunen für den Zeitraum 2007 bis 2011 im Verhältnis zu den früheren Prognosen mit Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 22,7 Milliarden Euro rechnen. Allein für die Jahre 2007 und 2008 sind Mehreinnahmen von 9,6 Milliarden Euro prognostiziert. Auch wenn die regionalisierten Zahlen für die bayerischen Kommunen

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Darauf sind Sie wohl stolz!)

noch errechnet werden müssen, wissen wir erfahrungsgemäß, dass die bayerischen Kommunen daran überdurchschnittlich hoch beteiligt sein werden. Diese erfreuliche Einnahmenentwicklung gibt den Kommunen den nötigen Spielraum, um die notwendigen Investitionen mit Nachdruck voranzutreiben. Um die Investitionen von Staat, Kommunen und freien Trägern bereits jetzt, im laufenden Haushaltsjahr, weiter zu stärken, hat die Bayerische Staatsregierung im Haushaltsvollzug über entsprechende Freistellungen von der Haushaltssperre zusätzliche Mittel im Umfang von 100 Millionen Euro verfügbar gemacht. Hierdurch werden innerhalb der staatlichen Zuständigkeit nicht nur der Staatsstraßenbau gefördert, Herr Kollege Mütze. Zwar sind für diesen Bereich

18 Millionen Euro vorgesehen, aber es werden auch für den Wasserbau zusätzlich 9 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Für andere staatliche Baumaßnahmen werden es 21 Millionen Euro mehr sein, die in diesem Zeitraum zur Verfügung stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Im Hinblick auf die Investitionen von Kommunen und freien Trägern können über die Sperrefreigabe zusätzliche Mittel in folgenden Bereichen erschlossen werden: Schulen, Kindertagesstättenbau, Einrichtungen der Gemeinden. Hierfür werden 23 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Auch für den Bau privater Förder- und Volksschulen werden 9 Millionen Euro bereitgestellt. Für die Abwasserentsorgung und für die Wasserversorgung werden zusätzlich 4 Millionen Euro an die Kommunen fließen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist doch ein Tropfen auf den heißen Stein!)

Für die Dorferneuerung, für die Flurneuordnung sind ebenfalls zusätzliche Mittel im Umfang von 4 Millionen abrufbar. Für die Maßnahmen im Rahmen des Behindertenplans werden zusätzlich Mittel im Umfang von 5 Millionen zur Verfügung stehen. Auch für den Sportstättenbau wird eine Million zusätzlich bereitstehen.

Neben diesen Sofortmaßnahmen wird sich die CSU-Landtagsfraktion im Hinblick auf den anstehenden Nachtragshaushalt 2008 darüber hinaus für eine weitere Stärkung der kommunalen Investitionen stark machen. Dabei ist es uns ganz besonders wichtig, dass unsere Kommunen die staatlichen Fördermittel für ihre Investitionen künftig so zeitnah wie möglich erhalten. Ich halte es nicht für richtig, dass Sie uns vorwerfen, wir würden auf Kosten der Kommunen verdeckte Schulden machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, auch von Vertretern Ihrer Parteien wird immer wieder um vorzeitigen Baubeginn gebeten, obwohl man genau weiß, dass das Geld trotzdem nicht schneller zur Verfügung steht. Jedoch ist das in unser aller Sinn. Ich denke, dass man daraus nicht den Vorwurf ableiten kann, Schulden verlangen zu wollen.

Wir wollen gerade hinsichtlich der Bewilligung von Mitteln bei der Abfinanzierung von Maßnahmen, verstärkt Mittel bereitstellen. Diesen Investitionsstau werden wir im Zuge der Überlegungen zur Initiative Bayern 2020 durch gezielte Schwerpunktsetzung angehen.

Von der erfreulichen Einnahmeentwicklung profitiert nicht nur der Staatshaushalt, sondern es profitieren auch unsere Kommunen. Insoweit wird sich der Freistaat einmal mehr als verlässlicher Partner seiner Kommunen erweisen. Es beweist, dass unser Kurs richtig ist: sparen, reformieren, investieren – so hat es geheißt, und davon profitieren alle, das heißt der Freistaat Bayern und seine Kommunen, für die wir wie immer ein verlässlicher Partner sind.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Staatssekretär Meyer.

Staatssekretär Franz Meyer (Finanzministerium): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Finanzdaten, die einmal mehr zeigen, dass wir in Bayern für eine solide, seriöse und vor allem nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik stehen. Dies zeigt vor allem die geringste Pro-Kopf-Verschuldung, die niedrigste Zinsquote und vor allem die höchste Investitionsquote.

(Beifall bei der CSU)

Das sind Fakten, die Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, einmal zur Kenntnis nehmen sollten. Wenn wir Ihre Vorschläge der letzten Jahre alle umgesetzt hätten, hätten wir heute nicht einen Haushalt ohne einen Cent Neuverschuldung.

(Beifall bei der CSU)

Auf der Grundlage der aktuellen Mai-Schätzung können wir gegenüber den im Doppelhaushalt 2007/2008 veranschlagten Steuereinnahmen für 2007 eine Verbesserung von bis zu 1,34 Milliarden Euro und für 2008 eine Verbesserung von bis zu 1,98 Milliarden Euro erwarten. Diese Entwicklung ist sehr erfreulich. Trotzdem dürfen wir bei aller Freude nicht übersehen, dass dies nur Prognosen sind. Ob diese genauso eintreffen, werden wir erst im Nachhinein feststellen können. Deshalb warne ich davor, diese Gelder sofort alle zu verplanen. In den letzten Jahren haben wir gesehen, dass die Steuereinnahmen sehr stark schwanken können. Dagegen müssen wir uns wappnen.

Wir dürfen auch nicht übersehen, dass es sich um konjunkturell bedingte zusätzliche Steuereinnahmen handelt. Gerade im Aufschwung ist es wichtig, weiterhin Haushaltsdisziplin zu wahren.

Beim Umgang mit den Ergebnissen der Steuerschätzung wollen wir uns daher von folgenden Eckpunkten leiten lassen:

Erstens. Die Steuermehreinnahmen ermöglichen es, für unser Zukunftsprogramm Bayern 2020 ab dem Jahre 2008 eine Finanzierung in einer Größenordnung von insgesamt etwa 1,5 Milliarden Euro vorzusehen.

Zweitens. Wir können dabei das Programm ohne Privatisierungsmittel darstellen und schonen diese als Sicherungspolster für die Zukunft. Das ist ein entscheidender Punkt.

Drittens. Jetzt ist die Zeit für Schuldentrückzahlungen. Der Haushalt ohne neue Schulden war der entscheidende erste Schritt. Mit dem Schuldenabbau setzen wir unsere solide Finanzpolitik konsequent vor. Jetzt müssen wir Schulden zurückzahlen. Wann denn sonst? Diese Chance müssen wir nutzen. Gerade eine nachhaltige Finanzpolitik bedeutet, Schulden zu tilgen und vor allem zu investieren.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist und bleibt der entscheidende bayerische Erfolgskurs. Diesen Weg werden wir auch fortführen. Wir setzen damit den Dreiklang von Sparen, Reformieren und Investieren konsequent um.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – ich sehe, dass die Sprecher nicht mehr da sind; Herrn Kollegen Mütze sehe ich noch in der letzten Reihe sitzen –: Nennen Sie mir ein Land, das schon heute weniger Schulden hat oder mehr investiert. Ein solches Land werden Sie nicht nennen können. Die erwarteten Steuermehreinnahmen werden uns in die Lage versetzen, unsere finanzpolitische Spitzenstellung weiter auszubauen.

Genau aus diesem Grund hat die Staatsregierung am 15. Mai Folgendes beschlossen:

Erstens. Wir tilgen Schulden. Von den im Haushaltsvollzug erwarteten Mehreinnahmen soll ein dreistelliger Millionenbetrag zur Tilgung von Schulden verwendet werden. Das ist auch der Wille des Steuerzahlers. In einer TED-Umfrage vom letzten Dienstag haben immerhin 72 % aller Anrufer die Frage „Wohin mit den zusätzlichen Steuermilliarden?“ mit „Schulden tilgen“ beantwortet. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Ich frage Sie: Wann, wenn nicht in konjunkturell guten Zeiten, wäre Ihrer Meinung nach der richtige Zeitpunkt, Schulden abzubauen? Genauso haben wir auch in den guten Jahren 1999 und 2000 gehandelt. Ich erinnere daran, dass wir damals eine Milliarde D-Mark – ich betone: eine Milliarde D-Mark – zurückgezahlt und so bis heute 160 Millionen Euro Zinsen gespart haben. Das heißt, Tilgung ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir investieren zusätzlich. Frau Kollegin Görnitz hat es bereits angesprochen: 100 Millionen Euro stellen wir durch die sofortige Freigabe haushaltsgesetzlicher Sperren für das Jahr 2007 bereit. Damit werden zusätzliche Investitionen der Kommunen und der Freien Träger sowie staatliche Baumaßnahmen angestoßen.

Drittens. Wir schonen die eingeplanten Privatisierungserlöse.

Bei der Aufstellung des Nachtragshaushalts 2008 beabsichtigt die Staatsregierung, von folgenden Eckpunkten auszugehen:

Erstens. Zunächst wollen wir die im Stammhaushalt 2008 eingeplanten Privatisierungserlöse von 471 Millionen Euro durch Steuereinnahmen ersetzen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mütze?

Staatssekretär Franz Meyer (Finanzministerium): Er kann sich anschließend melden.

Es war immer das erklärte Ziel der Bayerischen Staatsregierung, den Einsatz von Privatisierungsmitteln zum Haushaltsabgleich so gering wie möglich zu halten. Dank der höheren Steuereinnahmen werden wir nach 2007 auch für 2008 erreichen, dass die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen gedeckt sind.

Zweitens. Ungefähr eine Viertelmilliarde Euro werden nach derzeitigem Stand über die Steuerverbünde auf die Kommunen entfallen.

Drittens. Mit dem Nachtragshaushalt wollen wir ein Zukunftsprogramm Bayern 2020 auf den Weg bringen. Das Gutachten „Zukunft Bayern 2020“ ist Grundlage für ein Gesamtkonzept, mit dem Bayern bis 2020 seine Spitzenposition behalten und weiter ausbauen kann. Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten die dortigen Empfehlungen politisch abwägen und gewichten. Unser Ziel ist es, zusätzliche Investitionen in wichtigen politischen Zukunftsfeldern auf den Weg zu bringen.

Eines steht aber bereits jetzt fest: Finanziert werden soll dies ohne neue Schulden. Es wird ohne neue Schulden finanziert. Das möchte ich heute betonen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden unsere nachhaltige Finanzpolitik für Bayern im Interesse unseres Landes und insbesondere im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger fortführen. Ich darf das Hohe Haus um Unterstützung für den Kurs der Staatsregierung bitten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Herrmann.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Gibt es jetzt etwas Neues, Herr Herrmann? Bitte, bitte!)

Joachim Herrmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur ein paar ganz kurze Anmerkungen nach dieser wirklich eindrucksvollen Debatte machen. Zeitweilig hatte man den Eindruck, die Opposition wollte alle Vorhaben der CSU-Fraktion und der Staatsregierung nur noch loben.

(Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und Karin Radermacher (SPD))

Es ist in der Tat zu allem, was wir in den letzten zwei Wochen angekündigt haben, wo wir jetzt Geld investieren wollen, von Ihnen allseits nur gesagt worden: Jawohl, das hätten Sie schon immer gesagt, und dergleichen mehr.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Man sollte dabei allerdings ehrlicherweise nicht in Vergessenheit geraten lassen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wo wir heute finanzpolitisch stehen. Was Staats-

sekretär Franz Meyer gerade noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht hat, haben wir in den letzten Jahren gegen Ihren erbitterten Widerstand erkämpft.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was denn?)

Wenn wir in den letzten Jahren das gemacht hätten, was Sie alles gefordert haben, stünden wir heute nicht da, wo wir jetzt stehen.

(Beifall bei der CSU)

Das sollte man nicht in Vergessenheit geraten lassen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir haben in Bayern mit unserer Politik, keine neuen Schulden mehr zu machen, Maßstäbe gesetzt.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das waren nicht nur Maßstäbe für unser Land, meine Damen und Herren, sondern auch Maßstäbe für ganz Deutschland.

(Helmut Brunner (CSU): Sehr richtig!)

Ich kann mich noch an die Zeiten von vor drei, vier Jahren erinnern. Da haben Sie hier in diesem Hohen Haus die Politik von Berlin verteidigt, die nur noch darauf konzentriert war, Blaue Briefe aus Brüssel wegen der katastrophalen Verschuldungspolitik abzuwenden. Wir dagegen haben Maßstäbe für eine andere Politik gesetzt. Jetzt ist Gott sei Dank in Berlin eine Kehrtwende herbeigeführt worden, und in nahezu allen Bundesländern überlegt man nun, wie man die Neuverschuldung schrittweise zurückführen kann; denn es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass diese Verschuldungspolitik unverantwortlich gegenüber den nachfolgenden Generationen ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich bleibe dabei: Wir haben Maßstäbe in Bayern gesetzt.

Ich sage allerdings auch klar: Wenn wir jetzt darangehen, wie es Staatssekretär Meyer gerade angesprochen hat, alte Schulden schrittweise zurückzahlen, begrüßen wir das. Wir sparen dann auch Zinsen. Aber gleichzeitig möchte ich sagen: Wir zahlen bayerische Schulden zurück, meine Damen und Herren. Ich halte überhaupt nichts von den Vorschlägen, wie sie andernorts gemacht werden – egal ob von SPD-regierten Ländern oder von Ministerpräsident Oettinger in Baden-Württemberg – daranzugehen, andere Länder zu entschulden. Wir zahlen bayerische Schulden zurück und streben einen noch solideren Haushalt in Bayern an. Ich sehe überhaupt nicht ein, dass mit bayerischen Steuergeldern Schulden von Berlin oder Bremen zurückgezahlt werden sollen.

(Beifall und Bravo-Rufe von der CSU)

Das wird es mit uns nicht geben. Wir werden in der Tat da, wo Wartelisten entstanden sind, mit unserer Arbeit ansetzen, seien es die privaten Förderschulen oder die Abwasserförderung und dergleichen. Wir werden solche Listen jetzt verstärkt abfinanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Aber ich stehe auch dazu: In Zeiten, in denen weniger Geld vorhanden war, mussten wir auch da etwas kürzer treten. Daraus haben wir nie ein Hehl gemacht.

Ja, wir haben ein Konzept auf den Weg gebracht, um über große Klassen abzubauen. Aber, Herr Kollege Pfaffmann, es war nun wirklich unter Ihrem Niveau, einzelne Punkte, die Kollege Waschler vorhin vorgetragen hat, herauszugreifen und zu sagen, das sei das Einzige, was wir daraus jetzt finanzieren wollten. Das ist geradezu absurd.

(Beifall bei der CSU)

So primitiv wollen Sie doch sicherlich nicht sein.

In dem großen Zukunftsprogramm „Bayern 2020“ wird gerade der Ausbau unserer Hochschulen immense Summen beanspruchen. Wir werden dafür mindestens dreistellige Hundertmillionenbeträge zur Verfügung stellen. Wir bauen mindestens 38 000 bis 40 000 zusätzliche Studienplätze aus. Dazu bedarf es nicht nur neuer Hochschulhörsäle, sondern wir brauchen auch neue Professoren, neue Assistenten und Dozenten.

Für all das werden wir mit diesem Nachtragshaushalt neue Gelder zur Verfügung stellen. Da werden unübersehbar Bildung und Ausbildung der jungen Generation einen ganz großen Schwerpunkt bilden, und man wird sehen: Jawohl, mit dem, was hier durch Steuermehreinnahmen möglich gemacht wird, wird die Investitionsquote ebenso steigen, wie die Ausgaben für Bildung und Ausbildung steigen werden. Dann werden wir wiederum so gut dastehen wie kein anderes deutsches Bundesland. Wir können uns dann auch auf Ihre Zustimmung zu diesem Nachtragshaushalt im nächsten Jahr freuen, auch wenn Sie dann wahrscheinlich wieder sagen werden, Sie hätten sich noch etwas mehr gewünscht. Aber die Leute wissen: Verlassen wir uns auf die CSU; denn mit deren Politik wird die Zukunft erfolgreich gestaltet.

Wir freuen uns zwar auf die Auseinandersetzung mit Ihnen, aber ich glaube, dass Sie keine Alternative zu bieten haben. Deshalb bin ich sicher, die Investitionsquote des Freistaats Bayern wird schon in den nächsten Jahren höher sein als der Wähleranteil der SPD in Bayern, und das kommt nicht von ungefähr.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren

Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

(Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

– Frau Kollegin, ganz ruhig bleiben.

(Karin Radermacher (SPD): Nein, das muss ich schon sagen dürfen!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 a auf:

Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

Die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe sind in der Anlage 1 zur Tagesordnung aufgeführt. Die Liste enthält zu jedem Gesetzesvorhaben auch einen Zuweisungsvorschlag hinsichtlich des als federführend angesehenen Ausschusses. Gibt es dazu Änderungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen. Wer mit der Überweisung der in der Anlage 1 der Tagesordnung enthaltenen Gesetzentwürfe an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist doch sehr spärlich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte noch einmal um das Handzeichen. – Eindeutig jede Fraktion. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

(Liste siehe Anlage 1)

Die Gesetzentwürfe werden dann diesen Ausschüssen zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes (Drs. 15/8211) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Herr Minister Huber, bitte sehr.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bayerische Landtag hat gewünscht, dass ich diese Gesetzentwürfe kurz begründe. Sie sind relativ einfach und haben ein klares Ziel, nämlich Entbürokratisierung und Deregulierung.

Im Moment erfolgt die Ernennung von öffentlich bestellten Sachverständigen durch drei verschiedene Bestellkörperschaften. Wir werden dies in der Zukunft vereinfachen und bei den Kammern konzentrieren. Damit werden die Regierungen entlastet, die bisher etwa 10 % dieser Bestellungen vorgenommen haben. Das führt zur

Transparenz und zu Spareffekten und ist insgesamt wirtschaftsnäher. Eine gute Bestellung ist auch in Zukunft gewährleistet.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, einen Augenblick. Die Anlage überträgt im Augenblick nicht das Wort des Ministers. Ich bitte, das sicherzustellen.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Es wäre schade um jedes Wort!

(Allgemeine Heiterkeit und Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich habe mich schon sehr gewundert, Herr Minister. So leise sind Sie sonst nicht.

(Allgemeine Heiterkeit)

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, ich möchte kurz wiederholen: Der Bayerische Landtag hat gebeten, dass ich diese Gesetzentwürfe kurz begründe. Es geht darum, das Sachverständigen-gesetz aufzuheben. Im Moment werden die öffentlich bestellten Sachverständigen durch drei verschiedene Bestellkörperschaften ernannt, nämlich durch die IHKs, die Handwerkskammern und die Regierungen. Wir nehmen diese Aufgabe von den Regierungen weg. Im Sinne von Privatisierung übertragen wir sie auf die Kammern. Damit wird eine gute Bestellung auch in der Zukunft gewährleistet. Es kommt zu mehr Transparenz, weil damit klare Zuständigkeitsregelungen gegeben werden. Die Regierungen werden darüber hinaus entlastet.

Als Folge davon ist eine Anpassung des Ausführungsgesetzes zum IHK-Gesetz notwendig. Außerdem nehmen wir das zum Anlass, die Vorschriften über die Buchführung der Industrie- und Handelskammern zu modernisieren.

Insgesamt ist es ein richtungweisender, bahnbrechender und guter Entwurf. Deswegen bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was könnte es auch anderes sein? Völlig unvorstellbar!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Kronawitter.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, wenn Sie auch ein bisschen spotten und meinen, das Parlament sollte sich bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfs damit noch gar nicht befassen. In der Tat, wir haben die Aussprache bei der Einbringung eingefordert, weil wir meinen, jeder Gesetzentwurf, der den Landtag erreicht, muss es wert sein, bei der Ersten Lesung bereits

behandelt zu werden. Wir glauben, dass damit Öffentlichkeit hergestellt und Aufmerksamkeit erzeugt wird.

(Thomas Kreuzer (CSU): Dann hätten Sie der Geschäftsordnungsänderung nicht zustimmen dürfen!)

– Ich weiß, dass die Geschäftsordnung andere Möglichkeiten vorsieht. Ich habe aber dennoch die Absicht, es immer wieder zu tun, weil ich glaube, ein Parlament soll sich vor allem mit Gesetzesanträgen intensiv befassen, und die Erste Lesung ist eine solch intensive Befassung.

Interessanterweise wurde uns der Gesetzentwurf bereits vor drei, vier Wochen angekündigt, aber erst vor vier Tagen haben wir ihn tatsächlich ausgedruckt erhalten. Ich weiß nicht, was die Staatsregierung noch aufgehalten hat. Jetzt liegt er vor, und eine erste Einschätzung unsererseits besagt in der Tat:

(Eberhard Rotter (CSU): Sehr vernünftig!)

Es macht Sinn, die bisher drei möglichen Bestellinstitutionen zu verringern. Bisher hatten wir drei Bestellinstitutionen, künftig haben wir zwei, nämlich die Industrie- und Handelskammer und weiterhin die Handwerkskammer. Ich habe mit dem Verband der öffentlich bestellten Sachverständigen darüber gesprochen und dort erfahren, dass man sich sehr gut eine Bestellkammer vorstellen könne, weil das der Transparenz und aus Sicht der Kunden – und das sind ja die Kunden der Sachverständigen – dienlich wäre.

Herr Minister, Sie benutzen sonst so gern den Begriff „One-Stop-Agency“. In diesem Fall haben Sie eine Two-Stop-Agency geschaffen. Wir werden sehen, wie sich das künftig bewährt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Braucht's alles nicht!)

Ansonsten haben wir im Ausschuss noch die Möglichkeit nachzufragen, warum diese Parallelität trotzdem bestehen bleibt. Es hilft den Verbrauchern – das ist der eigentliche Grund, warum das vom Verband der Sachverständigen gewünscht worden wäre –, klar einschätzen zu können: Wer bestellt die Sachverständigen? Von wem werden sie bestellt? Wer führt die jeweiligen Listen? Es ist ja hinlänglich bekannt, dass es mittlerweile eine Art Wildwuchs bei den Sachverständigen gibt mit der Konsequenz, dass sich viele als Sachverständige darstellen, es aber bei genauerem Hinsehen nicht sind. Es ist schon vernünftig, den bestellten und damit auch vereidigten Sachverständigen zu behalten und ihn auch entsprechend herauszustellen.

Es ist auch richtig, dass ansatzweise das EU-Vorhaben aufgegriffen wird, die Qualität von Sachverständigen zu sichern. Wir wissen freilich: Qualitätssicherung geht noch viel weiter als nur bis zur Bestellung. Allerdings – das möchte ich schon bei der Ersten Lesung anmerken – besteht der Nachteil in den Kosten. In der Begründung des Entwurfs wurde dargestellt: Bisher kostete die Bestellung maximal 300 Euro bei der Bezirksregierung, künftig

werden es maximal 1300 Euro sein, das ist mehr als eine Vervierfachung. Das heißt, dass der Preis für die Übertragung der hoheitlichen Aufgabe auf die IHKs tatsächlich bei den Sachverständigen zu Buche schlägt. Es muss schon angemerkt werden, dass dieser Preis auch bezahlt werden muss.

Alles in allem ist es richtig, diesen Weg zu gehen. Aber die Anmerkungen mussten schon sein hinsichtlich des Preises und der Parallelität und Nichtzusammenfassung auf eine Bestellkammer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Staatsminister Huber diesen spannenden Gesetzentwurf schon begründet hat

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Spannend?)

und Frau Kollegin Dr. Kronawitter das Recht der Opposition zum Ausdruck gebracht hat, in Erster Lesung zu jedem Gesetzentwurf zu sprechen, obwohl die Geschäftsordnung eigentlich einen anderen Regelfall vorsieht,

(Karin Radermacher (SPD): Das ist ein eigenartiges Verständnis des Parlaments!)

wird Ihnen das natürlich zugestanden. Aber Sie mussten insgesamt auch einräumen: Es ist eine ganz vernünftige Sache. Aber es geht halt darum, mit Mühe noch irgendwelche Haare in der Suppe zu finden.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Wieso denn?)

Da ist Ihnen zum einen eingefallen, wenn die Regierungen künftig schon nicht mehr zuständig sein sollen, dann schaffen wir nur noch eine aus den beiden Wirtschaftskammern. So waren Ihre Ausführungen auf jeden Fall zu verstehen. Sie haben sich auch auf den Verband der Sachverständigen berufen.

Ich meine, es ist richtig und sinnvoll, dass die Regierungen dafür nicht mehr zuständig sind,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann hat die CSU ihre Ruh!)

dass das bayerische Sachverständigengesetz aus dem Jahr 1950, das ohnehin veraltet ist, abgeschafft wird. Ohnehin sind nur etwa 10 % der Sachverständigen über diesen Weg nach dem Sachverständigengesetz bestellt worden, sodass es mit Sicherheit kein Problem ist, wenn diese sich künftig von den Industrie- und Handelskammern bestellen lassen.

Dass damit höhere Kosten verbunden sein werden, liegt daran, dass die Regierungen bzw. der Staat bislang keine kostendeckenden Tarife dafür verlangt hat. Wir haben das

praktisch mit dem Geld des Steuerzahlers subventioniert, was natürlich nicht unbedingt sinnvoll ist.

Zudem wollen wir das Gesetz über die Industrie- und Handelskammern von überholten Bestimmungen entlasten. Es soll zugleich mit diesem Gesetzentwurf an die Einführung der kaufmännischen Buchführung in Industrie- und Handelskammern angepasst werden, die ab 2007 flächendeckend bei allen Industrie- und Handelskammern bereits rechtsaufsichtlich genehmigt worden ist.

Schließlich geht es darum, dass die aufgrund des IHK-Gesetzes bestehende Möglichkeit der Übertragung von zusätzlichen Aufgaben auf unsere Industrie- und Handelskammern entsprechend präzisiert wird.

Ich gehe davon aus, dass angesichts dieser guten Argumente dieser spannende Gesetzentwurf allseits Zustimmung finden wird. Jedenfalls werden wir ihn zügig beraten und dann auch beschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die Aussprache ist damit geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Bestellung eines Mitglieds der Datenschutzkommission

Mit Schreiben vom 24. April 2007 haben die kommunalen Spitzenverbände in Bayern mitgeteilt, dass ihr bisheriges Mitglied in der Datenschutzkommission, Herr Wolfgang Kellner, zum 1. Juni 2007 aus dem Dienst der AKDB – Anstalt für kommunale Datenverarbeitung – ausscheidet und erklärt habe, gleichzeitig sein Amt als Mitglied der Datenschutzkommission niederlegen zu wollen.

Als seinen Nachfolger schlagen die kommunalen Spitzenverbände Herrn Rudolf Schleyer, Mitglied des Vorstands der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung, vor.

Die Bestellung durch den Landtag erfolgt gemäß Artikel 33 Absatz 2 des Datenschutzgesetzes für fünf Jahre.

Gibt es dazu irgendwelche Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Bestellung des Herrn Schleyer zum Mitglied der Datenschutzkommission einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt 6, Eingabe betreffend Auswirkungen nach Veränderung der Betriebstechnik von Mobilfunksendeanlagen, wird im Einvernehmen aller Fraktionen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Antrag der Abg. Franz Maget, Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD), Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Erweiterung des Untersuchungsauftrags Drs. 15/5574 und Drs. 15/7436 des Untersuchungsausschusses (Drs. 15/7934)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Müller. Bitte schön.

Herbert Müller (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn des Untersuchungsausschusses „Wildfleisch und Verbraucherschutz“ habe ich einem prominenten CSU-Mitglied des Untersuchungsausschusses die Frage gestellt, was wir denn eigentlich machen, wenn ein erneuter Skandal auf uns zukommt. Das prominente CSU-Mitglied dieses Ausschusses hat mir darauf geantwortet: „So blöd wird doch nach all den Skandalen keiner sein und nicht endlich seine Sache in Ordnung bringen.“ Wissen Sie, was meine Erfahrung ist? – Die Fleischhändler, die hier mit krimineller Energie eine Sache vorangetrieben haben, waren nicht blöd, sondern waren sich offensichtlich sicher, dass sie nicht erwischt werden. Das ist das Problem, um das es im Grunde genommen ging.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte kurz auf die Arbeit im bestehenden Untersuchungsausschuss zu sprechen kommen. Wir haben in diesem Untersuchungsausschuss bei der Behandlung der Firma Deggendorfer Frost dreimal Fragen zu diesem Unternehmen gestellt – deren Mutter ist nämlich die Firma Kollmer in Illertissen –, weil wir wissen wollten, wie das Verhältnis des Mutter- und Tochterbetriebs untereinander war, da das Tochterunternehmen, die Deggendorfer Frost, so liederlich ist. Damals hat der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses diese Fragen – ich glaube, zu Recht – mit dem Hinweis darauf unterbunden, die Firma Kollmer sei nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrages. Wir haben uns eine Prüfung vorbehalten, weil wir gesagt haben, eigentlich wäre es schon wichtig, auch zu erfahren, wie denn die Mutter insgesamt beieinander

war, um über die Abstammung der Tochter etwas zu erfahren.

Wir sind vor drei Monaten mit dem Umstand konfrontiert worden, dass die Firma Kollmer im Zusammenhang mit dem Ekelfleischskandal deutlich in kriminelle Mischenschaften verwickelt ist. Damit wir uns recht verstehen: Hier geht es nicht darum, in Bayern eine Schnitzeljagd nach vermeintlich kriminellen Betrieben zu machen, sondern darum, ob der in Bayern vorgesehene Verbraucherschutz auch durchgeführt werden kann. Um diese Frage geht es – um nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben der CSU vorgeschlagen, aufgrund der neuen Vorkommnisse bei der Mutterfirma Kollmer, die durch Skandale bekannt geworden ist, den Untersuchungsausschuss – passen Sie bitte auf, der erste hatte über 180, der zweite etwa 30 Fragen – um ganze sieben Fragen zu erweitern, um zu erfahren, wie Behörden zum Beispiel in Schwaben und Bayern gearbeitet haben. Diese sieben Fragen – ganze sieben Fragen! – wollten wir als Ergänzung zum Untersuchungsausschuss beantwortet wissen. Im Übrigen haben wir auch deutlich signalisiert, dass damit nichts verlängert werden soll, sondern Notwendiges diskutiert werden muss, und dass wir uns in jedem Fall – auch in Bezug auf die Zeugen – auf das Wesentliche konzentrieren werden. Das war der Punkt.

Offensichtlich wird die CSU unseren Vorschlag ablehnen. Deshalb wird es einen neuen Untersuchungsausschuss geben, den Sie zu vertreten haben, weil wir uns Nachfragen zur Firma Kollmer von Ihnen nicht verbieten lassen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Ihnen nun zur Firma Kollmer sagen: Zu der Zeit, als der Skandal bei der Firma Kollmer aufkam, stand in der Zeitung folgender Artikel, in dem der Vertreter der Regierung von Schwaben zur Frage, ob ein neuer Träger weitermache, betonte: „Ausgeschlossen ist dabei, dass die Firma Kollmer damit zu tun hat.“ Der Regierungssprecher sagte weiter, eine Strohfirma als Nachfolgerin der geschlossenen Firma Kollmer – der Betrieb muss ja weitergeführt werden – werde es nicht geben. Ich erzähle Ihnen nun, was tatsächlich passiert ist: Wenige Tage später war in der „Illertisser Zeitung“ folgende Anmerkung zu lesen:

Derzeit prüft die Regierung noch, ob der Interessent noch eine weiße Weste hat und nicht in irgendeiner Form von dem bisherigen Betreiber abhängig ist. Sollte das der Fall sein, kann das Großkühlhaus unter neuer Leitung weitergeführt werden. Eine Entscheidung werde wohl noch im Laufe des Monats April fallen.

Welche Entscheidung ist dann gefallen? Mit der Entscheidung der Regierung, nämlich für die Firma Kollmer einen neuen Träger einzusetzen, und mit der Ankündigung, dass es weder eine Strohfirma noch eine Firma gebe, die mit dieser schlampigen Firma Kollmer etwas zu

tun habe, wurde bekannt, dass die Firma, die nun in das Illertissener Kühlhaus einziehen will, in gewisser Weise zur Vorgängerfirma in Beziehung steht. Sie hat, wie angenommen, ihren Firmensitz in Frankfurt. Gesellschafter der Rottal Frost GmbH ist Gerhard Kollmer, nämlich der Besitzer des Betriebes, den wir geschlossen haben.

Ich muss sagen: Wer hier eine Ausweitung des Untersuchungsausschusses verhindern will, der will weder Zeit sparen noch nötige Aufwendungen eindämmen und Bürokratie verhindern, sondern der möchte etwas vertuschen, und das werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege – –

(Zuruf von der CSU: Zeit!)

Herbert Müller (SPD): Ich habe noch 40 Sekunden.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nein, Herr Kollege, Sie haben die 40 Sekunden schon überschritten.

Herbert Müller (SPD): Wenn ich die Zeit schon überschritten habe, kann ich natürlich nicht weiterreden. Ansonsten hätte ich gesagt: Einer der wenigen in Bayern funktionierenden Kontrollmechanismen waren zum Beispiel ein verschmähter Liebhaber, ein Metzgerbub, der eine Watschen bekommen hat, anonyme Anzeigen, und untere Dienstgrade vom Zoll. Das kann es doch nicht sein, für das wir in diesem Hause in Bayern stehen. Deshalb brauchen wir die geforderte Erweiterung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Jetzt ist wieder frisches Schwäbisch zu hören. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Sprinkart.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Um hier Missverständnissen vorzubeugen: Es geht nicht in Schwäbisch, sondern wenn, dann in Allgäuerisch weiter. Das ist ein feiner Unterschied, den ich herausarbeiten muss.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Gründe für die Erweiterung des Untersuchungsauftrages über die Vorgänge bei der Firma Kollmer nennen: Seit Oktober 2005 werden alle Maßnahmen mit dem Amtsleiter, mit der Regierung von Schwaben und mit dem Verbraucherschutzministerium abgesprochen. Das ist der erste Fall, der zumindest mir bekannt ist, der seit geraumer Zeit nicht ohne Nachfrage beim Verbraucherschutzministerium entschieden wird.

Laut zuständigem Veterinär hat den Betrieb Kollmer nach dem 12.10.2005 nur Fleisch verlassen, das unter Aufsicht des Amtstierarztes lastwagenweise kontrolliert wurde. Duplizität der Ereignisse: Nach dem Entzug der

Zulassung erklärte Regierungsvizepräsident Gediga, es verlasse zurzeit kein Kilo Fleisch das Kühlhaus, das zuvor nicht kontrolliert wurde. Und siehe da, von 24 gezogenen Proben war keine Probe für den Verzehr geeignet. Wir sehen also, wenn wirklich untersucht wird, wird man fündig.

Warum, frage ich Sie, konnte Kollmer seine Lumpereien eineinhalb Jahre lang unter besonderer Überwachung der Lebensmittelbehörde und unter Oberaufsicht des Ministeriums weiterbetreiben? Oder glaubt jemand von Ihnen, dass er damit erst im Februar 2007 angefangen hat?

Ein Sprecher der Regierung von Schwaben erklärt, Kollmer sei in den letzten zwei Jahren immer wieder kontrolliert worden, und dabei habe man immer wieder Verstöße festgestellt und beanstandet. Mehrmals habe die Spezialeinheit für Lebensmittelsicherheit ausrücken müssen. Ich frage Sie: Wie kann es dann sein, dass der Veterinär bei der Regierung von Schwaben und der zuständige Veterinär beim Landratsamt Neu-Ulm drei bzw. sieben Tage nach Entzug der Zulassung dem Untersuchungsausschuss ein Bild der Firma Kollmer zeichnen, bei dem es angesichts der Größe der Firma zu keinen nennenswerten Verstößen gekommen ist?

Dem Ganzen setzt die Krone auf – Herr Kollege Müller hat es schon gesagt –: Kaum ist das Lager geräumt, bekommt Kollmer unter anderem Namen und mit einem Strohhalm, der bereits früher für Kollmer gearbeitet hat, eine neue Zulassung. So viel zum Inhaltlichen.

Kommen wir zum Formalen: Ein Teil der Akten zum Fall Kollmer liegt dem Untersuchungsausschuss bereits vor. Leider hat der Vorsitzende bei der Befragung der beiden Zeugen zum Thema Kollmer Fragen immer wieder unterbunden mit der Begründung, dies sei vom Untersuchungsauftrag nicht abgedeckt. Das war vor der Schließung des Betriebs Kollmer. Inzwischen werden nicht einmal mehr die Fragen zugelassen, die bei den beiden Veterinären noch möglich waren.

Ich frage mich, was das soll. Ist das reine Provokation, oder gibt es hier etwas zu verbergen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu unserem Fragenkatalog: Er enthält sieben Fragen, die den Zeitraum ab dem Jahr 2003 umfassen. Das ist, denke ich, mehr als zurückhaltend. Sie haben mit uns nicht einmal über diese Fragen verhandelt, sondern sie mit einem barschen „Njet“ vom Tisch gewischt. So einfach wird das aber nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über das Argument, auf diese Weise würde verhindert, dass die entsprechenden Schlüsse aus dem Untersuchungsausschuss gezogen werden, kann ich nur lachen. Es gab im Untersuchungsausschuss von Zeugen klare Aussagen, was besser geregelt werden müsste. Im Vorfeld gab es Vorschläge, die direkt ans Ministerium gerichtet waren. Außer Absichtserklärungen ist jedoch nichts passiert. Wir müssen also nicht auf den oder die Abschluss-

berichte warten, um Mängel zu beseitigen. Wenn wir das wollten, könnten wir es jetzt schon machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie diese Lumpen ihre krummen Geschäfte unter neuem Namen nahtlos weiterbetreiben lassen, wird auch ein noch so scharf gefasster Abschlussbericht nichts helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich gebe hiermit bekannt, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege König.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die von der Opposition gestellten Fragen beziehen sich alle auf Vorgänge bei der Firma Kollmer in Illertissen. Bei dieser Firma Kollmer handelt es sich um die Mutterfirma der Deggendorfer Frost GmbH. Im ursprünglichen Fragenkatalog ist die Firma Kollmer nur hinsichtlich ihrer Beziehungen zur Deggendorfer Frost erwähnt. Insofern – das muss hier festgestellt werden – gehen diese Fragen über den Kern des bisherigen Untersuchungsauftrags hinaus.

Herr Müller hat gesagt, dies wären nur ganze sieben Fragen, als ob das nicht viel wäre. Diese Fragen beziehen sich auf einen Zeitraum von drei Jahren. Es geht um drei Jahre Kontrolltätigkeit bei dieser Firma. Diese sieben Fragen beziehen sich außerdem nicht nur auf eine Firma, sondern auf insgesamt drei Rechtspersönlichkeiten, drei Gesellschaften. Die Fragen beziehen sich nicht nur auf Kontrollen, sondern auf Auflagenerteilungen, Verwarnungen, Bußgeldverfahren, Strafverfahren und Ähnliches aller bayerischen Behörden.

Herr Kollege Müller, deshalb sei es mir gestattet, darauf hinzuweisen, dass diese von Ihnen apostrophierten ganzen sieben Fragen einen umfangreichen Fragenkatalog darstellen, der umfangreiche Untersuchungen nach sich ziehen würde. Es ist Ihr gutes Recht, einen neuen Untersuchungsausschuss zu beantragen. Wenn Sie dies tun, wird sich erweisen, dass es nicht ganz so schnell gehen wird.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege König, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Müller?

Alexander König (CSU): Nein.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Eine klare Antwort.

Alexander König (CSU): Zur Frage der Zulässigkeit der Erweiterung möchte ich Sie darauf hinweisen, dass es keinen Rechtsanspruch auf eine Erweiterung eines Untersuchungsausschusses gibt. Es sei jedoch angemerkt, dass wir in der Vergangenheit bereits einer umfangreichen Erweiterung des Untersuchungsauftrags und einem

umfangreichen Fragenkatalog zugestimmt haben. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, irgendwann muss aber die Frage erlaubt sein, ob es dem Sinn und Zweck des ursprünglichen Untersuchungsauftrags gerecht wird, wenn dieser um immer neue Fragenkomplexe erweitert wird. Sie müssen sich fragen lassen, ob es nicht sinnvoll gewesen wäre, vorher vernünftig zu überlegen, was Sie wissen möchten. Dann hätten wir alle Fragen einbeziehen können.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir sehen keine Möglichkeit, einer erneuten Erweiterung eines Untersuchungsauftrags zuzustimmen. Wir sehen es als nicht sachdienlich bezüglich des Kerns des Untersuchungsauftrags an, diese weiteren sieben Fragen einzufügen. Kolleginnen und Kollegen, darüber hinaus werden Sie nicht bestreiten können, dass damit eine wesentliche Verzögerung der Arbeit und damit des Abschlussberichts des bestehenden Untersuchungsausschusses einhergehen würde.

An dieser Stelle würde ich gerne ein persönliches Wort an Herrn Kollegen Maget richten, der offensichtlich heute nicht hier sein kann. Herr Kollege Maget erklärte in der vorletzten Woche gegenüber dem Fernsehsender „münchen.tv“ auf eine Äußerung unseres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, der darauf hinwies, dass sich im Falle einer Erweiterung des Untersuchungsauftrags die Sache bis weit in den Herbst hinaus verzögern würde, sinngemäß, dass die Fraktion der CSU wohl zu faul wäre, während der Sommerpause den Untersuchungsausschuss tagen zu lassen. Das Wort „faul“ ist in diesem Zusammenhang gefallen.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, das ist die unterste Schublade des Populismus; denn ein Fraktionsvorsitzender – selbst einer kleinen Fraktion wie der SPD-Fraktion – sollte eigentlich wissen, dass es eine parlamentarische Sommerpause gibt, während der es überhaupt nicht gestattet ist, Sitzungen über Sitzungen des Untersuchungsausschusses stattfinden zu lassen. Ich würde Herrn Kollegen Maget dringend empfehlen, sich mit den Grundlagen des Parlaments auseinanderzusetzen. Dann wäre er vor einem derartigen Populismus in der Zukunft geschützt. Wir sehen keine Möglichkeit, dem zuzustimmen. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Nachdem eine namentliche Abstimmung beantragt ist und ich 15 Minuten ab der Antragstellung abwarten muss – das wären noch zehn Minuten –, fahre ich jetzt in der Tagesordnung fort. Ich erkläre gleich, dass die namentliche Abstimmung nach der gemeinsamen Beratung der nächsten Tagesordnungspunkte 8 und 9 erfolgen wird.

Ich rufe jetzt gemeinsam die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Normenkontrollklage gegen die Käfighaltung von Legehennen (Drs. 15/7225)

Antrag der Abgeordneten Henning Kaul, Dr. Marcel Huber, Helmut Brunner u. a. (CSU)
Bericht über Entwicklungen in der Haltung von Legehennen (Drs. 15/7456)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Rütting.

Barbara Rütting (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht um die Normenkontrollklage gegen die Käfighaltung von Legehennen. Wir bitten den Landtag, zu beschließen, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, sich der Normenkontrollklage des Landes Rheinland-Pfalz beim Bundesverfassungsgericht gegen die Haltung von Legehennen in Käfigen anzuschließen. Warum? – Ab dem Jahr 2007 sollte Deutschland als erstes EU-Land frei von Legebatterien und damit Vorreiter im Tierschutz sein. Das hatten Bund und Länder im Jahr 2001 beschlossen, unter anderem auch Bayern. Grundlage des Beschlusses war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das im Jahre 1999 festgestellt hatte, dass die Haltung von Hennen in Käfigen mit dem Tierschutzgesetz unvereinbar sei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seitdem haben vor allem CDU-regierte Bundesländer beim Schutz der Hennen zurückgerudert. Am 7. April 2006 hat eine Ländermehrheit im Bundesrat erneut beschlossen, das Käfigverbot auszuhebeln. Dabei haben die CDU-Politiker sehr euphemistisch die Wortschöpfungen der Käfighalter benutzt und von „Kleingruppenhaltung“ oder noch schlimmer von „Klein-Volieren“ gesprochen. Das Wort „Voliere“ stammt von volare, fliegen. Davon kann bei einer Henne, die auf etwas mehr als der Größe einer DIN A4-Seite sitzen darf, keine Rede sein. Die Wortschöpfung „Klein-Voliere“ ist ein Betrug am Verbraucher.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Diese neuen Käfige – die auch „Seehofer-Käfige“ genannt werden dürfen – dienen nur den wirtschaftlichen Interessen der Käfighalter und haben nichts mit dem Tierschutz zu tun. Sie sind mit einem kleinen Nest und einer Sitzstange etwas verbessert worden, aber die Hühner können sich nicht einmal um ihre eigene Achse drehen. Das ist absolut tierschutzwidrig. Wir wissen, dass inzwischen über 80 % der Bevölkerung die Käfighaltung ablehnen. Immer mehr Verbraucher sind bereit, für Eier von frei laufenden Hühnern und für Eier aus Biohaltung mehr zu bezahlen. Das haben wir mit unserer Aufklärungsaktion immerhin erreicht. Aus Holland mussten sogar Freiland-Bioeier importiert werden. Die Verbraucher wollen Bioeier und die Freilandhaltung der Hühner.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz bereitet nun eine Normenkontrollklage gegen die seit August 2006 gültigen Vorschriften zur Legehennenhaltung vor. Das ist die letzte Möglichkeit, eine Verordnung, die mit dem Staatsziel „Tierschutz“ in Einklang steht, durchzusetzen.

Im Gegensatz zu den Vertretern des Umweltministeriums, die meinen, wir hätten keine Aussicht auf Erfolg, sind wir durchaus der Meinung, dass wir Erfolg haben werden. Wie ich vorhin gehört habe, will sich auch Bremen der Normenkontrollklage anschließen.

Nach Auffassung des Bundesverbandes Menschen für Tierrechte verstößt die Hennenhaltung in Batteriekäfigen und auch in den neuen „Seehofer-Käfigen“ dreifach gegen geltendes Recht. Erstens verbietet das Staatsziel Tierschutz einen so gravierenden Rückschritt. Zweitens fordert § 2 des Tierschutzgesetzes eine art- und verhaltensgerechte Haltung der Hühner. Wir wissen alle, dass eine Henne scharren, picken, sandbaden, auf Stangen sitzen und ihre Eier ungestört ablegen können muss. Jedem ist wohl klar, dass sich eine Henne auf 800 cm² Bodenfläche – das ist um eine Postkarte mehr als eine DIN A-4-Seite – nicht artgerecht verhalten kann.

Wir sind mit den Juristen für Tierrechte durchaus der Meinung, dass diese Klage Erfolg haben wird. Ich möchte auf eine Vorschrift hinweisen, die das auch unterstreicht, nämlich auf Artikel 20 a des Grundgesetzes, auf das Verbot der rechtlichen Verschlechterung. Für das seit 1994 im Grundgesetz verankerte Staatsziel Umweltschutz ist in Rechtsprechung und Literatur seit Langem anerkannt, dass es ein Verbot der rechtlichen Verschlechterung umfasst. Wie Sie wissen, ist dieses Staatsziel Umweltschutz inzwischen um den Tierschutz erweitert worden.

Ich verstehe nicht, dass die CSU im Umweltausschuss jetzt beantragt hat, sich einen Bericht über die Entwicklung der Haltung von Legehennen geben zu lassen. Es ist alles geprüft worden, und es ist über alles berichtet worden. Ich weiß nicht, warum Sie jetzt noch einmal prüfen wollen. Irgendwann wird vielleicht auch noch geprüft, ob die Erde wirklich eine Kugel oder vielleicht doch eine Scheibe ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sehe wirklich keinen Grund dafür.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist jetzt wirklich großzügig abgelaufen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nur nicht drausbringen lassen! – Alexander König (CSU): Eine kleine Zugabe!)

Barbara Rütting (GRÜNE): Für die Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz haben wir 12 Jahre gekämpft. Wenn es notwendig ist, kämpfen wir wieder 12 Jahre. Ich hoffe, dass Sie sich doch der Normenkontrollklage anschließen. Ich hoffe auf Ihre Erkenntnisfähigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Huber.

Dr. Marcel Huber (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass wir diesen Antrag heute schon wieder behandeln. Wir haben das Thema letztes Jahr sehr ausführlich besprochen. Wir haben Ihnen unsere Argumente dargestellt. Entweder haben Sie nicht zugehört, oder Sie haben ein schlechtes Gedächtnis. Wahrscheinlich liegt es daran, dass Sie dieses Thema auf Wiedervorlage bei passender Gelegenheit gelegt haben. Jetzt haben wir diese Normenkontrollklage aus Rheinland-Pfalz. Ich erkläre es Ihnen deswegen noch einmal.

Wir wollen eine Verbesserung der Haltungsbedingungen für Legehennen, und zwar so schnell wie möglich und für so viele Tiere wie nur möglich.

(Zuruf von den GRÜNEN: Und wann ist das?)

Um dieses Ziel zu erreichen, hat Bayern 2004 im Bundesrat für das Ende der Käfighaltung im Jahr 2006 mitgestimmt. 2006 haben wir aber festgestellt, dass alternative Haltungsformen nicht so schnell entwickelt worden sind, wie wir es uns erhofft haben. Der ausgestaltete Käfig – da stimme ich Ihnen zu – hat nicht das gebracht, was er versprochen hat. Wir haben die ernüchternde und in gewisser Weise auch enttäuschende Erkenntnis gewonnen, dass wir zum 31. Dezember 2006 das Ende der Käfighaltung in Bayern nicht erreicht haben. Wir wollen nicht, dass die Käfige in Bayern abgebaut und in Tschechien oder Mazedonien im Verhältnis 1 : 1 wieder aufgebaut werden. Dort drüben werden dann vielleicht noch ein oder zwei Tiere mehr hineingesteckt, und wir müssen die Eier von dort einführen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Erlauben Sie mir bitte den Vergleich: Das ist dieselbe schlaue Logik wie bei den Kernkraftwerken: Wir sperren unsere sicheren Werke zu und kaufen den Strom aus Temelin, Tschernobyl & Co. Super!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN:
Ha, ha, ha!)

2006 haben wir nach langer und gewissenhafter Überlegung die Schlussfolgerung gezogen, dass wir die Frist für den Abbau der Käfige auf Antrag um zwei Jahre für die Betriebe verlängern, die – wohlgemerkt – nachweisen können, dass sie bereits an einem Konzept zum Umbau auf eine verbesserte und artgerechtere Tierhaltung arbeiten. Wir haben damit sowohl auf die Forschung als auch auf die Wissenschaft staatlichen Druck ausgeübt, solche Haltungsformen weiterzuentwickeln und endlich marktreif zu machen. Wir haben aber auch staatlichen Druck auf die Produzenten ausgeübt, damit sie sich um einen Umbau bemühen. Wir verfolgen damit sowohl das Ziel, den Umbau der Haltungsformen in unserer hiesigen Produktion voranzubringen, als auch das Ziel, die Produktionskapazitäten bei uns im Lande zu erhalten. Wir glauben, auf diesem Wege eher das Ziel zu erreichen,

dass für möglichst viele Tiere möglichst schnell Verbesserungen der Haltungsformen geschaffen werden.

Damit wir diese Entwicklung auch steuern und begleiten können, haben wir einen eigenen Antrag nachgeschoben, den Sie nicht verstanden haben. Dieser Antrag dient dazu, uns den Stand der Forschung bei der Entwicklung alternativer Haltungsformen darstellen zu lassen. Wir haben den Stand des Umstellungsprozesses auf alternative Haltungsformen im Visier. Wir wollen uns das darstellen lassen, und wir wollen uns die Entwicklung der Erzeugung, des Absatzes und vor allem auch des Imports für die verschiedenen Haltungsformen darstellen lassen. Ihr Beispiel Holland könnte vielleicht auch bei uns Druck aufbauen, sodass wir hier umbauen. Die Holländer sind uns in der Umstellung ihrer Produktionsart eine Nasenlänge voraus.

Meine Damen und Herren, ich darf zusammenfassen. Ihr Antrag, den Sie stellen, befreit kein einziges Huhn aus der Käfighaltung. Ihr Antrag führt dazu, dass die Käfige in Deutschland abgebaut, in osteuropäischen Ländern wieder aufgebaut und dort unter schlechteren Bedingungen bis 2012 weitergeführt werden.

(Ludwig Wörner (SPD): Haben die Holländer auch so argumentiert? – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie haben es die Schweizer gemacht?)

So lange ist die Käfighaltung in der EU noch zulässig. Aus diesem Grund wollen wir Ihren Antrag ablehnen. Wir empfehlen Ihnen die Zustimmung zu unserem Antrag, denn ich gehe davon aus, dass die Informationen, die Ihnen gegeben werden, auch für Ihre Politik von Interesse sind.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Rütting, Sie wollten eine Zwischenbemerkung machen. Das geht nur auf den Beitrag des Kollegen Huber. Sie haben sich nämlich schon für den nächsten Redner gemeldet. Eine Zwischenbemerkung ist immer nur auf den vorhergegangenen Beitrag möglich.

Barbara Rütting (GRÜNE): Herr Kollege Huber, Sie sagten wieder, die großen Eierproduzenten würden dann ins Ausland abwandern und dort ginge es den Hühnern dann noch schlechter. Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass die Verbraucher Bio-Eier wollen und auch bereit sind, dafür mehr zu zahlen. Das käme doch unseren Bauern zugute. Da wir nicht genug deutsche Bio-Eier haben, müssen wir sie aus dem Ausland importieren. Das ist doch eine Tatsache.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Huber, möchten Sie darauf eingehen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich als nächstem Redner Herrn Kollegen Müller das Wort erteilen.

Herbert Müller (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach unserer Meinung kann man beiden

Anträgen zustimmen, weil sie gar nicht so weit auseinanderliegen. Wir werden dem CSU-Antrag zustimmen, weil die darin artikulierten Überlegungen richtig sind. Es gibt aber auch keinen Grund, gegen den Antrag der GRÜNEN zu sein, weil das, was die GRÜNEN beantragen, richtig und korrekt ist. Es steht auch im Einklang mit dem, was wir gemeinsam beschlossen haben, die Hühner so schnell wie möglich aus den Käfigen herauszubringen. Das ist doch auch mit Ihrer Unterstützung voriges Jahr so beschlossen worden.

(Beifall bei der SPD)

Also wären wir doch gut beraten, wenn wir beides zusammensetzen.

Zum Tierschutz muss ich hier eigentlich gar nichts sagen. Bisher ist das alles übereinstimmend so gesehen worden; wir wollen alle das Gleiche. Ich unterstelle Ihnen doch auch nicht, dass Sie die Hühner im Käfig haben wollen. Deshalb verstehe ich nicht, warum man hier nicht gemeinsam aktiv werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Mit einer Zustimmung zu beiden Anträgen würden wir der Sache und auch der Kreatur gerecht.

Ich möchte nicht, dass wir als Einzige zwar bei uns in Deutschland eine sinnvolle Regelung durchsetzen, aber dann aus dem Ausland beliefert werden. Wir alle in diesem Hohen Haus müssen ein zweites Argument berücksichtigen: Es gibt erfreuliche Entwicklungen auf dem Markt. Der Markt reagiert inzwischen auf die Missstände im positiven Sinne.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Vor eineinhalb Jahren durfte ich an einer Fahrt zu Eierproduzenten teilnehmen. Dabei habe ich eine hochinteressante Beobachtung gemacht; ich weiß nicht, ob es den anderen auch so gegangen ist. Wir waren in einem großen Biofreilandbetrieb im Landkreis des Kollegen, der gerade gesprochen hat.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Hühner durften dort nicht einmal gentechnisch verändertes Futter aufnehmen, was nach dem Gesetz sogar möglich wäre. Dort werden also die besten Eier produziert, die es in Bayern gibt. Wir haben dort erfahren: Diese Eier gehen zu McDonald's. – Das sind doch positive Zeichen. McDonald's wirbt nicht einmal damit. Ich tue das heute ausgesprochen gerne, weil man daran sieht, dass der Markt allmählich auf die Missstände reagiert. Der Verbraucher will dieses Zeug gar nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Übrigen darf ich noch – vielleicht nicht ganz so ernsthaft – hinzufügen, dass ich ein zweites eigenartiges Er-

gebnis auf dieser riesigen Eierlegeanstalt hatte. Ich glaube, dort waren zweimal 20 000 Hühner.

(Dr. Marcel Huber (CSU): Nein, zweimal 90 000!)

– Waren es noch mehr? – Zweimal 90 000 waren es. Es gab dort riesige Freilaufflächen. Es war schönes Wetter; dagegen kann man nichts sagen. Aber wo haben sich diese Viecher herumgetrieben? – Kein einziges dieser Tiere war draußen, obwohl die Türen offen waren. Die Hühner hockten engstens nebeneinander. Ich würde diesen Hühnern auch gerne einmal sagen können: Nützt das doch! Die Menschen wollen euch laufen sehen, ihr solltet nicht mehr so eng nebeneinander auf der Stange sitzen!

(Allgemeine Heiterkeit)

Kurzum, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir sind in dieser Frage relativ eng beieinander. Lassen Sie uns diesen Weg doch gemeinsam gehen. Wir stimmen beiden Anträgen zu.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Müller. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Bitte schön, Herr Staatssekretär. – Aber jetzt spricht der Herr Staatssekretär. Kolleginnen und Kollegen, wir überlegen noch, wie wir das mit den Hühnern machen.

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Frau Rütting! Zunächst einmal stelle ich fest, dass keine Klage vorliegt. Wenn wir hier formal beschließen sollen, dass wir uns einer Klage anschließen, muss man doch zunächst einmal wissen, was in dieser Klage steht. Man kann das natürlich erahnen und darüber Vermutungen anstellen, aber wir wissen es nicht. Insofern ist Ihr Antrag zumindest etwas verfrüht.

Ich denke, wir haben hier wirklich ein gemeinsames Anliegen. Die Frage ist aber, wie wir einen solchen Umstrukturierungsprozess bewältigen. Das war auch das Thema im Bundesrat. Wir haben dort gesehen, dass es technisch nicht so schnell geht. Die Betriebe sind gar nicht in der Lage, so schnell umzustellen, selbst wenn sie es wollten. Dafür muss man eine Lösung finden. Fundamentalismus nützt da nichts, wir müssen vielmehr eine Lösung finden. In dieser Situation wurde der Kompromiss gefunden; wir haben gesagt: Gut, es gibt eine Verlängerung, aber nur, wenn die Halter verbindlich erklären, dass sie die Haltung umstellen. Das haben alle getan, und eine ganze Reihe von ihnen hört ohnehin auf. Wer nicht umstellen kann oder umstellen will, hört ohnehin auf.

Es geht also darum, den Übergang auf einer gewissen Zeitschiene zu organisieren. Die Betriebe und die Wirtschaft brauchen einfach auch ein wenig Verlässlichkeit. Es geht doch nicht an, in dem einen Jahr zu sagen: Jetzt könnt ihr es so machen. Im nächsten Jahr heißt es dann wieder: Es wird wieder der alte Zustand hergestellt. Das

ist nicht sinnvoll; so kann man die Dinge nicht organisieren.

Wir sollten daher bei dem gefundenen Kompromiss bleiben, der mehr Tierschutz organisiert, als in der EU gewährleistet ist, wie es aussieht, und der verhindert, dass Betriebe abwandern oder dass wir Eier aus Bereichen beziehen, die nicht so hohe Tierschutzstandards haben, wie wir sie jetzt vorsehen. Es geht also durchaus auch um ein Wettbewerbsproblem.

Was Kollege Müller gesagt hat, ist ganz richtig: Das alles ist ein Thema des Marktes; denn wenn sich Private, Gaststätten, wer auch immer, dazu entschließen, nur noch Eier von frei laufenden Hühnern zu verwenden, ist das okay. Sobald die entsprechende Nachfrage vorhanden ist, werden solche Eier auch produziert werden. Voraussetzung ist natürlich auch, dass die Verbraucher bereit sind, den Preis zu bezahlen. Wenn sich das so entwickelt, ist das okay, aber die Produktion wird sich automatisch der Nachfrage anpassen.

(Barbara Rütting (GRÜNE): Aber die Nachfrage ist doch da; deshalb muss darauf reagiert werden!)

Ich möchte auch darauf hinweisen – das ist vom Herrn Kollegen Müller schon gesagt worden –, dass wir darauf achten müssen, was sich hier in der Forschung tut und welche Erkenntnisse es gibt. Diese Erkenntnisse müssen wir in unsere rechtlichen Regelungen einbauen. Ich denke also, dass wir hier mehr Tierschutz organisieren, dass wir aber diesen sinnvollen Übergang brauchen. Wir sollten jetzt nicht auf eine solche Klage aufspringen, sondern wir sollten das Programm, das der Bundesrat mit großer Mehrheit beschlossen hat, abwickeln. Mit dieser Umorganisation haben wir dann, glaube ich, eine ganze Menge für den Tierschutz gewonnen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung? – Bitte schön, Herr Dr. Dürr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Staatssekretär, Sie dürfen wieder vorne zum Rednerpult gehen, damit ich mich nicht umdrehen muss. –

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Es geht doch auch so, Herr Dr. Dürr. – Nach der Geschäftsordnung ist es zwar vorgesehen; da haben Sie recht. Aber wir haben das bisher nie angemahnt. Der Herr Staatssekretär wusste auch nicht, dass Sie eine Zwischenbemerkung machen wollen.

(Zurufe von der CSU: Stehen Sie doch einmal gerade! Hände aus der Hosentasche!)

– Machen Sie jetzt bitte Ihre Zwischenbemerkung; der Herr Staatssekretär steht am Rednerpult.

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Dass ihr euch schon aufregt, bevor ich etwas gesagt habe, ist ein bisschen verwunderlich. –

Herr Staatssekretär, Sie haben zwei Punkte angesprochen, auf die ich kurz eingehen will. Der erste ist die Verlässlichkeit. Die Unternehmer – um bäuerliche Betriebe handelt es sich hier ja kaum – wissen seit geraumer Zeit, dass die Genehmigung der Haltungsform, die Sie jetzt verlängern wollen, ausläuft. Verlässlichkeit heißt, an dieser Linie festzuhalten. Die bäuerlichen Betriebe können sich jetzt umstellen und können sich darauf einstellen. Sie weichen vom Grundsatz der Verlässlichkeit ab.

Der zweite Punkt ist: Sie reden immer vom Markt. Der Markt soll entscheiden. Glauben Sie ernsthaft, dass sich der Markt bewegt hätte, wie er sich jetzt bewegt, wenn es nicht den Beschluss der rot-grünen Bundesregierung gegeben hätte, vorzeitig aus der Käfighaltung auszusteigen? – Wir haben jetzt eine große Nachfrage. Diese Nachfrage kann von bäuerlichen Betrieben im Unterschied zur bisherigen Regelung befriedigt werden. Das Argument, dass die Produzenten ins Ausland gehen, zieht doch nicht. Glauben Sie, dass die Betriebe schneller ins Ausland gehen, als hier umzustellen? – Das ist doch abstrus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt: Nutzen Sie diese Chance für die bäuerlichen Betriebe und geben Sie unserem Antrag recht.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, wollen Sie auf die Zwischenbemerkung antworten?

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Ja.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön.

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Die bäuerlichen Betriebe haben die Möglichkeit der Freilandhaltung.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meiner Auffassung nach ist das eine Nische, eine positive Perspektive für bäuerliche Betriebe. Ich habe auch nicht dem Markt generell das Wort geredet, sondern ich habe nur gesagt, dass es positiv ist, wenn sich der Markt und die Nachfrage so entwickeln.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich habe gesagt, das ist positiv und prima. Ich habe nicht gesagt, dass wir keine Regelungen bräuchten. Auch wir sind für Regelungen, wir haben auch eine neue Regelung getroffen und wollen die Entwicklung nicht nur dem Markt überlassen. Da haben Sie mich gründlich missverstanden, Herr Kollege.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/7225 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun noch abstimmen über den CSU-Antrag auf Drucksache 15/7456. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die unveränderte Annahme. Der mitberatende Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten stimmt ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe, dass ein neuer Spiegelstrich angefügt wird. Ich verweise insoweit auf Drucksache 15/8016. Die CSU-Fraktion hat beantragt, der Abstimmung das Votum des mitberatenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten zugrunde zu legen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann stelle ich den Antrag so zur Abstimmung.

Wer dem Antrag mit der vom mitberatenden Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten vorgeschlagenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Gegenstimmen? – Keine. Dann ist so beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zurück zu Tagesordnungspunkt 7. Für diesen Tagesordnungspunkt wurde namentliche Abstimmung beantragt. Es handelt sich um den Antrag der Abgeordneten Franz Maget, Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion SPD sowie der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betreffend Erweiterung des Untersuchungsauftrags des Untersuchungsausschusses „Wildfleisch und Verbraucherschutz“, Drucksache 15/7934. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung von 17.52 bis 17.57 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist geschlossen. Die Stimmen werden wie immer außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit wir mit der Sitzung fortfahren können. Ich kündige an, dass für den Tagesordnungspunkt 10 ebenso namentliche Abstimmung beantragt wurde.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen. Es hat hier jeder einen Stuhl.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stufenweise Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei Kfz (Drs. 15/7239)

Ich eröffne die Aussprache. Fünf Minuten Redezeit pro Fraktion wurden beantragt. Herr Kollege Dr. Magerl, Sie stehen schon bereit. Bitte schön.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag stammt aus einem ganzen Bündel von Anträgen. Ich habe das Thema in letzter Zeit fast in jeder Plenarsitzung angesprochen. Leider wurde das Bündel, das wir auf unserer Klausur beschlossen haben, im Rahmen der Geschäftsführung auf ein halbes Dutzend Plenarsitzungen verteilt. Jeder Antrag ist aber im Kontext mit den anderen zu sehen. Der Fokus richtet sich nicht auf ein einziges Thema, sondern die anderen Anträge, die schon zur Beschlussfassung vorlagen, sind mit einzubeziehen. Die GRÜNEN sehen die Problematik also insgesamt und fokussieren sich nicht auf eine einzige Maßnahme. Das sage ich hier vorab; denn das muss gesagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir eine stufenweise Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes bei Kraftfahrzeugen erreichen. Sie alle kennen die Sachlage, dass sich die Automobilindustrie verpflichtet hat, den CO₂-Ausstoß deutlich zu senken und auf 120 g/km zu kommen. Diese freiwillige Selbstverpflichtung ist bedauerlicherweise – man muss das so deutlich sagen – vollständig in die Hose gegangen. Die Automobilindustrie hat – nach Firmen unterschiedlich, aber insgesamt betrachtet doch – ihre Hausaufgaben nicht ordnungsgemäß erledigt. Infolgedessen ist der CO₂-Ausstoß des Kfz-Verkehrs aus meiner Sicht nach wie vor unerträglich hoch und muss reduziert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem Antrag wollen wir über eine Bundesratsinitiative erreichen, dass schnellstmöglich eine Reduktion auf 120 g/km erfolgt, und zwar bezogen auf den Durchschnitt der neu zugelassenen Pkws. Wir wollen also eine Art Flottenverbrauch festschreiben. Damit wird ermöglicht, dass in einzelnen Bereichen auch Pkws mit einem größeren Ausstoß zugelassen werden. In einem zweiten Schritt wollen wir erreichen, dass eine Reduktion auf 80 g/km erfolgt. Damit man es sich leichter vorstellen kann: 120 g/km entsprechen etwa 5 Liter Verbrauch auf 100 Kilometer, 80 g/km etwa 3 Liter Verbrauch. Beides ist technisch möglich. Ich habe hier eine lange Liste von Pkws aus deutscher und europäischer Produktion vorliegen, die alle heute schon einen Ausstoß von rund 120 g/km haben. Auf der Liste stehen durchaus auch Fahrzeuge, die nicht unbedingt dem Kleinwagensektor zuzuordnen sind, sondern der Mittelklasse. Das heißt, 120 g/km sind technisch machbar, und auch die Reduktion auf 80 g/km in einigen Jahren ist aus unserer Sicht möglich und geboten.

Meine Damen und Herren, wie lang wollen wir noch warten, bis wir Ernst machen mit konkreten Anträgen und mit der konkreten Umsetzung der Forderung nach Klimaschutz?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zeit drängt in einer Art und Weise, dass es schlimmer nicht sein könnte. Erst heute ist wieder in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht, dass der CO₂-Ausstoß in den vergangenen Jahren zu niedrig eingeschätzt wurde, dass das Wachstum zu niedrig eingestuft worden ist und dass wir heute mehr CO₂-Ausstoß haben, als noch vor fünf oder sechs Jahren vorhergesagt wurde. Die Zeit ist überreif für eine solche Maßnahme. Es geht hier nicht um irgendwelche Einschränkungen und auch nicht darum, dass jemand daran gehindert werden soll, Auto zu fahren, sondern es geht darum, dass der Ausstoß des stark klimaschädlichen Kohlendioxids aus den Auspuffen eingedämmt wird.

Das fordern wir mit diesem Antrag. Ich bitte Sie deshalb ganz dringend, dem Antrag in der namentlichen Abstimmung zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege von und zu Lerchenfeld. Bitte, Herr Kollege.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! In diesem Antrag der GRÜNEN wird gefordert, den CO₂-Ausstoß für die Kraftfahrzeuge stufenweise zu reduzieren, und zwar schnellstmöglich auf 120 g/km. Herr Kollege Magerl hat das richtig dargestellt: fünf Liter auf 100 km bzw. bei 80 g/km Schadstoffausstoß etwa 3,3 Liter Verbrauch auf 100 km. Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, dass das technisch nicht erreichbar ist.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Natürlich! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Also wirklich! – Simone Tolle (GRÜNE): Sie Fatalist!)

Wenn wir das über die Flotten der Hersteller rechnen und nicht einzeln auf die Größenklassen bezogen, dann ist das nicht machbar. Es ist zwar, meine Damen und Herren, durchaus wünschenswert, das konzedere ich Ihnen. Technisch gibt es hier aber noch einige Probleme. Wenn man sich überlegt, dass es heute in der EU heißt, erst im Jahr 2012 können wir etwa 120 g pro km erreichen, dann sieht man, welche unüberwindlichen Schwierigkeiten hier noch gegeben sind. Für die GRÜNEN spielt das aber keine Rolle, denn man kann Einiges fordern, was zwar wünschenswert wäre, aber nicht machbar ist. Dadurch zeichnen sich gerade die GRÜNEN aus.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Also wirklich!)

Sie haben oft von der Sache keine Ahnung, fordern daher Unrealistisches. Das sieht man zum Beispiel auch bei

Frau Künast. Sie hat die Deutschen dazu aufgefordert, lieber japanische Autos zu fahren, weil dann der Schadstoffausstoß deutlich reduziert würde.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das Klima kennt keine Grenzen!)

In Wirklichkeit weiß jeder, der sich mit der Sache beschäftigt, dass der Schadstoffausstoß der japanischen Flotten deutlich, sogar sehr deutlich, über dem der deutschen und der europäischen Flotten liegt. Infolgedessen sieht man, dass die GRÜNEN manchmal die Tatsachen nicht wahrnehmen, wenn sie sich dafür aber in den Medien in den Vordergrund spielen können.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Satz „Der Abgang von Frau Künast als Landwirtschaftsministerin war die größte Bauernbefreiung seit dem Ende der Leibeigenschaft gewesen“, bewahrheitet sich immer wieder.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Sie sich eigentlich im Klaren darüber, was Sie mit diesem Antrag fordern?

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ein lautes Ja!)

Wollen Sie mit dieser Forderung tatsächlich die deutsche Automobilindustrie kaputt machen und Tausende von Arbeitsplätzen in Deutschland und vor allem in Bayern gefährden? Wir alle sind uns darüber im Klaren, dass wir zum Schutz der Umwelt etwas tun müssen. Wir alle sind uns darüber im Klaren, dass der CO₂-Ausstoß in den nächsten Jahren deutlich reduziert werden muss. Das darf aber nicht auf Kosten der industriellen Arbeitsplätze in Deutschland gehen; denn wir brauchen die Automobilindustrie in Deutschland dringend.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die müssen sich umstellen!)

Der Straßenverkehr als einer der Hauptenergieverbraucher muss deshalb selbstverständlich einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes leisten. Wir haben heute Anreizsysteme – beispielsweise in der Staffellung der Kfz-Steuer. Wir haben durch den Beimischungszwang von biogenen Kraftstoffen schon einiges zur CO₂-Reduktion beigetragen. Der verstärkte Einsatz von Bio-Ethanol und Bio-Diesel wird das Übrige tun. Die biogenen Treibstoffe der zweiten Generation – BtL – werden noch deutlichere Fortschritte mit sich bringen.

Meine Damen und Herren, eines müssen Sie sich schon fragen lassen: Wenn Sie über die CO₂-Reduktion nachdenken, warum verhindern Sie dann, dass wir den Ausstiegsbeschluss wieder zurücknehmen? Warum verhindern Sie, dass Kernkraftwerke in Deutschland länger laufen dürfen? Sie wissen doch genau, dass allein im Jahr

2020 durch das Abschalten der Kernkraftwerke 130 Millionen Tonnen CO₂ mehr als heute ausgestoßen werden.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie wissen doch gar nichts!)

Seien Sie doch bitte so ehrlich und geben Sie das zu. Sagen Sie: Mit einer Verlängerung der Laufzeiten können wir den CO₂-Ausstoß am geringsten halten.

(Simone Tolle (GRÜNE): Nichts da!)

Meine Damen und Herren, mit Ihrem Geschwätz tragen Sie nur zur Verunsicherung bei.

(Beifall des Abgeordneten Johann Neumeier (CSU))

Sie gefährden die deutsche Automobilindustrie und sichere Arbeitsplätze von Tausenden hier in Deutschland. Wir werden Ihren Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Beyer.

(Ludwig Wörner (SPD): Das waren wieder die Ewiggestrigen!)

Dr. Thomas Beyer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bereits im Ausschuss signalisiert, dass wir diesem Antrag zustimmen werden, wie wir das bereits bei dem im Wortlaut gleichen Antrag der GRÜNEN vor zwei Jahren getan haben. Ich bin gerne bereit, die Begründung zu wiederholen. Wir haben im Jahr 2005 dem Antrag zugestimmt, weil sich bereits damals abzeichnete, was inzwischen leider eingetreten ist: dass die Automobilindustrie nämlich nicht willens war, ihre Selbstverpflichtung zu erfüllen. Ich sage das noch einmal sehr deutlich, gerade weil es uns hier um die Erhaltung der Automobilindustrie und der dortigen Arbeitsplätze gehen muss:

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Die Automobilindustrie hat mit ihrer Verweigerungshaltung sich selbst, dem Klima und den Arbeitsplätzen einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das muss man ganz deutlich sagen. Demjenigen, der diese Industrie und die dortigen Arbeitsplätze erhalten will, steht es deshalb sehr gut an, wenn er deutliche Worte gegenüber der Automobilindustrie findet. So geht es nämlich nicht weiter!

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Weil dieser Antrag hierzu einen Beitrag darstellt, werden wir diesem Antrag der GRÜNEN erneut zustimmen.

Hier steht: „schnellstmöglich“. Damit haben die GRÜNEN – klugerweise – einen Begriff gebraucht, der im Sinne des technisch realisierbaren und des beschäftigungspolitisch Vertretbaren ist. Das gehört zusammen, und das ist auch kein Gegensatz, Graf von und zu Lerchenfeld, weil Mensch, Natur und Technik im Einklang stehen müssen. Dazu gehören sowohl die Arbeitsplätze der Menschen als auch die Luft, die diese atmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich danke Herrn Kollegen Magerl ausdrücklich, und insofern hat diese Debatte etwas Anstoßendes und Belebendes, dass er darauf hingewiesen hat: Dieser Antrag der GRÜNEN gehört in einen Gesamtkontext. Auch wir bemühen uns darum, wie Sie wissen. Die Verringerung der CO₂-Emissionen auf 120 g/km, die Kennzeichnung des Eigenverbrauchs bei Fahrzeugen, um Information für den Käufer zu haben – damit haben wir noch nicht genug getan, Graf von und zu Lerchenfeld. Wir müssen auch mit fiskalischen Maßnahmen weiterkommen: Wir brauchen die CO₂- und schadstofforientierte Steuer. Vielleicht werden wir auch die Abzugsfähigkeit von Kraftstoffkosten bei den Betriebsausgaben als Hebel nutzen können.

Ich füge, gerade weil Sie, Herr Kollege Magerl, zu Recht wieder auf den gesamten Kontext hingewiesen haben, hinzu: Kaprizieren wir uns nicht dauernd – so wie Sie das die letzten Male vielleicht zufällig getan haben, weil die Anträge so gestellt worden sind – nur auf das Kfz. Ich habe Ihnen das letzte Mal etwas vorgelesen, weiß auch, dass Sie das selber wissen, und muss es nicht noch einmal tun. Ich glaube, wir müssen beim Thema Güterverkehr mit einem größeren Hebel ansetzen, und wir erreichen damit auch mehr.

Lassen Sie uns der Automobilindustrie ein deutliches Zeichen geben, gerade weil wir von der SPD zukunftssichere und klimagerechte Arbeitsplätze in Deutschland und vor allem in Bayern behalten wollen und müssen. Lassen Sie uns den Kontext nicht vergessen. Wir brauchen mehr ÖPNV, als die CSU in Bayern einzusehen in der Lage ist. Wir haben heute darüber diskutiert, dass Sie mit dem Geld, das Sie zur Verfügung haben, auch Sinnvolles tun wollen. Das freut mich. Bitte tun Sie das auch beim ÖPNV und sprechen Sie mit uns darüber, wie wir mehr Geld in Verkehrswege investieren können, um mehr Güter auf die Schiene zu bekommen, und zwar substanziell und nicht nur nach Sonntagsredenmanier, das heißt so, dass man hinterher beim Modalsplit im Güterverkehr etwas merkt.

Wenn wir das alles tun, dann kommen wir in diesem Bereich voran. Klimaschutz ist ein großes Thema, auch in der Verkehrspolitik. Es muss ein noch größeres Thema werden. Wir setzen mit diesem Antrag und der Zustimmung zu diesem Antrag ein deutliches Zeichen an die Automobilindustrie. Wir laden Sie herzlich ein, mit uns um solche Lösungen zu ringen. Das muss nicht Askese im eigentlichen Sinne sein, aber es muss eine vernünftige

Lösung sein, um zu einer deutlichen Reduzierung des Schadstoffausstoßes zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Um das Wort hat noch einmal Herr Kollege Magerl gebeten. Sie haben noch 1 Minute und 26 Sekunden Redezeit.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das, was Herr Kollege von und zu Lerchenfeld gesagt hat, kann so nicht stehen bleiben. Ihre Aussage, was ich gesagt habe, sei Geschwätz gewesen, weise ich entschieden zurück. Es geht um einen wirklich sinnvollen Antrag. Sie machen sich zum Schutzpatron der Autohersteller, die nach wie vor Steinzeittechnologien auf den Markt bringen und denen das CO₂-Problem egal ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich heute in der Netzeitung lese, dass ein Ingolstädter Hersteller einen 2,4 Tonnen schweren Pkw, Allrad, mit 350 PS auf den Markt bringt und ihn demnächst mit 500 PS ausstatten möchte, dann muss ich sagen: Dabei ist eine CO₂-Reduktion nicht machbar. Diese Hersteller haben die Zeichen der Zeit nicht kapiert und Sie schützen diese Hersteller auch noch und sind damit für den Klimawandel mitverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie ausführen, mit der Umsetzung dieses Antrags sei das Ende der deutschen Automobilindustrie verbunden, dann muss ich Ihnen sagen: Diese Reden habe ich schon vor 20 oder 25 Jahren hier gehört, als es um die Einführung des Katalysators in Deutschland gegangen ist. Diese Reden hat man auch die letzten Jahre gehört, als es um den Dieselfilter gegangen ist. Es hat alles funktioniert und wird auch hier funktionieren. Geben Sie Ihren Widerstand gegen diesen sinnvollen Antrag auf und stimmen Sie heute zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die Staatsregierung Herrn Staatssekretär Spitzner das Wort erteilen.

Staatssekretär Hans Spitzner (Wirtschaftsministerium): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich möchte klar und deutlich sagen: Die Staatsregierung sieht das Thema Klimaschutz als eine der zentralen Herausforderungen dieses Jahrhunderts für Ihre Politik an. Bayern stellt ganz konkrete Weichen für die künftige Klimaschutzpolitik. Ich nenne das Gebäudesanierungsprogramm, die CO₂-Reduktion im Straßenverkehr, den Ausbau der erneuerbaren Energien und neue Forschungsverbünde – all dies sind wichtige Schwerpunkte.

Wir unterstützen das Vorhaben der EU-Kommission, die durchschnittliche CO₂-Emission von EU-weit verkauften Neuwagen bis zum Jahre 2012 auf 120 g/km zu begrenzen. Dabei sollen Verbesserungen bei der Fahrzeugtechnologie die durchschnittlichen CO₂-Emissionen auf 130 g/km senken. Mit zusätzlichen Maßnahmen soll eine

weitere Reduktion im Umfang von 10 Gramm erreicht werden. Dies soll etwa durch Effizienzverbesserungen bei Klimaanlage, Reifen oder durch den verstärkten Einsatz von Biokraftstoffen geschehen. Auf diesem Feld ist in der Tat schon einiges geschehen.

Diese Vorgaben dienen dem Klimaschutz. Sie sind sinnvoll und notwendig. Es geht nicht darum, dass diese Ziele erreicht werden, sehr wohl aber darum, wie. Die CO₂-Thematik hat nicht nur ökologische, sondern unserer Meinung nach – Sie mögen darüber lachen, aber wir tun es nicht – industrie- und arbeitsmarktpolitische Auswirkungen. Diese sind unserer Meinung nach nicht zu unterschätzen.

Deshalb muss vermieden werden, dass der Wert von 130 Gramm CO₂, wie mancherorts gefordert, als Obergrenze für jedes neu gekaufte Fahrzeug eingeführt wird. Dies würde unserer Meinung nach zu einer massiven Benachteiligung der heute führenden Hersteller von Premiumfahrzeugen führen. Damit wären sicherlich auch weitreichende Folgen für den Industriestandort Deutschland bzw. für den Industriestandort Bayern und für die hiesigen Arbeitsplätze verbunden.

Entscheidend ist nach unserer Meinung, dass der gesamte Ausstoß der ab 2012 europaweit verkauften Neuwagen im Durchschnitt bei 130 Gramm CO₂ liegen wird. Das heißt im Klartext: Auch die Klein- und Mittelklassewagen müssen hierzu einen signifikanten Beitrag leisten. Diese Fahrzeuge haben bei Neuzulassungen einen Marktanteil von über 60 %. Ihr CO₂-Ausstoß liegt gegenwärtig zwischen 120 Gramm und 160 Gramm. Dies entspricht auch der von der Bayerischen Staatsregierung schon vor Jahrzehnten erhobenen Forderung. Um die Ausgestaltung des EU-Rechtsrahmens wird derzeit innerhalb der europäischen Automobilindustrie heftig gerungen. Dabei hat der deutsche Automobilbau mit seinen Premium-Fahrzeugen gegenüber der französischen und italienischen Konkurrenz einen besonders schweren Stand. Diese ist wegen ihrer kleineren Fahrzeuge natürlich weniger stark betroffen. Aber gerade Klein- und Mittelklassewagen verfügen in ihrer Gesamtzahl über die größten CO₂-Einsparpotenziale. Das ist völlig unbestritten. Ich sage nochmals: In dieser Situation wäre es unseres Erachtens für die deutsche Verhandlungsposition außerordentlich erschwerend, wenn ausgerechnet Bayern eine Bundesratsinitiative starten würde, die den gesamteuropäischen Überlegungen vorgreifen würde. Deshalb lehnen wir den vorliegenden Antrag ab.

Am Rande sei bemerkt, dass insbesondere der Sektor der Premium-Fahrzeuge für die gesamte Automobilindustrie ein Leistungs- und Technologieträger ist. Er ist der Vorreiter bei der Einführung vieler innovativer Technologien in den Kfz-Markt. Erschwernisse für das Premium-Segment bremsen daher auch die technologische Entwicklung. Dies dient nicht dem Klimaschutz.

Herr Kollege Lerchenfeld hat das Beispiel der Kernenergie gebracht. Ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen, aber Fakt ist auch: Der gesamte Verkehr ist in Bayern mit jährlich 31 Millionen Tonnen CO₂ an der Klimaproblematik beteiligt. Aber der von Rot-Grün beschlossene Ausstieg

aus der Kernenergie würde für Bayern circa 40 bis 50 Millionen Tonnen CO₂-Belastung bedeuten. Ich möchte dies ausführen, auch wenn Sie anderer Meinung sind. Ich möchte das, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Beyer, aufgreifen und unterstützen: Kaprizieren Sie sich nicht allein auf den Personenverkehr. Sie haben immer einen Knochen, den Sie abfieseln wollen, aber Sie haben bei diesem Thema nicht die Fähigkeit zur Gesamtsicht.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Staatssekretär Hans Spitzner (Wirtschaftsministerium): Nein. – Die Einhaltung der Klimaschutzziele ist unserer Meinung nach notwendig. Die Staatsregierung wird auch in Zukunft alles tun, um dies zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir können die namentliche Abstimmung durchführen; sie wurde rechtzeitig angekündigt. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Fünf Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.19 bis 18.24 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist beendet. Ich bitte, die Stimmen auszuzählen.

Ich darf Ihnen nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Franz Maget,

Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion (SPD) sowie Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend Erweiterung des Untersuchungsauftrags des Untersuchungsausschusses Wildfleisch und Verbraucherschutz, Drucksache 15/7934, bekannt geben: Mit Ja haben 42, mit Nein 79 Abgeordneten gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich unterbreche die Sitzung, bis die Stimmen der namentlichen Abstimmung zum GRÜNEN-Antrag 15/7239 ausgezählt sind, die wir eben durchgeführt haben. Ich darf Ihnen aber jetzt schon um der Menschlichkeit willen bekannt geben, dass wir in der Tagesordnung nicht mehr fortfahren. Die Sitzung ist aber noch nicht geschlossen. Über diejenigen, die noch dableiben, freuen wir uns ganz besonders. Denjenigen, die gehen, wünsche ich für ihre wichtigen Termine viel Erfolg und ansonsten einen schönen Abend.

(Unterbrechung von 18.25 bis 18.26 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmen sind ausgezählt. Zum Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, betreffend stufenweise Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei Kfz, Drucksache 15/7239, haben 42 Abgeordnete mit Ja, 82 mit Nein gestimmt. Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.27 Uhr)

Anlage 1 zur Tagesordnung der 94. Plenarsitzung:

Erste Lesungen (Tagesordnungspunkt 3)

Gesetzentwürfe, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Zweites Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007) Drs. 15/8212

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

2. Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Mediendienste-Staatsvertrags und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags Drs. 15/8213

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E)** einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G)** Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH)** Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A)** Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z)** Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger u.a. CSU
Jugendmedienschutz und Jugendschutz bei Handynutzung verbessern
Drs. 15/7138, 15/8052 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Vogel, Adelheid Rupp, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Übergangsregelung für Wehr- und Zivildienstleistende bei der Erhebung von Studienbeiträgen
Drs. 15/7244, 15/8005 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Keine Benachteiligung von Wehr- und Zivildienstleistenden durch Studienbeiträge
Drs. 15/7392, 15/8006 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Peter Welnhöfer u.a. CSU
Medienberichte über angebliche Bildung mafioser

Strukturen in bayerischen Justizvollzugsanstalten
Drs. 15/7467, 15/8091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

5. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Vogel, Adelheid Rupp, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Befreiung von Studienbeiträgen für ehrenamtliche Jugendarbeit
Drs. 15/7468, 15/8007 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Doppelter Abiturjahrgang 2011; Studienbeginn zum Sommersemester 2011
Drs. 15/7497, 15/8008 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	A

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle, Prof. Dr. Walter Eykmann, Renate Dodell u.a. CSU
Umsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern an den Hochschulen;
Situation der Frauenbeauftragten an den Hochschulen
Drs. 15/7498, 15/8009 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Helmut Brunner, Dr. Ludwig Spaenle, Annemarie Biechl u.a. CSU
Entwicklung der Agrarwissenschaften in Bayern
Drs. 15/7499, 15/8138 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u.a. SPD Pilotprojekt zur neuen Struktur der Schülermitverantwortung
Drs. 15/7521, 15/8122 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
10. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u.a. SPD Landesschülervertretung
Drs. 15/7522, 15/8123 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | A | Z | Z |
11. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Jürgen Vocke, Bernd Siblinger, Prof. Dr. Gerhard Waschler CSU Untersuchung über den Einsatz von Straßenbegleitgrün zur Reduzierung von Wildunfällen
Drs. 15/7527, 15/8119 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|------|
| | Z | Z | ohne |
- Die Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum „Ablehnung“ zu Grunde zu legen.
12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Waldumbau und Klimawandel
Drs. 15/7618, 15/8121
- Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten, der den Antrag für erledigt erklärt hat.
13. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Franz Josef Pschierer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU Ehrenamtliche für Schulwegdienste gewinnen
Drs. 15/7621, 15/8124 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
14. Antrag der Abgeordneten Heidi Lück, Gudrun Peters, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD Entwicklung der ländlichen Räume (am ELER-Programm): SWOT-Analyse Bayern dem Parlament vorlegen
Drs. 15/7623, 15/8139 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten, der den Antrag für erledigt erklärt hat
15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Einführung des Digitalfunks in Bayern für Polizei und Rettungsdienste
Drs. 15/7689, 15/8022 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
16. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD Bericht zur Umsetzung der Polizeiorganisationsreform beim Polizeipräsidium München
Drs. 15/7746, 15/8118 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
17. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Reinhold Strobl u.a. SPD Druck von den Kleinsten nehmen - Übertrittszeugnisse abschaffen
Drs. 15/7751, 15/8125 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|------|
| | A | Z | ohne |
- bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | A | Z | Z |
18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Prof. Ursula Männle u.a. und Fraktion CSU EU muss zukunftsfähig bleiben - auch Bayern profitiert erheblich von der EU-Entwicklung der letzten 50 Jahre
Drs. 15/7788, 15/8111 (G)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | A | A |
19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Konzertsaal im Marstall (Marstallplatz München)
Drs. 15/7563, 15/8011 (E) [X]
- Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.05.2007 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Franz Maget, Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion SPD,
 der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Erweiterung des Untersuchungsauftrags des Untersuchungsausschusses gemäß Drs. 15/5574 und Drs. 15/7436 (Drucksache 15/7934)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Bocklet Reinhold		X	
Boutter Rainer	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred			
Deml Marianne		X	
Dodell Renate			
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg			
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykman Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine		X	
Haedke Joachim			
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim			
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang	X		
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz			
Kamm Christine	X		
Kaul Henning			
Kern Anton			
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kreidl Jakob			
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kupka Engelbert			
Kustner Franz		X	
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi			
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Meyer Franz		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Miller Josef		X	
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg			
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin			
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika			
Schuster Stefan			
Schwimmer Jakob			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia			
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Thätter Blasius			
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Volkman Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	42	79	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.05.2007 zu Tagesordnungspunkt 10: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Stufenweise Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei Kfz (Drucksache 15/7239)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Bocklet Reinhold		X	
Boutter Rainer	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred			
Deml Marianne		X	
Dodell Renate			
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg			
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykman Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine		X	
Haedke Joachim			
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang	X		
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz			
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton			
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kreidl Jakob			
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard			
Kupka Engelbert			
Kustner Franz		X	
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Meyer Franz		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Miller Josef		X	
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg			
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin			
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika			
Schuster Stefan			
Schwimmer Jakob			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia			
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Thätter Blasius			
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Volkman Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	42	82	0

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/8211

zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Christine Haderthauer**
Mitberichterstatler: **Willi Leichtle**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 78. Sitzung am 05. Juli 2007 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 183. Sitzung am 17. Oktober 2007 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass in § 1 Nr. 5 der Art. 7 Abs. 1 folgende Fassung erhält:
„Die Industrie- und Handelskammern haben unbeschadet des § 91 Absatz 1 Ziffer 8 des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks die Aufgabe, natürliche Personen als Sachverständige nach § 36 GewO und den hierzu ergangenen Vorschriften öffentlich zu bestellen und zu vereidigen.“
4. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 76. Sitzung am 08. November 2007 endberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass in § 2 Abs. 1 als Datum des Inkrafttretens der „1. Januar 2008“ und in § 2 Abs. 2 als Datum des Außerkrafttretens der „31. Dezember 2007“ eingefügt wird.

Franz Josef Pschierer
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/8211, 15/9259

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes

§ 1

Das Gesetz zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern – AGIHKG – (BayRS 701-1-W) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 werden die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Aufsichtsbehörde)“ durch die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (Aufsichtsbehörde)“ ersetzt.
2. Art. 2 wird aufgehoben.
3. Art. 3 erhält folgende Fassung:

„Art. 3

- (1) ¹Für die Rechnungslegung der Industrie- und Handelskammern sind die Vorschriften der Bayerischen Haushaltsordnung sinngemäß anzuwenden. ²Zur Durchführung der Rechnungslegung geben sich die Industrie- und Handelskammern Richtlinien für die Prüfung der Jahresrechnung. ³Diese bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
- (2) Die Aufsichtsbehörde bestimmt, welche Stelle die Jahresrechnung prüft.“
4. Art. 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Zuständig für die Berufung der Beauftragten der Arbeitnehmer im Berufsbildungsausschuss (§ 77 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes – BBiG) ist die Aufsichtsbehörde.“

- b) Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Beauftragten der Arbeitnehmer sind aus Listen zu berufen, die von den vorschlagsberechtigten Organisationen (§ 77 Abs. 2 BBiG) bei der Aufsichtsbehörde eingereicht werden.“

5. Art. 7 erhält folgende Fassung:

„Art. 7

(1) Die Industrie- und Handelskammern haben die Aufgabe, natürliche Personen als Sachverständige nach § 36 der Gewerbeordnung und den hierzu ergangenen Vorschriften öffentlich zu bestellen und zu vereidigen.

(2) Die Industrie- und Handelskammern sind ermächtigt, für Sachverständige nach Abs. 1 durch Satzung die in § 36 Abs. 3 der Gewerbeordnung genannten Vorschriften zu erlassen, soweit nicht die Staatsregierung von der Ermächtigung nach § 36 Abs. 3 der Gewerbeordnung Gebrauch gemacht hat.“

6. In Art. 8 Satz 3 werden die Worte „das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr“ durch die Worte „die Aufsichtsbehörde“ ersetzt.

7. Art. 9 erhält folgende Fassung:

„Art. 9

Die Aufsichtsbehörde wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Staatsministerien durch Rechtsverordnung den Industrie- und Handelskammern nach deren Anhörung weitere Aufgaben zu übertragen.“

8. Art. 10 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Es gelten folgende Übergangsvorschriften:

1. Anträge auf Bestellung als Sachverständiger, die vor dem Außerkrafttreten des Sachverständigengesetzes bei der zuständigen Regierung eingegangen sind, werden von dieser nach dem bisherigen Recht verbeschieden.
2. Für die Aufsicht über Sachverständige, die auf Grund des Sachverständigengesetzes öffentlich bestellt und beeidigt worden sind, sowie für Rücknahme und Widerruf einer solchen Bestellung ist die Industrie- und Handelskammer zuständig, in deren Bezirk der Sachverständige seine Hauptniederlassung hat.
3. Die nach Art. 7 Abs. 2 dieses Gesetzes erlassene Satzung gilt auch für Sachverständige, die auf Grund des Sachverständigengesetzes öffentlich be-

stellt und beeidigt worden sind, mit Ausnahme der Bestimmungen über das Erlöschen der Bestellung. In der Satzung nach Art. 7 Abs. 2 dieses Gesetzes können die Industrie- und Handelskammern ein vereinfachtes Verfahren zur Bestellung von solchen Sachverständigen regeln, die für das betroffene Sachgebiet bereits von einer Regierung öffentlich bestellt und beeidigt wurden.

4. Die öffentliche Bestellung eines von einer Regierung bestellten Sachverständigen erlischt, wenn
 - a) der Sachverständige auf die Bestellung verzichtet oder seine Hauptniederlassung oder seinen Hauptwohnsitz aus dem Gebiet des Freistaates Bayern verlegt;
 - b) die Industrie- und Handelskammer die öffentliche Bestellung zurücknimmt oder widerruft.“

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 31. Dezember 2007 tritt das Gesetz über öffentlich bestellte und beeidigte Sachverständige (Sachverständigengesetz – SachvG) vom 11. Oktober 1950 (BayRS 702-1-W), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1994 (GVBl S. 392), außer Kraft.

Der Präsident

I.V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident

109. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. November 2007, 9.30 Uhr,
in München

Geschäftliches	7915	Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU) Förderung und Unterstützung älterer Arbeitnehmer im Arbeitsprozess (Drs. 15/9300)	
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Christine Haderthauer, Hans Joachim Werner und Herbert Müller	7915	Peter Winter (CSU) 7970 Christa Steiger (SPD) 7971 Eike Hallitzky (GRÜNE) 7973 Staatssekretärin Melanie Huml 7975	
Mandatsverzicht von Staatsminister a. D. Dr. Werner Schnappauf	7915	Beschluss 7976	
Landtagsmandat für Peter Eismann	7915	Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD) Niedrigere Strompreise – Verschärfung des Wettbewerbsrechts (Drs. 15/9301)	
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten		und	
Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein .	7915, 7659	Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Engelbert Kupka, Franz Josef Pschierer u. a. u. Frakt. (CSU) Strompreise senken – Kernenergie weiter nutzen (Drs. 15/9310)	
Franz Maget (SPD)	7927	Susann Biedefeld (SPD) 7976, 7979	
Margarete Bause (GRÜNE)	7941	Roland Richter (CSU) 7978, 7979	
Georg Schmid (CSU)	7948	Ludwig Wörner (SPD) 7979	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Veröffentlichung aktueller Energie- und Klimadaten (Drs. 15/9299)		Dr. Martin Runge (GRÜNE) 7979, 7980	
Ruth Paulig (GRÜNE)	7965, 7967, 7970	Staatsministerin Emilia Müller 7981	
Johannes Hintersberger (CSU)	7966, 7968	Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/9301 .	7983
Susann Biedefeld (SPD)	7968	Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 15/9310 .	7983
Staatsministerin Emilia Müller	7969		
Beschluss	7970	Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerisches Biodiversitätskonzept erstellen (Drs. 15/9302)	

Verweisung in den Umweltausschuss	7983	Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/9259)	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Peter Welnhöfer u. a. u. Frakt. (CSU) Höchststrafe für Heranwachsende, die nach Jugendstrafrecht verurteilt werden, auf 15 Jahre erhöhen! (Drs. 15/9303)		Beschluss	7989
Verweisung ins den Verfassungsausschuss	7983	Schlussabstimmung	7989
Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Ludwig Wörner, Dr. Christoph Rabenstein u. a. u. Frakt. (SPD) Verbot und Nichtnutzung der Gen-Maissorte MON 810 in Bayern (Drs. 15/9304)		Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen im Freistaat Bayern (Bayeri- sches Bauaufträge-Vergabegesetz – BayBauVG) (Drs. 15/7215) – Zweite Lesung –	
Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss	7983	Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/9257)	
Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. u. Frakt. (SPD) zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzie- rungsgesetzes (Drs. 15/8885) – Zweite Lesung –		und	
Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 15/9262)		Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Ver- gabegesetzes (Drs. 15/8370) – Zweite Lesung –	
Simone Tolle (GRÜNE)	7983, 7986, 7988	Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/9258)	
Reinhold Strobl (SPD)	7984	Dr. Martin Runge (GRÜNE)	7989, 7992
Georg Eisenreich (CSU)	7985	Ulrike Scharf-Gerlspeck (CSU)	7991
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	7987, 7988	Dr. Hildegard Kronawitter (SPD)	7991
Staatssekretär Bernd Sibler	7987, 7988	Staatsminister Joachim Herrmann	7992, 7993
Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 1)	7988, 7996, 7997	Beschluss zum GRÜNEN-Gesetz- entwurf 15/7215	7993
Gesetzentwurf der Abg. Dr. Jakob Kreidl, Christa Matschl (CSU) Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets (Drs. 15/8826) – Zweite Lesung –		Beschluss zum Regierungsentwurf 15/8370	7993
Beschlussempfehlung des Kommunal Ausschusses (Drs. 15/9261)		Schlussabstimmung zum Regierungsent- wurf 15/8370	7993
Beschluss	7988	Abstimmung über Anträge , die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 2)	
Schlussabstimmung	7989	Beschluss	7993
Erledigung des SPD-Entwurfs 15/8863	7989	Eingabe betr. die Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von forst- und landwirtschaft- lichen Geräten (EB.2576.15.B)	
Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Rege- lung des Rechts der Industrie- und Handelskam- mern sowie zur Aufhebung des Sachverständi- gengesetzes (Drs. 15/8211) – Zweite Lesung –		Maria Scharfenberg (GRÜNE)	7994
		Otto Zeitler (CSU)	7994
		Hans Joachim Werner (SPD)	7995
		Rückverweisung in den Petitionsausschuss	7996
		Mitteilung betr. Ausschussumbesetzungen	7996
		Schluss der Sitzung	7996

(Beginn: 9.31 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 109. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks übertragen die Regierungserklärung live.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch drei Glückwünsche aussprechen, aber erst, wenn es etwas ruhiger im Saal ist.

Am 11. November feierte Frau Kollegin Christine Hadert-hauer einen halbrunden Geburtstag. Ebenfalls einen halbrunden Geburtstag feierte am 12. November Herr Kollege Hans Joachim Werner. Heute feiert Herr Kollege Herbert Müller Geburtstag. Ich wünsche der Kollegin und den Kollegen im Namen des gesamten Hauses und auch persönlich alles Gute, Gesundheit und viel Erfolg bei der Ausübung Ihrer parlamentarischen Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Staatsminister a. D. Dr. Werner Schnappauf hat mit Ablauf des 7. November 2007 auf sein Landtagsmandat verzichtet und ist damit aus dem Landtag ausgeschieden. Dr. Werner Schnappauf gehörte dem Hohen Hause seit 2003 an und war seit 1998 als Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen bzw. ab 2003 für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Mitglied im bayerischen Kabinett. Ich danke Herrn Dr. Schnappauf für seinen engagierten Einsatz und wünsche ihm im Namen des Bayerischen Landtags und persönlich viel Erfolg für seine neue Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Die Landeswahlleiterin hat gemäß Artikel 58 des Landeswahlgesetzes Herrn Peter Eismann aus Eggolsheim als Listennachfolger festgestellt. Seit dem 12. November 2007 ist Herr Kollege Eismann Mitglied des Bayerischen Landtags. Herr Kollege, ich heiße Sie herzlich willkommen in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer parlamentarischen Arbeit.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Mit Selbstbewusstsein, aber ohne

Überheblichkeit bauen wir auf der erfolgreichen Politik der CSU-geführten Staatsregierungen der letzten 50 Jahre auf – von Hanns Seidel über Hans Ehard, Alfons Goppel, Franz Josef Strauß, Max Streibl bis zu Edmund Stoiber. Wir stehen auf einem starken Fundament. Gerade die letzten 14 Jahre haben unter Führung von Edmund Stoiber unser Land weit nach vorne gebracht. Wir stehen heute an der Spitze in Deutschland. An der Spitze zu bleiben ist nicht einfacher, als an die Spitze zu kommen.

Ich trete mein Amt als Bayerischer Ministerpräsident mit Mut und mit Demut an. Es ist eine große Herausforderung. Mein Herz schlägt für ganz Bayern, für alle seine Regionen, für alle seine Stämme, für alle Menschen, die hier leben und arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Bürgerinnen und Bürger sind zu Recht stolz auf Bayern, auf unsere wirtschaftliche Leistungskraft, auf die reiche und vielfältige Kultur, auf eine gesunde Umwelt und die landschaftliche Schönheit Bayerns. Sie sind stolz auf die Qualität unseres Bildungssystems,

(Franz Maget (SPD): Oh!)

auf ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und auf unseren ausgeglichenen Haushalt. Sie sind froh, in einem sicheren Land zu leben. Das soll so bleiben, auch wenn die Grenzkontrollen nach Osten wegfallen, auch wenn Terror und fundamentalistische Gewalt weltweit um sich greifen. Innere Sicherheit schützt gerade auch die Schwachen. Wir werden alles tun für eine starke und effiziente Polizei und Justiz. Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeitern im öffentlichen Dienst für ihren Einsatz.

(Beifall bei der CSU)

Bayerns Spitzenposition in vielen zentralen Bereichen steht außer Frage. Dennoch beobachten wir Entwicklungen in unserer Gesellschaft, die uns Anlass zur Sorge geben müssen. Lassen Sie mich einige symptomatische Eindrücke schildern, Alltagseindrücke.

Wir beobachten, dass Eltern ihrer Erziehungsverantwortung nicht nachkommen. So kamen zum Beispiel am Nürnberger Flughafen nach den Sommerferien rund 100 Eltern mit ihren Kindern erst eine Woche nach dem Schulbeginn aus dem Sommerurlaub zurück. Das ist kein Beispiel für Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Disziplin!

(Beifall bei der CSU)

Wir beobachten, wie sich Jugendliche bei Flatrate-Partys sinnlos bis ins Koma betrinken. Gesundheitliche Schäden, Sachbeschädigungen und Gewaltausbrüche sind die Folgen.

In der S-Bahn begegnen wir Menschen, die laut Musik hören, die ihre schmutzigen Schuhe auf dem gegenüber-

liegenden Sitzpolster abstellen, die mutwillig Fenster zerkratzen und Sitze aufschlitzen.

(Zurufe von der SPD)

Allein in Münchens öffentlichen Verkehrsmitteln richtet Vandalismus

(Zuruf von den GRÜNEN)

einen Schaden von 7,3 Millionen Euro pro Jahr an.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ist das eine Regierungserklärung?)

Leider erleben wir auch Fälle von Gewalt an unseren Schulen – bis hin zu einer Messerstecherei bei einer Schulabschlussfeier in Mittelfranken in diesem Sommer.

Ich habe bewusst alltägliche Beispiele aufgegriffen, von denen jeder hört oder liest. Es geht mir darum, für die im Kleinen beginnende Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu sensibilisieren.

(Ludwig Wörner (SPD): Freiheit, die wir meinen!)

Diese Beispiele dürfen natürlich nicht verdecken, dass es ungemein viel Positives in unserer Gesellschaft gibt, großen ehrenamtlichen Einsatz, wie zum Beispiel bei der Aktion „Drei Tage Zeit für Helden“ des Bayerischen Jugendrings. Rund 40 000 Jugendliche haben sich an sozialen, ökologischen und anderen Projekten beteiligt. Sie haben mit Ideen und Disziplin gezeigt: Eine lebenswerte Gemeinschaft ist ihnen etwas wert.

(Beifall bei der CSU)

Großen ehrenamtlichen Einsatz erleben wir täglich bei den Vereinen, bei der Feuerwehr, bei Rettungsdiensten und Katastrophenschutz, bei der Jugendarbeit, bei der Hilfe für den Nächsten. Was hier im Ehrenamt geleistet wird, verdient allergrößte Hochachtung und Unterstützung.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und Geld!)

Diese gegensätzlichen Beobachtungen zeigen: Es wäre falsch, pauschal von einem Werteverfall zu sprechen. Dennoch müssen wir feststellen: Die deutsche Gesellschaft ist insgesamt heterogener, gegensätzlicher, gleichgültiger und rücksichtsloser geworden. So manch innere Schranke der Rücksichtnahme, der Höflichkeit, des Anstands, der Solidarität ist zerbrochen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Auch in der CSU! – Gegenruf von Henning Kaul (CSU): Ausgerechnet der!)

Die Reibungsflächen zwischen Einheimischen und Zuwanderern, zwischen Armen und Wohlhabenden, zwi-

schen Absteigern und Aufsteigern nehmen zu. Der breite, für fast alle verlässliche wirtschaftliche Aufstieg, den die westdeutsche Gesellschaft von der Gründung der Bundesrepublik Deutschland an bis 1990 erlebte, setzt sich so nicht fort. Die Bürger erleben heute in größerem Umfang auch Abstiegsprozesse, längere Zeiten von Arbeitslosigkeit, materielle Stagnation. Die Einkommen driften auseinander.

(Franz Maget (SPD): Jawohl! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Armut hat zugenommen. Die frühere Gewissheit, „wenn es meinem Unternehmen gut geht, geht es auch mir gut“, stimmt heute immer weniger.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das stimmt!)

Ehe und Familienbande sind brüchiger geworden. All das verunsichert viele Menschen.

In Bayern ist der gesellschaftliche Zusammenhalt größer als anderswo. Das ist ein wertvolles Gut. Das dürfen wir nicht verspielen. Im Gegenteil: Wir müssen es vermehren. Wir wollen alles tun, damit kulturelle und emotionale Kräfte, die das innere Band unserer Gesellschaft bilden, nicht weiter erodieren. Unser Zusammenhalt hat uns auch wirtschaftlich stark gemacht. Unser wirtschaftlicher Wohlstand hätte weniger Lebensqualität, wenn das menschliche Miteinander kälter und der Zusammenhalt schwächer würden.

Deshalb habe ich meine Regierungserklärung unter das Leitmotiv gestellt: „Es kommt auf jeden und jede an – also auf alle. Gemeinsam für Bayerns Zukunft“.

(Beifall bei der CSU)

Jeder muss an seinem Platz, nach seinen Kräften Verantwortung für sich selbst und für das Gemeinwohl übernehmen. Verantwortung setzt Kräfte frei. Verantwortung fordert Leistung ab. Verantwortung hilft aber auch gerade den Schwachen in unserer Gesellschaft. Sie dürfen auf unsere Solidarität vertrauen. Menschen mit Behinderung gleichwertige Lebenschancen zu ermöglichen, ist eine Herausforderung für einen Sozialstaat – und für mich ein persönliches Herzensanliegen.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Wenn jeder Einzelne Verantwortung übernimmt, dann werden wir mit gemeinsamen Kräften Bayerns Zukunft in einer globalen Welt sichern. Das ist die Vision eines Bürgerstaates, der zwischen schützendem Staat und eigenverantwortlichen Bürgern die Balance hält. Weil wir wirtschaftlich stark sind und weil wir eine starke kulturelle Identität haben, können wir unsere Vision verwirklichen.

Wir wollen unsere Familien unterstützen.

Wir wollen stärken, was integriert und das Miteinander fördert.

Wir wollen Tugenden wie Eigenverantwortung und Leistung, aber auch Disziplin und Rücksichtnahme stärken.

Wir stehen für Werte wie Freiheit, Demokratie und Toleranz.

Wir wollen Chancen für alle schaffen durch Bildung, Innovationen und Investitionen, damit wir Gewinner der Globalisierung bleiben.

Aus Vertrauen in das Miteinander wächst Vertrauen in die Zukunft. Wir wollen die innere Stabilität unserer Gesellschaft stärken, ihre kulturelle Identität fördern und ihr mehr Selbstbewusstsein und Zukunftsvertrauen geben.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Familien stärken.

Jedes Kind braucht Liebe und Zuwendung. Dies erfahren Kinder vor allem in der Familie. Was Familien bei der Wertevermittlung und Persönlichkeitsentwicklung nicht leisten, können Institutionen wie Kinderhort, Kindergarten und Schule kaum ausgleichen.

Heute sind Familien vielfältig. Zwei Drittel aller Eltern mit Kindern unter drei Jahren wollen ihre Kinder selbst zu Hause betreuen. Andere Eltern wollen oder müssen Familie und Beruf oder Familie und Ausbildung bzw. Studium miteinander verbinden. Sie brauchen Betreuungsangebote. Die vielen Alleinerziehenden, die es vielfach nicht leicht haben, brauchen sie noch dringender.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wie wahr!)

Wir wollen Lebensentwürfe nicht vorschreiben, wir wollen sie ermöglichen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir auch nicht! Genau! Sagen Sie etwas dazu!)

Was die Familien wollen, ist Wahlfreiheit. Wir wollen eine optimale Entwicklung aller Kinder, weil es auf alle ankommt.

(Beifall bei der CSU)

Zu dieser Wahlfreiheit gehört für uns auch das Betreuungsgeld. Die Diskussion gegen das Betreuungsgeld – vornehmlich bei SPD und GRÜNEN – ist unsäglich.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wer die Unterstützung für die ausschließliche Betreuung durch Vater oder Mutter mit dem Wort „Herdprämie“ ver-

ächtlich macht, bevormundet Millionen von Müttern und Vätern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Die SPD hat sich leider klar gegen das Betreuungsgeld ausgesprochen. Ich frage Sie: Was sind Ihnen die Kinder wert?

(Zurufe von der SPD: Ach! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ein Kind in einer Betreuungseinrichtung wird mit rund 800 Euro gefördert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Also wirklich!)

Das gleiche Kind ist Ihnen keinen einzigen Euro wert, wenn es die Eltern ausschließlich alleine betreuen. Ist das familiengerecht?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und wie sieht es mit dem Ehegattensplitting aus? – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Nein! Das ist eine unerträgliche Arroganz gegenüber der Mehrheit der Eltern.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Stimmt nicht!)

Hören Sie endlich damit auf, Eltern mit der Unterstellung zu diskreditieren, Kinder seien in einer Krippe besser aufgehoben als bei ihren Eltern.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da muss man einmal in die entsprechenden Einrichtungen gehen! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Aus den veränderten Familienstrukturen ergeben sich drei Ansatzpunkte zur Stärkung der Familien.

Erstens: Wir fördern den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Zum Investitionszuschuss des Bundes geben wir im Rahmen des Programms „Bayern 2020“ 100 Millionen Euro dazu. Das tut in dieser Größenordnung kein anderes Land in Deutschland.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Damit erhalten die Kommunen eine deutlich höhere Förderung als bisher. Darüber hinaus fördern wir den laufenden Betrieb aller Kinderbetreuungseinrichtungen mit jährlich knapp 600 Millionen Euro.

Zweitens: Wir wollen, dass die Tagesmütterbetreuung weiter ausgebaut wird. Das geht von Eigeninitiative über Nachbarschaftsmodelle bis hin zu Netzwerken. Wir setzen auch bei den Betreuungsangeboten auf Vielfalt. Das wollen auch viele Eltern.

(Beifall bei der CSU)

Drittens: Unser Landeserziehungsgeld gibt Eltern Sicherheit und Wahlfreiheit.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Na also, wirklich, für 150 Euro!)

Wir werden die Einkommensgrenzen spürbar anheben.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Damit können sich künftig mehr Familien in Bayern die Kinderbetreuung zu Hause leisten.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich betone: Der Ausbau der Kinderbetreuung ist auch eine kommunale Aufgabe. Ich erwarte von den Kommunen, dass sie dieser Aufgabe zum Wohle unserer Familien und Kinder nachkommen. Das hat heute mit Sicherheit eine höhere Priorität als so manche Mehrzweckhalle.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen, dass junge Menschen jederzeit ein Kind bekommen können und die Sicherheit haben: Unser Kind wird von der Gesellschaft angenommen, es ist willkommen, wir können die Betreuung schaffen. Im Mittelpunkt unserer Politik steht das Kind. Deswegen geht es nicht nur um die Quantität der Betreuung, sondern gerade auch um die Verbesserung der Qualität der Betreuung.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Integration fördern und fördern.

Integration ist eine Schlüsselfrage für unser Land. Wir wollen, dass die Menschen, die bei uns leben, sich zu unserer Gesellschaft bekennen. Nur so bleibt unser Land mit offenen Grenzen und Angehörigen verschiedener Kulturen und Ethnien dauerhaft stabil und lebenswert.

Niemand muss deshalb seine Wurzeln vergessen oder leugnen, aber jeder und jede muss die rechtsstaatlichen Grundwerte und die gesellschaftlichen Spielregeln anerkennen und die kulturellen Sitten und Gebräuche respektieren. Das verstehen wir unter Leitkultur. Das fordern wir ein.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen kein Nebeneinander, sondern ein Miteinander. Weil es auf jeden, auch auf jeden ausländischen Mitbürger ankommt.

Ohne Sprache keine Integration! Nur wer Deutsch spricht, kann sich im täglichen Leben zurechtfinden, einen Schulabschluss erwerben und am Arbeitsmarkt aktiv teilnehmen. Sprache ist der erste Schritt in die Mitte unseres Lebens.

Wir wollen keine dauerhaft erhöhte Arbeitslosigkeit bei unseren ausländischen Mitbürgern. Sie ist heute mehr als doppelt so hoch wie bei den Einheimischen. Wir wollen keinen dauerhaft erhöhten Sozialhilfebezug bei unseren ausländischen Mitbürgern. Er ist rund doppelt so hoch wie der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung. Wir wollen keine dauerhaft erhöhte Kriminalität bei unseren ausländischen Mitbürgern.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ist die auch doppelt so hoch?)

Dies ist Ausdruck von Integrationsdefiziten. Damit wollen und damit werden wir uns nicht abfinden, gerade auch im Interesse unserer ausländischen Mitbürger.

(Beifall bei der CSU)

Bereits vor zehn Jahren habe ich verstärkten Deutschunterricht für Migrantenkinder gefordert.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wo sind die Mittel?)

Damals wurde ich der rüden Germanisierung verdächtigt, auch in diesem Haus, von Ihrer Seite. Heute geben auch Rot und Grün zu: Multikulti ist Gift für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall bei der CSU)

Diese verhängnisvolle „Kulturduselei“ hat Deutschland und vor allem den Zuwanderern geschadet.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie haben nichts getan!)

Was werden wir tun?

In den letzten Jahren haben wir die Vorkurse Deutsch im Kindergarten von 40 auf 160 Stunden systematisch ausgebaut. Es zeigen sich bereits deutliche Erfolge. Das reicht aber noch nicht aus. Wir werden auf Dauer nicht akzeptieren, dass Kinder, die nicht ausreichend Deutsch können, in eine Regelklasse kommen. Wir dürfen die Probleme nicht in der Schule, wir müssen sie vor der Schule lösen.

(Beifall bei der CSU)

Der Kultusminister wird dazu im Januar ein Konzept vorgelegen, wie die Vorkurse Deutsch weiter optimiert werden können. Die Förderung von Kindern hat aber nur dann vollen Erfolg, wenn auch zu Hause deutsch gesprochen wird. Deshalb beziehen wir auch die Eltern, insbesondere die Mütter, in die Deutsch-Förderprogramme ein. Viele machen hier erfreulicherweise aus eigenem Antrieb mit. Wer sich diesem Angebot verweigert, bei dem werden wir die Verpflichtung zum Sprach- und Integrationskurs stärker einfordern.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen zusammen mit den Kommunen Sprachtrainer in die Kindertagesstätten schicken und dort das Personal fortbilden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das hätten Sie schon lange machen können!)

Dies kommt allen Kindern zugute, gerade auch den deutschen Kindern, die immer häufiger Sprachdefizite haben. Dies ist ein Angebot an die Kommunen. Wir sind bereit, dafür jährlich 25 Millionen Euro auszugeben. Damit setzen wir auch ein Zeichen für Qualität in der Kinderbetreuung, die uns am Herzen liegt.

(Beifall bei der CSU)

Integration durch Sprache und Bildung ist wichtig. Doch Integration findet auch im Alltag statt. Gerade in Sportvereinen wird Fairness, Teamgeist, Akzeptanz von Regeln und Leistungsbereitschaft gelehrt und gelernt. Gerade über den Sport erfahren Jugendliche Anerkennung, die ihnen in der Schule vielfach versagt bleibt. Anerkennung ist auch der Einstieg dafür, dass viele Jugendliche für Integration und Bildung überhaupt erst erreichbar werden. Ich danke allen, die sich in Vereinen, Verbänden und Kirchen um die Integration ausländischer Mitbürger bemühen.

Integrierte Ausländer sind Vorbilder. Das kann der Spitzensportler oder der Medienstar ebenso sein wie der Ladenbesitzer um die Ecke, der Trainer im Fußballverein oder der Polizist. Wir werden Beispiele gelungener Integration künftig stärker herausstellen, weil sie zeigen: Integration lohnt sich. In Bayern stehen viele Türen zum Dialog offen. Wer zu uns kommt, muss bereit sein, sich auf das Land einzulassen, in dem er leben will. Die Bereitschaft dazu erwarten wir, weil es auf jeden Einzelnen ankommt.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: junge Menschen bilden. Es kommt auf jeden an!

Ich denke, Staatsregierung, Mehrheitsfraktion und Opposition sind sich im Ziel bayerischer Bildungspolitik einig: Wir wollen die bestmögliche Bildung für unsere Kinder. Und: Soziale Herkunft darf nicht über Bildungschancen entscheiden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das tut sie aber in Bayern!)

Bildungspolitik ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Frage, wie wir diese Ziele erreichen, haben wir aber unterschiedliche Ansichten. SPD und GRÜNE fordern, Kinder möglichst lange in einer Klasse zu unterrichten. Sie wollen doch die Einheitsschule bis zur zehnten Klasse! Die Gesamtschule hat die SPD in Deutschland lange genug ausprobiert, in Hessen, in Nordrhein-Westfalen, in Bremen. Das ist doch ein Pisa-getesteter Holzweg!

(Beifall bei der CSU)

Gesamtschule kostet mehr und leistet weniger. Bei allen Tests – von Iglu bis Pisa – sind die bayerischen Schüler mit unserem gegliederten Schulsystem Spitze. International gehören sie zu den Top fünf der Welt, national lautet das Pisa-Zeugnis für die bayerischen Kinder: Mathematik: erster Platz, Lesen: erster Platz, Naturwissenschaften: erster Platz, Problemlösen: erster Platz.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem wärmen SPD-regierte Länder die Gesamtschuldebatte der 70er-Jahre wieder auf. Ihre Schulkonzepte haben die Note mangelhaft – Pisa-getestet. Geben Sie uns keine Ratschläge, schreiben Sie lieber bei uns ab!

(Beifall bei der CSU)

In die Schule kommen Kinder aus unterschiedlichen Kulturen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Damit können Sie nicht umgehen!)

Es kommen Kinder, die hochbegabt und weniger begabt sind. Menschen sind nun einmal unterschiedlich in ihren Stärken und Schwächen. Die Antwort darauf kann doch nicht eine Einheitsschule sein.

Für uns gehören zu einem optimalen Bildungsangebot des gegliederten Schulsystems erstens eine begabungsgerechte Schulwahl, zweitens eine individuelle Förderung in den Schulen und drittens größtmögliche Durchlässigkeit. Kein Abschluss ohne Anschluss.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen, dass die Schulwahl nach der Begabung erfolgt und nicht nach der sozialen Herkunft.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer entscheidet denn über die Begabung?)

Dazu müssen Eltern das Potenzial ihrer Kinder und ihre Chancen im bayerischen Bildungssystem kennen und

richtig einschätzen. Deshalb werden wir die Schullaufbahnberatung in der Grundschule intensivieren und allen Schülern ein Übertrittszeugnis mit Schulempfehlung geben.

Wir wollen die individuelle Förderung in der Schule verbessern. Auch Kinder, die von ihren Eltern weniger gut unterstützt werden können, wollen wir in der Schule noch intensiver fördern. Dazu werden wir an den Grundschulen die Mittagsbetreuung bis 16.00 Uhr verlängern, sodass dort künftig eine zuverlässige Hausaufgabenbetreuung möglich sein wird. Wir werden die Ganztagsschulangebote an den weiterführenden Schulen ausbauen.

Mit den Intensivierungsstunden am G 8 haben wir die individuelle Förderung der Schüler bereits spürbar erweitert. Sie erfüllen aber nur dann ihren Zweck, wenn sie nicht zur Vermittlung von neuem Stoff verwendet werden. Hier wird Bekanntes in kleinen Lerngruppen gezielt geübt, wiederholt und vertieft. Hier werden auch die besonders Begabten intensiver gefördert.

Im achtjährigen Gymnasium legen wir stärker Wert auf Grundbildung und Grundwissen. Deshalb wurde bei der Einführung der Stoff gekürzt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Haben Sie das einmal nachgeprüft?)

Quantität des Wissens bürgt noch nicht für die Qualität der Bildung. Wir wollen kein stures Pauken, sondern sinnvollen Umgang mit Inhalten. Dennoch beklagen sich Eltern über eine zu große Stofffülle und über die Überforderung ihrer Kinder. Offensichtlich wird unsere Intention noch nicht überall im Unterricht umgesetzt. Wo es Schwachstellen gibt, werden wir sie konsequent beseitigen.

(Beifall bei der CSU)

Die individuelle Förderung - von der Grundschule bis zum Gymnasium - gibt unseren Kindern mehr Chancen. Es muss aber auch Freiraum für Jugendarbeit, für Sport, für musische Erziehung verbleiben. Aus eigenem Erleben weiß ich, dass dies für die Entwicklung junger Menschen außerordentlich prägend sein kann.

Bestmögliche Förderung unserer Kinder heißt natürlich auch, dass möglichst wenig Unterricht ausfällt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Jawohl!)

Unterricht muss für Schüler und Eltern verlässlich sein.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das wäre schön!)

An Grund- und Hauptschulen stehen dafür im Laufe des Schuljahres 2180 mobile Reserven zur Verfügung.

Ich wiederhole die Zahl: 2180 Lehrer stehen als mobile Reserve an Grund- und Hauptschulen zur Verfügung.

(Zurufe der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich bin davon überzeugt, dass kein anderes Land eine mobile Reserve in diesem Umfang hat. Das ist richtig und notwendig.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Bei den anderen Schularten haben wir Stellen und Mittel für 1400 zusätzliche Lehrer und Aushilfskräfte geschaffen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Mehr! Stocken Sie auf!)

Die Leiter und Leiterinnen der weiterführenden Schulen können mit zusätzlichen 33 Millionen Euro unmittelbar vor Ort Vorsorge gegen Unterrichtsausfall treffen. Das wird sich hoffentlich sehr bewähren. Wir müssen die Freiräume für die Schulen vor Ort insgesamt erweitern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe eine ernsthafte Bitte an die Opposition in diesem Haus: Streiten wir in der Sache über die beste Schulpolitik. Aber hören Sie auf, den Menschen in Bayern einzureden, dass sich in der 4. Klasse Grundschule das Schicksal für das gesamte weitere Leben endgültig und unwiderruflich entscheidet. Wer das behauptet, redet unredlich und verantwortungslos.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es aber! Weitere Zurufe von Abgeordneten der SPD)

Zwei konkrete Beispiele für die Durchlässigkeit unseres Schulsystems:

Erstens. Ein Hauptschüler mit „Quali“ hat eine Lehre zum Mechatroniker abgeschlossen und gleichzeitig die Mittlere Reife erworben. Nach dem Besuch der Berufsoberschule studiert er an der Fachhochschule Ingenieurwesen. Das ist vielfältige Realität in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie heißt der Hauptschüler?)

Zweitens. Ein damals junger Mann hat den Realschulabschluss erworben, eine Ausbildung in der Verwaltung gemacht und gearbeitet. Nach neun Jahren hat er das Abitur nachgeholt und Volkswirtschaft studiert. Heute ist er CSU-Vorsitzender und bayerischer Finanzminister. Das zeigt doch: Wer Talent hat, macht seinen Weg.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir werden die Durchlässigkeit unseres Schulsystems weiter ausbauen.

Ab dem kommenden Schuljahr richten wir spezielle Klassen ein, in denen gute Realschüler, Wirtschaftsschüler und Hauptschüler mit Mittlerer Reife auf den direkten Eintritt in die gymnasiale Oberstufe vorbereitet werden. Wir erweitern die zwölfjährige Fachoberschule flächendeckend um ein weiteres Jahr, damit man die allgemeine Hochschulreife erlangen kann. Besonders leistungsfähige Schüler mit mittlerem Abschluss können parallel zum Berufsabschluss auch die Fachhochschulreife erwerben. Künftig soll der Meisterbrief den fachbezogenen Zugang zur Fachhochschule ermöglichen.

Kein Abschluss ohne Anschluss, das ist in Bayern Realität. Die SPD hat das immer noch nicht zur Kenntnis genommen: Bereits heute kommen 43 % aller Hochschulzugangsberechtigten nicht vom Gymnasium. Das muss der Bevölkerung gesagt werden.

(Beifall bei der CSU)

Wer die Behauptung aufstellt, in der 4. Klasse Grundschule entscheide sich das Schicksal endgültig, der sagt die Unwahrheit und nimmt Menschen ihre Lebenschancen, weil er ihnen irreführende, falsche Informationen gibt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Na, na!)

Unterlassen Sie das in der Zukunft, liebe Kollegen von der SPD!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir werden nicht an der Qualität unserer Bildung rütteln. Kuschelpädagogik und Spaßpädagogik fordern Kinder nicht ausreichend. Zum Bildungserfolg gehören Fleiß, Durchhaltevermögen, Lernen, Willensstärke. Der Aspekt von Leistung und Anstrengung, von Pflichterfüllung und Verantwortung kommt mir in der gegenwärtigen Bildungsdebatte viel zu kurz.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Gerade in der Globalisierung gilt: Nur beste Bildung sichert den Menschen ein Leben lang Arbeit und Wohlstand. Nur wer mehr leistet, kann sich mehr leisten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist zynisch!)

So wie Bildung nicht ohne Leistung und Anstrengung denkbar ist, so ist Bildung auch nicht ohne Erziehung denkbar. Wir haben weniger Bildungsdefizite, sondern eher Erziehungsdefizite, bei manchen sogar Erziehungsnotstand.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das kann Schule nicht allein beheben. Die Eltern stehen in der Pflicht, Vorbild zu sein und zu erziehen. Eine eigenmächtige Ferienverlängerung vermittelt den Kindern doch das Gefühl, dass man für den Geiz-ist-geil-Urlaub auch blaumachen darf. Es ist notwendig, die Erziehungsfähigkeit und die Erziehungswilligkeit der Eltern zu stärken.

(Beifall bei der CSU)

Eltern müssen bei der Erziehung vertrauensvoll mit den Lehrern zusammenarbeiten und deren Autorität stützen, anstatt ihnen in den Rücken zu fallen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich will die Lehrer in ihrem Erziehungsauftrag stärken. Die meisten setzen sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit und mit ihrem ganzen Können für das Wohl der Kinder ein. Lehrer haben Anspruch auf mehr Respekt.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Schüler auch!)

Wir wollen im neuen Dienstrecht Beförderungsmöglichkeiten schaffen, die nicht ausschließlich an Funktionen gebunden sind, sondern sich an besonderen pädagogischen Leistungen und Erfolgen orientieren.

Auch viele nichtstaatliche Schulen leisten bei der wertebetonnten Erziehung und bei der Einbindung der Eltern in den Lebensraum Schule Beachtliches. Wir prüfen, wie wir diese Schulen besser unterstützen können.

Eine wichtige Säule unseres gegliederten Schulsystems ist die Hauptschule. Sie hat Zukunft, weil Bayern als Land des Mittelstands und des Handwerks auf die Absolventen der Hauptschule angewiesen ist. Die Wirtschaft erwartet motivierte und ausbildungsfähige junge Leute. Deswegen werden wir die Hauptschule, die ein Drittel unserer Kinder besucht, erheblich stärken.

(Zuruf von der SPD: Wie wollen Sie sie stärken?)

Die Wirtschaft setzt auf die Hauptschule.

Sie von der SPD bezeichnen die Hauptschule abwertend als „Restschule“. Ich frage Sie: Wenn für Sie 33 % der Rest sind, was ist dann für Sie die SPD in Bayern mit ihren 19 %?

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe bei der CSU – Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Wollen Sie sich selber abschaffen wie die Münchener SPD die Hauptschule?

Wir werden flächendeckend jedem Hauptschüler ein verlässliches Ganztagsangebot machen. Wir werden die Jugendsozialarbeit ausbauen und im nächsten Jahr zusätzlich rund 100 Stellen bei den Kommunen fördern.

Die Hauptschule muss wieder stärker die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen vermitteln. Sie muss zu den Grundtugenden Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Disziplin, Höflichkeit erziehen. Das erwartet die Wirtschaft völlig zu Recht von jedem Schulabgänger.

Von all diesen Maßnahmen erwarten wir eine deutliche Verbesserung der Ausbildungsreife. An manchen Standorten verlassen rund zehn Prozent der Schüler die Hauptschule ohne Abschluss. Diese Quote wollen wir in der nächsten Legislaturperiode halbieren.

Die Ausbildungssituation in Bayern verbessert sich zusehends. Dabei gibt es regionale Unterschiede. Wir haben hier in den vergangenen drei Jahren mit unserem Programm „Fit for work“ gut 15 000 Ausbildungsstellen eingeworben. Es muss uns künftig gelingen, dass jeder ausbildungsfähige junge Mensch eine Ausbildung erhält.

Wer nach neun Schuljahren nicht ausbildungsreif ist, dem bieten wir das Berufsvorbereitungsjahr an. Neu schaffen wir ein Berufseinstiegsjahr für ausbildungsreife Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten. Bislang waren diese Jugendlichen einen Tag in der Berufsschule und den Rest der Woche sich selbst überlassen. Jetzt haben diese Jugendlichen die halbe Woche Unterricht an der Berufsschule, und die andere Hälfte der Woche sind sie bei Maßnahmeträgern wie Betrieben, Kammern, Kommunen tätig. Wir holen sie weg von der Straße, damit sie einen regelmäßigen, zielgerichteten Tages- und Wochenablauf einüben können.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Zu spät!)

Wir alle zusammen müssen noch mehr als bisher den Hunger nach Bildung wecken und die Entfaltung aller Talente fördern. Ein Hochlohnland braucht höchste Qualität in der Bildung, braucht Eliten als Motoren für Innovation. Wir können als Land nur an der Spitze bleiben, wenn wir Spitze auch bei der Bildung sind. Jeder von uns muss nach seinen Begabungen Spitze sein. Dann werden wir Gewinner der Globalisierung sein. Es kommt auf jeden an.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: die Bürger aktiv am Gemeinwesen beteiligen.

Wir wollen, dass sich möglichst viele Bürger mit ihren Ideen, ihrer Kreativität und ihrem Können in unser Gemeinwesen einbringen. Viele Bereiche unserer Gesellschaft sind ohne das Mitwirken der Bürger gar nicht denkbar. Das gilt insbesondere für das kulturelle und soziale Gesicht Bayerns.

Auch im Kulturbereich sind Zigtausende von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlich tätig. Kultur verbindet, Kultur führt zusammen, Kultur schafft Identität. Daher werden wir mit besonderem Engagement auch künftig die Kultur

fördern, von der Oper bis zur Volkskunst, vom Denkmalschutz bis zur Filmförderung, von den Museen über Bibliotheken bis zum Theater. Bayern wird auch künftig ein attraktiver Kulturstaat bleiben. Wir sind Spitzenreiter und werden es bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Ebenso wird meine Regierung der sozialen Sicherheit in Bayern einen hohen Stellenwert geben. Wer krank, pflegebedürftig, behindert oder aus anderen Gründen auf Hilfe angewiesen ist, muss sich auf unser soziales Netz verlassen können. Gerade die Pflege wird durch die Veränderung der Altersstruktur immer wichtiger. Die Qualität unseres Landes hängt nicht nur von Wirtschaft, Forschung und Zahlen ab, sondern gerade auch davon, wie wir mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft umgehen. Gerade diese Menschen brauchen unsere Zuwendung. Sie gehören in die Mitte unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Arbeit schaffen.

Bayern ist heute das wirtschaftlich erfolgreichste Land in Deutschland. Allein in den letzten zehn Jahren ist Bayerns Wirtschaftsleistung doppelt so stark gewachsen wie im Bundesdurchschnitt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und die von Baden-Württemberg?)

Wachstum schafft Arbeit und Wohlstand. In Bayern sind in den letzten zehn Jahren mehr Arbeitsplätze entstanden als in jedem anderen Land. Die Förderung derer, die Arbeit schaffen, die etwas unternehmen – Existenzgründer, Selbstständige, Mittelständler und Handwerk –, hat daher auch für meine Regierung höchste Priorität.

Deswegen haben wir in der Koalition dieser Tage eine Erbschaftsteuerreform durchgesetzt, die den Mittelstand deutlich entlastet. Das Vererben eines Unternehmens bleibt zu 85 % steuerfrei, wenn der Betrieb langfristig fortgeführt wird.

Politik für eine starke und dynamische Wirtschaft ist der Königsweg zu sozialer Gerechtigkeit. Sie schafft Chancen für alle und ist die Basis für die Solidarität mit den Schwachen.

Eine wichtige Weichenstellung für die künftige wirtschaftliche Stärke und Dynamik ist das Zukunftsprogramm „Bayern 2020 – Kinder, Bildung, Arbeit“. Die Staatsregierung wird auf dieser Grundlage in den nächsten vier Jahren insgesamt 1,5 Milliarden Euro investieren.

Wir werden die gute Einnahmesituation auch dazu nutzen, die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung erheblich aufzustocken. Damit wollen wir alles tun, um gerade in

den strukturschwächeren Regionen Arbeit zu schaffen. Investitionen dürfen mangels Fördermöglichkeiten nicht an andere Standorte abwandern.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Wir werden die finanzielle Ausstattung des Mittelstandskreditprogramms anheben.

Zusätzliche Anstrengungen sind besonders bei der Weiterbildung älterer Arbeitnehmer erforderlich. Ich möchte dazu die Hand in Richtung Arbeitgeber und Gewerkschaften ausstrecken. Ich suche den Dialog zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen, die den Arbeitnehmern und Arbeitnehmern in Bayern nützen. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren eine vernünftige und maßvolle Tarifpolitik betrieben

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber die war doch unvernünftig!)

und damit Arbeitsplätze in Deutschland und Bayern gesichert. Das möchte ich ausdrücklich würdigen.

Ebenso danke ich allen Arbeitgebern, die mit unternehmerischem Weitblick und Können Arbeitsplätze in Bayern gesichert und geschaffen haben.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Fortschritt vorantreiben und Chancen ergreifen.

Hochschulen und Forschung behalten hohe Priorität. In den kommenden Jahren werden so viele junge Menschen in Bayern eine Studienberechtigung haben wie nie zuvor. Das ist keine Last, das ist eine Riesenchance. Wir wollen jedes Talent in Bayern halten. Es kommt auf jeden an. Deshalb werden wir vor allem die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer stark ausbauen, ohne die Geisteswissenschaften zu vernachlässigen.

Neben dem bereits beschlossenen Ausbau der personellen Kapazitäten um 38 000 Studienplätze und 3000 Stellen müssen jetzt die Hochschulen den räumlichen Ausbau vorantreiben. Dafür stellen wir 236 Millionen Euro zur Verfügung. Die weitere schrittweise Sanierung und Modernisierung der Hochschulbauten werden wir angehen.

Die wissenschaftliche Zukunft wird im Kampf um die besten Köpfe entschieden. Wir werden mit der Dienstrechtsreform Freiräume in der Professorenbesoldung schaffen, weil wir die Besten gewinnen und behalten wollen.

Wir werden bis 2020 den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf 3,6 % steigern. Wir werden die angekündigten Leuchtturmprojekte realisieren. Wir wollen uns an der Etablierung eines europäischen Höchstleistungsrechenzentrums beteiligen und gemeinsam mit den Forschungszentren Jülich und Karlsruhe ein „Gauß Center for Supercomputing“ errichten.

Wir unterstützen die Einrichtung neuer Fraunhofer-Institute und einen möglichen Ausbau der Max-Planck-Forschungsgruppe für Optik und Photonik in Erlangen zu einem Institut.

Zu den technologischen Leuchttürmen zählt auch der Transrapid. Ich stelle fest:

Erstens. Der Transrapid ist ein Projekt der Großen Koalition für ganz Deutschland. Er war bereits ein Projekt der rot-grünen Bundesregierung,

(Beifall bei der CSU)

auch wenn das die Technikfeinde von der bayerischen SPD immer noch nicht wissen.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir brauchen eine bessere Anbindung des Flughafens München, übrigens für ganz Bayern. Eine Express-S-Bahn käme Bayern wesentlich teurer als der Transrapid. Sie ginge zulasten anderer ÖPNV-Projekte in ganz Bayern. Die Alternative lautet: Transrapid jetzt oder keine schnelle Bahnanbindung des Flughafens auf alle absehbare Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir wollen dieses Technologieprojekt in Deutschland und nicht in China. Es ist eine Riesenchance für Bayern und für Deutschland. Wir halten eine technische Innovation in unserem Land und schaffen damit Tausende von Arbeitsplätzen, übrigens die Mehrzahl davon in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Wir erwarten, dass das Anbieterkonsortium bald einen Festpreis für die Realisierung anbietet.

Fünftens. Die Schmerzgrenze für den Landeshaushalt ist mit 490 Millionen Euro klar beziffert. Wir lassen uns nicht in ein finanzielles Abenteuer treiben.

(Beifall bei der CSU)

Auch wenn die technologischen Leuchtturmprojekte, die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen naturgemäß vor allem in den Metropolen angesiedelt sind – sie nutzen dem ganzen Land. Bayerns Stärke liegt aber nicht allein in den Metropolen. Sie liegt in hohem Maße auch und gerade im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: gleichwertige Lebensqualität in Stadt und Land.

Auf dem Land leben über 60 % der Bevölkerung. Hier gibt es attraktive Tourismusangebote, kompetente Handwerker und leistungsfähige Mittelständler. Auch „Global Player“ wie La Roche in Penzberg, BMW in Dingolfing, Siemens in Bad Neustadt oder Eurocopter in Donauwörth haben hier ihren Sitz, einschließlich vieler Zulieferer und vieler Dienstleister. Der ländliche Raum prägt unsere bayerische Identität mit seiner landschaftlichen Schönheit, mit Traditionen und Kultur, mit einem blühenden Vereinsleben und viel ehrenamtlichem Engagement. Im ländlichen Raum ruhen Bayerns Unverwechselbarkeit und Stabilität.

In Stadt und Land für gleichwertige – nicht etwa für gleiche – Lebensbedingungen zu sorgen, ist unsere Politik. Der ländliche Raum ist vielfältig. In vielen Regionen besteht wahrlich kein Grund zum Jammern. Sie haben mit die niedrigsten Arbeitslosenquoten in ganz Bayern, erschwingliche Grundstückspreise, niedrige Mieten, weniger Kriminalität und hervorragende wirtschaftliche und demografische Zukunftsperspektiven. Selbst der ehemals im Schatten des Eisernen Vorhangs gelegene Landkreis Cham hat heute eine Arbeitslosenquote von unter 4 % – deutlich weniger als Nürnberg oder Augsburg. Cham trägt sogar die offizielle Bezeichnung „Region der Zukunft“.

Zum ländlichen Raum gehören aber auch Regionen, die von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit, die von den Härten des Strukturwandels und von einem starken Abwanderungsdruck geprägt sind, vor allem in Nordostbayern. Hier werden wir unsere Anstrengungen weiter verstärken müssen, um die Schwächen auszugleichen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das haben Sie vor zwanzig Jahren auch schon versprochen!)

Ein zentraler Stützpfeiler im ländlichen Raum ist unsere Land- und Forstwirtschaft. Die Perspektiven für unsere Landwirte haben sich endlich verbessert. Ob bei Milch, bei Getreide, bei regenerativen Energien – überall tun sich neue Marktchancen auf. Auch für meine Regierung gilt: Wir stehen verlässlich an der Seite unserer Landwirte und Waldbauern. Wir fördern sie wie kein anderes Land. Wir kämpfen für ihre Interessen innerhalb der Europäischen Union und der WTO, der Welthandelsorganisation. Eine starke Landwirtschaft ist die Seele unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Novellierung der Erbschaftsteuer achten wir darauf, dass die Landwirtschaft insgesamt nicht höher als heute belastet wird.

Die Politik für den ländlichen Raum muss differenziert angelegt sein und die Potenziale vor Ort gezielt mobilisieren. Dazu müssen die Landkreise und Städte selbst initiativ werden und das Regionalmanagement ausbauen. Aus einer intensiven regionalen Vernetzung und Kooperation zwischen Kommunen, Kammern, Unternehmen und Forschungseinrichtungen erwachsen wichtige Impulse. Die Staatsregierung bietet mit der Cluster-Initiative Unterstützung bei Finanzierung und Umsetzung.

Mit dem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ fließen fast 200 Millionen Euro speziell in den ländlichen Raum. Im Programm „Zukunft Bayern 2020“ sind für den ländlichen Raum zusätzlich über 100 Millionen Euro für Staatsstraßen, 15 Millionen Euro für Dorferneuerung und 15 Millionen Euro für die Städtebauförderung eingestellt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das bringt bestimmt etwas!)

Das Aktionsprogramm für den ländlichen Raum wird konsequent umgesetzt. Wir legen ein „Tourismusprogramm“ im Umfang von 300 Millionen Euro auf, vornehmlich für Betriebe außerhalb der Großstädte.

Wir haben im Bereich der Landwirtschaft trotz massiver Kürzung der EU-Mittel die bayerische Kofinanzierung in unveränderter Höhe beibehalten. Mehr noch: Wir haben zusätzlich 70 Millionen Euro über das ursprüngliche Haushaltsvolumen hinaus zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe, für das Kulturlandschaftsprogramm, für die Dorferneuerung und weitere Maßnahmen bereitgestellt. Das unterstreicht eindrucksvoll die Bedeutung, die wir in Bayern der Land- und Forstwirtschaft einräumen.

Wir werden die Erschließung des ländlichen Raums mit Datenautobahnen verstärkt fördern.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Es ist höchste Zeit! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt, so schnell schon!)

Dazu legen wir ein Programm von 10 Millionen Euro auf, mit dem der Anschluss an das schnelle Internet möglich wird.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Ausbau der Fachhochschulkapazitäten in Lehre und angewandter Forschung sowie dem Ausbau des zweigleisigen Studienangebots „Hochschule dual“ stärken wir die Regionen zusätzlich. Wir sollten uns bewusst sein: Wir können die Kräfte der Globalisierung und des Marktes nicht außer Kraft setzen, aber wir müssen unsere Stärken erkennen und die Chancen nutzen.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: starke Kommunen.

In den Kommunen wird Gemeinschaft gelebt und staatliches Handeln erlebt. Starke Kommunen sind die Basis eines stabilen Gemeinwesens. Basis erfolgreicher kommunaler Selbstverwaltung ist eine angemessene Finanzausstattung. Wir haben den kommunalen Finanzausgleich in diesem Jahr deutlich aufgestockt. Für das kommende Jahr ist schon allein wegen der Steuerverbünde mit einer spürbaren Anhebung der FAG-Mittel zu rechnen. Meine Regierung legt ein Sonderprogramm von 150 Millionen Euro auf zur schnelleren Abfinanzierung staatlicher Förderung wichtiger Investitionsvorhaben. Das kommt auch

vielen privaten Trägern zugute. Damit wird der Abfinanzierungsstau deutlich reduziert.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Nach der Sperrefreigabe vom Mai dieses Jahres in Höhe von 100 Millionen Euro haben wir mit sofortiger Wirkung nochmals 70 Millionen Euro zusätzlich freigegeben. Davon profitieren auch die Kommunen und freie Träger von Schulen.

Wir haben in diesem Jahr auch eine Aufstockung der Mittel für den kommunalen Hochbau beschlossen. Damit wollen wir ein zusätzliches Investitionsvolumen von 185 Millionen Euro anschieben. Dies kommt vor allem den Schulen zugute. Aber es sind auch wichtige Impulse für das Handwerk und die Bauwirtschaft. Das sichert Arbeitsplätze vor Ort.

(Beifall bei der CSU)

Die Kommunen müssen aber künftig auch noch stärker selbst initiativ werden. Sie müssen gezielt an der Steigerung ihrer Attraktivität für Unternehmen, aber auch für junge Familien arbeiten. Dazu gehört ein aktives Regionalmanagement. Dazu gehört das Ausschöpfen von Effizienzreserven durch intensive kommunale Zusammenarbeit in der Verwaltung und beim Leistungsangebot an Bürger und Wirtschaft. Auch hier kommt es auf das Engagement jeder Kommune und jedes einzelnen Landkreises an.

Bayern ist ein kommunalfreundliches Land. Nicht ohne guten Grund wurde die Dotierung des kommunalen Finanzausgleichs in den Haushalten der letzten zehn Jahre immer mit Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände beschlossen. Unsere Kommunen stehen besser da als die Kommunen in anderen Ländern. Unsere Gemeinden erzielten 2006 einen positiven Finanzierungssaldo von 1,4 Milliarden Euro, während die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in allen drei vergangenen Jahren erhebliche Finanzierungsdefizite zu verzeichnen hatten. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz finanzieren sich mehr als 30-mal höher über Kassenkredite als bayerische Kommunen.

Nach der jüngsten Steuerschätzung erhalten die Kommunen in Deutschland in diesem Jahr im Durchschnitt über 7 % mehr Steuereinnahmen. Zudem werden unsere Kommunen gut 400 Millionen Euro über die Steuerverbünde zusätzlich bekommen. Sie müssen diese gute Situation zur Haushaltskonsolidierung nutzen. Dort, wo Kommunen aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage sind, muss auf der Grundlage von Sanierungsplänen durch Struktur- und Konsolidierungshilfen für rechtmäßige Haushalte gesorgt werden. Die Staatsregierung steht damit auch künftig an der Seite der Kommunen.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Natur und Lebensraum nachhaltig entwickeln.

Bayern zählt zu den Ländern mit der höchsten Umwelt- und Lebensqualität. Das ist der Erfolg einer konsequenten Umweltpolitik ohne Ideologie und ohne Verteufelung der Wirtschaft.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist doch lächerlich!)

Wir wollen die Schöpfung bewahren. Dafür tut Bayern mehr als jedes andere Land in Europa.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist doch Quatsch!)

In jüngster Zeit zeichnen sich aber die Risiken des weltweiten Klimawandels für unsere Heimat immer deutlicher ab.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Seit 20 Jahren!)

Der Klimawandel betrifft nicht nur arktische Eismassen oder Inselwelten im Indischen Ozean. Auch unsere Heimat ist betroffen – unsere Wälder, die empfindlich auf Klimaveränderungen reagieren, die Artenvielfalt in Flora und Fauna, unsere Städte und Dörfer, die von Hochwässern bedroht sind, und unsere Landwirtschaft. Wir investieren deshalb in den nächsten vier Jahren 350 Millionen Euro zusätzlich zu den regulären Haushaltsmitteln in den Klimaschutz.

Meine Regierung hat damit die im Programm „Bayern 2020“ beschlossenen Mittel mehr als verdoppelt.

(Beifall bei der CSU)

Das Klimaprogramm Bayern 2020 hat drei Ziele: Die Vermeidung von CO₂, den Schutz vor unvermeidlichen Folgen des Klimawandels und die Erforschung und Entwicklung klimaschonender Technologien. Bayern allein kann natürlich das Weltklima nicht retten, aber wir wollen einen Beitrag dazu leisten. Jeder kann etwas für den Klimaschutz tun. Es kommt auf jeden an. Priorität haben dabei die Maßnahmen mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Deshalb werden wir den Schwerpunkt auf die energetische Gebäudesanierung setzen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Uni München!)

Durch Wärmedämmung bei älteren Bauten wird pro investiertem Euro die höchste CO₂-Einsparung erreicht. Wir werden in den kommenden vier Jahren insgesamt 150 Millionen Euro in die energetische Sanierung staatlicher Gebäude investieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das haben Sie vor fünf Jahren auch schon gesagt! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist zu wenig!)

Ich erwarte, dass auch die Kommunen ihrerseits aktiv diese Klimaschutzaufgabe erfüllen.

Wir werden aber auch unsere führende Position bei alternativen Energien weiter ausbauen.

(Henning Kaul (CSU): Erneuerbare Energien!)

So wird die Staatsregierung die Tiefen-Geothermie, also die Nutzung von Erdwärme fördern. Besondere Bedeutung hat die Nutzung nachwachsender Rohstoffe im Rahmen des Programms „Bioenergie für Bayern“. Zur Anpassung an den Klimawandel werden wir den Hochwasserschutz weiter ausbauen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Gibt es dafür auch Geld?)

Wir werden 23 Millionen Euro für den Umbau unserer Wälder und für Schutzmaßnahmen im Bergwald einsetzen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Und dazu noch Schneekanonen!)

Bayern als Hightech-Land muss die Chancen nutzen, die sich unserer Wirtschaft in der Energie- und Umwelttechnik bieten. Deshalb werden wir die Klimaforschung und die Entwicklung von Technologien zur effizienteren Energieerzeugung und von erneuerbaren Energien vorantreiben.

Das Klimaschutzprogramm wird sich für Bayern nicht nur für das Klima auszahlen, sondern auch für das heimische Handwerk, das Baugewerbe und für wichtige Hightech-Branchen. Hier entsteht ein weltweiter Wachstumsmarkt. Das Programm macht uns ein Stück weit unabhängiger von teuren Energieimporten. Den Gegensatz von Ökonomie und Ökologie gibt es nicht. Sie gehen vielmehr Hand in Hand.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Grundlage unserer Politik für ein starkes und solidarisches Bayern bleiben solide Finanzen. Bayern hat mit seinem ausgeglichenen Haushalt einen Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik in ganz Deutschland erreicht. Heute fahren wir die Ernte unserer soliden Haushaltspolitik ein.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Auf Kosten der Kommunen!)

Bayern kann mit den unerwartet hohen Steuereinnahmen gestalten, andere Länder müssen davon hohe Zinsen zahlen.

Erstens werden wir aus den Steuermehreinnahmen der beiden Jahre 2007 und 2008 die Gesamtfinanzierung des Programms „Bayern 2020 – Kinder, Bildung, Arbeit“ in Höhe von 1,5 Milliarden Euro sicherstellen.

Zweitens werden wir die Investitionsquote auf 13 % steigern.

Drittens werden wir mit 150 Millionen Euro die Abfinanzierung der staatlichen Förderung wichtiger Investitionsvorhaben vorantreiben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Altschulden!)

Viertens werden wir Schulden in Höhe von 200 Millionen Euro tilgen – und das im Gegensatz zu anderen Ländern, die noch Schulden machen.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens werden wir eine Rücklage in Höhe von 400 Millionen Euro für konjunkturell schwierige Zeiten bilden, die sicher auch wieder kommen werden.

Ausgeglichene Haushalte bleiben auch künftig die unverrückbare Grenze aller politischen Wünsche. Schulden tilgen, Rücklagen für die Zukunft bilden und zugleich die Investitionen steigern – diesen Dreiklang schafft kein anderes Land in Deutschland. Das ist Politik in der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.

(Beifall bei der CSU)

Der Erfolg Bayerns steht und fällt mit unserer eigenständigen Gestaltungskraft. Mit einer soliden Haushaltspolitik haben wir uns finanzielle Spielräume und mit der Föderalismusreform I zusätzliche politische Kompetenzen für eine aktive Gestaltung der Zukunft erkämpft. Wir werden uns aber vehement Forderungen anderer Länder nach neuen finanziellen Belastungen für Bayern entgegenstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nach den Vorstellungen einiger Länder sollen sich alle Länder über einen Entschuldungsfonds an den Zins- und Tilgungslasten für Altschulden solidarisch beteiligen. Und noch mehr: Die finanzschwachen Länder fordern zusätzlich zum geltenden Finanzausgleich einen Nachteilsausgleich für aus ihrer Sicht bestehende Strukturunterschiede zwischen den Ländern. Dabei soll der Finanzausgleich weiterhin die Einnahmen auf über 95 % nivellieren. Das wäre ein „Rundum-Sorglos-Paket“ auf Kosten der Länder, die durch gute Wirtschaftspolitik und durch konsequentes, zum Teil auch schmerzhaftes Sparen ihren Haushalt ausgleichen und niedrige Schulden haben. Bayern zahlt bereits jetzt jedes Jahr knapp vier Milliarden Euro in den bundesstaatlichen Finanzausgleich. Diese Belastung darf durch Nachteilsausgleich und Abfinanzierung fremder Schulden nicht weiter steigen.

(Beifall bei der CSU)

Die Föderalismusreform II muss die Eigenverantwortung der Länder stärken, sie darf sie nicht schwächen. Sie muss ein striktes, rechtlich verbindliches Neuverschul-

dungsverbot mit automatischen Folgen und Sanktionen enthalten. Wir werden die berechtigten Interessen Bayerns und seiner Bürgerinnen und Bürger im Bund selbstbewusst vertreten.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: die Bürger am politischen Prozess beteiligen.

Vielfach werden Politikverdrossenheit und eine Teilung der Gesellschaft in „die da oben“ und „die da unten“ beklagt. Deshalb möchte ich die Bürger an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen.

(Günter Gabsteiger (CSU): Sehr gut!)

Ich werde daher ein Bürgergutachten auf den Weg bringen, damit die Meinung der Bürger genauso in politische Entscheidungen über Zukunftsfragen Bayerns einfließen kann wie die Meinung von Politikern, Wissenschaftlern und anderen Experten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Bayern ist ein starkes Land. Bayern ist ein modernes Land. Bayern ist ein stabiles Land. Ich werde mit meinem Kabinett das große Erbe, das wir von Edmund Stoiber übernommen haben, weiter mehrten. Ich setze dabei auf Mannschaftsgeist und Teamarbeit. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Fraktion und dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid für die konstruktiven Anregungen und Vorschläge für unsere gemeinsame Politik.

Bayerns Zukunft zu gestalten, ist nicht allein Aufgabe des Staates. Es kommt auf jeden Einzelnen an. Jeder muss an seinem Platz Verantwortung übernehmen und seinen Beitrag leisten, in den Schulen, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, im Ehrenamt. Wir dürfen uns wirklich darüber freuen, dass das ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagement in Bayern so großartig ist. Ohne diesen Einsatz wäre unser Zusammenleben menschlich um Vieles ärmer. Jeder Einsatz für andere Menschen, für Kinder, für Kranke, für Pflegebedürftige, in Kirchen, in Vereinen, bei den Feuerwehren oder in der Kommunalpolitik macht uns unendlich reich. Eine vitale und solidarische Gesellschaft braucht aktive Bürger.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb ist das Leitmotiv dieser Regierungserklärung: „Es kommt auf jeden an. Gemeinsam für Bayerns Zukunft“.

Es kommt auf jeden Einzelnen an, um wirtschaftlich stark zu bleiben. Es kommt auf jeden Einzelnen an, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Es kommt auf jeden Einzelnen an, dass die Gesellschaft zusammenhält. Es kommt auf jeden Einzelnen an, dass unsere reiche Kultur und unsere Traditionen lebendig gehalten und weitergetragen werden. Es kommt auf jeden Einzelnen an, dass unsere Gesellschaft solidarisch bleibt.

Wenn jeder von uns seiner Verantwortung für sich und das Gemeinwohl nachkommt, dann werden wir gemeinsam Bayerns Zukunft sichern. Im Bewusstsein unserer gemeinsamen Geschichte, in gemeinsamer Anstrengung und mit gemeinsamen Werten wollen wir die Zukunft meistern – mit Mut und in Demut. „Es kommt auf jeden und jede an, also auf alle. Gemeinsam für Bayerns Zukunft“.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 75 Minuten pro Fraktion vereinbart. Erster Redner: Herr Kollege Maget.

Franz Maget (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in diesem Hause schon viele Regierungserklärungen gehört, aber das war die schlechteste.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Kein Aufbruch, sondern Altbekanntes. Kein Neuanfang, sondern x-mal Gehörtes. Kein Elan und keine Begeisterung, sondern Zaudern, Zögern und Ängstlichkeit.

(Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Kein Mut, sondern Kleinmut. Keine Demut, sondern Hochmut.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir hatten etwas anderes erwartet. Wir hatten erwartet, dass ein neu ins Amt gekommener Protestant mit reformatorischem Eifer an die Sache herangeht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Stattdessen haben wir eine brave Stoffsammlung konservativer Weltanschauung gehört, voller Worthülsen und Platitüden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Man reibt sich die Augen und fragt sich: Warum musste Stoiber eigentlich gehen? – Doch nicht dafür, meine Damen und Herren – doch bitte nicht dafür!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich möchte fast sagen: Edmund, hilf in dieser Situation!

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Vieles, Herr Ministerpräsident, was Sie gesagt haben, ist richtig. Vieles ist wahr. Wenn Sie zum Beispiel sagen, dass in Zeiten der Globalisierung nur beste Bildung den Menschen Arbeit und Wohlstand sichert – ja, das stimmt,

einverstanden. Das Problem ist aber, dass Sie mit Ihrer verfehlten Bildungspolitik diesen Anspruch genau nicht einlösen. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vieles ist richtig. Sie sagen zum Beispiel – ich zitiere Sie wörtlich –: „Unterricht muss für Schüler und Eltern verlässlich sein.“ – Einverstanden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dass Sie das aber als Ziel Ihrer Politik formulieren müssen, das ist das Problem, weil nämlich der Unterricht in Bayern nicht zuverlässig stattfindet, sondern viel zu oft ausfällt. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und das ist auch Ihre Verantwortung nach 50 Jahren Alleinregierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Oder wollen Sie abstreiten, Herr Spaenle, dass Unterricht in unserem Land ausfällt?

Vieles ist richtig. Sie haben viele wichtige Tugenden beschworen. Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, Disziplin – einverstanden. Aber der Unpünktlichste von allen war doch Edmund Stoiber. Und ist er ein schlechter Mensch? – Nein, er ist kein schlechter Mensch, aber unpünktlich war er immer. Heute waren Sie pünktlich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben als Leitmotiv Ihrer Regierungserklärung formuliert – ich zitiere –: „Es kommt auf jeden an. Gemeinsam für Bayerns Zukunft“. Ich nehme Sie beim Wort und nehme Ihre Einladung gerne an. Ich fange gleich hier und heute damit an, Ihnen überall dort, wo wir bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die besseren Vorschläge und Konzepte für die Zukunft Bayerns haben, diese vorzutragen. Wenn Ihr Leitmotiv mehr sein soll als sonntägliche Gemeinssinnlyrik für das Poesiealbum, dann sollten Sie aufhören, unsere vielen guten Vorschläge und Anträge in altbekannter Manier niederzumachen, nur weil sie nicht auf Ihrem Mist gewachsen sind. Auch hier: mehr Demut statt immer nur Hochmut.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn es Ihnen ernst ist mit Bayern und nicht nur um blinde Rechthaberei geht, dann sollten Sie uns zuhören und nicht wieder jahrelang warten, bis irgendeine Kommission bei uns abschreibt und Ihnen dann die Vorschläge präsentiert, die Sie vorher bei uns in diesem Hause abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Noch eines vorweg, sehr geehrter Herr Beckstein: Sie sollten auch aufhören mit infamen Unterstellungen in der Bildungs-, in der Schul- und in der Familienpolitik, die Sie auch heute wider besseres Wissen für die Zuschauer draußen am Bildschirm unters Volk streuen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn Sie uns in den Mund legen, wir würden sagen – wörtlich –, Kinder sind in der Krippe besser aufgehoben als bei den Eltern, dann ist das eine Lüge und eine infame Unterstellung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Lassen Sie so etwas; lassen Sie so etwas bleiben. Wenn Sie sagen, wir würden behaupten, in der vierten Klasse der Schulen entscheidet sich endgültig das Schicksal der Menschen, dann ist auch das eine infame Unterstellung.

Das hat niemand von uns behauptet. Wir wollen aber, dass es den Kindern in unserem Bildungssystem nicht so schwer gemacht wird, einen Aufstieg zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Machen Sie es den Hauptschülern nicht so schwer, wie es in Bayern ist. Warum glauben Sie denn, dass die Eltern fast alles daran setzen, um ihre Kinder in weiterführende Schulen, in die Realschulen und in die Gymnasien, zu bringen? Die Eltern wissen genau, dass der leichtere Weg für ihre Kinder über die Realschule und über das Gymnasium führt. Das ist das Problem. Die Eltern wissen das. Deshalb entscheiden sie sich so oft gegen die Hauptschule. Der Grund ist nicht, dass wir die Hauptschule schlechtreden, sondern dass Sie die Hauptschule schlecht machen. Das ist das entscheidende Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich komme darauf später noch einmal zurück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch nie zuvor hatte der Freistaat Bayern aufgrund der positiven konjunkturellen Entwicklung in Deutschland so günstige finanzielle Rahmenbedingungen wie heute. Die Bayerische Staatsregierung kann nach der jüngsten Steuerschätzung in diesem und im kommenden Jahr auf Mehreinnahmen in Höhe von sage und schreibe 4,2 Milliarden Euro zurückgreifen. Das ist genügend Geld, um die Investitionsquote in Bayern endlich wieder auf 15 % zu erhöhen, eine Investitionsquote, die Sie in den Keller gefahren haben. Mit einer Quote von 15 % wären wieder mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze in unserem Lande möglich.

(Alexander König (CSU): Das sagt der Richtige!)

Erhöhen Sie die Quote! Herr Falthäuser selbst verlangt das seit vielen Jahren. Sie bleiben aber auch diesmal wieder weit dahinter zurück. Mit den 4,2 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen wäre es möglich, endlich die gewaltigen Defizite im Bildungsbereich, an unseren Schulen, bei der Kinderbetreuung und an unseren Hochschulen, anzugehen und zu beseitigen. Auch hier Fehl-anzeige. Es war geradezu ein Debakel, was Sie heute hier für unsere Schulen und Hochschulen angekündigt haben. Das war ein Debakel. Ich werde auch darauf noch zurückkommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben das Geld der Steuerzahler zur Verfügung, aber es fehlt Ihnen die Kraft, damit die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft Bayerns vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte heute gerne von Ihnen gehört, welches Konzept Sie haben, damit jeder Jugendliche in Bayern einen Ausbildungsplatz bekommt. Ich hätte gerne von Ihnen gehört, wie Sie es schaffen wollen, mehr Frauen in Bayern in Führungspositionen zu bringen. Kein Wort und kein Halbsatz dazu.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben die Stellung der Landwirtschaft angesprochen. Ich hätte gern von Ihnen gehört, wie Sie zum Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft stehen. Kein Wort dazu. Wie wollen Sie es schaffen, das zu erreichen, was wir fordern, nämlich Bayern zu einem gentechnikfreien Land in der Landwirtschaft zu machen? Wie wollen Sie das schaffen? Kein Wort dazu.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich hätte gerne von Ihnen gehört, wie Sie es konkret schaffen wollen, die benachteiligten Landesteile Bayerns an unsere Boom-Regionen heranzuführen. Auch dazu Fehl-anzeige. Ich hätte gerne gehört, wie Sie es schaffen wollen, dass der Freistaat als öffentlicher Arbeitgeber endlich die Schwerbehindertenquote erfüllt. Auch dazu Fehl-anzeige, kein Satz und kein Wort. Das waren nur einige wichtige Punkte.

Ich hätte auch gerne gehört, wie Sie zu aktuellen bundespolitischen Fragen stehen, zu denen Ihre Stimme und Ihre Entscheidung in den nächsten Wochen im Bundesrat gefordert ist. Wie stehen Sie zur Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer bzw. Arbeitslose? Wie stehen Sie zur Pendlerpauschale? Wie stehen Sie eigentlich zur Bahnreform? Das ist für unser Land ein existenzielles Thema, weil mit der Privatisierung der Bahn, mit dem Einstieg eines privaten Investors, natürlich Streckenstilllegungen in diesem Lande drohen. Ich erwarte hier Ihren Einsatz an unserer Seite. Aber auch dazu Fehl-anzeige.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich hätte auch gerne gehört, wie Sie zu einem Mindestlohn für die Postdienstleister stehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wollen Sie es wirklich allen Ernstes zulassen, dass private Briefzusteller aus anderen Ländern mit Dumping-Löhnen auf unseren Markt kommen, mit 5 oder 6 Euro in der Stunde, während unsere Bundespost ihre Dienste nicht in anderen Ländern anbieten kann, weil dort das Briefmonopol verlängert wird? Wollen Sie das allen Ernstes?

(Beifall bei der SPD)

Franz Josef Strauß – wenn ich ihn zitieren darf – hätte in einem solchen Fall gesagt: Liberal sind wir schon, aber nicht blöd. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sollten wir auch nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nicht einmal zu aktuellen Streitthemen in der Landespolitik etwas verlauten lassen. Wie steht es eigentlich mit dem Büchergeld? Wollen Sie es allen Ernstes dabei belassen, dass die Kommunen, die Städte und die Landkreise in Bayern jetzt dafür aufkommen müssen, wofür ausschließlich Sie zuständig sind? Das ist ein dreister Griff in die Taschen der bayerischen Kommunen. Wollen Sie es wirklich dabei belassen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sagen: „Wir werden auch künftig an der Seite der Kommunen stehen.“ Ich sage Ihnen: Das ist wie Hohn und Spott. Sie überlassen den Kommunen die Finanzierung des Büchergeldes, obwohl das einzig und allein staatliche Aufgabe ist.

(Walter Nadler (CSU): Schmarrn! – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Informieren, Herr Kollege! Sie haben keine Ahnung!)

Herr Dr. Beckstein, Sie sagen, Bayern sei ein kommunalfreundliches Land. Das stimmt. Das Problem ist: Wir haben eine kommunalfreundliche Regierung. Das muss sich in diesem Freistaat Bayern ändern.

(Beifall bei der SPD – Renate Dodell (CSU): So ein Quatsch!)

Ein zweites Beispiel, der Transrapid. Der Transrapid, ein Leuchtturm, der fährt. Das war interessant. Die Münchner CSU sagt Ja zum Transrapid, aber komplett untertunnelt. Wollen Sie das auch? Die Oberpfälzer CSU sagt: Transrapid ja, aber bis Regensburg. Das ist ein wunderbarer Vorschlag. Ich habe auf den Kalender geschaut, ob das zufällig am 11. November war, dem Faschingsanfang. Nein, das war ein ernst gemeinter Vorschlag. Was sagen Sie eigentlich dazu? Heute sagen Sie zum Transrapid: „Wir lassen uns in kein finanzielles Abenteuer treiben.“ Was soll das heißen? Edmund Stoiber und Erwin Huber haben

erklärt, die Finanzierung des Transrapid stehe. Sie sagen dagegen, Sie ließen sich in kein finanzielles Abenteuer treiben. Was wollen Sie uns mit solchen Sätzen sagen? Das ist keine klare Auskunft und keine klare Position.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Beckstein, Sie haben am 22. September in der „Süddeutschen Zeitung“ Folgendes gesagt: „Nachdem Stoiber noch nichts gesagt hat, weiß ich nicht, was mein Wille ist.“ Herr Dr. Beckstein, diese Zeiten sind vorbei. Jetzt sind Ihre Entscheidung und Ihr Wille gefragt. Sie dürfen nicht länger warten, bis Herr Stoiber Ihnen sagt, wo es lang geht, sondern Sie müssen endlich auch eigene Entscheidungen treffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Thema „Transrapid“ passt ein sehr guter Vorschlag, den Sie gemacht haben, nämlich der Vorschlag eines Bürgergutachtens. Sie möchten ein Bürgergutachten auf den Weg bringen, damit die Meinung der Bürger genauso in politische Entscheidungen über die Zukunft Bayerns einfließen kann wie die Meinung von Politikern. Das ist ein guter Vorschlag. Das machen wir beim Transrapid. Wir lassen die Meinung der Bürger in die Entscheidung der Politik einfließen. Tun Sie das. Nehmen Sie den Bürgerwillen ernst. Respektieren Sie den Willen der Bürger. Ich sage Ihnen: Die Menschen in diesem Land wollen Ihr Prestigeprojekt nicht. Wenn Sie nicht selbst zur Vernunft kommen, werden wir Sie mithilfe eines Volksbegehrens eben zur Vernunft bringen.

(Alexander König (CSU): Selbstüberschätzung!)

– Ob das Selbstüberschätzung ist? Da würde ich erst einmal warten, wie das ausgeht. Hochmut kommt vor dem Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen zur Familienpolitik, das bayerische Landeserziehungsgeld gebe Sicherheit und Wahlfreiheit für die Familien.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!
Bei nur 150 Euro!)

– Respekt. Das bayerische Landeserziehungsgeld gibt also Sicherheit und Wahlfreiheit für die Familien. Toll. – Wissen Sie eigentlich, in welchem Umfang Ihre Staatsregierung, der Sie immerhin 14 Jahre angehört haben, auch als Stellvertretender Ministerpräsident, das Landeserziehungsgeld gekürzt und zusammengestrichen hat? Wissen Sie das eigentlich? – Es betrug im Jahr 2004 188 Millionen Euro. Heute beträgt es noch 113 Millionen Euro. 75 Millionen Euro haben Sie beim Landeserziehungsgeld gestrichen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das gibt Sicherheit!)

Doch jetzt sagen Sie, das Landeserziehungsgeld schaffe Sicherheit für die Familien. Dreister kann man den Menschen wirklich nicht Sand in die Augen streuen.

(Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So viel weniger Kinder sind es schließlich auch nicht geworden!)

Die Wahrheit ist doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie den Familien in Bayern in den letzten Jahren Geld genommen haben. Sie haben Leistungen gekürzt und den Familien gleichzeitig mit Büchergeld und Studiengebühren neue Belastungen auferlegt. Das ist Ihre Familienpolitik!

(Beifall bei der SPD)

Schöne Phrasen helfen nicht, wenn die konkrete Politik familienfeindlich ist.

Die vorgetragene Regierungserklärung reiht sich übrigens nahtlos in die schwache Vorstellung ein, die Sie seit Ihrem Amtsantritt gegeben haben. Die Kabinettsbildung wurde von den Medien wie folgt aufgenommen: „Anfang ohne Zauber“, „Große Enttäuschung“, „Mittelmaß“, „Trostlose Notlösung“. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt: „Beckstein traut sich nicht, umso blasser sieht er nun aus.“ Auch die dringende Neuordnung von Zuständigkeiten in den einzelnen Ressorts sind Sie nicht angegangen. Sie haben erklärt, dafür sei keine Zeit gewesen. Das ist doch lächerlich. Wer 14 Jahre lang Minister und die letzten Jahre Stellvertretender Ministerpräsident war,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und dann noch neun Monate designierter Ministerpräsident!)

wer dann noch neun Monate designierter Ministerpräsident war und dann sagt: Jetzt hab' ich leider keine Zeit gehabt, mir Gedanken zu machen, der ist doch eine Fehlbesetzung auf diesem Platz! Herr Beckstein, wer das sagt, der ist der Rolle und dem Amt des Ministerpräsidenten schlichtweg nicht gewachsen. Der ist überfordert.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Tun Sie nicht so, als wären Sie ein Frischling. Sie sind ein alter Hase auf diesem Gebiet und in diesem Hause.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie hätten deshalb beispielsweise den Verbraucherschutz neu ordnen können. In unserem Untersuchungsausschuss „Gammelfleisch“, den Sie übrigens als den überflüssigsten Untersuchungsausschuss aller Zeiten bezeichnet haben, kommt praktisch täglich etwas Neues ans Licht. Dieser Untersuchungsausschuss beweist, dass der Verbraucherschutz und die Lebensmittelsicherheit in Bayern nicht gewährleistet sind und dringend einer Neuordnung

bedürfen. Das hätten Sie zumindest organisieren können. Aber noch nicht einmal das haben Sie sich getraut.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch schwach, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns über eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und in Bayern. Auch in unserem Land wirkt sich die allgemeine konjunkturelle Situation positiv aus: Es gibt mehr Arbeitsplätze, die Beschäftigung wächst, die Arbeitslosigkeit ist rückläufig. In Teilen Bayerns sind wir tatsächlich auf dem Weg in die Vollbeschäftigung. Ein Problem, das wir nicht gelöst haben, sind die großen regionalen Unterschiede, die es nach wie vor in unserem Land gibt. Wir haben in der Stadt Eichstätt eine Arbeitslosenquote von 1,5 %. Das ist Vollbeschäftigung. In der Stadt Hof haben wir aber nach wie vor eine Quote von 10,1 % und in der Stadt Weiden ebenfalls 10,1 %. Es wäre die Aufgabe Ihrer Politik, hier nicht nur allgemeine, gute Arbeitsmarktzahlen zu verkünden, sondern Konzepte vorzulegen, wie Sie die schwachen Regionen in Bayern stärken wollen und wie Sie dort Arbeitsplätze realisieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

In vielen Regionen Bayerns besteht übrigens deutlicher Fachkräftemangel. Da gibt es dann die Klagen, es fehlten Fachkräfte. Wer aber heute über mangelnde Fachkräfte klagt, der muss sich schon fragen, was er in den letzten Jahren für die Ausbildung junger Leute getan hat.

(Beifall bei der SPD)

Der Fachkräftemangel von heute ist die Folge fehlender Ausbildungsplätze in der Vergangenheit. Ich möchte größere Anstrengungen in der beruflichen Bildung sehen. Ich möchte, dass jeder Jugendliche in Bayern einen Ausbildungsplatz bekommt.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir haben 34 000 registrierte arbeitslose Jugendliche. 34 000! Wir haben Jugendliche ohne Schulabschluss. Fast 10 % der Kinder verlassen die Schule ohne Abschluss.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wahnsinn!)

Übrigens sind das häufig Hauptschulabgänger. Wir haben an den Volkshochschulen und in der Erwachsenenbildung Kurse voll mit jungen Leuten, die den Hauptschulabschluss nachholen wollen, weil ihnen die Hauptschule diesen Abschluss nicht gegeben hat. In den Berufsschulen haben wir zu Tausenden Jugendliche, die ohne Ausbildungsvertrag sind. Das gerät aber deshalb in

Vergessenheit, weil wir in den schul- und bildungspolitischen Fragen meist über Gymnasien und Realschulen reden, jedoch nur selten über die Berufsschulen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir kümmern uns um die Berufsschulen. Tun Sie deshalb nicht so, unterstellen Sie uns nicht, als würde der Mensch erst beim Abitur anfangen. Das ist eine dieser infamen Unterstellungen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir in diesem Hause, meine sehr geehrten Damen und Herren, kümmern uns um Förderschulen, um Hauptschulen, um Berufsschulen, Berufsoberschulen und um Fachoberschulen mehr, als Sie das tun. Sie jedoch vernachlässigen diese Schulen! Das ist das Problem.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie tun nichts für die Förderschulen. Sie tun auch nichts für die Hauptschulen. Darauf komme ich noch zurück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist bitter, sehen zu müssen, dass viele Menschen vom Aufschwung leider nichts haben und davon nicht profitieren. Wir wollen Bayern gerechter machen. Ich will, dass der Aufschwung für alle Menschen im Land spürbar wird und bei allen Familien ankommt. Es ist höchste Zeit dafür, dass es für alle Menschen in Bayern aufwärts geht. Das ist übrigens auch ein Auftrag unserer Bayerischen Verfassung.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen im Land hören täglich gute, erfreuliche Nachrichten über die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Sie sehen, es gibt wieder mehr Arbeitsplätze im Angebot. Die arbeitenden Menschen in unserem Land verdienen aber zu wenig.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ist es!)

Die Löhne sind zu niedrig: Die Reallöhne in Bayern sind in den letzten zehn Jahren um fast 1 % gesunken, nicht gestiegen. Immer mehr Menschen arbeiten in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen, in Leih- und Zeitarbeit. Immer mehr junge Menschen werden von einem Praktikum in das andere weitergeschoben. Sollen die jungen Menschen in dieser unsicheren Situation denn an Familiengründung denken? Wir beklagen, dass es zu wenige Kinder in diesem Land gibt. Wir sollten zuerst einmal für mehr Sicherheit für die jungen Menschen und die jungen Familien sorgen. Dann werden diese auch wieder leichter Ja zu einem Kind sagen können.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch das Thema der Mindestlöhne noch einmal aufgreifen. Auch dazu gibt unsere bayerische Verfassung einen guten Hinweis. Ich zitiere Artikel 169 der Bayerischen Verfassung. Dort heißt es wörtlich, Herr Ministerpräsident:

Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wunderbarer Satz! – Ludwig Wörner (SPD): Aha!)

Mindestlöhne, um den Familien und den Arbeitnehmern eine auskömmliche Situation sicherzustellen. Das ist der Auftrag der Bayerischen Verfassung!

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem Auftrag der Bayerischen Verfassung passt es nicht, dass wir Menschen mit fünf oder sechs Euro in der Stunde nach Hause schicken und dass in Vollzeit erwerbstätige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 800 Euro netto verdienen. Das widerspricht der Würde des arbeitenden Menschen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen fordere ich Sie auf, an unserer Seite im Bundesrat endlich für Mindestlöhne zu kämpfen, anstatt sie dort immer wieder abzulehnen und zu blockieren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht in Ordnung. Wir werden den Menschen draußen auch sagen, wem das recht ist und wer es zulassen will, dass in diesem Land weiterhin für fünf oder sechs Euro gearbeitet werden muss. Es ist doch lächerlich, wenn man die Behauptung aufstellt, ein Mindestlohn von 7,50 Euro für eine Reinigungsfrau gefährde den wirtschaftlichen Aufschwung. Das ist doch lächerlich! Genauso lächerlich oder noch schlimmer ist es, wenn diese Sätze aus dem Mund von Managern kommen, die selbst 13 Millionen Euro im Jahr verdienen.

(Beifall bei der SPD)

Eher gefährdet das den wirtschaftlichen Aufschwung als ein Mindestlohn für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Diese Einkommensunterschiede in unserem Land stehen in keinem Verhältnis mehr zur oft beschworenen Leistung. Gut verdienen, ja, aber sich die Taschen vollstopfen, nein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es muss nicht sein, dass ein Manager in Deutschland ebenso viel verdient wie 300 Lehrer in diesem Land. Da ist etwas aus

dem Lot geraten, und wir müssen das dringend korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich ganz kurz zur Vermögensverteilung in unserem Land Bayern. Da gab es in der letzten Woche eine Untersuchung eines wirtschaftswissenschaftlichen Instituts, aus der hervorgeht, dass fast die Hälfte der Bayern über gar kein oder nur über ein äußerst geringes Vermögen verfügt. Im Gegensatz dazu besitzen die Reichsten, 10 % der bayerischen Bevölkerung, knapp 60 % des gesamten Vermögens in Bayern. Viele der Landkreise mit den meisten Einkommens- und Vermögensmillionären befinden sich im Freistaat Bayern. Wenn ich das anspreche, so ist das kein Sozialneid und kein Aufruf zum Klassenkampf.

(Georg Schmid (CSU): Was denn?)

– Ich sage Ihnen, was es ist: Das ist eine Spaltung dieser Gesellschaft, die mit einer solidarischen Leistungsgesellschaft nichts mehr zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Es ist obszön, wenn die Unterschiede bei Vermögen und Einkommen mittlerweile derart krass sind, wie es in Bayern der Fall ist. Wir wollen das nicht hinnehmen, Herr Kollege Schmid. Wir sagen nicht, dass das eine Neiddebatte ist, sondern wir sagen: Das ist eine Herausforderung für Menschen, die immer noch in Gerechtigkeitskategorien denken. Wir wollen das. Für uns ist Solidarität modern, zeitgemäß und das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen – das sage ich Ihnen ganz offen – bin ich für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer in unserem Land,

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Oh Gott!)

damit die Superreichen wenigstens einen kleinen Beitrag zum Gemeinwesen und zum Gemeinwohl leisten.

(Beifall bei der SPD)

Die Vermögensteuer ist im Übrigen eine reine Landessteuer. Das Aufkommen käme ausschließlich dem Freistaat Bayern zugute, und es könnte dazu genutzt werden, endlich die Kinderarmut in unserem Land zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nämlich eine Schande, Herr Faltlhauser, dass es in unserem reichen Land Kinderarmut gibt, dass 150 000 junge Menschen und Kinder in Armut leben müssen, was Ihnen anscheinend egal ist.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Uns ist das nicht egal; uns treibt das um, und wir fühlen uns durch Kinderarmut herausgefordert.

(Beifall bei der SPD)

Damit bin ich bei der bayerischen Sozialpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von der CSU: Da kannst du gleich aufhören!)

Herr Dr. Beckstein hat in gewisser Weise versucht, einen Imagewechsel in der Sozialpolitik zu erreichen. Deshalb möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, Herr Dr. Beckstein, dass Sie nicht beiläufig, sondern als stellvertretender Ministerpräsident einer der Hauptverantwortlichen für drastische und unsoziale Kürzungsmaßnahmen in den letzten Jahren gewesen sind. Es wurden gekürzt: das Blindengeld, die Obdachlosenhilfe, die Flüchtlingshilfe, die Mittel für die Familienberatung, für die Schuldnerberatung, für den Sport, die Altenhilfe, die Hilfe für psychisch Kranke, die Hilfe zur Pflege usw. Sie haben heute die Aktion des Bayerischen Jugendrings gelobt „Drei Tage Zeit für Helden“. Das ist eine tolle Aktion, Respekt und Anerkennung für die jungen Leute und für den Bayerischen Jugendring!

(Beifall bei der SPD)

Lob ist aber zu wenig.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Notwendig wäre auch eine finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit. Aus Dankbarkeit für die Aktion, die Sie heute gelobt haben, haben Sie dem Bayerischen Jugendring die Mittel um Millionen gekürzt. Das ist eine unsoziale und unanständige Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Kurt Falthäuser (CSU))

Nichts von dem, was Sie in den letzten Jahren den sozialen Einrichtungen und den Verbänden der Wohlfahrtspflege weggenommen haben, haben Sie zurückgegeben. Ihr einziges Versprechen ist: Wir überfallen euch nicht schon wieder; aber das, was wir euch damals beim Überfall aus der Tasche genommen haben,

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das behalten wir!)

das geben wir nicht mehr her.

(Engelbert Kupka (CSU): Maget, was erzählst du uns heute denn?)

Wenn daraus der Anspruch einer neuen sozialen Ethik abgeleitet werden soll, dann bin ich wirklich skeptisch.

(Beifall bei der SPD)

4,2 Milliarden Euro Steuerermehreinnahmen erfordern eine radikale Wende in der bayerischen Sozialpolitik. Lediglich 5 % des bayerischen Etats werden für Soziales ausgegeben.

(Engelbert Kupka (CSU): Wachstum nächstes Jahr Null!)

In Ihrer Regierungserklärung – Kollege Wahnschaffe hat nachgezählt – finden sich genau zehn Zeilen zu diesem Thema. Ich greife nur ein einziges Thema davon heraus: die Pflege in unserem Land. Ich bin als junger Zivildienstleistender mit 19 Jahren zum ersten Mal schwerstkranken und schwerstpflegebedürftigen Menschen begegnet. Ich habe damals menschenunwürdige Situationen in der Pflege erlebt. Ich habe Menschen gesehen, die mit einem dicken Dekubitus in ihren Betten lagen. Ich habe mir damals geschworen: Wenn ich einmal etwas auf dieser Welt bewirken und ändern kann, dann muss Schluss sein mit menschenunwürdigen Verhältnissen in der Pflege.

(Beifall bei der SPD)

Da ist vieles passiert; da hat sich einiges verbessert. Es muss aber noch vieles getan werden, und davon habe ich heute nichts gehört, Herr Dr. Beckstein. Die Arbeiterwohlfahrt und auch der Landescaritasverband fordern dringlich eine Rückkehr zur Investitionsförderung für stationäre Einrichtungen der Altenhilfe.

(Beifall bei der SPD)

Da haben Sie sich komplett aus dem Staub gemacht. Ich habe nicht gehört, dass Sie diesen verfehlten Kurs korrigieren wollen. Die Wohlfahrtsverbände erwarten zu Recht eine Aufstockung der Investitionsmittel auch für die ambulante Pflege. Ich habe nicht gehört, ob Ihnen das ganz allgemein ein Anliegen ist – das würde ich noch glauben –, und ich habe nicht gehört, wie Sie diese Situation konkret in den Pflegeeinrichtungen tatsächlich verbessern wollen.

Wir brauchen auch eine gerechte und solidarische Finanzierung der Pflege. Bleiben Sie bei Ihrem Vorschlag, eine Kopfpauschale der Finanzierung der Pflegeversicherung einzuführen? – Frau Stewens sagt Ja, das sei der richtige Weg, Herr Seehofer sagt Nein, mit der CSU niemals. Wo ist eigentlich Herr Beckstein? Auf solche Fragen hätte ich gerne eine Antwort des bayerischen Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD)

Auch an dieser Stelle sind Sie uns alle Antworten schuldig geblieben.

(Engelbert Kupka (CSU): Wenn wir da was gesagt hätten, hätte euch woanders was nicht gepasst!)

– Das hätte mir schon gut gefallen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den größten und schwierigsten Zukunftsthemen unseres Landes gehört die Frage, wie wir mit Menschen mit Migrationshintergrund umgehen, wie wir es also schaffen wollen, die Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen in unser Land zu bewältigen und wie wir Ausländerfeindlichkeit in unserem Land bekämpfen wollen. Sie haben dazu auch Stellung genommen. An dieser Stelle muss man vorsichtig sein; denn die Gefahr neuer Ausländerfeindlichkeit im Land ist groß.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich bitte dringend darum, alles zu unterlassen, was dieser Ausländerfeindlichkeit auch noch Nahrung geben könnte.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen einen Satz vorhalten, den Sie im Zusammenhang mit der geplanten Verlängerung der Arbeitslosengeldleistungen für ältere Arbeitnehmer in einem dpa-Gespräch jüngst gesagt haben. Sie haben gesagt:

Ich verstehe schon, wenn langjährige Beitragszahler ein längeres Arbeitslosengeld verlangen, und zwar länger als jemand, der etwa aus der Türkei, Bosnien oder aus dem Fernen Osten zu uns gekommen ist und nur wenige Jahre Beitrag gezahlt hat.

Ich frage mich, was soll eine solche Einlassung an dieser Stelle?

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Es geht doch in der Frage des Bezugs von Lohnersatzleistungen nicht um die Staatsangehörigkeit oder um die Herkunft eines Menschen,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nur um das, was einer gearbeitet hat!)

sondern es geht um die Frage, ob er einen Anspruch auf Lohnersatzleistungen in der Sozialversicherung hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn Sie an einer solchen Stelle ausgerechnet – –

(Prof. Dr. Kurt Faltthäuser (CSU): Sie wollten das bewusst missverstehen! – Gegenruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da kann man nichts missverstehen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Was kann man da missverstehen?)

– Wenn man sagt, ich verstehe schon, dass langjährige Beitragszahler für sich einen längeren Arbeitslosengeldbezug verlangen als für jemand, der nur wenige Jahre

eingezahlt hat, dann ist es in Ordnung. Wenn Sie dabei aber wieder auf ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger abstellen, dann schüren Sie – ich sage es einmal ganz vorsichtig – Missverständnisse.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Davor sollten wir uns hüten. Menschen, die in unser Land kommen und hier mitarbeiten wollen, die sich an Recht und Gesetz halten, sind uns herzlich willkommen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie sind eine Bereicherung für dieses Land. Wir haben keine Toleranz für Kriminalität und für Verbrechen. Ich sage Ihnen aber auch: Menschen mit Migrationshintergrund müssen wir besser aufnehmen und integrieren. Ich will keine Feindseligkeit in diesem Land, sondern eine Perspektive auch für diese Menschen.

Sie sprechen die deutschen Sprachkenntnisse an. Tun Sie an dieser Stelle bitte nicht so, als sei schon einmal irgendjemand in diesem Hause dagegen gewesen, den Kindern ausländischer Familien Deutsch beizubringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist wieder eine Ihrer üblen und infamen Unterstellungen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Allerdings! – Widerspruch des Abgeordneten Manfred Christ (CSU))

Die Wahrheit ist, sehr geehrter Herr Kollege, dass Sie jahrzehntelang mit einer Lebenslüge durch das Land gegangen sind. Sie haben den Leuten gesagt, Bayern sei kein Einwanderungsland, und deswegen müssten Sie für Einwanderer auch nichts tun. Das war der Fehler in Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Widerspruch des Abgeordneten Manfred Christ (CSU))

Wenn Sie heute hier zu Recht beklagen, dass Kinder aus ausländischen Familien eingeschult werden, ohne ein Wort Deutsch zu sprechen, dann ist das nicht die Schuld der Roten und der GRÜNEN, sondern das ist das Versagen Ihrer Politik, Ihrer Schul- und Gesellschaftspolitik, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Warum holen Sie denn die ausländischen Kinder nicht mit vier oder fünf Jahren aus dem Kindergarten heraus, prüfen ihre Deutschkenntnisse, und wenn sie nicht ausreichend sind, schulen Sie sie dann nach und bringen ihnen Deutsch bei? Dazu hatten Sie 50 Jahre lang Gele-

genheit; aber das Schicksal dieser jungen Menschen war Ihnen egal. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit bin ich bei einem zentralen Thema der bayerischen Landespolitik, nämlich der Schul- und der Bildungspolitik. Ich habe Ihre Aussagen dazu als Desaster empfunden. Werfen wir doch einen Blick auf unsere Schulen und beleuchten wir das, was diejenigen uns berichten, die den Schulalltag kennen. Eltern haben Ihnen einen Brief geschickt und antworten darin auf die Frage: „Wie schwierig ist zurzeit die Lage an den Schulen?“ Da sagt eine Elternbeiratsvorsitzende: „Ich würde sagen, es ist katastrophal“.

Das sagen nicht wir, sondern das sagen Elternvertreter. Eine weitere Elternvertreterin sagt: „Wir wollen die Entwicklung nicht länger hinnehmen“. Andere Elternvertreter sagen zum Unterrichtsausfall in Bayern – Unterrichtsausfall!, Herr Beckstein und Herr Spaenle, ich zitiere wörtlich, diesmal aus der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ –: „Nicht einmal das Pflichtprogramm im Unterricht können viele Schulen noch anbieten“. Eine weitere Elterninitiative schreibt an Sie: „Der bereits im vergangenen Schuljahr bestehende Lehrermangel hat einen neuen Höhepunkt erreicht“.

Das steht in Briefen an Sie, und Sie beschönigen immer noch die Lage an unseren Schulen. Der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbandes, Max Schmidt, sagt: „Ich bin seit 20 Jahren Lehrer, ich habe schon vieles erlebt, aber so schlimm wie in diesem Schuljahr war es noch nicht“.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das wird noch schlimmer!)

Die Berufsschullehrer klagen noch viel mehr als die Realschul- und die Gymnasiallehrer. Der Vorsitzende der Landeselternvereinigung der Gymnasien, Herr Lillig, der Ihnen nahe steht, sagt:

Es braucht mehr Lehrerstunden für intensive und individuelle Förderung in möglichst kleinen Klassen. Die besonders schwierige Aufgabe der Hauptschullehrer macht es erforderlich, dass mittelfristig die Höchststärke bei Hauptschulklassen auf 15 bis 20 Schüler gesetzt wird.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das wäre richtig!)

Sie, Herr Dr. Beckstein, sagen in einem Interview im „Bayerischen Fernsehen“, das seien überhaupt nicht realisierbare Wege, wir müssten schauen, dass die ganz großen Klassen mit 35 und 36 Schülern nicht mehr möglich werden, aber mehr gehe nicht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Armutszeugnis! – Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist eine Bankrotterklärung bayerischer Schulpolitik schon kurz nach Beginn Ihrer Amtszeit. In dem gleichen Interview sagen Sie – da muss man aufmerksam werden, ich zitiere Sie wörtlich –: „Ich trete auch dafür ein, dass wir in bestimmten Bereichen weniger Unterricht geben; denn ich weiß von mir, dass ich zum Beispiel in meiner Jugendgruppe durch Sport auch ganz entscheidend geprägt worden bin“.

Was will uns dieser Satz sagen? – Dieser Satz will uns sagen: Wenn wir Unterricht, den wir in unseren Lehrplänen stehen haben, nicht mehr gewährleisten können, dann streichen wir die Stunden bei Sport, vielleicht noch bei Musik und bei Kunst, weil das alles überflüssiger Krempel ist – bei der Religionslehre wären Sie vielleicht etwas zurückhaltender, zu Recht –, das können sich die Kinder so wie ich vor 40 Jahren selber auch am Nachmittag aneignen, sollen sie doch in den Sportverein oder in die Musikschule gehen. Das ist Ihre Antwort auf den Unterrichtsausfall und den Lehrermangel in Bayern.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist armselig!)

Ich bin, ehrlich gesagt, entsetzt, Herr Kollege Dr. Beckstein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Nicht kapiert, worum es da geht!)

– Vielleicht liegt es an meiner mangelnden Intelligenz, das kann sein.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN – Beifall bei der CSU)

Ich habe vorher gesagt: wenig Mut, viel Hochmut. Das spürt man leider.

Weil Sie immer wieder behaupten, wir würden nur über die Gymnasien und über die Realschulen reden, ein Zitat des Landeselternbeirates für Schulen für Menschen mit geistiger Behinderung; dieser Landeselternbeirat sagt wörtlich folgendes: „Wegen der viel zu großen Klassen werden die Kinder an unseren Schulen nicht mehr gefördert, sondern lediglich aufbewahrt“. Das ist ein wörtliches Zitat der Landeselternvertretung, nicht der Opposition in diesem Hause. So sieht es bei den Kindern aus, wobei Sie hier sagen, es komme darauf an, wie es den Schwächsten in dieser Gesellschaft geht.

Genau darauf kommt es auch uns an. Fördern Sie endlich die Schulen für die schwächsten Kinder in diesem Lande, wie sich das gehört!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir fordern mehr Bildungsgerechtigkeit, Lernmittelfreiheit und mehr individuelle Förderung. Die privaten Ausgaben für die Nachhilfe in der vierten Grundschulklasse – wohlgermt: vierte Grundschulklasse! – sind im Mai

2007 im Vergleich zum Zeitraum vor fünf Jahren um 38 % gestiegen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wahnsinn!)

Warum steigen die privaten Ausgaben für Nachhilfe bei neunjährigen Kindern? – Ich kann Ihnen sagen, warum. Sie steigen, weil das vierte Schuljahr nicht – wie Sie uns unterstellen – endgültig über die Zukunft der Kinder entscheidet, sondern weil dort eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft der Kinder vorgenommen wird.

(Beifall bei der SPD)

Das wissen die Eltern, sonst würden sie diese Ausgaben für die Nachhilfe nicht leisten. Sie wissen es.

Ursache dafür ist, dass es die Durchlässigkeit, die Sie hier beschwören, in unserem dreigliedrigen Schulsystem eben nicht gibt. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Es ist das Problem, dass jemand, der erst einmal auf der Hauptschule ist, es sehr viel schwerer hat, seinen Weg in die Zukunft zu gehen. Das bedauern wir, und das wollen wir ändern.

Wir wollen mehr Ganztagschulen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und Betreuungseinrichtungen!)

Sie geben Lippenbekenntnisse zu den Ganztagschulen ab. Aber wenn eine Stadt die Einrichtung von Ganztagschulen beantragt – in dem Fall Ganztagsgrundschulen, wie die Landeshauptstadt München –, dann bekommt sie folgende Antwort des Staatlichen Schulamtes. Am 9. Oktober 2007 teilte die Regierung von Oberbayern mit, dass derzeit vonseiten des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus nicht beabsichtigt sei, weitere Grundschulen in den Schulversuch „Gebundene Ganztagsgrundschulen“ für das Schuljahr 2008/2009 aufzunehmen. Ein weiterer quantitativer Ausbau sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Anträge von Sachaufwandsträgern für Grundschulen könnten deshalb nicht angenommen werden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ist es! – Dr. Thomas Beyer (SPD): Hört, hört!)

Ganz einfach gesagt: Es gibt keine weiteren Ganztagsgrundschulen.

Und hier im Hohen Haus geben Sie Lippenbekenntnisse zu mehr Ganztagschulen ab.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Volksverdummung!)

Ich fordere Sie auf, auch an der Grundschule Ganztagsangebote zu machen und es nicht bei dem zu belassen, was hier vorgetragen wurde. Das ist doch erbärmlich: Ein verlängerter Mittagstisch bis 16 Uhr und Hausaufgabenhilfe. Das ist Pädagogik der Vorzeit und nicht der modernen Gegenwart.

(Beifall bei der SPD)

Das hat es zu meiner Zeit schon gegeben, dass man länger in der Schule bleiben durfte, um die Hausaufgaben zu machen. Das ist kein Fortschritt. Fortschritt ist, dass Ganztagschulen überall dort, wo sie gewünscht und gebraucht werden, den Eltern auch angeboten werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen: keine Zwangsbeglückung, kein Zwang zur Ganztagschule! Wer nicht will, braucht dieses Angebot nicht anzunehmen, aber wer ein solches Angebot möchte

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Braucht!)

oder braucht, der muss dieses Angebot auch bekommen. Das aber verwehren Sie den Eltern und Familien. Deswegen sagen wir: Wer mehr Ganztagschulen in Bayern will, bekommt sie nur mit der SPD in Regierungsverantwortung, sonst eben nicht!

(Beifall bei der SPD)

Ich erspare mir meine Aufzeichnungen zum Thema Erwachsenenbildung, bei dem Sie sich auch in die Büsche geschlagen haben – Sie finanzieren mittlerweile nur noch 8 % der Ausgaben für Erwachsenenbildung – und komme zu den Hochschulen in Bayern.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ein trauriges Bild!)

Das ist allerdings ein trauriges Kapitel. Der zuständige Minister, Herr Dr. Goppel, beziffert den Investitionsbedarf an unseren Hochschulen auf 3 Milliarden Euro. 3 Milliarden Euro Investitionsbedarf an unseren Hochschulen! Wir hören Herrn Dr. Beckstein heute und staunen: Es ist vorgesehen, dafür 236 Millionen Euro aufzuwenden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt! – Staatsminister Dr. Thomas Goppel: Obendrauf!)

– Ja, obendrauf, zu den 350 in vier Jahren. Das ist ein Debakel für die Hochschulen in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wie sieht es an den Hochschulen denn aus? Auch hier nur einige wenige Beispiele. Die Ludwig-Maximilians-Universität in München verfügt über 25 000 Studienplätze; es studieren dort aber 44 000. Die Überlast beträgt 190 %. Die Universität Bamberg hat 3500 Studienplätze; es stu-

dieren dort 8300 Studierende. Das ist eine Überlast von über 200 %. An der Universität Würzburg beträgt die Überlast 150 %. Mein Sohn ist dort jetzt Student und hat in seiner ersten Vorlesung mit 635 anderen Kommilitonen in einem Kinosaal gegessen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Dafür nehmen Sie dann auch noch 500 Euro Studiengebühren. Sie sollten sich schämen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Sie sollten sich ehrlich schämen. Bayerns Universitäten sind gut, sie sind hervorragend, und bei den Elitewettbewerben haben sie hervorragend abgeschnitten. Aber was nützt eine Eliteuniversität, wenn der Student bei der Vorlesung auf dem Boden sitzen muss?

Was schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ über die Universität Regensburg? – Sie sei eine erfolgreiche Bruchbude,

(Lachen bei der SPD)

die den Charme eines Heizungskellers verströme. Das sind Ihre Universitäten, Herr Dr. Beckstein!

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): So sieht es aus!)

Charme eines Heizungskellers! Das haben nicht wir geschrieben, sondern das hat ein guter Journalist treffend formuliert. Es heißt dort weiter:

Vereinzelt stehen auf dem Gelände bereits Schilder vor Gebäudeteilen mit der Aufschrift „Betreten auf eigene Gefahr“.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Ein universitäres Gebäude auf eigene Gefahr betreten! Mein lieber Schwan, da wäre ich schon ein bisschen vorsichtig mit Lobliedern auf die bayerische Hochschulpolitik.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Dahin kommt kein Minister zur Besichtigung! – Gegenrufe von der CSU)

Das ist wahrlich kein großer Wurf. Wenn es durch die Decke einer Universität hineinregnet, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dann dürfen Sie nicht nur Putzeimer aufstellen und das Regenwasser sammeln, sondern

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die Dächer reparieren!)

Sie müssen endlich das Dach reparieren. Das schlage ich Ihnen vor.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zum Thema Universitäten und Hochschulen gehört auch kurz das Thema Kultur. Bayern ist ein Kulturstaat. Richtig! Auch das ist eine Forderung der Bayerischen Verfassung.

(Ludwig Wörner (SPD): Exzellenzinitiative!)

Herr Dr. Beckstein sagt zu diesem Kapitel lapidar: Wir sind Spitzenreiter in der Kulturförderung. Dankenswerterweise hat Ihr Vorgänger eine Expertenkommission auf den Weg gebracht, die sogenannte Henzler-Kommission, die zum Thema Kulturstaat Bayern ebenfalls kurze Ausführungen macht. Daraus will ich Ihnen ein paar Dinge vortragen, weil Sie sagen, wir seien Spitzenreiter. Schauen wir mal, was die Henzler-Kommission dazu meint. Ich zitiere aus der Seite 405 eines Exemplars, das mir die Staatskanzlei freundlicherweise überlassen hat. Dort heißt es:

Seit dem Jahr 2004 liegt der Freistaat Bayern bei den Kulturausgaben der Länder pro Einwohner unter dem Bundesdurchschnitt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Hört, hört!)

2005 lagen die Kulturausgaben des Freistaates Bayern pro Einwohner knapp 10 % unter denen des Jahres 2002. So wurden in Bayern beispielsweise im Bereich des Denkmalschutzes die staatlichen Mittel für den Erhalt von Kunst- und Geschichtsdenkmälern von rund 25 Millionen Euro im Jahre 2002 kontinuierlich auf 17 Millionen Euro im Jahre 2006 abgesenkt. Infolge dieser

– jetzt kommt eine schöne Formulierung –

zurückhaltenden Förderpolitik des Freistaates droht mittelfristig ein langsames Wegbrechen des kulturellen Angebotes, Erscheinungsbildes und Selbstverständnisses in Bayern.

Das sagt die Henzler-Kommission! Das hat Ihnen Ihre eigene Regierungskommission zum Zustand der Kulturförderung und des Denkmalschutzes aufgeschrieben. Und Sie behaupten einfach: Wir sind Spitze, weil wir immer Spitze sind und weil wir immer die Besten sein müssen. Aber das bleibt ohne jeden Beleg!

(Manfred Ach (CSU): Sie behaupten hier, wie Sie es immer tun! Sie behaupten doch immer nur!)

Und Ihre eigene Kommission beweist Ihnen glatt das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Damit bin ich beim Thema Familienpolitik in Bayern. Wenn sich junge Familien, junge Menschen entscheiden, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, dann gibt es für uns ein Grundprinzip:

Nicht der Staat, sondern sie allein, sie selber, haben zu entscheiden, wie sie ihr Leben führen und gestalten wollen – sie allein ohne jede staatliche Bevormundung. Deswegen verbietet es sich, Männer oder Frauen, die zur Kinderbetreuung zu Hause bleiben wollen, als „Heimchen am Herd“ zu diffamieren.

(Manfred Ach (CSU): Wer hat denn das gemacht?)

– Niemand? Na!

(Widerspruch bei der CSU)

Dann hören Sie auf mit diesen Beleidigungen, dann liefern Sie mir einen einzigen Beleg dafür.

(Beifall bei der SPD)

Liefere Sie mir einen einzigen Beleg, bevor Sie wieder solche Unverschämtheiten hier in den Raum stellen.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Wenn eine junge Frau oder ein junger Mann zur Kindererziehung zu Hause bleibt, dann ist das weder ein Heimchen am Herd – wenn es eine Frau ist –, und es ist auch kein Schlappschwanz, wenn es ein Mann ist.

(Beifall bei der SPD – Manfred Ach (CSU): Das hat auch niemand gesagt!)

Wenn aber – und jetzt kommen wir einmal zum Thema – eine junge Familie sich dafür entscheidet, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen,

(Susann Biedefeld (SPD): Dann wird es schwierig!)

weiter erwerbstätig zu sein, und zwar Mann und Frau, weil auch Frauen den Anspruch haben, erwerbstätig zu sein,

(Beifall bei der SPD)

selbst dann, wenn sie Kinder haben, sind die beiden – bitte! – auch keine Rabeneltern.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN – Zurufe: Genau!)

Schauen Sie: Ich unterstelle Ihnen doch nichts – aber Sie unterstellen uns laufend etwas.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): So ist es! – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CSU)

Ich ziehe daraus nur eine Konsequenz, Herr Unterländer: Wenn die Wahlfreiheit für die Eltern unser oberstes gemeinsames Prinzip ist, dann muss diese Wahlmöglichkeit auch konkret bestehen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): So ist es!)

Und sie besteht nur dann, wenn wirklich ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen vorhanden sind, und das sind sie in Bayern eben genau nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Und wie ist es mit der Landeshauptstadt München?)

– Ja, jetzt kommt die Landeshauptstadt München. Gott sei Dank, sonst hätte ich mich auf das beziehen müssen, was Herr Beckstein gesagt hat. Gut, dass dieser Zwischenruf kommt. Das ist schön.

Die Münchner CSU plakatiert im Augenblick „Mehr Krippenplätze für München!“ Toll!

(Lachen bei der SPD)

Wissen Sie, wie viele Krippenplätze die CSU in München in den sechs Jahren, in denen sie in „Regierungsverantwortung“ in der Stadt war, geschaffen hat? – Gott sei Dank waren es nur sechs Jahre CSU-Regierung in München,

(Zurufe von der CSU)

1978 bis 1984!

(Große Unruhe bei der CSU)

Wissen Sie, wie viele Krippenplätze in diesen sechs Jahren in München entstanden sind?

(Thomas Kreuzer (CSU): Und wie viele sind in den Jahren davor entstanden?)

– Null, Herr Kreuzer, in Worten: null Krippenplätze in sechs Jahren.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Und wie ist es in den Jahren 1973 bis 1978 gewesen?)

Noch eine Frage, Herr Dr. Beckstein: Wie hoch ist der Anteil der Krippenplätze in der Landeshauptstadt München im Vergleich zum Freistaat Bayern?

(Zurufe von der SPD: Richtig! – Gegenrufe von der CSU)

München hat 10 % der Einwohner, und fragen Sie einmal, wie hoch der Anteil der Krippenplätze ist!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Die Hälfte aller Krippenplätze in Bayern sind in der Landeshauptstadt München.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall den GRÜNEN)

Und da wollen Sie mit dem Finger auf die Stadt München zeigen? Das ist doch lächerlich!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist genauso lächerlich, wie wenn ich im Programm der Münchner CSU lese – –

(Zuruf von der CSU: Wie viele Eltern suchen denn in München Krippenplätze und wie viele fehlen in München? – Gegenruf von der SPD: Wie viele fehlen denn in Bayern?)

Darf ich einmal vorlesen, was die CSU in München fordert? – Ja, es fehlen Krippenplätze in München, aber in München fehlen weniger Krippenplätze als anderswo.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Beifall bei der SPD)

München musste die Krippenplätze ganz allein fördern, ganz alleine,

(Anhaltende große Unruhe)

weil sich der Freistaat Bayern aus ideologischen Gründen jahrzehntelang

(Glocke des Präsidenten)

mit null Cent an der Förderung von Kinderkrippen beteiligt hat.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Richtig!)

Die Kommunen mussten das ganz allein finanzieren, weil Sie es nicht wollten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU und der SPD)

Und es geht so weiter. Moment! – Es geht munter so weiter: Weil Krippenplätze fehlen, muss jetzt der Bund Gas geben, obwohl er keinerlei Zuständigkeit dafür hat.

(Zurufe von der SPD: Genau!)

Die Bundesrepublik Deutschland – Frau Ministerin und Frau Staatssekretärin! – musste – muss nicht, aber sie tut es. Der Bund muss nicht, aber wenn er zahlt, nehmen wir es gern, oder?

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Fragen Sie einmal beim Transrapid!)

– Ja, wunderbar! – Weil wir einen so großen Rückstand in der Kinderbetreuung haben – sage ich es einmal so –, sieht sich der Bund herausgefordert und legt – ohne eigene Zuständigkeit – Geld auf den Tisch.

(Manfred Ach (CSU): Nicht nur für Bayern!)

– Nein, für alle Länder – warten Sie nur ab!

(Weitere Zurufe von der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Die anderen brauchen nicht so viel, weil sie schon mehr Krippenplätze haben!)

Für Bayern springen heraus – Moment, ich muss nachschauen – 340 Millionen Euro bis zum Jahr 2013, 340 Millionen des für Krippenplätze in Bayern nicht zuständigen Bundes.

Und was zahlt der zuständige Freistaat Bayern? 100 Millionen Euro.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): 100 Millionen!)

Der zuständige Freistaat Bayern zahlt ein Drittel dessen,

(Susann Biedefeld (SPD): Ein Armutszeugnis!)

was der nicht zuständige Bund, aus der Not geboren, auf den Tisch legt.

(Beifall bei der SPD)

Lesen Sie dazu einmal die Pressemitteilung Ihres Parteifreundes Schaidinger, was der zu diesem Thema sagt.

(Georg Schmid (CSU): Dann ist alles klar!)

Von wegen kommunalfreundlicher Freistaat! Ich sage Ihnen: Da schaut es zappenduster aus!

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Jetzt wollte ich Ihnen, Herr Spaenle, noch etwas vorlesen, und zwar aus Ihrem Wahlprogramm für München;

(Glocke des Präsidenten)

aus Ihrem kommunalen Wahlprogramm für München möchte ich Ihnen noch schnell etwas vorlesen. Dort heißt es folgendermaßen – Münchner CSU –: „Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen ist das vorrangige familienpolitische Anliegen. Wir streben ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr an.“

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Toll! Tolle Sache! Wie oft haben wir das in diesem Hause gefordert und beantragt? Und wie oft haben Sie das in namentlicher Abstimmung selber abgelehnt? Wie oft?

(Anhalte Zurufe von der SPD)

Sie belügen doch die Leute, dass es nur so rauscht! Hier lehnen Sie ab, und in München schreiben Sie das in Ihr Programm.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen in Bayern ein klares Programm, um die Folgen des Klimawandels und der Erderwärmung in Grenzen zu halten. Die Industriestaaten müssen weltweit – dazu haben Sie sich verpflichtet – bis 2020 eine Senkung der Emissionen um rund 30 % schaffen. Deutschland hat eine Minderung der Emissionen um mindestens 40 % bis zum Jahre 2020 zugesagt. Das ist ein ehrgeiziges Vorhaben, aber es ist machbar – und es ist vor allem auch unverzichtbar, wenn wir unseren Planeten Erde retten und die Schöpfung bewahren wollen.

Es ist aber nur dann zu schaffen, wenn auch die Länder – und damit auch Bayern – ein eigenes Klimaschutzprogramm auflegen und sich auf die notwendigen Maßnahmen verpflichten. Dieser Auftrag ist durch Ihre Ankündigungen heute bei Weitem nicht erfüllt. Sie wollen 350 Millionen Euro in vier Jahren für Ihr Programm ausgeben; das sind 87 Millionen pro Jahr. Damit können Sie kein Klimaschutzprogramm finanzieren, das dem gerecht wird, was die Bundesrepublik Deutschland als Selbstverpflichtung auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nichts zum Erneuerbare-Energien-Gesetz gesagt. Das überrascht mich, weil Sie es über Jahre massiv auf Bundesebene bekämpft haben.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Das haben wir gegen Ihren erbitterten Widerstand durchgesetzt. Heute erweist sich diese Kurskorrektur in der deutschen Energiepolitik als segensreich. Es ist im Grunde genommen bisher das einzige wirklich wichtige und funktionierende gesetzliche Mittel, das wir gegen Ihren massiven Widerstand durchgesetzt haben.

(Susann Biedefeld (SPD): Eine Erfolgsgeschichte ist das!)

Ich begrüße es, dass Sie in die energetische Gebäudesanierung eintreten wollen. Das kommt um Jahre zu spät.

(Zuruf von der SPD)

Sie haben Haushaltsstellen mit null Euro gehabt; jetzt machen Sie einen ganz kleinen, leichten, zögerlichen Anfang. Mehr würde gut tun,

(Zurufe von den GRÜNEN)

würde mehr Arbeitsplätze schaffen, würde Energie einsparen und Kosten für Wärme und Strom bei den Privathaushalten senken. Alles, was Sie da gesagt haben, ist gut gemeint, aber es ist nicht gut genug.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Regierungserklärung war, wie ich gesagt habe, eine große Enttäuschung. Herr Beckstein hat eine große Chance vertan: Er hat die Gunst der Stunde – hohe Steuermehreinnahmen; die Chance, neu anzufangen und mutig die Weichen in Richtung einer besseren Zukunft für Bayern neu zu stellen – zu nutzen versäumt, die Chance nicht ergriffen.

Es ist zwar gut, am Bewährten festzuhalten, Herr Dr. Beckstein. Aber es ist immer auch notwendig für eine neue Regierung, Neues mutig auf den Weg zu bringen, für ein modernes Bayern. Auf diesem Gebiet haben Sie komplett versagt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Stärke Bayerns beruht auf der Tatkraft und dem Fleiß seiner Menschen. Wir wollen das erhalten und fortführen, was Bayern stark gemacht hat, und da aufholen, wo vieles versäumt wurde. Ich will ein modernes Bayern, in dem die Menschen sicher leben können und unsere Kinder beste Bildungs- und Zukunftsaussichten erhalten. Ein modernes Bayern benötigt aber eine Politik, der ein zeitgemäßes Familien- und Frauenbild zugrunde liegt. Dieses zeitgemäße Frauen- und Familienbild haben Sie nicht. Davon sind Sie Lichtjahre entfernt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will, dass Männer und Frauen Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Wir schreiben niemandem etwas vor, und wir respektieren ihre Wahlfreiheit. Wir brauchen mehr Aufmerksamkeit für unsere Kinder, mehr individuelle Förderung und bessere Schulabschlüsse. Es darf nicht so bleiben, dass der Zugang zu Bildung vor allem vom sozialen Stand und vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es darf nicht dabei bleiben, dass fast zehn Prozent der Kinder die Schule ohne Abschluss verlassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine letzte Bitte, Herr Dr. Beckstein: Wir leben in der Mitte Europas. Die Europäische Union ist unsere große

Chance, wirtschaftlich und kulturell. Meine Bitte ist: Bringen Sie das Verhältnis mit unseren nächsten Nachbarn in der Tschechischen Republik endlich in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es darf nicht so sein, dass ein bayerischer Ministerpräsident 14 Jahre im Amt ist und keine einzige offizielle Begegnung mit den Repräsentanten der Tschechischen Republik hat. Wir wollen im gemeinsamen europäischen Haus friedlich und im Hinblick auf einen gemeinsamen Erfolg zusammenarbeiten, ein Volk der guten Nachbarn sein, nach innen und nach außen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident Beckstein! Wir haben ohnehin nur sehr geringe Erwartungen an Ihre heutige Regierungserklärung gehegt. Aber was Sie uns gerade abgeliefert haben, war schon wirklich mehr als ernüchternd.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Rede, Herr Beckstein, war altbacken, altväterlich und provinziell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inhaltlich war sie dünn, intellektuell seicht und, was das Gesellschaftsbild angeht, absolut spießig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Vergleich zu Ihrem angestaubten Weltbild war Ihr Vorgänger, Herr Stoiber, geradezu ein junger Wilder. Das muss man im Rückblick so feststellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben keinerlei Aufbruch, keinerlei Visionen für ein Bayern des 21. Jahrhunderts entwickelt. Sie haben nur die alten Rezepte aus den 50er-Jahren aus der Mottenkiste geholt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, das Motto Ihrer Rede sei Mut und Demut. Tatsächlich ist das Motto Ihrer Rede: Muff statt Mut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bezeichnend ist, welche Entwicklungen in unserer Gesellschaft Ihnen, Herr Beckstein, Anlass zur Sorge geben. Sie haben am Anfang Ihrer Rede aufgezählt, dass vieles in Bayern gut sei, es aber ein paar Dinge gebe, die Ihnen

Anlass zur Sorge bereiten. Was gibt Ihnen Anlass zur Sorge? Das ist das unflätige Verhalten von Menschen in der U-Bahn oder der S-Bahn, die Unpünktlichkeit oder die Unhöflichkeit. All das macht Ihnen Sorgenfalten.

Wenn ich darüber nachdenke, was mir in der heutigen Gesellschaft, in der heutigen Zeit, wirklich Sorge bereitet, dann komme ich zunächst einmal zum Beispiel auf die Wirtschaftskriminalität, dann komme ich auf die Korruption, zum Beispiel bei einem großen Unternehmen in München. Dann komme ich auf Themen wie Frauenhandel und Menschenrechtsverletzungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann komme ich auf Themen wie Störfälle in Atomkraftwerken und die bedrohliche Klimaveränderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann denke ich über die wachsende Armut und über die Ausgrenzung von immer mehr Menschen in unserem Lande nach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann fallen mir der Schnüffelstaat ein und die zunehmenden Eingriffe des Staates in die Privatsphäre von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern. Schmutzige Stiefel auf Sitzkissen – dazu muss ich ehrlich sagen: Das macht mir weniger Sorgen als blank polierte Springerstiefel und blank polierte Glatzen auf unseren Straßen und vor unseren Schulen, Herr Beckstein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben ganz offensichtlich die kleingeistige und kleinbürgerliche Vorstellung, wenn alle nur ordentlich, fleißig, pünktlich und bescheiden sind, dann ist alles gut, und die Uneinsichtigen und die Störenfriede werden mit harter Hand und Leitkultur auf Linie gebracht.

Offensichtlich haben Sie sich nicht einen einzigen Gedanken darüber gemacht, woher es denn kommt, dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet, woher es denn kommt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft immer größer wird, woher es denn kommt, dass die soziale Unsicherheit immer größer wird. Hat das nicht vielleicht auch etwas mit den massiven Kürzungen im Sozialbereich zu tun, die Sie, Herr Beckstein, auch mit zu verantworten haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hat das nicht vielleicht auch etwas mit Ihrer aggressiven Ablehnung eines Mindestlohns zu tun? Hat das nicht vielleicht auch etwas mit unserem bayerischen Bildungssystem zu tun, das die soziale Ungerechtigkeit mit Blick auf die Zukunft noch verschärft, statt sie abzubauen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Ihre Blindheit gegenüber den wirklichen Problemen in unserem Land muss einen mit großer Sorge erfüllen. Inhaltlich sind Ihre Ankündigungen dünn und meist vage. Was Sie uns bieten, sind längst überfällige Nachbesserungen, Reparaturen, zum Beispiel bei der energetischen Sanierung staatlicher Gebäude oder beim Ausbau der Breitbandanschlüsse für den ländlichen Raum.

Sie bieten uns unzureichende Reaktionen auf Ihre eigenen Versäumnisse der letzten Jahre, wie beim Krippenausbau, bei der Mittagsbetreuung oder der Schulsozialarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sind zögerliche und kleine Korrekturen im Bestehenden, aber Fehlzanzeige hinsichtlich längerfristiger Perspektiven, Fehlzanzeige hinsichtlich struktureller Weichenstellungen und absolute Fehlzanzeige hinsichtlich gestalterischer Kraft und gestalterischem Anspruch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, in den letzten Tagen wurde viel darüber spekuliert, was Sie in Ihrer Regierungserklärung wohl präsentieren würden. Sie haben sie lange gehütet wie ein Staatsgeheimnis. Wenn ich mir anschau, was Sie heute abgeliefert haben, dann sage ich: Ich kann verstehen, dass Sie das so lange geheim gehalten haben. Das hätten Sie auch heute tun sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war kleinstes Karo, und das war Becksteins bayerisches Biedermeier.

(Engelbert Kupka (CSU): Was ist denn das für ein Niveau?)

Das qualifiziert Sie nicht einmal als Mann des Übergangs. Das zeigt Sie als Mann von gestern, der seinem Amt und seiner Verantwortung in keiner Weise gewachsen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welche sind denn heute die wirklichen, die großen Herausforderungen in Bayern? Anstatt den Muff der 50er-Jahre wieder aufzuwärmen, müssen wir endlich die Modernisierungsdefizite in Bayern überwinden. Wir haben erhebliche Modernisierungsdefizite im ökologischen Bereich, im gesellschaftlichen Bereich. Sie haben sich heute als Protagonist genau dieser Modernisierungsdefizite dargestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt sich schon an Ihrem Frauen- und Familienbild. Sie verfechten das ideologische Projekt eines Betreuungsgeldes, das zu Recht „Herdprämie“ genannt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, unsere Kritik sei unsäglich. Lieber Herr Beckstein, ich dachte, Sie reden so viel mit den Abgeordneten Ihrer eigenen Fraktion, mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Ist denn die Kritik von Frau Stamm auch unsäglich? Was sagen Sie denn zu den Äußerungen der CSU-Abgeordneten Männle?

In der „Staatszeitung“ von dieser Woche – es ist nicht gerade das revolutionärste Blatt in Bayern, aber kritisch – lesen wir auf der ersten Seite: „Verwirrung um die Herdprämie“. Dort heißt es, dass sie in Ihrer eigenen Partei und Fraktion durchaus umstritten ist. Nicht nur Frau Stamm wird zitiert; Frau Männle wird mit dem Zitat wiedergegeben, wenn jemand die S-Bahn nicht nutze, bekomme er schließlich auch kein Geld heraus.

(Widerspruch des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

– Das ist nicht mein Vergleich. Bitte reden Sie mit Ihrer Kollegin, Herr Fraktionsvorsitzender Schmid.

Die direkteste Kritik am Betreuungsgeld kommt von der Ehefrau des Bundeswirtschaftsministers, der, soweit ich weiß, immer noch Ihrer Partei angehört. Frau Glos sagt ganz offen und ehrlich, das sei eine Schnapsidee der Männer innerhalb der CSU, und recht hat Frau Glos. Hören Sie endlich auf sie!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die „Staatszeitung“ kommentiert diese Schnapsidee auch noch und fordert Sie auf, endlich von Ihrer Scheuklappenpolitik Abschied zu nehmen:

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ideologie!)

„Am besten wäre es, wenn sich die CSU vorbehaltlos und ohne ideologische Scheuklappen zu einer modernen Familienpolitik bekennen würde, es sei denn, es ist das Ziel, bestimmte Schichten von der frühkindlichen Bildung fernzuhalten.“ Genau das scheint mir der Fall zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, widmen Sie sich den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft, und stecken Sie Ihre Energie in die Lösung der Probleme, die den Menschen auf den Nägeln brennen.

Was sagt dazu die neueste Umfrage, die uns gestern auf den Tisch kam? – 88 % der Bevölkerung in Bayern wollen, dass die Schulen mehr Geld und mehr Lehrer bekommen. 67 % sagen: Wir brauchen mehr Kinderbetreuungsplätze in Bayern. 64 % wollen, dass mehr für den Klimaschutz getan wird. 88 % sagen: Wir müssen mehr Arbeitsplätze schaffen.

Wenn Sie mehr für den Klimaschutz tun, wenn Sie mehr für die Schulen tun, wenn Sie mehr Kinderbetreuungs-

plätze schaffen, dann schaffen Sie auch mehr Arbeitsplätze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich mit dem Klimaschutz beginnen. In Ihrer Regierungserklärung sind Ihnen dazu dürftige zwei Seiten eingefallen. Die Liste der Versäumnisse und der Fehlentscheidungen in Sachen Klimaschutz, die Sie zu verantworten haben, ist lang, und die Liste ist alt. Die Probleme sind seit Langem bekannt. Sie sind jahrelang nach dem üblichen Muster verfahren: Erst leugnen, dann schönreden und schließlich noch die kleinsten Trippelschritten als riesige Meilensteine verkaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit versagen Sie bei der größten Herausforderung, vor der wir aktuell stehen.

Sehen wir uns einmal das Trauerspiel um die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude an. Seit mehr als 20 Jahren sitzt Ihnen der Rechnungshof im Nacken und sagt Ihnen, dass es Schwachsinn ist, staatliche Gelder zum Fenster hinauszuhetzen. Dies gilt allein schon unter Finanzaspekten und noch mehr unter Klimaschutzaspekten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit 1991 haben wir Grüne hier im Landtag mit permanenten parlamentarischen Initiativen versucht, diesen Missstand zu beheben, damit wir bei der energetischen Sanierung endlich vorankommen. Was ist in 20 Jahren geschehen? – Sie haben es gerade einmal geschafft, von den rund 7000 energierelevanten staatlichen Liegenschaften 350 zu sanieren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Kläglich!)

Das ist kläglich. Das sind lächerliche 5 %. Und heute? Kaum sind 20 Jahre ins Land gegangen, verkünden Sie uns Ihre großen Errungenschaften. Worin bestehen sie? – Sie wollen 150 Millionen in vier Jahren für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude ausgeben. In einem Jahr gibt Bayern 1 Milliarde für Neubauten im staatlichen Bereich aus. Das macht 4 Milliarden in vier Jahren. 150 Millionen in vier Jahren sind davon gerade einmal 4 %. Das ist kaum mehr als das, was Sie für die Kunst am Bau auszugeben verpflichtet sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit, Herr Beckstein, können Sie sich nun wirklich nicht blicken lassen. Sie sollten den irreführenden Begriff „Klimaprogramm“, den Sie in Ihrer Regierungserklärung verwendet haben, schnellstmöglich streichen.

Wenn der Vorsitzende Ihrer Klimakommission, Herr Prof. Graßl, der vor Kurzem auch bei Ihrer Klausur in Kloster Banz zugegen war, hört und liest, was Sie uns heute

geboten haben, dann muss er den Bettel hinschmeißen und sagen: Es gibt schönere Möglichkeiten, meine Zeit zu vertun; in dieser Klimakommission der Staatsregierung bin ich fehl am Platz; da mache ich lieber etwas anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Ausbau erneuerbarer Energien. Sie schaffen es, das größte Potenzial, das wir in Bayern haben, die Windenergie, mit keinem Wort zu erwähnen. Wir sind bei der Windenergie Schlusslicht bei den Flächenländern. Nicht einmal 1 % schaffen wir. Wir versuchen, dabei Baden-Württemberg den Rang abzulaufen, das genauso schlecht ist. Andere Flächenländer mit der gleichen Struktur, mit den gleichen Windlagen, weisen das Zehn- bis Zwanzigfache auf. Würden wir engagiert einsteigen, die Hindernisse für die Windenergie abbauen, könnten wir auf einen Schlag das Potenzial an Windenergie mindestens verzehnfachen, wenn nicht gar verzehnfachen. Steigen Sie hier ein. Fördern Sie endlich die Windenergie. Das sind die richtigen Maßnahmen, nicht Ihre halbherzigen Lippenbekennnisse, von denen wieder nichts zu erwarten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kein Wort über Energieeinsparung, kein Wort über Effizienzsteigerung! Kein Wort über Kraft-Wärme-Koppelung, kein Wort über ein Umsteuern im Verkehr, im Flugverkehr, im Straßenverkehr, keine Angabe, welche verbindlichen Klimaziele in welcher Zeit und mit welchen Maßnahmen Sie erreichen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zeilen Ihres Regierungsprogramms in diesem Bereich sind ein Dokument der Inkompetenz, wie es entlarvender kaum sein könnte, Herr Beckstein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können uns aber eine solche Inkompetenz und Saumseligkeit nicht länger leisten. Seit 1990 sind die CO₂-Emissionen in Bayern um gerade einmal 3 % zurückgegangen. Nach dem Kyoto-Protokoll, auf das Sie sich eigentlich auch verständigt haben, müssen wir in Bayern bis zum Jahre 2012 21 % einsparen, und wir wissen heute, dass das längst nicht ausreicht, dass wir damit unsere Klimaschutzaufgaben nicht erfüllen. Wir müssen noch sehr viel ehrgeiziger sein.

Leider haben Sie, Herr Beckstein, bis heute nicht begriffen, worum es wirklich geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach wie vor fördern und subventionieren Sie den Luftverkehr und den Autoverkehr in geradezu unverantwortlicher Art und Weise. Ich erwähne die dritte Startbahn des Münchener Flughafens, den widersinnigen Ausbau von Regionalflughäfen, Autobahnen durch Fichtelgebirge und Isental.

Auch vor Ihrer eigenen Haustür, Herr Beckstein, beweisen Sie, dass Sie vom Klimaschutz überhaupt nichts verstehen. Da gibt es das Projekt, das vom Volksmund „Beckstein-Tunnel“ genannt wird. Das ist die Autobahn-anbindung des Nürnberger Flughafens. Um einer lächerlichen Zeitersparnis von fünf Minuten willen wollen Sie den Reichswald roden, wollen Sie wertvolle Naturschutzgebiete zerstören und gleichzeitig 60 Millionen Euro versenken. Das ist das absolut falsche Signal. Herr Beckstein, wenn Sie schon nicht im Kleinen zur Umsteuerung fähig sind, wie wollen Sie dann die wirklich großen Aufgaben in Bayern anpacken?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrer Verkehrs- und Ihrer Strukturpolitik setzen Sie nach wie vor auf die alten, klimaschädlichen Konzepte. Für wirksamen Klimaschutz braucht es eine konsequente Gesamtstrategie aller Politikfelder. Ein paar Reparaturmaßnahmen hier und dort reichen bei Weitem nicht aus. Wir brauchen eine Trendumkehr in der Wirtschafts- und Strukturpolitik, in der Forschungs- und Verkehrspolitik sowie in der Landwirtschaft. Wir brauchen eine umfassende ökologische Innovationsstrategie für Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu habe ich bei Ihnen überhaupt nichts gehört.

Wir müssen den Mut zu einem neuen ökologischen Aufbruch mobilisieren. Wir müssen aber auch selbst dazu Mut und Ideen haben, wie die Innovationsstrategie aussehen könnte. Da gibt es bei Ihnen, Herr Beckstein, leider auf der ganzen Linie Fehlanzeige.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNEN haben zu Beginn dieser Woche unsere Klimaschutzstrategie für Bayern vorgelegt. Wir haben zusammen mit dem renommierten Öko-Institut ein umfassendes Klimakonzept für Bayern erarbeitet mit dem Ziel, den Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ in Bayern von 7 auf 5 Tonnen zu senken.

Wir stehen in Bayern vor einer doppelten Herausforderung durch Ihre verfehlte Energiepolitik. Wir müssen bis 2020 gesetzeskonform aus der Atomenergie aussteigen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und gleichzeitig müssen wir den CO₂-Ausstoß deutlich reduzieren. Da reichen Ihre lächerlichen Goodwill-Maßnahmen bei Weitem nicht aus. Man muss mit einer klaren, ehrgeizigen Strategie an die Arbeit gehen.

In unserem Gesamtkonzept setzen wir verbindliche Klimaziele für Bayern. Wir führen viele Bausteine aus den verschiedensten Bereichen unter dem Dach eines Klimaschutzrahmengesetzes zusammen. Wir brauchen ein Klimaschutzrahmengesetz für Bayern mit klar definierten Zielmarken zum Beispiel für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir brauchen eine jährliche Berichtspflicht gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit darüber, was in dem Bereich getan wurde, wie viel CO₂

eingespart wurde, wo es noch Probleme gibt und wo wir nachbessern müssen. Außerdem brauchen wir eine Weiterentwicklung in den einzelnen Bereichen.

Wir haben fünf konkrete Aktionspakete für den Klimaschutz geschnürt: in der Wirtschaft, in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Bereich, in der Verkehrspolitik sowie in verschiedenen anderen Bereichen.

Wir machen deutlich, dass die Politik den entsprechenden Rahmen setzen kann und muss, damit sich ein klimafreundliches Verhalten für alle lohnt. Wir wollen eine klare Ansage an die Industrie, insbesondere an die Automobil- und Energiekonzerne. Da reichen Ihre Show-Veranstaltungen mit BMW in Nürnberg nicht aus. So etwas führt nur dazu, dass weiterhin Klimakiller produziert werden. Wir sind nach wie vor weit weg davon, unsere Mobilität wirklich klimafreundlich umzuorganisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen: Der Staat ist beim Klimaschutz selber Akteur, und zwar nicht nur durch den politischen Rahmen, den er setzt. Der Staat ist auch selber Verbraucher. Er hat ein großes staatliches Beschaffungswesen. Gehen Sie im staatlichen, im öffentlichen Bereich doch mit gutem Beispiel voran. Wechseln Sie im staatlichen Bereich den Stromanbieter. Gehen Sie weg von Eon, gehen Sie in den Ämtern und Behörden zu ökologischen Stromanbietern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kaufen Sie in Zukunft sparsame Dienstfahrzeuge. Nutzen Sie zum Beispiel die Möglichkeiten, die Sie durch die staatlichen Banken haben. Ich denke zum Beispiel an die Landesbank. Stellen Sie die Förderkriterien um auf ökologische Kriterien. Dadurch könnten Sie mit all den staatlichen Handlungsmöglichkeiten, die Sie zur Verfügung haben, etwas für den Klimaschutz tun.

Wie Sie sehen, gibt es jede Menge Handlungsmöglichkeiten. Faule Ausreden können nicht gelten. Die Konzepte liegen auf dem Tisch. Wir sagen Ihnen, wie es geht. Handeln Sie endlich, Herr Beckstein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Handeln Sie endlich auch beim Transrapid! Stoppen Sie endlich dieses Unsinnprojekt, Herr Beckstein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Langsam dämmert es Ihnen doch selber, wie groß und wie teuer der Unsinn ist, den Sie da betreiben.

Vor allem wird Ihnen langsam klar, wie groß der Widerstand dagegen ist. Die eben erwähnte Umfrage brachte klipp und klar das Ergebnis: Zwei Drittel der bayerischen Bevölkerung wollen den Transrapid nicht. Die können an Ihren Leuchtturmverheißungen mit Schmerzgrenzen überhaupt nichts Positives finden.

Sie suchen jetzt verzweifelt nach Hintertürchen oder überzeugenden Argumenten. Ich sage Ihnen: Lassen Sie es bleiben. Sie werden keine überzeugenden Argumente für den Transrapid finden. Auch hier gilt: Stecken Sie Ihre Energie und Ihr Geld lieber in den Ausbau des ÖPNV, in klimafreundliche Mobilität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, es ist erbärmlich, wenn Sie als Ministerpräsident verzweifelt nach Hintertürchen, nach Auswegen suchen, wie Sie den Transrapid jetzt vielleicht doch loswerden können, wie Sie sich davon verabschieden können. Sie sind doch zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Sie brauchen keine Hintertürchen. Gehen Sie offensiv durch die Vordertür, und sagen Sie: Wir machen das nicht; das ist Blödsinn. Haben Sie den Mut, sich von Dummheiten zu verabschieden, und sagen Sie endlich, dass der Transrapid hier nicht realisiert wird!

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Dann bleibt nur das Auto!)

– Das sieht Ihnen ähnlich, Herr Kreuzer, dass für Sie die Alternative das Auto ist. Es gibt aber auch eine S-Bahn, vielleicht auch eine Express-S-Bahn oder eine beschleunigte S-Bahn. Es gibt viele Möglichkeiten. Sie werden vielleicht einwenden: Dann dauert es bis zum Flughafen 45 Minuten. Aber wie lange warten Sie denn häufig am Flughafen? Die Zeit, die Sie auf dem Weg dorthin einsparen, brauchen Sie am Flughafen, damit Sie dort einchecken können. Die Rechnung, die Sie hier aufmachen, ist absoluter Blödsinn.

Das Beispiel Nordrhein-Westfalen sollte Ihnen zu denken geben. Vor einigen Jahren hat sich dort ein Ministerpräsident sehr vehement für den Transrapid eingesetzt. Er war von der SPD. Kaum war er nicht mehr Ministerpräsident, stellte sich heraus, dass der Scheck ungedeckt und die Halbwertszeit des Projekts gering war. In Nordrhein-Westfalen hat es nach dem Abgang von Clement acht Monate gedauert, bis der Metrorapid beendet wurde. Wir helfen Ihnen gern, diese Zeit in Bayern zu verkürzen, Herr Beckstein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die nächste Herausforderung ist die Bildungspolitik. Mit diesem Bereich haben Sie sich zumindest ein kleines bisschen intensiver beschäftigt, Herr Beckstein, als mit dem Klimaschutz. Aber das Ergebnis ist auch hier: zu wenig, zu spät, zu umständlich und zu ideologisch.

Sie haben am Wochenende in Nürnberg mit Recht gesagt: Bei der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung haben wir in Bayern – das ist Originalzitat – unhaltbare Zustände. Jawohl, so ist es! Wo er recht hat, hat er recht. Sie haben gesagt: Die heutige Situation der Kinderbetreuung ist ein Armutszeugnis. Richtig! Dieses Armutszeugnis, Herr Beckstein und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist Ihr Armutszeugnis, von sonst niemandem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben doch jahrelang aus ideologischen Gründen den Krippenausbau verhindert. Sie haben in den Bereich nicht investiert. Sie haben das bayerische Kindergartengesetz zu verantworten, welches die Qualität in den Kindereinrichtungen mindert und die Eltern gängelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum müssen wir denn in Bayern mehr investieren? Sie betonen: Wir investieren doch mehr als anderswo.

(Georg Schmid (CSU): Alles Blödsinn!)

– Sie können dazu gerne reden, Herr Schmid, und hier alles widerlegen. Darauf bin ich schon sehr gespannt.

Warum müssen wir hier denn mehr investieren als andere Bundesländer? – Weil wir einen so riesigen Nachholbedarf in diesem Bereich haben! Sie haben die Zeichen der Zeit verschlafen. Wir haben heute noch nicht einmal einen Deckungsgrad von zehn Prozent bei den Kinderkrippenplätzen. Das ist wirklich ein Armutszeugnis. Sie haben hier heute nicht deutlich gemacht, dass Sie in diesem Bereich wirklich etwas gelernt hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Sie reden von mehr Qualität – wunderbar! Dann ändern Sie aber bitte schön als Erstes einmal das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz. Das wäre der erste Punkt. Das ist nämlich die Ursache dafür, dass die Qualität nachlässt und die Erzieherinnen immer weniger Zeit für die Betreuung, für den Umgang und für die Bildung der Kinder haben. Das ist der Grund dafür, dass die Gruppen immer größer werden und dass es immer schwieriger wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ändern Sie erst einmal diese gesetzliche Grundlage. Da könnten Sie für die Verbesserung der Qualität in den Kindererziehungseinrichtungen viel tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie zur Schulpolitik gesagt haben, ist zumindest insofern richtig, als Sie sagen, Bildungspolitik sei die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. Das steht so in unseren Bildungsbroschüren – wunderbar! Aber Ihre bildungspolitischen Vorstellungen, Herr Beckstein, sind nicht die Vorstellungen des 21. Jahrhunderts, sondern allenfalls die Vorstellungen des letzten Jahrhunderts.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

– Ja, natürlich. Wir fordern hier seit Jahren mehr Lehrer, weniger Unterrichtsausfall, kleinere Klassen, mehr Ganztagschulen und mehr individuelle Förderung. Sie haben diese Forderungen in den letzten Jahren abgelehnt. Die kleinen Fortschrittschritte, die Sie uns hier als große Meilensteine verkaufen, können uns mitnichten beruhigen. Ihre

Vorgaben müssen da bedeutend ehrgeiziger sein, insbesondere wenn ich sehe, in welcher guten Lage Sie sind, was die Steuereinnahmen und die Möglichkeiten im Haushalt angeht. Es ist doch lächerlich, was Sie uns angesichts dieser Haushaltslage zur Verbesserung der Situation in unseren Schulen und Hochschulen bieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, nichts gesagt haben Sie allerdings dazu, wie Sie die Schulen auf dem Land erhalten wollen. Sie haben das Hohelied des ländlichen Raums gesungen, aber von Bildungseinrichtungen, von Kindergärten und Schulen, vom Erhalt der Schulen im Dorf habe ich nichts vernommen. Sie haben nicht gesagt, was Sie tun wollen, um die zunehmenden Schulschließungen zu verhindern. Sie haben auch dazu nichts gesagt, wie Sie die Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit in den Schulen stärken wollen. Sie haben nicht gesagt, wie Sie in Zukunft die Lehrerbildung praxisnäher gestalten wollen.

Herr Beckstein, völlig daneben liegen Sie mit Ihren ideologischen Aussagen zur angeblichen Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems und zur begabungsgerechten Schulwahl.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wir in Bayern in der Bildungspolitik am allerwenigsten brauchen, ist Ihr Rückfall in die schulpolitischen Schützengräben der Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben uns leider nicht richtig verstanden.

Herr Traublinger, reden Sie mit dem Ministerpräsidenten bitte schön später, das ist ziemlich unhöflich. Herr Beckstein plädiert ja immer für Höflichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Georg Schmid (CSU):
Deswegen schreit der Herr Dürr dauernd rein!
Das ist alles Höflichkeit!)

Sie haben offenbar überhaupt nicht verstanden, warum wir eine längere gemeinsame Schulzeit für alle Schülerinnen und Schüler brauchen. Sie haben nicht verstanden, dass unser Bildungssystem nicht nur sozial ungerecht ist, sondern dass es die bestehende soziale Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft verschärft,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass es die Kinder fördert, die schon vom Elternhaus unterstützt werden, wo sich die Eltern kümmern können und Geld haben, Nachhilfe zu finanzieren. Kollege Maget hat die immensen Summen, die hierfür von Privathaushalten jährlich aufgewendet werden, genannt. Das können aber nur die Haushalte machen, die sich das finanziell leisten können. Und: Was ist mit den Kindern aus Familien, die da leider zu kurz gekommen sind, deren Eltern das vielleicht

nicht finanzieren können oder gar nicht finanzieren wollen oder deren Eltern nicht so genau wissen, wie wichtig für die Kinder eine gute Ausbildung ist? Haben diese Kinder von Anfang an keine Chance? Wo ist gerade in Bezug auf die Kinder aus diesen benachteiligten Familien, aus den Migrantenfamilien Ihr soziales Gewissen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, die soziale Herkunft dürfe nicht über Bildungschancen entscheiden. In dem von Ihnen propagierten Schulsystem passiert aber genau das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Sie werden die Ungerechtigkeit im Bildungssystem und die Bildungsarmut in Bayern, die für unser reiches Land wirklich ein Armutszeugnis sind, im Rahmen Ihres so hochgepriesenen dreigliedrigen Schulsystems nicht überwinden. Dieses dreigliedrige Schulsystem verschärft nämlich die ungerechten gesellschaftlichen Strukturen und führt dazu, dass gerade die Kinder aus den benachteiligten Familien und Schichten die schlechten Chancen haben, die Sie hier beklagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben im Rahmen der Integration die Migrantenkinder angesprochen. Die Migrantenkinder sind die Verlierer dieses bayerischen Bildungs- und Schulsystems. Mit den Maßnahmen, die Sie vorgeschlagen haben – ein paar Sprachtrainer in die Kindergärten zu schicken –, werden Sie an den Zukunftschancen gerade der Migrantenkinder überhaupt nichts verändern. Da müssen Sie wirklich strukturelle Änderungen vornehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen die strukturellen Benachteiligungen überwinden, sonst kurieren Sie auch in Zukunft nur an den Symptomen herum, erreichen aber keine längerfristigen, grundlegenden Verbesserungen.

Wenn wir von einer längeren gemeinsamen Schulzeit für alle Kinder und von einer Schule für alle Kinder sprechen, dann sprechen wir nicht von einer Neuauflage der Gesamtschule alten Musters, Herr Beckstein. Lassen Sie sich das gesagt sein und merken Sie es sich endlich! Wenn Sie es selber nicht verstehen, versteht es vielleicht Ihre Frau. Vielleicht lassen Sie sich auch von anderen Leuten beraten, die im Bildungssystem tätig sind.

Es geht nicht um die Wiederbelebung dieses alten Schulkampfes. Es geht nicht um die Neuauflage der Gesamtschule, wie sie in einigen Bundesländern praktiziert wurde, die im Kern auch nur die Abbildung der Misere des dreigliedrigen Schulsystems unter einem Dach war.

Wir sprechen von innovativen Reformschulen, die die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellt. Wir sprechen davon, dass es in diesen Schulen eben kein Aussortieren und kein Abschieben

gibt, dass in diesen Schulen keinem Kind bedeutet wird: Du bist hier falsch. Die Schule ist schon richtig, blöderweise bist du falsch. Wenn dies einem Kind in der Schule gesagt wird, dann stimmt mit dem Bildungssystem etwas nicht. Nicht die Kinder sind falsch, sondern dieses Bildungssystem ist falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sprechen auch davon, dass die Kinder in unseren Schulen ermutigt werden müssen und nicht frühzeitig als Versager abgestempelt werden dürfen.

Herr Beckstein, wir sprechen von Leistung: Auch wir wollen bessere Leistung. Aber auch hier sind Sie auf dem Holzweg. Sie meinen immer noch, bessere Leistungen bekomme man mit einem schärferen Notendruck, mit billigen Moralpredigten und härterem Durchgreifen. Lesen Sie doch einmal die aktuellen pädagogischen Erkenntnisse! Fragen Sie einmal zum Beispiel Neurobiologen und Naturwissenschaftler! Die sagen, es sei der absolute Holzweg, wenn man in Deutschland meine, Kindern mit Druck und Angst etwas beibringen zu müssen. Da ist der Weg zur Schule wie der Gang zum Zahnarzt: Ein bisschen Angst hat noch keinem geschadet. Aber das Gegenteil ist der Fall: Wir wissen, dass Kinder umso besser lernen, je mehr sie sich in einer Umgebung wohlfühlen, je mehr sie sich aufgehoben fühlen, je mehr sie angespornt werden, je mehr sie unterstützt werden und je weniger Angst sie haben. Das ist moderne Bildungspolitik! Aber Sie predigen hier die verfehlten Konzepte der 50er-Jahre.

(Beifall bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Genau das Gegenteil hat er gesagt! Ihr bleibt nur bei eurem Vorurteil!)

– Herr Kupka, ich lade Sie ein, denn wir haben heute Abend hier in den Bayerischen Landtag unten im Film-saal – der Weg ist nicht weit – eine hervorragende Referentin eingeladen, die ehemalige Leiterin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, Frau Enja Riegel. Von ihr haben Sie vielleicht schon einmal gehört. Frau Riegel hat es geschafft, eine in Bezug auf die Leistungen und die sozialen Schwierigkeiten ziemlich schlechte Schule in Wiesbaden aus der Misere herauszuführen. Dieses Gymnasium war damals in einer sehr schwierigen Situation. Frau Riegel hat es geschafft, dort eine Schule für alle zu organisieren. Mit welchem Ergebnis? – Diese Schule in Wiesbaden ist Pisa-Sieger, und zwar im internationalen Vergleich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Frau Riegel könnte Ihnen sagen, wie heute Reformpädagogik ausschaut, wie moderne pädagogische Erkenntnisse ausschauen und wie man es schafft, die unterschiedlichen Begabungen der Kinder nicht einem Mittelmaß anzugleichen – wie es in Ihrem dreigliedrigen Schulsystem der Fall ist –, sondern wie man es schafft, Kinder wirklich individuell zu fördern, den unterschiedlichen Begabungen Rechnung zu tragen, die Vielfalt anzuerkennen und jedem einzelnen Kind mit einer modernen Pädagogik gerecht zu werden.

Reden Sie nicht länger diesen Schwachsinn. Informieren Sie sich erst. Ich lade Sie ein. Kommen Sie heute Abend in diese Veranstaltung und hören Sie sich von einer Praktikerin an, wie ein wirklich modernes Schulsystem aussehen müsste und aussehen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Das ist ein Einzelfall, der nicht übertragbar ist!)

– Ein Einzelfall! War Erwin Huber, den Herr Beckstein so lobte, kein Einzelfall? Der hat es doch auch geschafft. Sie predigen hier nur: Die Besten schaffen es schon. Survival of the fittest: Ich glaube nicht, dass das eine angemessene sozialpolitische Strategie im 21. Jahrhundert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das funktioniert überhaupt nicht! – Engelbert Kupka (CSU): Mit euch würde Bayern sauber ausschauen!)

– Allerdings, mit uns würde Bayern gut ausschauen. Mit uns würde Bayern auf jeden Fall besser fahren als mit Ihrem überkommenen Muff.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Integrationspolitik: Herr Beckstein, Sie haben Integrationsdefizite beklagt. Woher kommen die? Wer hat die zu verantworten? – Diese Integrationsdefizite haben doch Sie zu verantworten. Jahrelang haben Sie gepredigt, dass wir kein Einwanderungsland seien. Sie haben keine aktive Einwanderungspolitik, keine aktive Integrationspolitik gemacht. Sie haben immer nur gemeint, diese Menschen würden irgendwann nach Hause zurückkehren. Diese Menschen leben hier seit Jahrzehnten. Sie zahlen Steuern, sie zahlen Sozialabgaben. Ihre Kinder leben hier schon in der dritten Generation. Sie haben aber absolut schlechte Chancen in unserer Gesellschaft und in unserem Bildungssystem. Da müssen Sie sich fragen lassen, wie Sie diese Situation verbessern wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind wieder nach dem alten Muster vorgegangen. Sie haben die Opfer zu Schuldigen gemacht und versucht, sich selbst aus der Verantwortung zu ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben in den letzten Jahren die Beratungsangebote, die Unterstützungsangebote und die zusätzlichen Integrations- und Ausbildungsangebote gekürzt. Alles haben Sie zusammengestrichen. Heute sagen Sie hier aber, Sie würden diese Leute verpflichten, an den Kursen teilzunehmen. Stellen Sie erst einmal ausreichend Kurse zur Verfügung, dann reden wir weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letzter Punkt. Herr Beckstein, Sie haben vom Bürgerstaat und von Bürgerbeteiligung gesprochen. Sie sagten, dass Sie die Bürgerbeteiligung stärken und unterstützen wollen. Ihr Ziel sei ein Bürgerstaat in der Verantwortung der Bürger. „Bürgerinnen“ haben Sie nicht gesagt, aber das sage ich jetzt.

Herr Beckstein, wenn Sie vom Bürgerstaat reden, sollten Sie erst einmal Ihr grundsätzliches Misstrauen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ablegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten die Bürgerrechte stärken und nicht permanent abbauen. Sie sollten die Flut an Überwachungsmaßnahmen und Eingriffen in die Freiheitsrechte der Bürger eindämmen. Sie sollten als Erstes dafür sorgen, dass die unsägliche Vorratsdatenspeicherung nicht gesetzlich verankert wird. Im Bundesrat sollten Sie dagegen stimmen, wenn Sie vom Bürgerstaat reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Vorratsdatenspeicherung hat überhaupt nichts mit Vertrauen in die Selbstbestimmung und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu tun. Sie stellt jeden Bürger und jede Bürgerin von vornherein unter Verdacht. Sie praktizieren die unerträgliche Ausweitung der staatlichen Überwachung in den gesamten Privatbereich hinein. Sie sollten die Telekommunikationsüberwachung reduzieren. Sie sollten auf heimliche Online-Durchsuchungen verzichten. Sie sollten die Rasterfahndung einschränken. Sie sollten den Datenschutz bei den Mautdaten und den Fluggastdaten sicherstellen. Ihr Ziel ist doch gerade nicht der unabhängige, starke, informierte und kritische Bürger. Solche Bürgerinnen und Bürger sind Ihnen doch im Kern suspekt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Ihr Ziel ist nicht der Bürgerstaat, Ihr Ziel ist der Schnüffelstaat.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Renate Dodell (CSU): So ein Schwachsinn!)

Ich kündige Ihnen aber auch an, dass wir mit allen politischen und mit allen rechtlichen Möglichkeiten um unsere Freiheitsrechte kämpfen werden – bis hin zum Bundesverfassungsgericht. Zum Schluss wird Ihnen das Bundesverfassungsgericht zum Glück einen Strich durch diese unsägliche Rechnung machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss.

(Renate Dodell (CSU): Gott sei Dank!)

Herr Beckstein, von den zentralen Herausforderungen haben Sie wirklich nichts begriffen. Sie sind Ihrer Verantwortung und ihrem Amt in keiner Weise gewachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihnen fehlen der Mut und die Ideen für ein tatkräftiges Gestalten der zukünftigen Aufgaben. Stattdessen wollen Sie sich bis zur Landtagswahl durchwursteln. Das hat Bayern weder verdient noch kann es sich das leisten. Wir GRÜNE werden Ihnen das auch nicht durchgehen lassen. Wir kündigen Ihnen eine offensive, tatkräftige und selbstbewusste Auseinandersetzung an. Bayern braucht keinen Kuschelkonservatismus à la Beckstein. Bayern braucht Mut statt Muff.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Renate Dodell (CSU): Traurig! Traurig! Traurig!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Fraktionsvorsitzender Georg Schmid.

Georg Schmid (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe geglaubt, ich lebe in Bayern, einem wunderbaren Land, einem Land, auf das viele mit Bewunderung, manche aber auch mit Neid blicken. Lieber Herr Maget und liebe Frau Bause, in den letzten zwei Stunden haben Sie mir aber ein völlig fremdes Land beschrieben, ein Land, in dem Not und Elend herrschen, ein Land, in dem alle in Sack und Asche gehen, ein Land, in dem die Menschen traumatisiert durch die Straßen laufen.

(Beifall bei der CSU)

Sie malen ein Bild von einem Land ohne Optimismus. Sie reden nur von Klagen und Pessimismus.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Das ist nicht unser Land. Das ist nicht der Freistaat Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben nur schlechte Stimmung gemacht. Sie haben kein gutes Wort für Bayern und seine Menschen gefunden.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Sie sind weit entfernt von der Realität dieses Landes.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Das stimmt!)

Bayern ist ein wunderbares und weltoffenes Land mit aktiven und positiv eingestellten Menschen. Unsere Mit-

bürgerinnen und Mitbürger sind fleißig und hoch engagiert. Sie sind Menschen mit einer großen Lebensfreude. Sie würden ihnen diese Lebensfreude nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Dass Bayern heute so dasteht, ist auch ein Verdienst der CSU und der von ihr geführten Staatsregierung.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Was wäre aus diesem Land geworden, wenn sich Ihre Politik durchgesetzt hätte,

(Franz Maget (SPD): Etwas Besseres!)

wenn das Realität geworden wäre, was Sie uns heute alles erzählt haben?

(Günter Gabsteiger (CSU): Ein armes Land!)

Wir haben zu Recht immer wieder den Auftrag der Menschen zur Gestaltung dieses Landes erhalten. Wir werden uns weiterhin für dieses Land einsetzen und uns engagieren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die Aufträge werden aber weniger!)

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Opposition das bleibt, was sie ist, nämlich Opposition.

(Beifall bei der CSU)

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben heute in Ihrer Regierungserklärung den erfolgreichen Kurs für dieses Land neu dokumentiert und fortgesetzt. Bayern ist weiterhin auf einem guten und soliden Weg.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber ohne Alternativen!)

– Frau Kollegin Bause hat vorhin von Höflichkeit geredet und den Versuch unternommen, auch von Werten zu sprechen. Damit sollte sie zunächst beim Oberschreihals Dürr anfangen, damit er lernt, wie man sich in einem Parlament benimmt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wollen Sie uns umerziehen?)

Da wir über Erziehung reden, Herr Kollege Dürr: Sie brauchen die als Allererster.

(Zuruf von der CSU: Er ist unerziehbar! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe zweieinhalb Stunden lang ohne Zwischenrufe sowohl dem Kollegen Maget als auch der Kollegin Bause zugehört.

(Franz Maget (SPD): Es gibt auch Schwererziehbare!)

– Das ist der einzige Punkt, in dem ich Ihnen zustimme, Herr Kollege Maget. Dann erwarte ich aber auch, dass nicht alle zwei Sekunden unqualifizierte Zwischenrufe gemacht werden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die sind qualifiziert! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wer entscheidet darüber, ob die qualifiziert sind? – Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Der Sepp disqualifiziert sich zumindest selber!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die letzten 14 Jahre unter Edmund Stoiber waren für die Entwicklung unseres Landes ein gutes Fundament.

In dieser Zeit hat sich unser Land exzellent entwickelt. Das Ansehen Bayerns in der Welt ist hervorragend. Die ökonomische und soziale Leistungsfähigkeit ist in den letzten eineinhalb Jahrzehnten enorm gestiegen. In Vergleich zu den anderen Ländern Deutschlands liegen wir bei den wichtigsten Parametern auf den vordersten Plätzen. Meist führen wir die Rangordnung an. Geringe Arbeitslosigkeit, hohes Wirtschaftswachstum, geringe Kriminalität, hohe Aufklärungsquoten, geringste Staatsverschuldung, hoher Anteil an Frauen im Erwerbsleben.

(Simone Tolle (GRÜNE): In Teilzeit!)

Für seine großartige Lebensleistung danke ich Edmund Stoiber im Namen der gesamten CSU-Fraktion sehr herzlich. Herzlichen Dank, lieber Edmund Stoiber!

(Beifall bei der CSU)

Günther Beckstein hat heute mit seiner Regierungserklärung klare Signale gesetzt. Wir brauchen keine Veränderung der Regierungspolitik. Unsere Regierungspolitik hat sich in den letzten 50 Jahren in exzellenter Weise bewährt. Unser Land ist exzellent vorangekommen. Günther Beckstein hat heute mit seiner Regierungserklärung diesen erfolgreichen Kurs der CSU der letzten 50 Jahre neu dokumentiert, und er wird ihn erfolgreich fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Es war im Übrigen immer die große Leistung der CSU, Richtung vorzugeben, Veränderungen aufzugreifen und Perspektiven und Visionen zu eröffnen, ohne die Menschen in ihren politischen Vorstellungen und in ihren Alltagsanliegen zurückzulassen. – Eben „näher am Menschen“.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber nicht zu nah, bitte!)

Das ist unser großer Vorteil: „Näher am Menschen“.

Dass Günther Beckstein, dass der Ministerpräsident heute in seiner Regierungserklärung die Bildungspolitik in ganz besonderer Weise in den Mittelpunkt gerückt hat, hat offensichtlich auch Ihrer Intention entsprochen. Wenn ich die Reden noch einmal Revue passieren lasse, stelle ich fest: Er hat genau den richtigen Schwerpunkt gesetzt, den Sie gefordert haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber kein Geld gibt es!)

Wenn der Ministerpräsident heute dem Thema des Klimaschutzes ein besonderes Augenmerk geschenkt hat, dann hat er damit auch dokumentiert, dass er genau das Thema angesprochen hat – Frau Kollegin Bause, wenn ich Ihrer Rede richtig gelauscht habe –, das Sie in besonderer Weise bewegt hat. Er hat nicht nur geredet, sondern auch gehandelt. Er hat zu den zusätzlichen Mitteln, die bereits beschlossen waren, noch einmal 350 Millionen Euro dazugelegt. Da hätte ich auch ein Wort des Dankes von Ihnen erwartet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Bevor ich ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu Dingen mache, die mir heute etwas zu kurz gekommen sind – ich habe aber genügend Zeit, um sie an dieser Stelle anzusprechen –, will ich auf das kommen, Herr Kollege Maget, was Sie gesagt haben. Sie haben das Wort „Lüge“ heute verwendet.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Mit Recht!)

– Passen Sie halt ein bisschen besser auf, hören Sie erst einmal zu, was ich sage, und reden Sie erst nachher.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ich passe genau auf!)

– Das ist genau das Problem, das auf Oppositionsseite und insbesondere bei Ihnen, Herr Dürr, spürbar ist. Sie schreien, bevor Sie wissen, worum es geht. Solchen Menschen können wir das Land nicht anvertrauen. Solchen Leuten können wir das Land nicht anvertrauen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben gesagt, Edmund Stoiber habe es versäumt, mit der Tschechischen Republik in Kontakt zu treten.

(Franz Maget (SPD): Offiziell!)

Herr Kollege Maget, er hat sich zweimal mit Klaus getroffen, mit Havel getroffen und mit Zeman getroffen. Ich glaube schon, dass das die offiziellen Leute der Tschechischen Republik waren. Aber Sie sagen, er habe sich um dieses Thema nicht gekümmert. Das ist eine Lüge, Herr Kollege Maget.

(Beifall bei der CSU)

Sie reden von der Beschäftigungsquote für Behinderte. Sie sagen, diese wäre nicht erreicht. Sie ist aber erreicht. Die 5,0 % sind überschritten. Ich gebe Ihnen noch einmal die Zahlen.

(Franz Maget (SPD): 6 % ist die Quote! – Staatsministerin Christa Stewens: 5 % ist die Quote; die ist abgesenkt worden! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wenn man die Quote absenkt, kann man mehr erreichen!)

– Kollege Maget, das macht nichts. Dass die Opposition immer nicht so genau informiert ist, spielt gar keine Rolle.

Herr Kollege Maget, das, was mich am meisten gestört hat, war, dass Sie zu Beginn Ihrer Rede den Ministerpräsidenten in einer Art und Weise attackiert haben, wie es sich nicht ziemt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Hoppla!)

Vor allem sollten Sie bedenken, da sind Sie ganz allein. 75 % der Menschen in diesem Land sind nämlich der Auffassung, dass Günther Beckstein dieses Land in exzellenter Weise vertritt. Da sind Sie ein einsamer Kämpfer auf Ihrer Seite.

(Beifall bei der CSU)

Ein bisschen weniger Arroganz wäre manchmal auch gut.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das müssen Sie sagen!)

Wenn der Ministerpräsident zu Beginn seiner Rede Tugenden hervorgehoben hat, die in unserem Land wichtig sind – –

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Respekt zum Beispiel!)

– Respekt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Vor der Opposition zum Beispiel!)

– Das ist meine letzte Sorge. Das ist angesichts Ihres Verhaltens meine letzte Sorge, Herr Kollege.

Es geht um Respekt vor den Menschen, Pünktlichkeit, Ordentlichkeit, Disziplin. Dann wird gesagt: Warum stellt der Ministerpräsident solche Werte an den Beginn seiner Rede? – Ich glaube, weil dieses Land diese Tugenden neu braucht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen hat er das zu Beginn seiner Rede heute gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Das sind nicht unwichtige Sekundärtugenden, wie das einmal despektierlich behauptet worden ist.

(Franz Maget (SPD): Von wem?)

Dieses Land braucht in ganz besonderer Weise eine Neuorientierung. Deswegen bin ich dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er gerade diese Punkte an den Beginn seiner Rede gestellt hat.

(Beifall bei der CSU)

Das Thema Bildungspolitik ist heute zu Recht in den Mittelpunkt gerückt worden, und zwar von allen, die bisher gesprochen haben. Natürlich müssen wir nachjustieren. Auch die gesellschaftlichen Veränderungen fordern uns in ganz besonderer Weise.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Krippenplätze brauchen wir!)

Es geht auch darum, dass wir uns zunächst neu orientieren und auch über etwas reden, über das an diesem Tag noch gar nicht gesprochen worden ist. Es ist heute nur darüber geredet worden, was auf staatlicher Seite noch gemacht werden müsse. Herr Kollege Dürr hat gleich zu Beginn aller Aussprachen in den Saal hineingerufen: Gibt's a Geld a? – Aber damit machen wir keine Politik im Lande, indem wir schreien: Gibt's a Geld a? – Wir müssen auch darüber reden: Wie bringen wir dieses Land voran?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ihr habt weder Ideen noch Geld!)

Haben wir heute auch schon über Elternverantwortung geredet? – Auch darüber müssen wir sprechen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Die Eltern sind schuld, dass wir kein Geld haben!)

– Natürlich sind alle schuld, vor allem der Staat. Man sollte, man müsste – das ist doch genau die Debatte, die wir heute in unserem Lande haben. Ich werde nachher noch darauf zurückkommen, und ich werde meine Redezeit heute auch voll ausschöpfen in dieser Frage.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ist das eine Drohung?)

Das ist dringend notwendig angesichts der Beiträge der Opposition in der Debatte. Wir müssen über das Koordinatensystem in unserem Land reden und über die Verantwortung. Wo liegt sie? Wer hat an welcher Stelle welche Verantwortung? – Und wenn es um die Frage der Erziehung geht, müssen wir als Erstes auch über die Verantwortung der Eltern reden.

(Beifall bei der CSU)

Machen Sie doch dieses Schulsystem nicht so schlecht. Es ist gut. Wir werden einiges nachjustieren haben.

Wir werden das gemeinsam tun. Aber Sie machen es so schlecht, wie dieses System noch niemals gewesen ist.

(Beifall bei der CSU)

Die Hauptschule, lieber Herr Kollege Traublinger, sorgt dafür, dass wir exzellente Fachkräfte in unseren Handwerksbetrieben haben. Wir alle sind bei vielen Freisprechungsfeiern, wo wir spüren, dass junge Leute, die aus unseren Hauptschulen kommen, exzellent ausgebildet sind, dass sie exzellente Chancen haben bei den Handwerksbetrieben. Wir sollten allerdings nicht nur Problemsituationen – diese Sorge habe ich – als Maßstab nehmen, wir sollten auch dokumentieren, wie viele hoch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer wir in den Hauptschulen haben. Die Hauptschule ist keine Restschule, sondern über ein Drittel der Kinder geht in diese Schule. Das ist ein wichtiger Teil unseres Bildungssystems.

(Beifall bei der CSU)

In Rheinland-Pfalz wurde eine unverdächtige Umfrage durchgeführt: Soll man die Hauptschule lassen, oder soll man sie abschaffen? Gegen die Abschaffung waren 67 %. Wenn wir heute in Bayern eine Umfrage machen würden, kämen wir zum gleichen Ergebnis. Wir brauchen das gegliederte Schulsystem, und wir brauchen die Hauptschule. Wer erklärt, dass ein neues Schulsystem mit einer neuen Gliederung die Lösung wäre, sodass wir nur noch zwei Teile hätten, einen Teil A und einen Teil B, der würde den Leuten den größten Blödsinn dieser Welt erzählen. Wir müssen den Menschen sagen, dass wir eine Gliederung nach der Leistungsfähigkeit der Kinder brauchen und sie entsprechend betreuen und begleiten müssen. Hier hat die Hauptschule in unserem gegliederten Schulwesen eine ganz besondere Bedeutung. Wir lassen uns das auch nicht mies- und kaputtreden.

(Beifall bei der CSU)

Die Durchlässigkeit des Schulsystems ist heute noch einmal dokumentiert worden.

(Simone Tolle (GRÜNE): Wo denn?)

Unser Finanzminister Erwin Huber ist dafür das beste Beispiel. Sehen wir uns einmal die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen an. Herr Kollege Maget hat darauf besonders hingewiesen. In den Berufsoberschulen und Fachoberschulen bestehen besondere Durchgangsmöglichkeiten. Junge Leute, die aus der Hauptschule kommen, können in die Berufsoberschule eintreten und dort einen Aufstieg bis ganz oben machen. Das ist die Durchlässigkeit des Schulsystems, wie wir sie wollen. Jeder junge Mensch bekommt in seinem Leben eine Chance, auch derjenige, der sich später entwickelt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das lassen wir uns nicht miesreden.

(Beifall bei der CSU)

Zu den Fachkräften: Gott sei Dank haben wir momentan wieder mehr Lehrstellen, die unseren jungen Leuten eine

Chance bieten. Für Fälle, in denen wir die jungen Menschen noch nicht unterbringen können, haben wir zum einen das Berufsvorbereitungsjahr und zum anderen das Berufseinstiegsjahr neu kreiert. Das ist eine gute Ergänzung. Wir wissen aber auch, dass die Zahl der Ausbildungsplätze von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist. Nur wenn die Wirtschaft prosperiert, wenn die Menschen in Arbeit kommen und wenn Arbeitsplätze geschaffen werden, haben wir die Möglichkeit, junge Leute in Lehrstellen zu bekommen.

Liebe Barbara Stamm und liebe Christa Stewens, wir waren viel unterwegs. Wir haben viele Bündnisse geschlossen. Ich selbst war vom Kabinett beauftragt, vier Jahre lang herumzufahren, mit Betrieben und mit Unternehmen zu sprechen, um zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Wer uns vorwirft, in diesem Bereich hätten wir Defizite und wir hätten nichts gemacht, weiß nicht, was wir alles für die jungen Menschen getan haben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, für das Landeserziehungsgeld stehen 114,9 Millionen Euro zur Verfügung. Sie können natürlich kritisieren, dass dafür noch mehr zur Verfügung gestellt werden müsste. Das ist zulässig. Ich frage Sie, welche Bundesländer in Deutschland überhaupt ein Landeserziehungsgeld haben. Neben Bayern sind das noch drei Länder, also vier Länder insgesamt. Hier sollten Sie sagen: Danke, Bayern. Es ist gut, dass Bayern diese finanziellen Mittel für die Familien zur Verfügung stellt.

(Simone Tolle (GRÜNE): So ein Schmarrn!)

Ich weiß, dass diese Mittel nicht die Probleme der Familien lösen. Ich sage aber: Sie dokumentieren, dass wir an der Seite der Familien stehen. Das lassen wir uns nicht schlechtreden. Das Landeserziehungsgeld ist eine gute und sinnvolle Einrichtung.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die SPD hat die Abschaffung beantragt!)

– Herr Kollege Kreuzer hat eben zugerufen, dass die SPD offensichtlich mit einem Antrag die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes im Landtag gefordert hat. Sie haben kritisiert, dass das Landeserziehungsgeld im Jahr 2004 reduziert werden musste. Wir haben es jetzt neu strukturiert und neu konzipiert. Jetzt fordern Sie die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes. Meine Damen und Herren, das ist scheinheilig.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Und wofür sollte dieses Geld verwendet werden?)

Deswegen sind Sie in der Opposition.

Herr Kollege Maget, Sie haben eine höhere Investitionsquote gefordert. Wir alle wollen eine höhere Investitionsquote, zum Beispiel 20 oder 25 %.

(Franz Maget (SPD): 15 %, wie das Herr Falthaus fordert!)

Wir alle wollen eine höhere Investitionsquote. Wenn Sie aber am nächsten Tag höhere konsumtive Ausgaben haben und mehr verbrauchen wollen, können Sie weniger investieren. Der Kuchen bleibt der gleiche. Deshalb haben wir uns entschlossen, mehr zu investieren, weil damit Arbeitsplätze im Land entstehen.

(Franz Maget (SPD): Wo? An den Unis?)

Sie erheben demgegenüber jeden Tag neue Forderungen.

(Beifall bei der CSU)

Vor 14 Tagen war ich mit Herrn Kollegen Maget und Herrn Kollegen Dr. Dürr in Eggenfelden bei der Sendung „Bürgerforum“ des Bayerischen Fernsehens. Diese Sendung hat nur 45 Minuten gedauert, ohne den Vorspann vielleicht sogar nur 40 Minuten. In diesen 40 Minuten haben die Kollegen Maget und Dr. Dürr so viele Forderungen erhoben, dass ein zweistelliger Milliardenbetrag zur Umsetzung dieser Forderungen kaum gereicht hätte. Das ist die Wahrheit.

Heute hat Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein den Vorschlag gemacht, ein Bürgergutachten zu installieren, um die Menschen noch stärker einzubeziehen.

(Franz Maget (SPD): Transrapid!)

– Lieber Kollege Maget, auf Ihre Forderungen zum Transrapid werde ich heute noch in besonderer Weise eingehen. Sie werden zu diesem Thema heute noch einmal im Mittelpunkt der Debatte stehen. Bleiben Sie hier. Sie würden sonst etwas versäumen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Wir halten es für gut, nicht nur Wissenschaftler und Fachleute einzubinden, sondern ein Bürgergutachten einzuführen. Wir machen also das, was die Opposition immer wieder gefordert hat. Stellen Sie sich doch einfach einmal hierher und sagen: Herr Ministerpräsident, eine gute Idee, wir stimmen zu. Stattdessen kritisieren, maulen und schimpfen Sie. Sie loben uns nicht dafür, weil Sie das nicht übers Herz bringen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sie haben Probleme!)

Wenn Sie das schon immer gefordert haben und das eine gute Idee ist, sollten Sie feststellen, dass das eine gute Idee ist, auch wenn sie vom Ministerpräsidenten oder von der CSU kommt.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ein Bürgergutachten für mehr Lehrer wäre gut!)

Nun zu den Hochschulen und zur Hochschulpolitik. Sie haben gesagt, was in der Hochschulpolitik alles im Argen

liegt. Das gleiche Bild: Not und Elend über diesem Land. Die Menschen an den Universitäten seien traumatisiert. Es gebe keine Bildung und schlechte Abschlüsse. Das ist doch nicht die Realität. Wenn Sie ehrlich sind, dürfen Sie kritisieren, dass wir noch mehr investieren müssen, mehr, als bislang für die Hochschulen zusätzlich zur Verfügung gestellt wird. Staatsminister Dr. Thomas Goppel würde es freuen, wenn er noch mehr Mittel erhielte. Aber sagen Sie bitte auch, dass die TU und die LMU als Elite-Universitäten ausgezeichnet worden sind. Dann würden Sie die ganze Wahrheit sagen.

(Beifall bei der CSU – Ludwig Wörner (SPD): Exzellenzruinen!)

– Herr Kollege Wörner hat es kapiert: Exzellenz. Darum geht es.

Zur Familienpolitik. Herr Kollege Maget, dürfte ich kurz um Ihre Aufmerksamkeit bitten?

(Franz Maget (SPD): Entschuldigung, ich wurde gerade von einem Kollegen angesprochen!)

In der Familienpolitik bin auch ich dafür, dass nicht der Staat entscheidet. Da stimme ich Ihnen uneingeschränkt zu. Ich glaube, dass wir miteinander auf einem guten Weg sind, wenn wir sagen: Wir müssen alle Voraussetzungen schaffen, dass Wahlmöglichkeiten gegeben sind. Wir brauchen Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren, für Kinder von drei bis sechs Jahren und eine Begleitung der Kinder nach der Schule, wenn sie nach Hause oder in den Hort gehen. Ich freue mich, dass Sie damit einverstanden sind.

Weil wir in unserer Gesellschaft so unterschiedliche Situationen haben, müssen wir auch an die Fälle denken, wo diese Betreuungseinrichtungen nicht in Anspruch genommen werden, wo die Eltern ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr zu Hause betreuen und vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr in den Kindergarten geben.

Wissen Sie, was wir zu wenig machen? – Wir reden heute zu wenig über den Normalfall. Wir reden zu wenig über den Fall, dass jemand zu Hause ist und seine Kinder erzieht.

(Beifall bei der CSU)

Wir achten das nicht. Wir müssen aber auch das achten. Ich habe das auch erst lernen müssen, liebe Barbara Stamm.

(Simone Tolle (GRÜNE): Echt? Sind Sie auch zu Hause gewesen?)

– Ich sage das, weil ich früher noch einer anderen Meinung gewesen bin. Ich gebe das auch zu. Ich habe früher geglaubt, wir brauchen für die Kinder unter drei und über sechs Jahren nicht so viele Betreuungseinrichtungen. Wir brauchen diese Einrichtungen aber, weil wir besondere gesellschaftliche Situationen haben. Wir haben viele

Alleinerziehende. Deshalb brauchen wir diese hohe Zahl an Betreuungseinrichtungen, und da haben wir doch in den letzten Jahren Exzellentes geleistet. Bei den Kindern unter drei Jahren sind wir mittlerweile von einer Versorgungsquote von 5,7 % auf 10,1 % gekommen. Das ist doch eine gute Leistung, die wir auch gemeinsam honorieren müssen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Es wurde gesagt, es werde Politik gegen diejenigen gemacht, die das Betreuungsgeld als Normalfamilien in Anspruch nehmen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

„Normalfamilien“ heißt, es besteht die Möglichkeit, dass jemand zu Hause bleibt und die Kinder erzieht. Wenn ich heute so manches Gesetzgebungsvorhaben aus dem Hause Zypries ansehe, dann habe ich den Eindruck: Die Tendenz geht eher dahin, nicht die Familie, bei der ein Elternteil zu Hause bleibt und die Kinder erzieht, in besonderer Weise in den Mittelpunkt zu rücken und in den Fokus zu nehmen. Wir brauchen beides. Ich bin für die absolute Gleichwertigkeit. Die Eltern sollen freie Hand haben.

(Franz Maget (SPD): Genau! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das meinen wir auch!)

Diese Entscheidung geht den Staat überhaupt nichts an. Die Eltern sollen entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen. Wir sollten in der politischen Diskussion aber beide Seiten gleich behandeln. Wir sollten nicht von einer „Herdprämie“ und dem „trauten Heim“ reden.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Franz Maget (SPD) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Herr Kollege Maget, in München fehlt es an Kindergartenplätzen.

(Staatsministerin Christa Stewens: Genau! 5000 Plätze!)

Bei den Kindergartenplätzen in der Landeshauptstadt München fehlt es „vom Boa weg“, wenn ich das auf bayrisch so sagen darf. Reden Sie doch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien. Die bekommen in München keinen Kindergartenplatz. Das mache ich der Landeshauptstadt München zum Vorwurf. Ich wende hier keine Rechenkünste an, bundesweit und im Durchschnitt, wie Sie das gemacht haben.

(Franz Maget (SPD): In Bayern!)

Schauen Sie doch einmal, ob Sie in der Landeshauptstadt München einen Kindergartenplatz bekommen. Sie haben hier Probleme, und um die soll sich die Landeshauptstadt München richtig kümmern!

(Beifall bei der CSU)

Aus Sicht der Bildungspolitik möchte ich noch folgendes Thema aufgreifen: Herr Kollege Maget, schauen Sie doch einmal, dass in Ihrer Partei eine klare Meinung herrscht, damit Herr Pfaffmann nicht etwas anderes als Frau Strobl sagt. Wahrscheinlich werden beide dann in die Zange genommen, dann haben sie am nächsten Tag die gleiche Meinung, was das gegliederte Schulwesen anbelangt.

(Franz Maget (SPD): Da sehen Sie Führung!)

An diesem Punkt merken wir, dass auch noch in der Opposition vernünftige Menschen sind. Wir spüren aber auch, dass wir auf dem richtigen Weg sind und dass das gegliederte Schulsystem die richtige Lösung ist.

(Franz Maget (SPD): Na ja!)

Klimaschutz. Tja der Klimaschutz. Der Klimaschutz war das zentrale Thema von Frau Kollegin Bause. Darauf möchte ich antworten, und zwar ausführlich: Wir sind in dieser Frage hervorragend aufgestellt.

(Lachen bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): So so!)

Der Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ liegt in Bayern knapp unter sieben Tonnen. Das heißt, er liegt gut ein Drittel niedriger als der Bundeswert. Sehr gut! 84 % der Stromerzeugung in Bayern ist CO₂-frei, und zwar auch deswegen, weil wir Atomstrom und Kernkraftwerke haben.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch ist mit 8 % deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Mehr als die Hälfte des deutschen Wasserkraftstroms wird in Bayern produziert. Über ein Drittel der in Deutschland installierten Solarkollektoren steht wo?

(Zuruf von der CSU: In Bayern!)

– In Bayern! Danke!

(Heiterkeit bei der CSU)

Der Anteil der Biomasse am Primärenergieverbrauch liegt mit einem Anteil von etwa 5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Wir haben uns in dem Programm „Bayern 2020“ – lieber Edmund Stoiber – neue Ziele für die nächsten 15 Jahre gesetzt. Wir setzen heute einen wichtigen Markstein, wenn es um die energieeffiziente Sanierung von staatlichen Gebäuden geht. Hier, Herr Ministerpräsident, ist der Staat zu Recht Vorbild für die privaten Haus- und Grundstücksbesitzer. Da haben wir eine klare Linie, und bei diesem Thema haben wir auch die Marktführerschaft.

Frau Kollegin Bause, Herr Kollege Maget, wir gehen nicht in Detailprobleme hinein.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist ja ganz neu!)

Herr Kollege Wörner hat zum Thema Klimaschutz beispielsweise folgenden Antrag gestellt: „Bekämpfung von Unkraut, Moos und Gräsern in den Pflasterfugen“. – So kann man keine Klimaschutzpolitik machen, meine Damen und Herren.

(Lachen und lebhafter Beifall bei der CSU – Ludwig Wörner (SPD): Was soll das für ein Antrag sein? Lüge!)

Und die GRÜNEN? Ich zitiere aus dem „Fränkischen Tag“ vom 13.11.2007: „Bayerns GRÜNE für 1800 neue Windkraftanlagen“.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nennen Sie die Drucksachennummer des Antrags! Den würd' ich gern mal sehen! – Ludwig Wörner (SPD): Du lügst schlimmer als du redest!)

– Wo kommen Sie denn her?

(Anhaltende Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Der Mann aus dem Nichts!

(Heiterkeit bei der CSU)

Die GRÜNEN haben 1800 neue Windkraftanlagen beantragt.

(Ludwig Wörner (SPD): Herr Schmid, Sie lügen, wenn Sie den Mund aufmachen!)

Liebe Freunde, ich muss sagen, Windkraftanlagen kann man nicht überall hinstellen. Wir haben draußen große Debatten, und zwar zu Recht. Die Windkraftanlagen passen nicht an jede Stelle. Vielleicht passen sie an die Nordsee, weil dort mehr Wind ist. Ich will aber nicht auf jedem Hügel Bayerns eine Windkraftanlage stehen haben.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Bravo! – Beifall bei der CSU)

Da passen die nämlich nicht alle hin, Frau Kollegin Bause.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wörner?

Georg Schmid (CSU): Sonst mache ich das gerne, aber heute nicht. Herr Kollege Wörner, das machen wir später.

Vorratsdatenspeicherung, innere Sicherheit: Frau Kollegin Bause – – Bitte, Herr Kollege Wörner, ziehen Sie sich wieder zurück.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es gibt keinen Antrag! Sie sollten da mal besser recherchieren!)

Frau Kollegin Bause, Sie haben heute die Vorratsdatenspeicherung kritisiert. Sie haben von einem Überwachungsstaat gesprochen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich kann mich noch sehr wohl an die Diskussionen im Innenausschuss des Bayerischen Landtags erinnern. Da wurde diskutiert, ob und wo man Videoanlagen auf öffentlichen Plätzen neu installieren muss.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

– Genau. Damals haben die GRÜNEN zu uns gesagt: keine Videoüberwachung, kein gläserner Bürger. George Orwell ist täglich beschworen worden.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Nach den Anschlägen in London waren Sie aber die Ersten, die mehr Videoüberwachungsanlagen in Bayern gefordert haben. Das ist die Politik der Opposition, das ist die Politik der GRÜNEN in Bayern, liebe Frau Kollegin Bause!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Was war in den vergangenen Jahren das wichtigste Thema überhaupt? – Das Thema Haushaltspolitik. Dazu wollte ich noch ein paar Bemerkungen machen. Ich glaube, dass es in der Politik und auch in einer Regierungserklärung darum geht, Herr Ministerpräsident, dass wir klare Schwerpunkte setzen, dass wir keine Illusionen, dass wir keine Ideologien brauchen, sondern klaren Realitätssinn und tragfähige Konzepte für die Zukunft. Sie, Herr Ministerpräsident, haben uns heute gezeigt, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung keine Illusionen und keine Ideologien haben, sondern dass Sie dieses Land mit Realitätssinn in die Zukunft führen wollen. Dafür danken wir Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Lachen des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich danke Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion. Sie haben immer erkannt, worauf es ankommt. Sie sind in schwierigen Zeiten einen geraden Weg gegangen. Sie haben unsere Politik den Menschen erklärt, auch die Notwendigkeit dieser Politik. Es war nicht leicht, die notwendigen Strukturreformen einzuleiten und angesichts der schlechten Konjunkturlage Einschnitte vorzunehmen. Wir sind aber nicht in eine unverantwortliche Verschuldung des Staatshaushalts ausgewichen,

sondern wir haben uns der Verantwortung einer zukunfts-gerechten Politik gestellt.

Gerade in solchen Situationen zeigt sich Führungsstärke. Die Menschen haben dies erkannt und daher in den letzten fünf Jahrzehnten die Führungsverantwortung für unser Land zu Recht der CSU übertragen, 2003 sogar mit einer Zweidrittelmehrheit. Die CSU-Fraktion – das möchte ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich sagen – wird auch weiterhin an der Seite des Ministerpräsidenten in der Gesamtverantwortung für unser Land stehen. Die CSU-Fraktion wird weiterhin das Sprachrohr der Menschen in Bayern sein. Wir können das, weil jeder einzelne Kollege und jede einzelne Kollegin das Ohr am Bürger hat und dessen Sorgen und Anliegen kennt. Ich bin stolz auf diese, auf meine Fraktion. Ich bin stolz auf alle Kolleginnen und Kollegen, von A wie Manfred Ach bis Z wie Thomas Zimmermann. Vielen Dank für eure Arbeit!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten greift auch ganz bewusst in vorbildlicher Weise die ordnungspolitischen Leitlinien auf, welche die Arbeit der CSU-Fraktion in den letzten Jahren so erfolgreich gemacht haben. Wir müssen sie für die neuen Herausforderungen in der Zukunft fortentwickeln. Lassen Sie mich hierzu noch einige wenige Bemerkungen machen.

Erstens. Wir brauchen wieder mehr annehmende Verantwortung in unserer Gesellschaft.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was ist das? – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Annehmende Verantwortung?)

Was wir nicht brauchen können, ist ein Wegducken. Ich höre immer wieder „man sollte“ und „man müsste“. Viele meinen damit, der andere oder der Staat soll oder muss etwas tun. Das widerspricht dem christlichen Menschenbild, das von der Verantwortung des Einzelnen für sich und für den anderen und die Gemeinschaft geprägt ist. Es ist notwendig, selbst anzupacken – für sich, für den Nächsten und für die Gemeinschaft. Gelebte Subsidiarität ist gefragt. Das heißt, zunächst ist jeder für sich selbst verantwortlich. Jeder soll dort gefordert sein, wo und soweit er selbst Leistung erbringen kann. Selbst wenn das nicht so gut geht, muss er versuchen, aus eigener Kraft aus seiner Bedürftigkeit herauszukommen. Das christliche Menschenbild kennt kein Versorgungsdenken sozialistischer Machart. In der sozialen Hängematte lässt sich die Zukunft nicht gestalten; Versorgungsmentalität macht abhängig.

Annehmende Verantwortung, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt aber auch gelebte Solidarität. Der Stärkere oder die Gemeinschaft muss für den Schwächeren da sein. Wer sich nicht selbst helfen kann, muss auf die Unterstützung der Allgemeinheit vertrauen dürfen. Dies gilt in besonderer Weise für die Menschen, die trotz Behinderung versuchen, ihren Platz im Leben zu finden. Sie haben Anspruch auf unsere Solidarität, auf unser Mit-

fühlen und auf tatkräftige Unterstützung. Auch hier gilt aber: Der Staat allein wäre damit überfordert. Gefordert sind wir alle, als Nachbarn, Vermieter, Arbeitgeber, Kollegen, in welcher Rolle auch immer. Annehmende Verantwortung heißt auch Wir-Gefühl und Gemeinschaft anstatt Ich-AG. Bayern ist nur deshalb lebens- und liebenswert, weil sich die Menschen für ihr Land und für ihre Gemeinschaft einsetzen.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Wenn wir echte Wohlfahrt im Sinne des englischen Welfare haben wollen, dann brauchen wir die Mithilfe aller Menschen, ihren Einsatz und ein Miteinander. Ohne bürgerschaftliches Engagement gibt es keine Wohlfahrt.

Wir können dankbar dafür sein, dass wir so viele engagierte Bürgerinnen und Bürger haben. Rund ein Drittel der Bevölkerung ist im Ehrenamt tätig. Jeden Monat werden 72 Millionen freiwillige Arbeitsstunden von unseren Bürgerinnen und Bürgern erbracht. Ist das denn nicht eine großartige Leistung, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der CSU)

Ein echter Bürger ist nur, wer Bürger ist für das Gemeinwesen und wer Bürgerschaft übernimmt für sein Land. Das Ehrenamt ist auch der Ort, an dem die Generationen zusammenfinden, wo Jung und Alt zusammenwirken. Wir müssen sehr wohl darüber nachdenken, wie sich rüstige ältere Bürger künftig noch stärker zum Wohle aller einbringen können. Das verstehe ich unter annehmender Verantwortung.

Die zweite Leitlinie erfolgreicher CSU-Politik ist die Balance zwischen dem ökonomischen Erfolg eines Landes und sozialer Teilhabe seiner Bürgerinnen und Bürger. Starkes Wirtschaftswachstum, hoher Grad an Beschäftigung und ein kräftiges Steueraufkommen sind Markenzeichen Bayerns, und dies seit Jahrzehnten. Gerechte Politik muss aber auch sozialen Ausgleich schaffen. Keiner darf sich an den Rand gedrängt und ausgegrenzt fühlen. Auch in unserer globalisierten Welt muss es Raum für Solidarität, Wärme und Geborgenheit geben. Sozialer Friede und sozialer Fortschritt sind nur gewährleistet, wenn diese Balance stimmt. Der Sozialstaat ist nicht umsonst zu haben. Nur solide Wirtschaftsgrundlagen schaffen Wertschöpfung für eine leistungsfähige Sozialpolitik. Das Gegenkonzept, das ich gerade im SPD-Grundsatzprogramm nachgelesen habe, heißt offenbar „demokratischer Sozialismus“.

(Henning Kaul (CSU): Hört, hört!)

Ich dachte eigentlich, diese Zeit wäre ein für allemal vorbei. Die SPD sieht das wohl anders. Sie hat sich mit ihrem neuen Grundsatzprogramm zur Vorkämpferin für den demokratischen Sozialismus stilisiert. Damit befindet sich die SPD wieder einmal auf dem völlig falschen Dampfer. Der Sozialismus mit seiner menschenfeindlichen Gleichmacherei zerstört die Wurzeln unseres Wohl-

standes und damit auch die Möglichkeit, für die soziale Seite zu investieren.

(Beifall bei der CSU)

Der Niedergang der DDR und aller anderen sozialistischen Experimente sollte der SPD eigentlich eine Lehre sein.

(Unruhe)

Der Sozialismus ist Vergangenheit.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Sogar die PDS hat sich in „Linkspartei“ umbenannt. Nur die SPD hat das noch nicht bemerkt.

(Franz Maget (SPD): Ach Gott!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sollten Ihre Parteizeitung nicht „vorwärts“ nennen, sondern „rückwärts“.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Soziale Stabilität und sozialen Frieden kann es nur dort geben, wo jemand bereit ist, Leistung zu erbringen. „Zukunft ist Leistung“, hat zu Recht unser langjähriger bayerischer Wirtschaftsminister Anton Jaumann in einem Buch geschrieben. Das ist eine bis heute gültige Wahrheit. Der Begriff der Leistung muss wieder stärker in den Blick genommen werden. Die Zeiten, in denen Leistung etwas Negatives war, müssen vorbei sein. Wir müssen die Leistungsträger in unserem Lande fördern, begleiten und unterstützen. Unsere Politik muss sich auch an den Leistungsträgern dieses Landes ausrichten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wer sind die Leistungsträger? – Das sind zum Beispiel die gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, unsere selbstständigen Handwerker und unsere bäuerlichen Familienbetriebe, die hart arbeiten und mit ihren Betrieben und Unternehmen die Grundlage dafür schaffen, dass es den Menschen in unserem Land gut geht. Das sind zum Beispiel auch die Spitzenforscher an unseren Universitäten; das sind auch die Polizistinnen und Polizisten, die einen anstrengenden Dienst leisten und für Sicherheit in unserem Land sorgen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ausländer müssen Sie auch erwähnen!)

Der tatkräftige Einsatz all dieser Leistungsträger – die Liste ließe sich fortsetzen – prägt unser Land. Eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht definitiv fest: Wir müssen wieder mehr leisten, damit wir uns das

leisten können, was wir uns momentan leisten. Darum geht es, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Tolle?

(Zurufe von der CSU: Nein!)

Georg Schmid (CSU): Nein, wir haben auch nicht dazwischengefragt.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Maget, die Vermögensteuer ist aus meiner Sicht der falsche Weg; denn sie bedeutet, Menschen, die etwas leisten, noch einmal in die Pflicht zu nehmen und noch einmal zu bestrafen. Wir brauchen in diesem Lande mehr Leistungsträger, damit wir eine gute Sozialpolitik machen können und die Balance zwischen ökonomischem Erfolg auf der einen Seite und sozialer Teilhabe auf der anderen Seite erreichen. Darum geht es in einer guten Politik.

Ich möchte noch eine weitere Leitlinie in unserem politischen Koordinatensystem ansprechen: Die Menschen wollen eine Politik der Wahrhaftigkeit und der Verlässlichkeit.

(Ludwig Wörner (SPD): Und das sagt ausgerechnet ihr!)

Die Menschen wollen klare Positionen, die konsequent verfolgt werden. Zu oft heißt es „sowohl – als auch“. Zu oft haben die Bürger den Eindruck, die Politik traue sich nicht, unangenehme Wahrheiten deutlich auszusprechen. Die Menschen wollen aber die Wahrheit hören. Sie vertragen mehr Wahrheit, als wir manchmal glauben.

Wir müssen den Menschen deshalb sagen, was geht und was nicht geht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was geht hier?)

Letztendlich zahlt sich eine glaubhafte Politik aus; denn die Menschen sind bereit, die Wahrheit zu akzeptieren. Jedem Wunsch nachzugeben, mag zwar bequem sein, führt aber ins Nichts. Kompromisse sind oft der falsche Weg. Schon ein arabisches Sprichwort sagt zu Recht: Der goldene Mittelweg verläuft mit Vorliebe im Sande. – Sie müssen das nicht gleich verstehen, das macht nichts.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) – Joachim Wahnschaffe (SPD): Sand im Getriebe!)

CSU-Fraktion und Staatsregierung hatten 1998 den Mut, einen Haushalt ohne Neuverschuldung zu einem zentralen Punkt ihrer Politik zu machen. Wir waren von der

Richtigkeit dieses Ziels überzeugt und haben das von Anfang an auch deutlich gesagt. Wir hatten den Mut und das Stehvermögen, an dieser Linie auch unter schwierigen Rahmenbedingungen festzuhalten. Ergebnis: Wir haben unser Ziel erreicht, und immer mehr Menschen waren im Laufe der Zeit von der Richtigkeit dieses Ziels überzeugt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der ausgeglichene Haushalt ist die größte finanzpolitische Leistung der CSU-Fraktion und der Staatsregierung in den vergangenen Jahren. Der harte Kurs von Edmund Stoiber und Kurt Falthäuser hat sich für unser Land ausgezahlt.

(Beifall bei der CSU)

Aber lassen Sie mich noch ein zweites Beispiel für die Klarheit und die Verlässlichkeit unserer Politik anführen, auf das Herr Kollege Maget schon lange wartet: das Bekenntnis zum technologischen Fortschritt.

(Franz Maget (SPD): Sie meinen den Transrapid!)

– Kollege Maget, ein bisschen Geduld. Sie kommen gleich dran.

Ein Land ist nur dann zukunftsfähig, wenn es Neues wagt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Neue Regierung! – Renate Dodell (CSU): Dürr ist aufgewacht!)

– Herr Kollege Dürr, guten Morgen, Sie sind wieder aufgewacht. Ich habe Sie in der letzten Viertelstunde schon vermisst.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Zu Ihrem Zwischenruf sage ich: Das können Sie sich abschminken, da müssen Sie noch lange hier sitzen.

Dem Ängstlichen gehört nicht die Zukunft. Ohne unseren mutigen Einsatz gäbe es heute in München keinen Flughafen mit Verbindungen in alle Welt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Es gäbe kein Forschungszentrum von Weltrang in Garching; es gäbe keine sichere und CO₂-freie Stromversorgung durch unsere Kernkraftwerke; es gäbe kein flächendeckendes Netz von Universitäten und Fachhochschulen. Wir haben immer gesagt, wir wollen das flächendeckend. Immer wieder wurde von Konzentration gesprochen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Cluster!)

Wir sind auch in die ländlichen Räume hinausgegangen. Wir hätten sonst den Wandel vom Agrarstaat zum High-

tech-Land in den Sechziger- und Siebzigerjahren nicht geschafft. Auch unter diesem Gesichtspunkt müssen wir die heute anstehenden Entscheidungen zu technologischen Leitprojekten sehen. Wer nur auf Emotionen setzt, hat einen ganz schlechten Ratgeber. Fakten müssen die Grundlagen unseres Handelns sein. Ich sage Ihnen: Wir sind bereit, auch an dieser Stelle Neues zu wagen, wenn es um Leitprojekte in diesem Land geht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, Sie haben heute und in den vergangenen Tagen dokumentiert, dass dieses neue technologische Leitprojekt von Ihnen abgelehnt wird. Sie sagen, es sei nicht notwendig. Ich will Sie aus dem Plenarprotokoll vom 13. Februar 2003 zitieren:

Die Pluspunkte des Transrapid liegen auf der Hand: Das sind technische Vorteile, das ist die Geschwindigkeit, das sind energetische Vorteile, und er ist eine technologische Chance für Deutschland, und er schafft Arbeitsplätze.

Der Transrapid

...ist eine Exportchance, und wir haben bewiesen, dass wir sie nutzen. Ich bin auch davon überzeugt,

– daran habe ich noch gar nicht gedacht –

dass der Transrapid ein Besuchermagnet in München und auch anderswo sein würde.

(Beifall und Bravo-Rufe bei der CSU)

Außerdem erwähnte Herr Maget die GRÜNEN.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das sind wir!)

– Herr Kollege Dürr, Sie sollten jetzt die Mahnung des Herrn Maget hören:

Ich darf daran erinnern,

– sagt Herr Maget –

dass SPD und GRÜNE im Koalitionsvertrag in Berlin verabredet haben, dass wir die Bundesmittel für dieses Projekt weiterhin bereitstellen wollen. (...) „Für die finanzielle Unterstützung für den Bau von Anwendungsstrecken für die Magnetschwebbahntechnologie stehen auch weiterhin Bundesmittel in einer zugesagten Gesamthöhe bis zu 2,3 Milliarden € zur Verfügung.“

Lieber Herr Ministerpräsident, fahren Sie nach Berlin, holen Sie das Geld ab, das dort noch liegt!

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CSU)

Herr Maget, Sie halten große Reden bei Demonstrationen. Sie sollten den Bürgerinnen und Bürgern aber auch sagen, was Sie vorher gesagt haben. Das ist keine glaubhafte Politik. Denen darf man die Geschicke des Landes nicht in die Hand geben, die so reden und so denken.

(Alexander König (CSU): Bravo! – Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ein zentrales Leitprinzip unserer Politik muss auch der Respekt im Umgang miteinander sein.

(Zurufe von der SPD – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Scheinheiligkeit! – Ludwig Wörner (SPD): Darum stellt er sich dort hin und lügt, dass sich die Balken biegen! – Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Wir glauben eurem Franz!)

– Herr Kollege Wörner, ich rede gerade von Respekt im Umgang miteinander. Wir Politiker sind als Vorbilder gefordert. Unser christliches Menschenbild verlangt den Respekt vor dem Nächsten. In der politischen Auseinandersetzung muss es Grenzen geben. Die Bundesvorsitzende der GRÜNEN überschreitet mit ihrer maßlosen, verunglimpfenden und unbeherrschten Kritik an Bischof Walter Mixa diese Grenzen und verletzt die religiösen Gefühle vieler Menschen in diesem Land. Wir dürfen dazu nicht schweigen, so etwas dürfen wir nicht dulden. Das ist nicht der Respekt, den wir meinen.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen in diesem Land haben Anspruch auf eine aufrichtige Politik.

(Lachen des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Was wir tun und was wir sagen, muss sich zusammenfügen; Wort und Tat müssen übereinstimmen. CSU-Fraktion und Bayerische Staatsregierung haben ihre Versprechen gehalten.

(Ludwig Wörner (SPD): Wie bei der 42-Stunden-Woche!)

Davon profitieren die Menschen in Bayern. Unser Ministerpräsident hat in seiner heutigen Regierungserklärung den Weg für die kommenden Jahre gewiesen. Die CSU-Fraktion wird ihn dabei mit aller Kraft unterstützen, zum Wohle der Menschen in unserem Land.

(Anhaltender Beifall und Bravo-Rufe bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Herr Ministerpräsident das Wort.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht auf alle Bemerkungen eingehen,

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Das lohnt sich auch nicht!)

insbesondere nicht auf die Polemik der Opposition. Einerseits hat hier unser Fraktionsvorsitzender Georg Schmid das Notwendige gesagt, zum anderen können sich die Bürgerinnen und Bürger selbst ein Urteil bilden und ein Bild von der Realität in Bayern machen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das hoffe ich!)

Ich will lediglich auf neun Punkte kurz und knapp eingehen.

Erstens. Herr Kollege Maget, Sie beanstanden – das ist in der Tat richtig –, dass ich weder zum Arbeitslosengeld I noch zur Pendlerpauschale, zur Bahnreform, zum Mindestlohn und auch nicht zu Ihrem Vorschlag zur Vermögensteuer Stellung genommen habe. Jedenfalls hier im Hohen Hause habe ich es jetzt nicht getan. Ich denke allerdings, es ist auch Ihnen nicht völlig verboten, Zeitung zu lesen. Dort können Sie meine Meinung finden; denn über diese Fragen habe ich mich oft genug in allen möglichen Interviews geäußert. Etwas Neues hätte ich heute im Hohen Haus dazu nicht sagen können.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) und Dr. Thomas Beyer (SPD))

Für das Arbeitslosengeld I ist am Sonntag ein Kompromiss, den Kollege Huber mit herbeigeführt hat, gefunden worden, und es hat ein vorläufiges Ergebnis gegeben. Ich begrüße es nachdrücklich, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 3,3 % abgesenkt worden sind. Dadurch haben Millionen von Bürgern mehr Geld in ihren Taschen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage dir, lieber Erwin Huber, Dank und Anerkennung, dass du das durchgesetzt hast. Ich weiß von der Schaltkonferenz am Montag früh zur Vorbereitung entsprechender Runden, dass alle Kolleginnen und Kollegen der CDU eigentlich gedacht hatten, unter 3,5 % könne man nicht kommen. Dagegen war es das Anliegen der CSU, möglichst viel Geld beim Bürger zu belassen. Dadurch haben die Arbeitnehmer ein paar hundert Euro mehr in ihrer Tasche.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ein paar hundert? – Franz Maget (SPD): 0,2 %!)

– Herr Kollege Maget, ich möchte Ihnen Nachhilfe geben. Die Berechnungen ergeben bis zu 260 Euro bzw., wenn

man das insgesamt nimmt, bis zu 400 Euro pro Jahr, die damit mehr in den Taschen der Bürger bleiben.

(Franz Maget (SPD): Gesamtrechnung!)

Deswegen sage ich: Diese Haltung der CSU war auch die Haltung der Bayerischen Staatsregierung. Das ist richtig, und dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU)

Die Kritik an meinen Äußerungen zur Verlängerung der Arbeitslosengeldzahlung weise ich nachdrücklich zurück; ich meine die Kritik an einer Äußerung von mir, mit der Sie mich in die Nähe der Ausländerfeindlichkeit stellen. Ich habe in der Tat die Meinung – wie es übrigens insgesamt als Meinung der CSU sowohl in entsprechenden Beschlüssen im Präsidium als auch im Vorstand zum Ausdruck gekommen ist –, dass wir einen längeren Bezug des Arbeitslosengeldes nicht in erster Linie an das Lebensalter knüpfen dürfen, sondern an die Beitragsdauer binden müssen.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es in der Tat für eine Ungerechtigkeit, wenn derjenige, der 30 oder 35 Jahre lang eingezahlt hat, das Arbeitslosengeld nicht länger bekommt als derjenige, der nur wenige Jahre einbezahlt hat.

(Franz Maget (SPD): Dazu brauchen Sie doch keine Ausländer! – Weitere Zurufe von Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich stehe dazu, dass ich das Beispiel eines Arbeitnehmers aus der Türkei deswegen gebracht habe, weil das in der Tat das häufigste Beispiel dafür ist.

(Engelbert Kupka (CSU): So ist es!)

Der Fünfzigjährige fällt ja nicht vom Himmel, sondern er lebt entweder in Deutschland – da gibt es welche, die früher selbstständig waren und später in Arbeitsverhältnisse gekommen sind – oder, was viel häufiger der Fall ist, er ist in höherem Lebensalter nach Deutschland gekommen und hat dann Arbeitslosengeld bezogen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Da war es unsere allgemeine Meinung, die Verlängerung sollte man nicht – wie von der SPD ursprünglich angedacht – an das Lebensalter, sondern an die Länge der Beitragszahlung knüpfen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Ich weise allerdings auf das Schärfste zurück, dass solche Überlegungen etwas mit Ausländerfeindlichkeit zu tun haben.

(Franz Maget (SPD): Ferner Osten!)

Das ist dummes Geschwätz.

(Beifall bei der CSU)

Insgesamt darf die Tatsache, dass wir irgendwelche unterschiedlichen Meinungen haben und berechtigte Kritik üben, nicht immer gleich zu dem politisch inkorrekten Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit führen. Ich meine vielmehr, dass wir solche Diskussionen ganz selbstverständlich führen müssen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): So weit wird es selten kommen!)

So geschieht dies auch bei der ganz überwältigenden Mehrheit der anständigen Bürger in unserem Lande. Wenn wir eine Politik machen wollen, in der sich der normale Bürger wiederfindet, müssen wir so etwas berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist auch dummes Geschwätz!)

Herr Kollege Maget, es war letztlich auch Ihr Parteivorsitzender Herr Beck, der in einem ähnlichen Zusammenhang eine andere Meinung vertrat als Herr Müntefering. Da sollen Sie nicht einem Ministerpräsidenten auf der anderen Seite des Regierungsspektrums Ausländerfeindlichkeit unterstellen.

Zweitens, zur Integration. Ich freue mich darüber, dass nun von Ihnen massiv verlangt wird: Wer in Deutschland lebt, soll Deutsch sprechen lernen. Dass das allerdings über Jahre und Jahrzehnte bei Ihnen die Hauptthematik gewesen wäre, ist mir neu, obwohl ich diesem Hohen Haus seit Langem angehöre. Was haben wir Diskussionen darüber gehabt, als Bayern als einziges Land in Deutschland bei der Einbürgerung deutsche Sprachkenntnisse geprüft hat! Haben Sie das etwa unterstützt? Hat nicht vielmehr die SPD erbittert massive Vorwürfe in Richtung Zwangsgermanisierung erhoben?

(Beifall bei der CSU – Henning Kaul (CSU): Wie beim Transrapid!)

Erinnern Sie sich nicht mehr an das ganze Multikulti-Geschwätz, das von Rot-Grün gekommen ist und unserem Land massiv geschadet hat? Ich sage auch ganz deutlich, dass das den Persönlichkeiten, die aus dem Ausland gekommen sind, geschadet hat. Hätte man ihnen ehrlich gesagt, wer in Deutschland lebt, hat nur dann auf Dauer Chancen, wenn er Deutsch kann, hätten viele junge Menschen und viele ältere Migranten sehr viel mehr für ihre Integration getan und wären heute die Profiteure davon.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Völliger Quatsch!)

Ich erinnere gern daran, was schon im Jahre 2000 von mir und dem CDU-Kollegen Rüttgers auf den Weg gebracht worden ist unter dem Motto: Wir wollen weniger Zuwan-

derung und mehr Integration. Das können wir auch heute noch brauchen. Jetzt sehen wir so richtig, wie schwierig Integration auch in der zweiten und dritten Generation ist. Deswegen müssen wir uns in diesem Punkt mehr anstrengen. Das war ein wesentlicher Punkt der Regierungserklärung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Da gab es keine wesentlichen Punkte!)

Drittens, zur Pflege. Lieber Kollege Maget, aber auch liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, ich leugne nicht, dass da wegen der demografischen Probleme noch eine Menge Arbeit auf uns zukommt. Wir müssen sehen, wie wir sowohl das System der ambulanten als auch das System der stationären Hilfe für ältere Menschen erweitern. Das muss uns ein großes Anliegen sein; ich hebe hervor, dass der Pflegekompromiss mit 0,25 % Erhöhung ein Kompromiss ist, der nicht alle Wünsche erfüllt, sondern manches offen lässt. Es gibt einen Einstieg in eine Verbesserung der Situation bei Demenz. Aber es ist noch nicht das, was von den Wohlfahrtsverbänden gefordert wird.

Ich selbst bin im Bereich der Rummelsberger Anstalten seit vielen Jahren tätig, und ich kenne auch andere diakonische Werke in Bayern sehr genau. Ich habe in meiner Rede bei der ConSozial ausführlich darüber gesprochen, welche riesigen Leistungen die Pflegekräfte erbringen. Das hat mich immer sehr bewegt; denn ich habe selbst mitbekommen, in welcher aufopfernder Weise meine Schwiegermutter in einem Pflegeheim gepflegt wurde. Ich weiß auch ganz genau, wie hilflos ich war, als mein Vater im Alter pflegebedürftig wurde und ich keine Lösung dafür gefunden habe, mit einem Menschen zu reden, der einen nicht mehr versteht. Da ist man sehr hilflos. Und deshalb habe ich auch sehr großen Respekt vor den Persönlichkeiten, den Frauen und Männern, die hauptberuflich oder auch ehrenamtlich in der Pflege mitarbeiten, sei es im Pflegeheim, sei es in ambulanten Diensten, sei es als Vorlesehilfen. All diese Tätigkeiten verdienen eine ausdrückliche Würdigung.

Trotzdem konnte ich in einer Regierungserklärung nicht alles breit darstellen. Ich wollte Schwerpunkte setzen, und ich werde bei anderer Gelegenheit Schwerpunkte auch in diesem Bereich setzen. Aber es war mir ein Anliegen, heute in der Öffentlichkeit zu sagen, wie wichtig diese Punkte sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden uns in diesem Hause noch genügend über Fragen der Organisation von Pflege zu unterhalten haben: Wer macht das am Besten, die Bezirke, die Landkreise oder die Gemeinden? Wir werden uns auch darüber zu unterhalten haben – was meine persönliche Meinung ist – , dass alle Beteiligten aufgerufen sind, hier noch viel mehr auch Ehrenamtliche mit hineinzubekommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich war in Martha-Maria, einer evangelischen Einrichtung in Nürnberg, in der mir ganz stolz gesagt wurde, dass man 370 „Grüne Frauen“ habe. Diese Grünen Frauen haben nichts mit Ihnen da drüben zu tun, sondern das sind Leute, die ehrenamtlich ins Pflegeheim kommen, dort vorlesen oder sich einfach Zeit nehmen, mit den alten Menschen zu sprechen und so die Einsamkeit zu überwinden, die bei vielen alten Menschen das größte Problem ist.

Wir müssen in diesen Bereichen miteinander ringen, wie wir die verfügbaren Ressourcen möglichst gut umsetzen und wie wir auch ohne noch viel mehr Geld – das wir nicht in dem Umfang zur Verfügung stellen können, wie es notwendig wäre – die humane Behandlung alter Menschen möglichst gut gestalten können. Das ist des Schweißes der Edlen wert, hier nicht zu polemisieren, sondern hart zu arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Punkt, Schulpolitik und Unterrichtsausfall. Natürlich ist das etwas, was zu kritisieren ist, und trotzdem weiß jeder, der sich seriös damit beschäftigt, dass es mit dem Unterrichtsausfall immer gewisse Probleme geben wird.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn nämlich ein Lehrer oder eine Lehrerin in der Früh krank wird – ich weiß, wovon ich rede, der ich mit einer Lehrerin verheiratet bin – und es im Extremfall so ist, dass diese oder dieser trotz gesundheitlicher Bedenken in die Schule kommt, aber dann nach der ersten Stunde nach Hause gehen muss, dann ist es halt schwierig, sofort eine Ersatzkraft bereitzustellen. Ich habe mit Herrn Stadler von Audi gesprochen und ihn gefragt, wie das eine Automobilfirma macht. Er sagt, wir haben zusätzlich Leute, die als Springer bereitstehen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Eben!)

Wir rechnen das in den Preis mit ein. Das kann beim Staat nicht ohne Weiteres gemacht werden. Aber welche Anstrengungen wir unternehmen, sieht man daran, dass in Bayern seit 2001/2002

(Franz Maget (SPD): Wir haben keine Mobile Reserve mehr!)

6500 Lehrerkapazitäten geschaffen wurden, und zwar ohne dass dabei die Arbeitszeitverlängerung berücksichtigt worden ist, und über 2000 Leute in der Mobile Reserve sind. Jetzt werden noch einmal 33 Millionen Euro an die Schulen gegeben, damit man sich dort selber kurzfristige Aushilfen beschaffen kann. Wer da dem Kultusminister und auch uns den guten Willen abspricht, der handelt, glaube ich, nicht seriös. Wir strengen uns da wirklich an.

(Beifall bei der CSU)

Noch zu diesem vierten Punkt: Mir ist völlig unerfindlich, Kollege Maget, wie Sie das Interview, in dem ich die Bedeutung der Jugendarbeit bei der Bildung und Erziehung junger Menschen herausgestellt habe, hier in dieser polemischen Weise kritisieren können. Ich selbst – ich habe es in der heutigen Regierungserklärung auch gesagt – weiß, welche Bedeutung es hat, wenn junge Menschen beispielsweise in der konfessionellen Jugendarbeit sind, musische Bildung bekommen oder in Sportvereinen tätig sind. Ich habe durch meine Tätigkeit beim CVJM – ich sage das auch so salopp – mindestens dieselbe Prägung erfahren wie in der Schule, und ich bin dankbar dafür, weil ich nämlich eine Menge sozialer Kompetenz erworben habe. Bildung ist eben nicht nur Wissen und erschöpft sich nicht darin, dass man für irgendwelche Fächer lernt.

Deswegen hat die Jugendarbeit, hat Sport, hat musische Erziehung eine große Bedeutung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Deshalb ist die Ganztagschule so wichtig!)

Dafür haben wir uns immer wieder eingesetzt. Jeder von uns weiß doch, dass es zum Bereich der Ganztagschule erhebliche Klagen gibt.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich beschäftige mich gerade in dieser Woche mit dem Brief der Frau eines Landtagsabgeordneten aus Mittelfranken, in dem sie aufführt, wann ihre Kinder von der Schule nach Hause kommen, weil der Schulbus nicht immer nach Schulschluss abfährt.

(Franz Maget (SPD): Was ist denn das jetzt?)

Wenn dann der Schulweg in dem ganz konkreten Fall noch 40 Minuten dauert, ist es kaum mehr möglich, den geliebten Sport zu betreiben oder dass die Tochter – wie in diesem Fall – noch Klavierunterricht besuchen kann.

Wir überlegen solche Probleme mit, und wir meinen, dass bei den Ganztagsangeboten die Integration des Nachmittagsbereichs zu berücksichtigen ist.

(Franz Maget (SPD): Das ist doch selbstverständlich!)

Trotzdem wird – beispielsweise auf der Synode der Evangelischen Kirche, im katholischen Bereich bzw. beim Sport – intensiv darüber diskutiert, dass auch und gerade durch die Erweiterung des Unterrichts hier die Möglichkeiten dramatisch zurückgeführt worden sind.

(Franz Maget (SPD): Was ist denn jetzt los?)

Dass das von vielen als Problem angesehen wird, ist meine Meinung, und das habe ich öffentlich gesagt.

(Franz Maget (SPD): Nein! Sie haben gesagt, dass in bestimmten Bereichen weniger Unterricht gegeben wird! In welchem, bitte? Wo wollen Sie Stunden kürzen?)

– Herr Maget, das dürfte nicht eine Richtlinienentscheidung des Ministerpräsidenten sein, aber es ist ein Problem, wenn in der 10. Klasse 34 Stunden, mit den fakultativen Intensivierungsstunden sogar 36 Stunden, gegeben werden.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Zuruf von der SPD: Ihre Stundentafel! – Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie haben es erst eingeführt!)

Es ist ein Problem, wobei ich hervorhebe, dass die Intensivierungsstunden ein ganz wichtiger pädagogischer Wunsch sind.

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Ja, wir können es nicht in dieser Oberflächlichkeit und Polemik behandeln, wie Sie das machen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN – Beifall bei der CSU)

Ich erlebe es, dass Eltern

(Zurufe der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und Franz Maget (SPD) – Glocke des Präsidenten)

sagen, wir wollen Intensivierungsstunden, weil da die Chance ist, dass Wissen vertieft wird, und dieselben Eltern auch sagen, trotzdem ist es schwierig, wenn unsere Kinder Jugendarbeit nicht mehr machen können.

Da muss man sich beispielsweise auch darüber unterhalten, – –

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wo waren Sie die letzten fünf Jahre? Das ist keine neue Erkenntnis!)

– Kollege Dürr, ich bin nicht bereit, das in dieser simplen Weise, wie Sie das immer machen, zu diskutieren,

(Beifall bei der CSU)

sondern ich meine schon,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

dass man, wenn man Jugendarbeit für etwas Richtiges hält, das in einer abwägenden Form gestalten muss. Ich

weiß, wie schwierig das ist. Das habe ich in einer öffentlichen Diskussion aufgeworfen.

(Franz Maget (SPD): Nein!)

– Ja, selbstverständlich.

(Franz Maget (SPD): Sie haben gesagt, Sie wollen weniger Unterricht haben!)

Ich habe das in einer öffentlichen Diskussion aufgeworfen, und ich sage Ihnen, Herr Maget, wenn Sie das in Zusammenhang mit dem Lehrermangel bringen, dann fühle ich mich in grober Weise verfälschend zitiert, und ich fordere Sie auf, das in Zukunft zu unterlassen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Punkt, Hochschulausbau. Ja, da gibt es Schwierigkeiten und Probleme. Natürlich weiß jeder, dass es teuer ist, wenn die Hochschulen, die wir in Bayern haben – übrigens flächendeckend, lieber Georg Schmid; es war eine große Zielsetzung, Hochschulen flächendeckend zu haben, Fachhochschulgründungen sind schon in einer Zeit, als ich in die Staatsregierung kam, beschlossen worden – nach 30 Jahren in einen erheblichen Sanierungsbedarf kommen. Es sind in der Tat Milliardeninvestitionen. Wir unternehmen hier größte Anstrengungen, wenn wir jährlich Investitionen zwischen 340 und 350 Millionen Euro tätigen.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD) – Allgemeine Unruhe)

Das sind die Planungen. Wir versuchen, noch mehr Geld in die Hochschulen zu geben. Daran wird, glaube ich, deutlich, dass wir diese Anstrengungen außerordentlich ernst nehmen. Es geht uns darum,

(Glocke des Präsidenten)

sowohl im internationalen Wettbewerb – Stichwort: Exzellenz – zu bestehen als auch insgesamt für die Ausbildung unserer jungen Menschen das Beste zu tun. Das ist unser Ziel. Ich stehe auch hier nicht an zu sagen: Es war richtig, Studiengebühren einzuführen, die dafür zu verwenden sind, dass die Serviceangebote für die Studenten verbessert werden. Solange es Kindergartengebühren gibt, kann man Studiengebühren in jedem Umfang auch sozial rechtfertigen.

Das ist jedenfalls meine Überzeugung – als Vater von drei Kindern, die auch in diesem Alter sind.

(Franz Maget (SPD): Wir können uns das leisten!)

Sechster Punkt, Kultur. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die Untersuchung, die zitiert worden ist, tatsächlich alle Leistungen des Staates erfasst. Das betrifft zum Beispiel die Leistungen, die wir über die Landesstiftungen

oder sonstige Ausgliederungen erbringen, etwa über den Kulturfonds. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Zahlen stimmen. Ich sage aber: Derjenige, der Kultur ausschließlich auf Geld reduziert, hat überhaupt nichts vom Wesen der Kultur verstanden.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben Höchstleistungen – übrigens nicht nur in München –, zum Beispiel in Bayreuth oder auf anderen Plätzen. Die Bayreuther unternehmen Anstrengungen dafür, dass die Feuilletonseiten Bayreuth im Moment immer wieder erwähnen. Dass wir neben der Hochkultur auch vielfältige andere kulturelle Initiativen haben und wir diese nach Kräften, aber im Rahmen der Möglichkeit einer seriösen Haushaltsplanung, unterstützen, war mir ein Anliegen. Ich habe das Thema in der Regierungserklärung deshalb relativ knapp gehalten, weil ich in den letzten vier Wochen vier größere Reden zu diesem Thema halten durfte und mich darauf freue, hier weiter zu diesem Thema sprechen zu dürfen, sodass das Themengebiet an anderer Stelle und auf andere Weise zu erweitern ist.

Siebter Punkt, Familie. Ich will nicht mehr die generelle Frage des Familienbildes ansprechen. Wenn man in einer Familie lebt, die drei Kinder großgezogen hat und in der die Ehefrau mit Ausnahme von zwei Jahren immer berufstätig war, braucht man von niemandem irgendwelche Belehrungen über das Familienbild. Deswegen sage ich auch an Ihre Adresse, Frau Bause: Die entsprechende Passage in Ihrer Rede ist aus meiner Sicht ziemlich peinlich.

(Beifall bei der CSU)

Mir geht es darum, zu den Krippenplätzen noch etwas zu sagen. Ich stehe dazu, dass ich bei der ConSozial scharf kritisiert habe, dass es an vielen Plätzen an der Möglichkeit außerfamiliärer Betreuung für Kinder fehlt; übrigens im Alter von einem Jahr bis drei Jahren. Es ist eine Notwendigkeit – ich sage das an vielen Stellen –, dass die unmittelbar zuständigen Kommunen auf diesem Gebiet einen Schwerpunkt setzen und die Hilfen des Bundes und des Landes annehmen. Das Land hat übrigens seit mehreren Jahren schon ein sehr fortschrittliches Gesetz, wonach ein Rechtsanspruch auf eine Förderung im Umfang von 40 % der Personalkosten besteht, nämlich das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz. Das ist seit dem Jahr 2004 in Bayern vorgesehen. Es gibt nur wenige andere Länder, die hier so umfangreich gefördert haben. Die Investitionskosten werden nach dem genannten Ausgleichsgesetz gefördert. Das ist eine Aufgabe für alle Kommunen, und deswegen werden wir uns anstrengen und haben das im Zuge der Erklärung selber auf den Weg gebracht.

Ich halte es aber nicht für ein Zeichen von Stärke, dass eine der reichsten Gemeinden in Deutschland, die Stadt München, immer noch massive Defizite hat.

(Beifall bei der CSU)

Es ist nicht so, Herr Kollege Maget, dass in München eine junge Frau oder ein junger Mann, die oder der einen Betreuungsplatz braucht, einen entsprechenden Platz findet. Eine Mitarbeiterin des Innenministeriums, Herr Fraktionsvorsitzender, damals noch Staatssekretär im Innenministerium, ist gekommen und hat gesagt: Ich tue mich so furchtbar schwer, einen Betreuungsplatz für mein Kind zu finden. Dann habe ich gesagt: Sie haben doch über neun Monate und ein Jahr Zeit gehabt. Darauf sagte sie: Herr Beckstein, das hat nicht gereicht. Wir hätten es schon lange, bevor wir das Kind gezeugt haben, in München anmelden müssen, um einen Platz zu bekommen.

(Franz Maget (SPD): Geht es um einen Krippenplatz?)

– Um einen Krippenplatz, ja.

(Franz Maget (SPD): Die Hälfte aller Krippenplätze in Bayern sind in München!)

– Herr Maget, München ist eine Stadt, die eine Milliarde Euro mehr hat. Wenn sie trotzdem einen Mangel an Krippenplätzen aufweist, dann ist das kein Zeichen der Stärke, sondern ein Zeichen des Versagens.

(Beifall bei der CSU)

Ich räume öffentlich ein, dass München bei den Krippenplätzen mehr getan hat als andere, aber ich weiß auch ebenso wie Sie, dass die Münchner Bevölkerung aufgrund ihrer Struktur sehr viel mehr auf Krippenplätze angewiesen ist als die Bevölkerung irgendwo im ländlichen Raum. Dass München eine unterdurchschnittliche Versorgung bei der Kinderbetreuung aufweist – jedes fünfte Kind in München hat keinen Kindergartenplatz –, ist ein Skandal ersten Ranges.

(Beifall bei der CSU)

Der Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen in München beläuft sich auf 81,1 %.

(Georg Schmid (CSU): Der Schlechteste in Bayern!)

Hören Sie doch auf, davon zu faseln, dass jedes Kind in den Kindergarten gehen soll, sondern schaffen Sie in München, in der Stadt, in der Rot-Grün die Mehrheit hat und ein Oberbürgermeister da ist, der sich schon fast heiligsprechen lässt, Kinderbetreuungsplätze. Der Oberbürgermeister soll seine Hausaufgaben machen und zu vielen kleineren Gemeinden gehen. Da kann er lernen, wie man einen Versorgungsgrad von 100 % bei Kindergärten erreicht.

(Beifall bei der CSU)

Achter Punkt, Klimaprogramm. Ich habe ganz bewusst nicht Themen der generellen Energiepolitik angesprochen.

Landtagspräsident Glück hat mich in vielen Gesprächen immer wieder darauf hingewiesen, dass Energie eine zentrale Zukunftsfrage für Deutschland und Bayern in den nächsten Jahren sein wird. Wir wissen das. Aber ich weiß, dass die Fragen bezüglich Windenergie, der Solarenergie und der Verlängerung der Restlaufzeiten für Kernkraftwerke nicht in erster Linie hier entschieden werden. Ich wollte Schwerpunkte bei denjenigen Themen setzen, die ich selber entscheidend mit beeinflussen kann und die nicht Diskussion der allgemeinen Politik sind, zumal jeder weiß, dass wir auf Bundesebene in der Schlussphase der Abstimmung zwischen verschiedenen Bundesministerien sind. Wir wollen natürlich nicht deren Diskussionen wiederholen, sondern wir wollen das Bundesprogramm ausnützen. Darum haben wir beispielsweise auch Geld in unser Klimaprogramm aufgenommen, damit wir das Klimaprogramm des Bundes zur Verbesserung energetischer Sanierungen bei Schulen, Kindergärten und Sporthallen vollständig abrufen können, einschließlich der von anderen Ländern nicht abgerufenen Mittel. Wir nehmen das gerne auf.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage schon: 350 Millionen Euro als zusätzliche Mittel erlauben uns zu sagen: Ein derartig umfangreiches Programm hat kaum ein anderes Land. Ich bin zurückhaltend, weil die Diskussion im Moment sehr dynamisch ist. Mir ist jedenfalls kein anderes Land in Deutschland bekannt, das ein derartig umfangreiches Programm auf den Weg gebracht hat. Deswegen sage ich auch hier, ohne großsprecherisch zu sein: Wir stehen jedenfalls an der Spitze der Bemühungen aller Länder in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Etwas anderes fällt mir noch auf: Mir fällt auf, dass man über den Klimaschutz in Deutschland, in Europa und auf globaler Ebene redet, seitdem wir eine Bundeskanzlerin, Frau Merkel, haben, wogegen das während der Regierungszeit von Rot-Grün überhaupt kein Thema war.

(Beifall bei der CSU)

Trittin, Schröder und Fischer haben auf diesem Feld versagt. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Ich sage: Das ist richtig, zumal das Thema auch ethische Aspekte hat.

Neunter und letzter Punkt, innere Sicherheit – Frau Bause hat ihn bereits angesprochen. Ich hatte in meiner Regierungserklärung die Thematik nur deswegen mit einem einzigen kleinen Satz behandelt, weil ich annehme, dass nahezu jeder, der sich für Politik interessiert – jedenfalls jeder in diesem Haus –, genau die Haltung des früheren Innenministers zu diesen Themen kennt. Jeder weiß auch, dass es eine große Übereinstimmung in der gesamten Staatsregierung und der CSU-Fraktion gibt.

Deswegen sage ich nur: Dazu braucht man jetzt keine Auseinandersetzung. Wir kennen die politischen Grundzüge, die lauten: Wir sind das Land, das Marktführer im

Bereich der inneren Sicherheit ist, und zwar deswegen, weil innere Sicherheit auch ein soziales Grundrecht ist.

(Margarete Bause (GRÜNE): Freiheitsrechte auch!)

Die allermeisten Menschen haben nicht Angst vor dem Staat, sondern sie haben Angst vor den Verbrechern.

(Lachen des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Frau Bause, dass das bei manchen Leuten etwas anders ist, soll uns dabei nicht entscheidend aufregen. Wir selber sind glühende Verfechter des Rechtsstaats. Aber der Rechtsstaat verlangt auch, dass nicht in die Wohnungen eingebrochen werden soll,

(Margarete Bause (GRÜNE)): Dass die Wohnungen nicht überwacht werden dürfen, das verlangt der Rechtsstaat auch!

dass Autos nicht gestohlen werden sollen und dass wir mithalten können mit organisierter Kriminalität. Dass wir auch mit den technischen Fortschritten der Islamisten mithalten müssen, ist bedauerlich, aber Faktum.

Das Generalthema dieser Regierungserklärung lautet: Wir wollen die Gesellschaft stabilisieren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir wollen Werte. Ich sage: Jawohl, ich bekenne mich dazu. Wir wollen die bürgerlichen Tugenden stärken. Die große Mehrheit der Bürger in diesem Land, die diese Tugenden hoch schätzt, verdient Unterstützung. Diese braven, anständigen Menschen sagen: Jawohl, wir arbeiten hart; wir strengen uns an. Diese bürgerlichen Tugenden wurden gestern in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ angesprochen: sich für das Wohlergehen der Familie einzusetzen, zuverlässig und vertrauenswürdig zu sein, ein anständiger Mensch zu sein, verlässliche Staatsbürger zu sein, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, fleißig zu sein und viel zu arbeiten.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!)

Diese guten Tugenden verdienen Unterstützung, weil jeder weiß: Ohne die Menschen, die nach diesen Grundsätzen leben, könnte ein Gemeinwesen auch keine anständige Sozialpolitik betreiben; denn nur die Bürger, die sich anstrengen, helfen uns, dass wir dann auch viel Geld ausgeben können. Wir bemühen uns, dies in einer sehr zweckmäßigen und sachgemäßen Weise zu tun. Wir schaffen den Rahmen, und dieser Rahmen ist in Bayern offensichtlich so beschaffen, dass es den Menschen hier gut gefällt, sonst würden nicht so viele in unser Land kommen. Nur ganz wenige haben gesagt, sie seien nach Bayern zwangsverschleppt worden. Die Menschen, die hierher kommen, sagen: Die Lebensbedingungen sind so, dass man hier besser leben kann als anderswo.

Wir wollen also möglichst gute Rahmenbedingungen schaffen. Aber letzten Endes ist der Einzelne dafür verantwortlich, was er daraus macht. Deswegen, glaube ich, war es richtig, diese Regierungserklärung unter das Motto zu stellen: Es kommt auf jeden an – Gemeinsam für Bayerns Zukunft. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Die Fraktionsführungen haben sich darauf verständigt, dass nur die ersten drei Dringlichkeitsanträge im Plenum behandelt werden. Ich darf in Erinnerung rufen, dass nach der probeweise geltenden Redezeitregelung die Redezeit insgesamt 30 Minuten je Fraktion beträgt.

Wir kommen zum:

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Veröffentlichung aktueller Energie- und Klimadaten (Drs. 15/9299)**

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Paulig.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich bitte darum, dass auch die Gespräche an der Regierungsbank eingestellt werden. – Herr Abgeordneter König! – Ich darf die gesamte Front an der Regierungsbank darauf hinweisen, dass die Gespräche draußen und nicht im Plenarsaal zu führen sind. – Ich unterbreche die Sitzung, bis die Gespräche beendet sind.

Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Herr Ministerpräsident Beckstein, Ihre letzten Worte waren toll: Bayern ist beim Klimaschutz wieder einmal an der Spitze. Ich muss nicht nur feststellen, dass Ihre Ausführungen in der Regierungserklärung dürftig waren, sondern auch: Bayern steht inzwischen beispielsweise, was den Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien betrifft, im Vergleich der Bundesländer an fünfter Stelle. Das, meine ich, ist keine Spitzenstellung.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): „Spitze“ wäre vorn!)

Sie sagen, unter Rot-Grün habe es keine Debatte zum Klimaschutz gegeben. Dazu muss ich sagen: CDU und CSU haben diese Debatte damals negiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wer hat denn das Erneuerbare Energien-Gesetz – EEG – abgelehnt, das den wirtschaftlichen Boom auf diesem Sektor für die Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht hat? Wir sind immer noch Marktführer bei Wind und Solarzellen. Wir haben allerdings zu befürchten, hierbei einzubrechen, wenn es keine vernünftige Folge-regelung des EEG gibt. Sie werden mir zustimmen. So schaut es aus im Bund. Ja, heuer haben wir Einbrüche zu verzeichnen. Durchaus steht die Drohung im Raum, dass andere Länder uns jetzt überholen und dass uns die Spitzenposition genommen wird, wenn wir nicht durch die Novelle des EEG vernünftige Anschlussregelungen bekommen. So sieht es aus.

Außerdem: Wer hat denn das Kraft-Wärme-Kopplungs-gesetz auf den Weg gebracht, das jetzt allerdings drin-gend fortgeschrieben werden muss, weil es zu zahm war, weil die SPD damals nicht mitgemacht hat und die Große Koalition jetzt noch nicht handlungsfähig ist? Wer hat denn die novellierte Energieeinsparverordnung mit dem Energiepass auf den Weg gebracht, der verschärfte Anforderungen zum Klimaschutz in den Gebäuden bringt? Das waren die Grünen. Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf Sie daran erinnern: Bereits im Jahre 1986, als die Grünen zum ersten Mal in den Landtag kamen, sind wir mit einer Vortragsreihe zum Klimaschutz quer durch Bayern gezogen. Dr. Christian Magerl, Prof. Dr. Armin Weiss und ich haben die vielfältigen Bereiche, in denen Klimaschutz umzusetzen ist, angesprochen. Was ist geschehen? 20 Jahre lang hat die CSU in Bayern dieses Thema verschlafen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

20 wertvolle Jahre sind verstrichen. Jetzt haben wir ein knappes Zeitfenster von nur mehr 12 Jahren bis zum Jahre 2020, in dem dringend wirksame Maßnahmen zum Klima-schutz umgesetzt werden müssen. Dieses Thema haben Sie, Kolleginnen und Kollegen der CSU, verschlafen. Leider ist es auch in der heutigen Regierungserklärung nicht wirksam eingebracht worden. Wir werden Sie weiter auf die Dringlichkeit dieses Themas hinweisen.

Unser Dringlichkeitsantrag passt wunderbar dazu. Ver-öffentlichen Sie doch endlich die aktuellen Energie- und Klimadaten für Bayern! Das ist in der Tat überfällig.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Es gibt dieses nette Heftchen „Daten zur bayerischen Energieversorgung 2006“. Wir haben es im Februar 2007

erhalten. Die aktuellsten Daten, die darin enthalten sind, stammen aus dem Jahr 2003.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nicht zu fassen!)

Beispielsweise geht die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs nach Energieträgern in Bayern gerade einmal bis 2002 in die Bilanz ein. Die aktuellsten Zahlen stammen hierbei von 2003. – So geht es nicht, Kolleginnen und Kollegen.

Schauen wir uns dann noch die Szenarien für die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs in Bayern, aufgeteilt nach Energieträgern, bis zum Jahre 2020 an. Diese enthalten als aktuellste Zahlen sogar nur jene von 1998. Ich bitte Sie: Aktualisieren Sie endlich diese Daten!

Im Internet könnte das Wirtschaftsministerium vielleicht aktueller sein als diese Broschüre. Aber auch hier sind das Aktuellste, was wir finden – gestern heruntergeladen –, die Zahlen von 2002. Gerade einmal beim Kapitel Fernwärme finden wir eine Zahl von 2004. Das ist aber die aktuellste Zahl.

Schauen wir uns sodann die Bilanzen an; denn es heißt immer: Bayern ist vorn. Nehmen wir doch einmal die Energiebilanzen des Länderarbeitskreises.

Im Länderarbeitskreis „Energiebilanzen“ sind das Wirtschaftsministerium und Vertreter des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung vertreten. Schauen wir uns einmal an, was im Länderarbeitskreis „Energiebilanzen“ vorgelegt worden ist. Da wird es für Bayern besonders peinlich. Alle Bundesländer mit Ausnahme von drei schwarzen Alleinregierungen haben die Zahlen aktuell vorgelegt. Nicht vorgelegt wurden sie von Bayern, aber auch von Hessen und Saarland. Wollten Sie sich damit immer vergleichen? Alle anderen Länder haben im Länderarbeitskreis „Energiebilanzen“ ihre aktuellen Zahlen wenigstens von 2004 vorgelegt. Aber Bayern ist hinten. Bayern hat die Zahlen für den Primärenergieverbrauch nicht vorgelegt, auch nicht die Zahlen zu den CO₂-Emissionen aus dem generellen Endenergieverbrauch der Verursacherbilanz, ebenso nicht bezüglich des Verkehrs, nicht die Emissionen aus der Gewinnung von Steinen und Erde, auch nicht die Zahlen zum verarbeitenden Gewerbe, keine aktuellen Daten zu CO₂-Emissionen aus den Sektoren Haushalte, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher.

Sie trifft die Schuld vielleicht nur bedingt, Frau Staatsministerin. Aber wir müssen schon sagen: Wenn wir heute über Klimaschutz und notwendige Maßnahmen diskutieren, dann brauchen wir die Zahlen zur aktuellen Entwicklung.

Dann brauchen wir – das steht in unserem Antrag – zum einen die endgültigen Energie- und Klimadaten für Bayern aus dem Jahr 2004. Wie gesagt, alle anderen Länder mit Ausnahme von Bayern, Hessen und Saarland haben die aktuellen Zahlen vorgelegt. Da darf man sich nicht hinstellen und sagen: Bayern ist Spitze. Bayern ist hinten dran. Bayern hat sogar diese Statistik verschlafen.

Nach dieser dringend notwendigen Bekanntgabe der Zahlen für 2004 brauchen wir aber zum Zweiten ebenso dringend die vorläufigen Zahlen für 2005 und 2006. In der Antwort auf die Anfrage der Kollegin Frau Biedefeld von der SPD-Fraktion haben Sie angedeutet, dass da teilweise Zahlen vorliegen.

Aus dem Landwirtschaftsministerium kommen, wenn zur Biomasse geredet wird, große, mutige Zahlen, die die Nutzung von Biomasse betreffen. Stellen Sie diese Zahlen doch offiziell ein. Sagen Sie, dass das die vorläufigen Zahlen für 2005 und 2006 sind. Stellen Sie das ins Internet. Dann können wir hier auf einer guten Datengrundlage die notwendigen Maßnahmen für den Klimaschutz besprechen.

Ich glaube, dies ist überfällig, um zu vernünftigen Prognosen zu kommen. Dann können wir vielleicht auch einmal feststellen, dass CO₂-Emissionen – davon gehe ich fast aus – gerade im Verkehrssektor enorm ansteigen.

Weiter müssen wir über Ihre Planungen im Sektor Verkehr sprechen: neue Autobahnen, neue Bundesstraßen, neue Staatsstraßen, neue Regionalflughäfen, dritte Start- und Landebahn im Erdinger Moos. Das alles wird den Klimaeffekt verschärfen und zu einer weiteren Steigerung der Klimagase führen. Diese Maßnahmen sind zu unterlassen. Wir müssen heute mit der Umsteuerung beginnen, um die internationalen Anforderungen einigermaßen zu erfüllen. Diese sind: maximaler Temperaturanstieg um bis zu zwei Grad bis 2050, weltweite Reduktion der Klimagase um 50 %, als besondere Aufgabe der Industrieländer eine Reduktion der Klimagase um 80 %. Mit dem, was Sie hier bieten, sind wir in Bayern mit unserem Anteil davon weit, weit entfernt.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir machen jetzt keine Replik auf die Regierungserklärung, sondern wir behandeln den Dringlichkeitsantrag. Dieser ist nach unserem Dafürhalten völlig überflüssig.

Selbstverständlich ist es üblich, richtig und notwendig, Datenbasen für politische Entscheidungen über Maßnahmen zu haben. Die haben wir auch und werden sie nutzen. Ich habe gerade erst heute Vormittag telefonische Auskunft über Zahlen – auch was die Energiebilanz anlangt, Frau Kollegin Paulig – für das Jahr 2004 bekommen. Nur ist auch Folgendes klar: Wir müssen abwägen. Frau Kollegin Paulig, Sie haben so vollmundig gesagt, wir bräuchten für unsere Maßnahmen auch eine entsprechende Datenbasis. Wir haben zu entscheiden, ob wir eine belastbare Datenbasis haben wollen, die seriös ist, auf die wir unsere Entscheidungen, auch die

Entscheidungen über Steuergelder stützen können, oder ob wir vorläufige, nicht belastbare Daten als Grundlage nehmen.

Ich denke, es ist schon ein Zeichen verantwortlicher Politik, zu sagen: Wir lassen diese Daten abklären. Das macht nicht irgendeine Fraktion, sondern das macht federführend – das wissen Sie, Frau Kollegin Paulig – das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Es kann die Datenbasis federführend, sachlich und seriös abklären.

Frau Kollegin Paulig, Sie haben hier immer wieder Krokodilstränen vergossen. Was Sie gesagt haben, ist immer wieder die gleiche Leier: Man tue nichts, man tue zu wenig, man tue es zu langsam, man komme nicht in die Gänge. Sie haben sich am 18. Juli in der Plenarsitzung darin verrannt, zu sagen, hieraus entstehe eine ideologisch veraltete Energiepolitik. Ich möchte Ihnen vorhalten, dass Sie eine umfangreiche Antwort am 14. August seitens des zuständigen Wirtschaftsministeriums von über fünf Seiten zur Energieversorgung bekommen haben.

(Henning Kaul (CSU): Das lesen die nicht!)

Wenn Sie hier eine ehrliche, seriöse Politik machen wollen, dann lese ich Ihnen eine Passage vor, die Sie womöglich nicht gelesen haben. Dann können Sie klar argumentieren, warum für eine seriöse Datengrundlage ein entsprechendes Zeitfenster notwendig ist. Ich zitiere also:

Zusätzlich zu der bayerischen Energiebilanz werden selbstverständlich auch vom Deutschen Institut für Wirtschaftsförderung gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft „Energiebilanzen“ mit den Methoden der Wirtschaftsforschung zeitnahe Schätzungen zum deutschen Primärenergieverbrauch abgegeben.

Das wird durch Sie pressewirksam vermarktet.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Frau Paulig?

Johannes Hintersberger (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Nein, Herr Präsident.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das können und wollen wir nicht als Grundlagen für so weitreichende Maßnahmen aufgrund politischer Entscheidung im Bereich der Energiepolitik oder der Klimaschutzpolitik machen.

Eine Aufteilung der Schätzwerte auf die Bundesländer erfolgt nicht. Das heißt, wir greifen hier aus Prognosen und Wirtschaftsforschungsgrundlagen mehr oder weniger willkürlich Zahlen, Daten und Fakten heraus, die uns gerade passen. Sie wollen, wie es Ihr Antrag beabsichtigt, das zur Grundlage weitreichender politischer Entscheidungen machen. Das können Sie ruhig wollen. Wir machen das aber nicht mit. Denn das ist keine Grundlage für eine saubere, seriöse Politik.

Ich zitiere weiter:

Diese Schätzungen führen dann aber auch zu Missverständnissen über die Aktualität der vorliegenden Daten in den Bundesländern, zumal dort in der Regel in vergleichbarer Form nur die auf der amtlichen Statistik basierenden endgültigen Bilanzdaten einschließlich des jeweiligen Primärenergieverbrauchs und keine Vorabschätzwerte veröffentlicht werden.

Dies ist gut so. Das wollen wir auch so.

Im Gegensatz zur amtlichen Statistik werden die Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung, die ich eben genannt habe, von der „Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen“ regelmäßig revidiert. Dies heißt, dass wir sie nicht zur Grundlage für politische Entscheidungen machen können, wenn wir dementsprechend mittel- und langfristig eine Effizienz in Sachen Klimaschutz erreichen und energiepolitische Entscheidungen treffen wollen. Daher sind wir selbstverständlich mit Ihnen d'accord, wenn Sie sagen, dass wir eine möglichst aktuelle Datenbasis benötigen, aber unter der Maßgabe, dass hier wirklich belastbare Zahlen und Fakten genannt und als Grundlage gegeben werden, um dementsprechend entscheiden zu können. Dieser Antrag ist daher überflüssig. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege Hintersberger. Ich erteile Frau Kollegin Paulig zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Kollege, Sie haben jetzt ganz schön herumgedrückt, und sich gewunden, warum die Zahlen noch nicht vorliegen. Ich habe jetzt wirklich keine Antwort heraushören können, warum wir die Zahlen für Bayern für das Jahr 2004 noch nicht vorliegen haben. Warum haben es denn alle anderen Länder geschafft? Dort liegen die Zahlen vor. Wollen Sie vielleicht behaupten, die sind nicht belastbar, nicht korrekt, nicht statistisch vernünftig abgeklärt? Bayern hat es nicht geschafft. Bayern ist wieder unter den drei Letzten. Gut, Sie stellen sich auf die gleiche Stufe wie das Saarland, das sei Ihnen unbenommen. Ich habe eigentlich gedacht, Bayern will Spitze sein, Bayern hat die Zahlen schnell vorliegen.

(Henning Kaul (CSU): Wir brauchen doch keinen Antrag, um die Zahlen zu bekommen!)

– Das haben Sie heute nicht gesagt. Ich kann Ihnen sagen, dass der damalige Staatssekretär, Herr Dr. Bernhard, diese Zahlen bereits für Juni dieses Jahres angekündigt hat – für Juni! Ich habe dann im Juli nachgefragt und ein ebenso windungsreiches Schreiben vom Wirtschaftsministerium erhalten, aus dem Sie zitiert haben, warum die Zahlen immer noch nicht vorliegen. Aber auch dieses Schreiben liegt jetzt schon circa vier Monate zurück, und wir haben die Daten immer noch nicht. Heute sagen Sie, in wenigen Wochen hätten wir sie. Sagen Sie einmal: Was ist denn das hier in Bayern für eine Arbeitsweise? Wirt-

schaftsministerium, Statistisches Landesamt – andere Länder können es.

Ich möchte jetzt von Ihnen eine klare – keine gewundene – Antwort: Wann bekommen wir diese Daten und warum sind sie bis heute nicht auf dem Tisch, wenn Sie schon den Antrag ablehnen wollen?

Johannes Hintersberger (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Meine Damen und Herren, liebe Kollegin Paulig! Ich habe hier eindeutig zitiert, ob wir aktuelle Daten oder eine dementsprechend seriöse Datenbasis haben. Es ist uns wichtig, dass wir hier belastbare Daten haben.

Frau Paulig, da können Sie noch so mit dem Kopf schütteln. Wenn Sie dies nicht wollen, dann sagen Sie, dass Sie keine belastbaren Daten wollen. Dann ist es in Ordnung, und ich nehme es so zur Kenntnis. Dies ist allerdings nicht der Standpunkt, den wir hier vertreten. Ich sage Ihnen heute, dass wir in wenigen Wochen – so die Auskunft von heute Vormittag – auch im Printbereich diese aktuellsten Zahlen haben. Im Internet haben wir bereits einige Zahlenreihen von 2004 vorliegen. Dies ist wirklich nicht das Niveau, auf dem wir hier diskutieren.

Wir brauchen diese Zahlen. Wir sind auch da beieinander, wenn Sie fordern, dass wir sie möglichst aktuell bekommen. Es ist wichtig, dass wir belastbares Zahlenmaterial haben. Darauf legen wir Wert. Diese Zahlen sind unter der Federführung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung derzeit wohl in der Endabstimmung. Damit haben wir auch die Grundlage für politische Entscheidungen. Wegen 14 Tagen hin oder her werden wir in keinster Weise große Diskussionen führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Ruth Paulig (GRÜNE): Drei Jahre sind das, Herr Hintersberger!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich habe noch die Bitte, dass die Gespräche auf der Regierungsbank eingestellt werden. Das gilt vor allem auch für Jungstaatssekretäre, Herr Fahrenschn.

Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! So rückständig, wie die Energiepolitik und die Klimapolitik der CSU-Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion sind, genauso rückständig sind die Zahlen und die Datenbasis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Hintersberger, es geht nicht um 14 Tage. Ich verweise auf folgende Drucksachen meiner Schriftlichen Anfragen: Drucksache Nummer 15/6812 vom 11.12.2006 und Drucksache Nummer 15/8815 vom 03.09.2007. Dort habe ich nach wichtigen Eckdaten für den Energiesektor in Bayern gefragt, genau nach dem, was in dem Antrag

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN enthalten und hier von Frau Kollegin Paulig dargelegt wurde, nämlich was wir an Zahlenmaterial haben wollen.

Es geht in diesen Schriftlichen Anfragen darüber hinaus um die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs unterschiedlicher Energieträger. Es geht darin auch um die Entwicklung des Endenergieverbrauchs auf den verschiedenen Sektoren – Industrie, Verkehr, Haushalte, Kleinverbraucher – und die Entwicklung der energiebedingten CO₂-Emissionen nach Verbrauchssektoren etc. Sie sagen: 14 Tage – ich sage: mindestens vier Jahre. Teilweise werde ich Ihnen jetzt nachweisen, dass die Zahlen immer noch nur geschätzt sind und man Bezugsdaten von 2001 und den Vorjahren nimmt. Wenn Sie nämlich in den Antworten des Bayerischen Wirtschaftsministeriums auf meine Anfragen und in den genannten Drucksachen nachlesen, werden Sie feststellen, wie das mit absolutem, aktuellem und zeitnahe Datenmaterial ist, wie Sie sagen. Da ist nichts von Aktualität und Zeitnähe zu erkennen.

Ich wiederhole die Frage von Frau Kollegin Paulig, weil Sie immer noch keine Antwort darauf gegeben haben. Vielleicht können Sie sie gar nicht beantworten, dann geben Sie es halt zu. Vielleicht kann sie dann die Frau Ministerin beantworten, wenn Sie es nicht können.

Die konkrete Frage war: Warum liegen in Bayern für das Jahr 2004 noch nicht alle Daten vor, wenn es alle anderen Bundesländer, auch Ihre Unionskollegen in den CDU-regierten Bundesländern, fertiggebracht haben? Warum kann es Bayern nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zweite Frage war: Wann kommt dieses Zahlenmaterial? Diese beiden konkreten Fragen haben Sie nicht beantworten können. Vielleicht kommt jetzt eine Antwort vonseiten der Wirtschaftsministerin.

Von Seriosität kann überhaupt nicht die Rede sein. Wie können Sie seriös behaupten: Bayern vorne! Bayern Spitze! Bayern Nummer 1! Ich frage Sie, wie können Sie das seriös behaupten, wenn Sie sich auf Zahlenmaterial von 2004, 2003 und noch weiter zurück beziehen, aber in anderen Bundesländern aktuelles Zahlenmaterial vorliegt? Sie können überhaupt keinen vernünftigen Vergleich ziehen. Sie können gar nicht feststellen, dass Sie hier in der Champions League spielen, um einen Vergleich mit dem Fußball heranzuziehen, wenn es darum geht, in der Klima- und Energiepolitik wirklich Vorreiter zu sein – im Gegenteil.

Schauen Sie sich die Antworten einmal an. Ich zitiere aus den Antworten auf meine Anfrage:

... statistische Daten zum Primärenergieverbrauch ... und zu den CO₂-Emissionen in den Jahren 2005 und 2006 liegen noch nicht vor.

Das war die Antwort vom 03.09.2007. Weiter heißt es zu meiner Abfrage etwa über installierte Leistungen, Windenergie, Fotovoltaik, Biogas etc.:

Es wird darauf hingewiesen, dass amtliche Erhebungen im Bereich der erneuerbaren Energien nur in begrenztem Umfang durchgeführt werden. ... Genauere Angaben zu Fotovoltaik mit Aufschlüsselung der installierten Anlagenleistung nach Bundesländern liegen derzeit nur für das Jahr 2005 vor.

Diese liegen auch für 2006 noch nicht vor, geschweige denn für 2007.

Es heißt hier weiter, etwa in Bezug auf andere Bereiche wie Wärmeenergie: Nach den hiesigen Abschätzungen auf der Basis von Daten des Bundesumweltministeriums würden entsprechende Zahlen ausgegeben. Ich darf weiter kurz vorlesen: „Nach vorläufigen Abschätzungen, u. a. auf der Basis der derzeit verfügbaren Zahlen ...“ Diese gehen auf das Jahr 2001 zurück. Ich kann dies zitieren. Sie können es nachlesen, ich habe Ihnen die Drucksachennummern gesagt.

Beim Bereich Kraft-Wärme-Kopplung heißt es: „Für den Anlagenbestand im Bereich Kraft-Wärme-Kopplung gibt es keine laufende statistische Erhebung und daher keine aktuelle Statistik.“

Die Kraft-Wärme-Kopplung ist aber ein ganz wichtiger Aspekt einer effektiven Klimaschutzpolitik und einer nachhaltigen Energiepolitik. Hier heißt es, dass die installierte Leistung bei der Kraft-Wärme-Kopplung seit 2001 rund 3000 Megawatt betrug. Das ist Ihre aktuellste Zahl, das ist zeitnah. Daher sind die Aussagen, die Sie hier gemacht haben, unseriös. Das, was in den Antworten steht, ist wohl auch unseriös. Das ist ein Armutszeugnis. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich künftig mit Ihren Lobhudeleien über Ihre eigene Energie- und Klimapolitik zurückzuhalten. Sie können so etwas nicht seriös behaupten. Ich finde es schade, dass Sie die Länder, die seriöse und aktuelle Daten haben, als unseriös bezeichnen. Nichts anderes haben sie gemacht. In anderen Ländern, in denen die CDU regiert, ist es so. Vielleicht sollten Sie Ihre Hausaufgaben machen und sich bei diesen Ländern eine Scheibe abschneiden, statt Ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Union als unseriös hinzustellen. Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Staatsministerin Emilia Müller.

Staatsministerin Emilia Müller (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe, dass es Unmut gibt, weil die Daten noch nicht vorliegen. Das möchte ich am Anfang gleich vorausschicken. Die Daten der Energiebilanz Bayern basieren zu einem großen Teil auf den Ergebnissen von statistischen Erhebungen. In Bayern werden die Erhebungen

wie auch die Erstellung der Energiebilanz vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung durchgeführt. Aufgrund der verschiedenen durchzuführenden Arbeitsschritte wie Erhebung, Auswertung, Aufteilung auf Bundesebene hat sich die amtliche Statistik unvermeidbar etwas verzögert. Das möchte ich hier auch zugeben.

In die Energiebilanz fließen die Daten der Verbände ein, zum Beispiel auch die Daten der Mineralölwirtschaftsverbände. In der Regel liegen diese Daten bundesweit und damit auch in Bayern erst nach mehreren Jahren vor. Deshalb reden wir jetzt über das Jahr 2004. Sie reden von 2005 und 2006. Daher hinkt die vollständige Energiebilanz in allen Ländern – übrigens auch beim Bund, Frau Paulig – zwei bis drei Jahre hinterher.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das ist in anderen Ländern auch so!)

– Nicht in allen, Sie haben es vorhin selber gesagt, aber zwei Jahre sind es auf jeden Fall.

Sie werden jetzt mit Sicherheit einwenden, dass der Bund schon die aktuelleren Zahlen publiziert hat. Dazu kann ich nur sagen, dass das nur Vorabschätzungen einzelner Energiedaten, aber nicht die gesamten Daten sind. Mit einer vollständigen Energiebilanz sind diese Zahlen nicht vergleichbar. Es werden nur einzelne Werte publiziert. Die vollständige Energiebilanz liegt auch beim Bund erst für das Jahr 2003 vor. Kein Land hat bislang – von sporadischen Einzelfällen abgesehen – solche Abschätzungen, wie sie der Bund macht, in Auftrag gegeben.

(Susann Biedefeld (SPD): Stimmt nicht!)

Die Basistabellen für die Energiebilanz 2004 wurden erst kürzlich vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung an das bayerische Wirtschaftsministerium übermittelt. Ich kann nichts anderes mitteilen als das, was sich derzeit bei uns im Haus abspielt. Derzeit werden die Daten für die Veröffentlichung aufgearbeitet. Ich gehe davon aus, dass wir Mitte Dezember die Bilanz auch ins Internet einstellen werden. Spätestens bis Ende des Jahres werden wir also die Energiebilanz veröffentlicht haben, und damit kommen wir auch Ihrem Anliegen entgegen, Frau Paulig.

(Susann Biedefeld (SPD): Die Zahlen für 2004?)

– Ja, für 2004. Dabei soll natürlich auch die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs nach unterschiedlichen Energieträgern und Verbrauchssektoren aufgezeigt werden, wie es von Ihnen verlangt wird. Es sollen aber auch die energiebedingten CO₂-Emissionen nach Verbrauchssektoren aufgelistet werden. Die amtlichen statistischen Erhebungen und Zahlen für die Jahre 2005 und 2006, die Sie mit Ihrem Antrag auch einfordern, liegen uns derzeit nicht vor. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung rechnet mit einer Fertigstellung der Energiebilanz für das Jahr 2005 nicht vor Mitte 2008. Woher sollen wir denn die Daten haben, wenn sie nicht professionell zusammengestellt werden?

Man kann allerdings schon heute sagen, dass der Primärenergieverbrauch im Jahr 2006 wie schon in den vergangenen Jahren wohl bei 2000 Petajoule gelegen hat. Die CO₂-Emissionen lagen in den vergangenen Jahren bei etwa 83 Millionen Tonnen. Bei einem nahezu unveränderten Primärenergieverbrauch dürften die CO₂-Werte für 2006 in einer ähnlichen Größenordnung liegen.

Klimaschutzmaßnahmen wie der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien werden sich bei der endgültigen amtlichen Bilanzierung natürlich auch bemerkbar machen. Da bin ich zuversichtlich.

Frau Paulig, Sie haben mich bei der Forderung nach einem intelligenten Energiemix an Ihrer Seite. Wir müssen mehr in erneuerbare Energien investieren. Wir müssen mehr in Energieeffizienz investieren. Wir müssen beim Klimaschutz etliches voranbringen. Ich werde meine Aufgabe als Wirtschaftsministerin auch auf diesem Gebiet ernst nehmen. Deshalb stehe ich dazu, dass die Bilanz bis Mitte Dezember im Internet stehen wird. Für die Jahre 2005 und 2006 können wir aber noch keine endgültigen Daten liefern. Deshalb können wir dem Antrag so nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich nehme es Ihnen gerne ab, dass Sie sich für die Statistik einsetzen werden. Sie haben allerdings ein fatales Erbe übernommen. Bayern liegt enorm weit hinten.

Ich habe nicht gesagt, dass die Zahlen vom Bund vorliegen, sondern ich habe gesagt, dass von 16 Bundesländern 13 die aktuellen validierten Zahlen für 2004 vorgelegt haben. Es ist mir unverständlich, dass Bayern diese Zahlen erst Ende dieses Jahres vorlegen kann. Das erschließt sich mir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu der Altlast, die Sie übernehmen, Frau Ministerin. Im Mai hat Herr Staatssekretär Bernhard angekündigt, dass die Zahlen im Juni vorliegen werden. Vielleicht war es auch Herr Schnappauf. Das kann ich nicht mit Sicherheit sagen. Für Juni waren die Zahlen für 2004 zugesagt. Irgendwann im Juli habe ich einen Brief von Herrn Huber bekommen. Darin hieß es, es würde noch dauern, die Zahlen müssten gründlich berechnet werden. Das war auch schon vor vier Monaten so. Jetzt heißt es Ende 2007. Mit Aktualität, die wir als Grundlage für Entscheidungen zum Klimaschutz brauchen, hat das nichts zu tun.

Der Bund wartet ganz dringend auf die Zahlen von Bayern. Die anderen Länder haben die Zahlen schon vorgelegt. Sie sprachen heute von den vorläufigen Zahlen für 2005 und 2006, die in Bayern bei 83 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß liegen werden. Wenn diese Zahlen so

bleiben und nicht noch höher werden, müssen wir leider feststellen, dass wir gegenüber 1990 keine Reduktion der CO₂-Emissionen erreicht haben. Vielleicht sind es ein oder zwei Prozent. Wenn ich die Zahlen für 1990 etwas höher setze, sind es vielleicht 3 %. Das ist nicht viel, wenn wir in Bayern die Treibhausgase reduzieren wollen. Weiter auf der Höhe von 83 Millionen Tonnen zu bleiben, ist schlecht. Das bestätigt, dass die Klimaschutzbemühungen, die Sie in Bayern angeblich unternehmen, nichts bringen. In der Tat wollen wir für 2005 und 2006 vorläufige Zahlen. Diese Zahlen brauchen wir, um die Entwicklungen im Verkehr abschätzen zu können. Wir werden mit diesen Zahlen als vorläufige Zahlen rechnen, aber wir brauchen sie, um heute die Maßnahmen für morgen ergreifen zu können.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/9299 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion, ganz oder zum Teil?

(Heidi Lück (SPD): Ganz!)

– Ganz. Dann bitte ich aber auch alle, die Hand zu heben.
– Das ist nett. Das sind beide Fraktionen. Gegenstimmen?
– Die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU) Förderung und Unterstützung älterer Arbeitnehmer im Arbeitsprozess (Drs. 15/9300)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Winter.

Peter Winter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeitsmarktsituation für viele ältere Arbeitnehmer ist nach wie vor verbesserungswürdig. Denn zu viele Arbeitslose in Deutschland sind 50 Jahre oder älter. Viele Unternehmen beschäftigen keine älteren Arbeitnehmer, und ältere Mitarbeiter partizipieren nach wie vor zu wenig an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen. Darüber hinaus zeigt ein Blick ins Ausland, dass in Deutschland weniger Ältere erwerbstätig sind als in vielen anderen europäischen Ländern. Die Erwerbsquote von Personen über 55 Jahren ist mittlerweile bei uns – Gott sei Dank – auf 52 % angestiegen. Schweden hingegen hat hier eine Erwerbsquote von über 69 %, Dänemark nahezu 59 % und Finnland 55,4 %. Die demografische Entwicklung verschärft die Problematik zunehmend.

Negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland und auf die Finanzierbarkeit unserer Sozialsysteme sind die Folge. Der Handlungsbedarf ist – denke ich – zwischen allen Parteien unbestritten. Doch kann eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer nur erreicht werden, wenn zum einen die

Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Krankenkassen wie die Politik gemeinsam aktiv daran arbeiten, die tariflichen wie gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen, und wenn zum anderen der notwendige Bewusstseinswandel in der Gesellschaft bei Arbeitgebern und Beschäftigten stattfindet. Denn die Ursachen für die schwierige Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer sind vielschichtig. Sie reichen teilweise von der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung der zurückliegenden Jahre über hemmende gesetzliche und tarifliche Regelungen bis hin zu Vorbehalten bei Arbeitgebern gegenüber älteren Mitarbeitern.

Wir wollen mit unserem Dringlichkeitsantrag „Förderung und Unterstützung älterer Arbeitnehmer im Arbeitsprozess“ die verbesserte Integration älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsprozess verstetigen. Die Frühverrentungspraxis in den Neunzigerjahren ist sowohl im Hinblick auf das Selbstwertgefühl älterer Arbeitnehmer als auch im Hinblick auf die Kostenbelastung unserer Sozialversicherungssysteme abzulehnen. Notwendige und richtige Ansatzpunkte für eine bessere Beschäftigungssituation bei älteren Arbeitnehmern sind Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Fort- und Weiterbildung sowie Maßnahmen auch zur präventiven Gesundheitsförderung.

Bayern ist mit seinem Neun-Punkte-Programm, das die Bayerische Staatsregierung mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft erarbeitet hat, bereits auf einem guten und – wie wir meinen – richtigen Weg. Die Arbeitsmarktreformen, zu denen wir nach wie vor uneingeschränkt stehen, sind ein Schritt in die richtige Richtung; denn die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation insgesamt wirkt sich auch positiv auf die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern aus. Ich erwähnte es schon, wir konnten eine Steigerung um 10 % auf mittlerweile 52 % erreichen.

Regelungen wie etwa der befristete Zuschlag auf das ALG II nach Bezug von ALG I, die einen Anreiz für eine Überbrückungsphase der Erwerbslosigkeit vor dem Renteneintritt setzen, sind daher kontraproduktiv. Eine weitere Erhöhung der Zahlen ist erforderlich. Wir können alle nicht auf die Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verzichten. Es ist die gemeinsame Aufgabe der Tarifparteien, der Wirtschaft, der Krankenkassen und des Staates, hier weiter voranzukommen.

Bei unserer Informationsreise nach Finnland konnten wir interessante Ansätze wie insbesondere eine größere Individualisierung der Arbeitsbedingungen, zugeschnitten auf die Bedürfnisse des Arbeitnehmers, und ein umfangreiches Schulungsprogramm kennenlernen. Gute Beispiele anderer Länder können nicht unbesehen übernommen werden. Wichtig ist vielmehr die Gesamtheit der Rahmenbedingungen, insbesondere der arbeitsrechtlichen Bedingungen und der Sozialversicherungssysteme. Trotzdem sollten wir überprüfen, was für uns hier passt und was wir übernehmen können.

Wir sollten das Älterwerden nicht nur mit Defiziten verbinden, sondern müssen es vor allem auch als gesellschaftliche wie persönliche Chance nutzen und anerkennen. Unsere Gesellschaft kann es sich meines Erach-

tens nicht leisten, auf die Kompetenzen, Erfahrungen und Ressourcen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verzichten. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Steiger.

Christa Steiger (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ältere Arbeitnehmer und ältere Arbeitnehmerinnen in Beschäftigung zu bringen, zu halten und sie auch zu qualifizieren, ist nicht nur eine Frage der demografischen Entwicklung und der steigenden Nachfrage nach Fachkräften, sondern hat vor allem zu tun mit Würde, Menschenwürde, dem Recht auf Arbeit und dem Erfahrungsschatz älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf die wir nicht verzichten können. Insofern sind wir uns einig, Herr Kollege. Es ist einfach nicht mehr hinnehmbar, dass es in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern Betriebe gibt, die kaum mehr Beschäftigte über 45 oder 50 haben. Auch wenn die Maßnahmen der vorhergehenden und der jetzigen Bundesregierung und die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit hier schon Erfolge zeigen, muss noch mehr getan werden. Das ist keine Frage.

Die alte wie auch die derzeitige Bundesregierung haben eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt auf den Weg gebracht. Ich erwähne nur das Projekt „50 plus“ und – ganz aktuell – mit Wirkung vom 01.01.2007 das Gesetz zur Verbesserung von Beschäftigungschancen älterer Menschen, und zwar in Bezug – weil es um den Antrag geht, den die CSU hier als Dringlichkeitsantrag eingebracht hat – auf Qualifizierung und Weiterbildung. In diesem Gesetz steht unter anderem, dass Beschäftigte in Betrieben bis zu 250 Mitarbeitern – bisher war es auf 100 begrenzt – künftig bereits ab dem 45. Lebensjahr – vorher war es ab dem 50. Lebensjahr – Bildungsgutscheine für zertifizierte Weiterbildungen erhalten. Das ist ein wichtiger Schritt. Das nur als Vorbemerkung.

Nun zu Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Man reibt sich manchmal schon sehr verwundert die Augen, wenn man hört, was bei Ihnen dringlich ist. Vor sage und schreibe einem Jahr fand der Kongress „Aufbruch mit 50!“ der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft mit der Staatsregierung statt. Der damalige Ministerpräsident hat das eben erwähnte Neun-Punkte-Programm vorgestellt. Der Inhalt waren Appelle an Unternehmen, Tarifpartner und den Bund. Zielgerichtete Maßnahmen der Staatsregierung – keine, Fehlanzeige. Vor einem Jahr haben wir von der SPD-Fraktion – federführend war Frau Kollegin Dr. Kronawitter, die sich mit dem Thema älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt intensiv beschäftigt hat – ein Antragspaket vorgelegt mit dem Titel: „Beschäftigungschancen für ältere Erwerbstätige erhöhen“. Wissen Sie überhaupt noch, was Sie damit gemacht haben? – Sie haben es abgelehnt. Sie haben unsere Initiativen nicht gewollt. Einzig für den Bereich der Gesund-

heit waren Sie gnädig und bereit zu einer Umwandlung in einen Berichtsantrag.

Vor einem Jahr haben Sie diese Initiativen also abgelehnt, und jetzt kommen Sie mit einem Dringlichkeitsantrag zur gleichen Thematik. Sagen Sie bitte jetzt nichts. Ich kenne sämtliche Argumente, die Sie immer anführen, wenn es um Anträge der SPD geht.

Sie kommen immer zur Unzeit und sie sind vor allem nicht von Ihnen. Ich weiß, Sie brauchen Zeit. Das ist ganz klar. Im Januar kam es zur Rücktrittsforderung gegen Herrn Stoiber. Es gab den Pauli-Ärger und die Frage, wer Ministerpräsident und wer Parteivorsitzender wird, war zu klären. Sie hatten eine ganze Menge zu tun. Sie waren sehr mit sich selbst beschäftigt. Das ist aber jetzt vorbei. In der heutigen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ist zum Thema „Weiterbildung älterer Arbeitnehmer“ auf der Seite 22 zu lesen:

Zusätzliche Anstrengungen sind besonders bei der Weiterbildung älterer Arbeitnehmer erforderlich. Ich möchte dazu die Hand in Richtung Arbeitgeber und Gewerkschaften ausstrecken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von einer ausgestreckten Hand hat man herzlich wenig.

(Beifall bei der SPD)

Eine ausgestreckte Hand ist im Allgemeinen leer. Wir kränken immer noch an den Folgen des Nachtrags Haushalts 2004, weil gerade bei der Arbeitsförderung, den Berufsförderungswerken überproportional gekürzt worden ist. Das Landesarbeitsmarktprogramm, das wir immer wieder gefordert haben, haben Sie immer wieder abgelehnt. Wer finanziert in Bayern das Nachholen der Schulabschlüsse? Die Arbeitsagentur? Welche Mittel werden für die Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt? Unser Fraktionsvorsitzender Franz Maget hat es Ihnen vorhin gesagt: Nur 8 % dieser Mittel werden vom Freistaat getragen. Was ist mit der ausgestreckten Hand des Ministerpräsidenten – der sie gerade nach hinten in Richtung der Tarifpartner und der Gewerkschaften gereicht hat – hinsichtlich eines Weiterbildungsgesetzes?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hier ist nichts vorhanden.

Nun zu den konkreten Projekten für die Krankenkassen und Betriebe zur präventiven Förderung für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Auch hier stellt sich die Frage, wie sich der Freistaat daran beteiligt. Was tut der Freistaat Bayern zum Beispiel in seinem eigenen Bereich, dem öffentlichen Dienst?

(Ludwig Wörner (SPD): Polizei, Feuerwehren!)

Hier gilt die 42-Stunden-Woche und außerdem müssen Nachtschichten geleistet werden. Wo gibt es hier Projekte der präventiven Gesundheitsfürsorge?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Ansatz der SPD im Bund und im Land war immer die Stärkung der Prävention. Hier hatten Sie immer eine sehr merkwürdige Haltung. Ich erinnere Sie nur daran, dass ein gewisser Herr Seehofer – damals noch als Bundesminister – die Präventionsmodelle der Krankenkassen massiv abgelehnt hat. Ich möchte jetzt gar nicht zitieren, was er dazu gesagt hat.

Zur Prävention und zur Gesundheitsförderung gehört in den Betrieben und im Gewerbe die Gewerbeaufsicht. Im letzten Bericht über die Gewerbeaufsicht im sozialpolitischen Ausschuss wurde eindeutig festgestellt, dass den Gewerbeaufsichtsämtern das Personal fehlt, um in die Betriebe zu gehen, aufsuchende Prävention zu betreiben und Kontrollen durchzuführen. Auch das ist eine Folge des Kürzungshaushalts und der Verwaltungsreform. Man kann die heutige Regierungserklärung übrigens drehen und wenden wie man will: Dort steht kein Wort und kein Satz zur Gesundheitsvorsorge, auch nicht zur Prävention.

(Beifall bei der SPD)

Was tut der Freistaat für die Qualifikation, die Weiterbildung und die Gesundheitsvorsorge? Sie ziehen sich wieder aus der Affäre nach dem Motto: Lassen wir es die anderen machen. Wir haben schließlich die Tarifpartner, die Sozialpartner und den Bund. Das muss ich Ihnen lassen: Das machen Sie wirklich perfekt. Sie haben kreative Vorschläge, aber immer für die anderen. Bei Ihnen selbst hapert es jedoch gewaltig.

Nun zu Ihrem Wunsch, das Finnland-Konzept zu prüfen. Das ist sicherlich sinnvoll. Es gibt in den Niederlanden, in Dänemark und Schweden Programme zur Unterstützung älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Ich könnte mir das sehr gut als Modell für eine Region in Bayern vorstellen, wo die demografische Entwicklung zu einer besonders starken Abwanderung führt, wo die Arbeitslosenquote immer noch am höchsten ist und wo wir einen hohen Anteil von gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben, nämlich in Nordostbayern, sprich, dem nördlichen Oberfranken und der nördlichen Oberpfalz. Wir werden diesem Prüfwunsch zustimmen, wenn Sie bereit sind, den letzten Absatz mit den Frühverrentungsanreizen zu canceln bzw. zu streichen. Ansonsten werden wir Nein sagen, vor allem zum letzten Absatz.

Sie erinnern sich sicher: Die von Ihnen so genannte Frühverrentungskultur, also das vorgezogene Altersruhegeld, wurde von der Regierung Helmut Kohl eingeführt. Es war eine verheerende Entwicklung, als sich Unternehmen auf Kosten der Sozialversicherten und der Rentenkassen ihrer älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entledigt haben. Im Gegensatz zu Ihnen sehen wir keinen Handlungsbedarf; denn wir haben folgende Regelung, die im Koalitionsausschuss verhandelt worden ist: Die verlängerte Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer wird ab dem 50. Lebensjahr bei 15 Monaten, ab dem 55. Lebensjahr bei 18 Monaten und ab dem 58. Lebensjahr bei 24 Monaten liegen.

Von den bisher nicht verwendeten Eingliederungsmitteln der Bundesagentur in Höhe von 700 Millionen Euro wird ein Betrag von rund 500 Millionen Euro für folgende Maßnahmen eingesetzt: Jeder, der einen Anspruch auf das verlängerte Arbeitslosengeld hat, bekommt einen Eingliederungsgutschein, entweder gekoppelt mit den konkreten Arbeitsangeboten oder mit dem Auftrag, sich um dessen Einlösung zu bemühen. Gelingt ihm das nicht, wird ihm für die Verlängerung die Zahlung des Arbeitslosengelds gewährt. Das ist Konsens.

Keinen Konsens gibt es hingegen bei der so genannten Zwangsverrentung. Arbeitslose, die mindestens 58 Jahre alt sind, haben die Möglichkeit, weiterhin Arbeitslosengeld zu beziehen. Danach können sie auch ohne Abschläge in Rente gehen. Dieser erleichterte Leistungsbezug wird häufig ab dem 31. Dezember 2007 ausfallen. Im Jahr 2008 können die Träger Arbeitssuchende, soweit die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, auch gegen ihren Willen in eine abschlagsgeminderte vorzeitige Altersrente verweisen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb hat das Bundesarbeitsministerium einen Gesetzentwurf mit einer wirkungsvollen Regelung zur Vermeidung der Zwangsverrentung mit Rentenabschlag eingebracht. Die Union hat diesen Gesetzentwurf im Koalitionsausschuss am 12. November zurückgewiesen. Das nehmen wir so nicht hin. Hier muss neu verhandelt werden. Das Thema muss in den nächsten Koalitionsausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Wir lehnen deshalb Ihren Dringlichkeitsantrag ab, es sei denn, Sie würden sich Ihrer sozialen Komponente besinnen und den letzten Absatz streichen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildungsurlaub ist eine Form der bezahlten Freistellung von der Arbeit zum Zwecke der Weiterbildung. Er fällt in die Ländergesetzgebung. In 12 von 16 Bundesländern gibt es eine solche landesgesetzliche Regelung, die den Arbeitnehmern das Recht zuspricht, in der Regel eine Woche pro Jahr bezahlten Bildungsurlaub zu nehmen. In Bayern gibt es dieses Recht nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die CSU-Fraktion vor diesem Hintergrund heute einen Antrag vorlegt, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wird, sie möge ihre Bemühungen um Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen noch weiter verstärken – das ist wahrscheinlich das Maximum an sprachlichem Wulst –, ist das eine ziemlich absurde Aktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen uns vor Augen halten, dass im öffentlichen Dienst entweder gar keine Angebote bestehen – Frau Kollegin Steiger hat darauf hingewiesen –, oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich weiterbilden wollen, von ihren Kollegen schief angesehen werden, weil der öffentliche Dienst bereits so klein gespart ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die ganze Mehrarbeit zu tragen haben. Auch das ist Ihr Versagen.

Deshalb ist der heutige Antrag nicht wirklich ernst zu nehmen. Ein absurdes Stück führen Sie auch damit auf, dass Sie noch vor wenigen Tagen im Koalitionstheaterausschuss der Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmer zugestimmt haben, während Sie hier und heute materiell genau das Gegenteil fordern, nämlich dass der Zuschlag für Ältere zum Arbeitslosengeld II abgeschafft wird. Das Ganze soll dann dazu dienen, ich zitiere aus Ihrer CSU-Sprachregelung, „der Frühverrentungskultur entgegenzuwirken“. Ich finde, das ist ein ziemlich verächtlicher Begriff,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wenn man bedenkt, dass Sie es waren, die konservativen Regierungen, die in den Neunzigerjahren systematisch ältere Erwerbspersonen in den Vorruhestand zu schieben begannen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrer schriftlichen Antragsbegründung wird auch das Prinzip klar, dass Sie ältere Erwerbstätige nach wie vor lediglich als Verschiebebahnhof für unternehmerische Arbeitsnachfrage ansehen. Es geht Ihnen nicht um ältere Menschen und deren Bedürfnisse.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Die haben Sie schon längst zu einer Funktion der demografischen Entwicklung degradiert, und die funktionieren dann je nach Bedarf. Vor einigen Jahren wurden sie hinausgeschoben, jetzt werden sie wieder hereingeholt. Von Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitikern in der CSU hätte ich mir etwas mehr Respekt für die ältere Erwerbsgeneration erhofft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bleibt an Materiellem von Ihrem Antrag? – Der sogenannte 9-Punkte-Plan zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer, den Sie vor eineinhalb Jahren – eineinhalb Jahre ist das jetzt schon her – mit der Vereinigung der Deutschen Wirtschaft unterzeichnet haben, ist im Wesentlichen belanglose Prosa. In Punkt 1 beispielsweise heißt es: Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern. Oder es hat nichts mit der Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zu tun, sondern schlicht damit, die Lebensarbeitszeit zu verlängern oder Rentenabschläge einzuführen. Oder, wie Sie in Punkt 6 schreiben, ist die Politik gar nicht zuständig, weil Sie die Änderungen tarifvertraglicher Regelungen anmahnen. Oder Sie wollen als neoklassische Überzeugungstäter arbeitsrechtliche

Schutzklauseln für Arbeitnehmer außer Kraft setzen wie beispielsweise das Sozialauswahl-Kriterium für Ältere im Kündigungsschutzgesetz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei diesem Inhalt verwundert es nicht, dass Sie mit Ihrem Vertragspartner für diesen 9-Punkte-Plan, mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft – vbw –, einen Partner gefunden haben, der wie Sie vorgibt, als Bock der bessere Gärtner zu sein. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben im Schnitt aller Leistungsparameter nämlich eine höhere Leistungsfähigkeit als jüngere. Ich verweise auf einschlägige Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit. Dennoch haben, so die jüngsten mir vorliegenden Untersuchungen, über 50 % der Unternehmen, wenn sich ältere Erwerbspersonen bei ihnen für einen Job beworben haben, diese nicht eingestellt. In über 50 % der Fälle wurden, wenn Ältere in der Auswahl waren, diese nicht genommen. In 40 % aller Unternehmen ist niemand jenseits der 50 beschäftigt. Dieser Widerspruch zwischen den guten Leistungsparametern der älteren Arbeitnehmer einerseits und einer deutlich höheren Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe andererseits, zeigt vor allem eines: Die schlechten Jobchancen beruhen vor allem auf Vorurteilen, die von den Unternehmen und ihren Personalchefs beharrlich gepflegt werden. Mit den Mitgliedern der vbw einen Pakt zu schließen, ist unsinnig. Die sollten sich lieber an der eigenen Nase packen und für die Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer sensibel werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit, die Potenziale älterer Menschen zu erkennen und von den skizzierten lieb gewordenen Vorurteilen und Stereotypen endlich Abschied zu nehmen. Dabei müssen uns die vielen aktiven Alten, von denen ich auch hier im Hohen Haus den einen oder anderen zu erblicken vermag, längst eines Besseren belehrt haben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die Zahl 60 steht weder für Leistungsabfall noch für Rückzug ins Privatleben. Diese Potenziale müssen aber auch aktiviert und stimuliert werden, und dazu braucht es mehr als die Lippenbekenntnisse Ihres Antrags.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

Konkret wären das zum Beispiel flexible Übergangsregelungen von Erwerbs- in die Nacherwerbsphase. Das will die Mehrheit aller Menschen, die in diesem Alter sind. Hier müssten also die gesetzlichen Regelungen weiter entwickelt werden. Weiter entwickelt werden muss auch die Möglichkeit, mit verringerter Arbeitszeit gleitend in den Ruhestand zu kommen. Das nur zu diesem Komplex.

Nun zu einem anderen, zur Weiterbildung. Bei der Weiterbildung liegt vieles im Argen: ich habe einleitend mit dem Beispiel Bildungsurlaub darauf hingewiesen. Dramatisch aber ist, wenn ich der „Süddeutschen Zeitung“ glauben

darf, dass die Firmen heute an der Weiterbildung immer mehr sparen. So sanken, ausweislich der Zahlen des Statistischen Bundesamtes, seit 1999 sowohl die Bereitschaft der Unternehmen, Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten, als auch die hierfür bereitgestellten Mittel. Auch deshalb ist die Wirtschaft, ist die vbw, Bock und nicht Gärtner.

Der Hinweis des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, die Arbeitnehmer sollten ihre Ferien zur Weiterbildung nutzen, wird vor diesem Hintergrund zu einem unverschämten Abschieben in die Eigenverantwortung. Ich verstehe nicht, warum Sie diese Positionen übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Konstellation geht vor allem zulasten älterer Arbeitnehmer. Deren Teilnahme an beruflicher Weiterbildung sinkt ab Ende 50 rapide in Richtung Null. Deshalb müssen die politischen Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen weiter verbessert werden, was im Übrigen nicht nur den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute käme, sondern auch für das inkooperierte Wissen von Bedeutung wäre, auf das unsere Gesellschaft existenziell angewiesen ist. Vor diesem Hintergrund reicht uns dieses kleine Antragssätzchen nicht, Herr Kollege Winter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme aber zu einem versöhnlichen Ende. Sehr originell und wirklich gut finde ich, dass die CSU offensichtlich bereit ist, von den finnischen Erfahrungen zur Integration älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu lernen. Ich gehe davon aus, Kolleginnen und Kollegen von der Regierungsfraktion, dass Sie wissen, dass es in Finnland ein ausgeprägtes Individualarbeitsrecht gibt, mit einer sehr hohen Schutzregelung, beispielsweise im Kündigungsschutz. Ich nehme an, Sie wissen, dass das Niveau der sozialen Sicherung in Finnland sehr hoch ist.

Die OECD, und damit komme ich zu meiner Anfangsüberlegung, dem Bildungsurlaub, zurück, schreibt in ihrer Studie mit dem bezeichnenden Titel: „Beyond rhetoric – adult learning policies and practices“ wörtlich: „In Finnland ist der Anspruch auf Bildungsurlaub ein bedeutender Anreiz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich fort- und weiterzubilden.“ Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass Bayern zu den ganz wenigen Bundesländern gehört, wo dieser Anspruch nicht verwirklicht ist. Angesichts der Diskrepanz von Rhetorik und politischer Wirklichkeit bei Ihnen kann ich es nur begrüßen, wenn Sie nach Finnland blicken. Ganz nebenbei bemerkt, ich sehe gerade Frau Kollegin Tolle. Wir wären sehr froh, wenn Sie nicht nur in der Arbeits- und Sozialpolitik, sondern auch in den anderen Politikfeldern, wo die Überlegenheit der Nordmänner und der Nordfrauen ebenso offenkundig ist, anfangen könnten, nach Finnland zu schauen. Ich nenne nur die Schulpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Lieben, das ist sehr zukunftsvisionär, das ist so im Antragstext nicht konkretisiert. Das kann Ihren heutigen Antrag deshalb nicht mehr retten. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Hallitzky, vielen Dank. Nachdem Sie mit Blick auf mich von einem älteren Arbeitnehmer gesprochen haben, gebe ich für das Protokoll noch bekannt, dass das Durchschnittsalter der vier Redner zu diesem Antrag 47 Jahre beträgt. Ich stelle weiter fest, dass jetzt auch bei den Jüngeren das Wort Jugendwahn angekommen ist.

(Allgemeine Heiterkeit – Peter Winter (CSU): Sehr gut, Herr Präsident!)

Die nächste Wortmeldung: Frau Staatssekretärin Huml.

Staatssekretärin Melanie Huml (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hiermit senke ich sozusagen den Altersdurchschnitt.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Da haben Sie recht, Frau Staatssekretärin.

(Allgemeine Heiterkeit)

Staatssekretärin Melanie Huml (Sozialministerium): Lassen Sie mich, bevor ich zum eigentlichen Antrag komme, mit einigen allgemeinen Ausführungen zur Arbeitsmarktsituation beginnen. Zu den Darlegungen von Frau Steiger möchte ich sagen, dass das 9-Punkte-Programm im Sommer des letzten Jahres vereinbart wurde. Man musste eine gewisse Zeit abwarten, um sagen zu können, welche Bilanz wir ziehen.

(Christa Steiger (SPD): Ich sprach vom Kongress, der vor einem Jahr stattgefunden hat! Nicht vom 9-Punkte-Programm! – Allgemeine Unruhe – Margarete Bause (GRÜNE): Bringt sie doch nicht so durcheinander!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Staatssekretärin Huml hat das Wort, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Staatssekretärin Melanie Huml (Sozialministerium): Der bayerische Arbeitsmarkt profitiert in hohem Maße von der anhaltend guten Konjunktursituation. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt kontinuierlich. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt beständig zu. Im Oktober waren in Bayern rund 298 000 Arbeitslose registriert.

Damit wurden erstmals seit sieben Jahren in einem Oktober weniger als 300 000 Arbeitslose gezählt. Die Arbeitslosenquote betrug 4,5 %. Zu meiner großen Freude beschränkt sich diese positive Entwicklung nicht auf bestimmte Regionen oder Personengruppen. Zwischenzeitlich profitieren alle von der ungebremsten Dynamik,

auch die Älteren, deren Anteil, wie ich vorhin gehört habe, 52 % beträgt und die im Mittelpunkt des Dringlichkeitsantrags betreffend „Förderung und Unterstützung älterer Arbeitnehmer im Arbeitsprozess“ stehen. Zwar ist derzeit noch sowohl bundesweit als auch in Bayern jeder vierte Arbeitslose älter als 50 Jahre, doch sinkt die Zahl der älteren Arbeitslosen seit ein paar Monaten überdurchschnittlich stark. Je stärker die Arbeitslosigkeit also sinkt und der Fachkräftebedarf steigt, umso mehr Chancen gibt es auch für Ältere. Wir können es uns auch nicht leisten, auf das Wissen, die Erfahrung und die Tatkraft älterer Arbeitnehmer zu verzichten.

(Susann Biedefeld (SPD): Seit Jahren sagen wir das!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einen wichtigen Anstoß für eine stärkere Beschäftigung Älterer hat die Bayerische Staatsregierung im Sommer 2006 gegeben mit dem gemeinsam mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft erarbeiteten 9-Punkte-Plan zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer. Dieser 9-Punkte-Plan enthält eine Reihe von Vorschlägen zum Abbau von Frühverrentungsanreizen und Einstellungshemmnissen, zur Verstärkung der Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in Unternehmen sowie zur präventiven Gesundheitsförderung.

Lassen Sie mich kurz einige der Bereiche nennen, die wir in den vergangenen Monaten in Angriff genommen haben bzw. an deren Umsetzung wir beteiligt waren. Dazu gehören die Verlängerung der Lebensarbeitszeit schrittweise auf 67 Jahre, die Unterstützung des Bewusstseinswandels bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung mit Podiumsdiskussion im Dezember 2006 oder die Beseitigung von Frühverrentungsanreizen und die Schaffung von Anreizen für eine rasche Eingliederung Älterer. Hierzu zählen unter anderem der erweiterte Eingliederungszuschuss für Ältere im Rahmen der „Initiative 50plus“ oder die Nichtverlängerung der sogenannten 58er-Regelung. Mit der im Koalitionsausschuss vereinbarten Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für Ältere wurde ein durchaus akzeptabler Kompromiss – aber eben ein Kompromiss – gefunden.

(Christa Steiger (SPD): Das ist bekannt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der 9-Punkte-Plan muss jedoch noch weiter mit Leben erfüllt werden. So gilt es zum einen – daher auch der Antrag –, die betriebliche Weiterbildung Älterer zu forcieren. Hier sind alle Beteiligten dazu aufgefordert, Arbeitgeber und Arbeitnehmer – wie Kollege Peter Winter schon angesprochen hat –, einen Beitrag zu leisten. Wir können nicht akzeptieren, dass die Zahl der Betriebe in Bayern, die Maßnahmen für ältere Beschäftigte anbieten, in den letzten Jahren sogar zurückgegangen ist, nämlich von 23 % im Jahr 2002 auf 20 % 2006. Neben einem verstärkten Engagement der Arbeitgeber müssen auch die Beschäftigten ihren Teil beitragen. Dabei denke ich an einen Tausch von Freizeit gegen Bildung. Wir sind schon der Meinung, dass Arbeitnehmer auch einen Teil ihrer Freizeit in Weiterbildung investieren können.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird das Thema „Gesundheit am Arbeitsplatz“ immer wichtiger. Mit einer gesünderen und motivierteren Belegschaft sowie mit einem besseren Arbeitsklima können Unternehmen die arbeitsbedingten Kosten senken und die Produktivität dadurch steigern. Neben Maßnahmen des Arbeitsschutzes trägt dazu auch ein umfassendes betriebliches Gesundheitsmanagement bei. Hier sind insbesondere die Krankenkassen gefordert. Ihr verstärktes Engagement in der betrieblichen Prävention zeigt, dass sie deren Stellenwert erkannt und als Geschäftsfeld begriffen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Blick über den Tellerrand zeigt uns, dass für dieses Problem auch in anderen Ländern Lösungsmöglichkeiten gesucht wurden. Beispielsweise wurde in Finnland im Zeitraum von 1998 bis 2002 ein Programm für ältere Arbeitskräfte durchgeführt. Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich gemeinsam auf eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in relevanten Bereichen verständigt. Damit war ein großer Erfolg verbunden. Die Erwerbsquote der über 55-Jährigen konnte deutlich gesteigert werden. Sie lag 2006 mit rund 55 % klar über dem Lissabon-Ziel von 50 %. Auch wenn wir in Bayern mit dem angesprochenen 9-Punkte-Plan bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und realisiert haben, sollte uns das nicht daran hindern, auch Ideen von unserem europäischen Partner aufzugreifen. Dazu ist es erforderlich, die Übertragbarkeit des finnischen Ansatzes auf unsere Gegebenheiten zu prüfen. Geeignete Maßnahmen sollten wir in Zusammenarbeit mit dem Bund umsetzen. Sie werden mir darin zustimmen, dass das Problem der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland besteht.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Staatssekretärin, vielen Dank. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/9300 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Die beiden anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich rufe den dritten heute zu beratenden Dringlichkeitsantrag auf und stelle vorweg fest, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, nur die ersten drei Dringlichkeitsanträge zu behandeln. Danach fahren wir in der Tagesordnung fort.

Ich rufe jetzt auf den

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD) Niedrigere Strompreise – Verschärfung des Wettbewerbsrechts (Drs. 15/9301)

und den nachgezogenen

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Engelbert Kupka, Franz Josef Pschierer u. a. u. Frakt. (CSU)

Strompreise senken – Kernenergie weiter nutzen (Drs. 15/9310)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag zum Thema „Niedrigere Strompreise – Verschärfung des Wettbewerbsrechts“ hat einen eindeutigen Grund und eine klare Zielsetzung. Anlass sind die Strompreiserhöhungen in der Vergangenheit und die jetzt von Eon angekündigte Strompreiserhöhung von 9,9 %, also von rund 10 %. Diese Strompreiserhöhungen der Energiekonzerne sind nicht zu rechtfertigen.

(Beifall bei der SPD)

Um die Verbraucherinnen und Verbraucher, auch hier in Bayern, zu schützen und die preistreibenden Konzentrationen in der Stromwirtschaft aufzubrechen, muss das Wettbewerbsrecht deutlich verschärft werden. Die Schmerzgrenze der Verbraucherinnen und Verbraucher, auch in Bayern, ist längst überschritten. Die Stromkosten führen inzwischen zu einer erheblichen Belastung der privaten Haushalte und auch der Wirtschaft. Das kann nicht sein.

Ich habe mir einmal die Zahlen herausgesucht. Die jährlichen Stromkosten pro Haushalt betragen im Bundesdurchschnitt 690 Euro. Die Strompreise sind in Bayern derzeit noch relativ gut, das gebe ich zu. Sie betragen im Jahr pro Haushalt 664 Euro. Am teuersten ist Strom in Baden-Württemberg – es hat wie wir viel Kernkraft – mit jährlichen Stromkosten pro Haushalt von 746 Euro. Rechnen Sie zu den relativ günstigen Stromkosten, die wir in Bayern noch haben, 9,9 % hinzu – mit 10 % lässt sich leichter rechnen –, also rechnen Sie zu den 664 Euro noch 66 Euro hinzu, dann sind wir bei 730 Euro. Damit liegen wir über dem Bundesdurchschnitt. Dann muss man berücksichtigen, dass andere Energieversorgungsunternehmen nicht wie Eon in Bayern um 9,9 bzw. um 10 % erhöhen, sondern nur um durchschnittlich 5 oder 5,5 %. Dann wird Bayern keine gute Position mehr haben. Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern werden massiv belastet. Das trifft Baden-Württemberg und Bayern. Bayern, das derzeit noch relativ gute Strompreise hat, wird künftig über dem Bundesdurchschnitt liegen. Unsere Verbraucherinnen und Verbraucher werden durch diese Strompreise also unzumutbar belastet.

Die Staatsregierung wird in unserem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, sich für eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts und für eine Stärkung des Kartellamtes einzusetzen. Wir führen darin konkrete Maßnahmen auf: Das Kartellamt muss und soll das Recht erhalten, der Marktkonzentration im Strommarkt entgegenzutreten. Wir wollen auch, dass das Kartellamt das Recht erhält, den Nährboden für mögliche Absprachen und Preismanipulationen zu beseitigen. Vonseiten der EU-Kommis-

sion und von Verbraucherschutzzentralen wird angeführt, dass es möglicherweise Absprachen und Preismanipulationen der vier großen Energieversorgungsunternehmen in Deutschland gegeben hat. Das Kartellamt sagt – das ist keine Aussage von mir oder von der SPD –, dass es starke Indizien für Preismanipulationen gibt. Das muss abgestellt werden. Es geht um den Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Strompreise dürfen nicht ins Unermessliche steigen.

Wir wollen außerdem, dass die Staatsregierung prüft – im Weiteren handelt es sich um einen Prüfantrag –, wie die Trennung von Produktionsstätten und Verteilernetzen in der Stromwirtschaft vorangetrieben werden kann, ob man notfalls die vier Stromkonzerne in Deutschland zum Verkauf einzelner Kraftwerke zwingen kann, wie es auch vonseiten der EU schon diskutiert wird. In der Bundesratsinitiative des CDU-regierten Bundeslandes Hessen – von Ihrem Kollegen Rhiel – wird angesprochen, dass die Stromkonzerne notfalls gezwungen werden sollen, ihre Kraftwerke zu verkaufen.

Geprüft werden soll auch, ob Aktiensplits und die Abspaltung ganzer Unternehmensteile durchgesetzt werden können, ob die CO₂-Verschmutzungszertifikate von 2008 bis 2012 komplett versteigert und die Erlöse für eine Senkung der Stromsteuer eingesetzt werden können.

Ein weiterer Bestandteil des Prüfantrags ist die Frage, ob das Ziel der Dezentralisierung der Stromversorgung und der Trennung von Stromproduzenten und Stromanbietern vorangebracht werden kann.

Wir meinen, dass wir mit Initiativen infolge des Prüfantrags den Wettbewerb stärken können. Das Problem ist nämlich: Dadurch, dass Netz und Energieproduktion in den Händen von vier großen Stromkonzernen liegen, kann Wettbewerb gar nicht stattfinden. Trotz verschiedener Maßnahmen auf Bundesebene und auf EU-Ebene findet nach wie vor kein Wettbewerb statt. Ohne Wettbewerb gilt bei den Strompreisen das Diktat der Monopolisten. Wir haben kaum noch Möglichkeiten, dagegen anzugehen, schon gar nicht die Verbraucherinnen und Verbraucher, deren Stromrechnungen immer weiter steigen. Wir müssen dieses Monopol knacken und für mehr Wettbewerb kämpfen; wir müssen auch für mehr Transparenz sorgen. Hier ist sowohl das Kartellamt als auch der Gesetzgeber verstärkt gefordert.

Das Ganze hängt auch mit der Zielsetzung einer kommunalen Daseinsvorsorge bei der Energieversorgung zusammen. Beim Parlamentarischen Abend der bayerischen Energieversorgungsunternehmen kürzlich kam deutlich heraus: Diejenigen, die unabhängig von den Energiemonopolisten sind, die ihren Strom nicht von Eon beziehen, haben nicht den Druck; denen geht es relativ gut. Aber diejenigen, die bereits mit Eon zusammenarbeiten und Strom von dort beziehen, geraten immer mehr unter Druck. Wenn Sie sich die Gewinnspannen der kommunalen Stadtwerke anschauen, werden Sie feststellen, dass diese immer geringer werden. Das heißt, es fließt auch immer weniger Geld in den Querverbund und immer weniger Geld in den öffentlichen Personennahverkehr – ÖPNV – oder in Energieeffizienzmaßnahmen oder den

Ausbau erneuerbarer Energien. Die Gewinne der kommunalen Energieversorgungsunternehmen werden immer geringer, weil Eon dort ebenso drückt, immer mit dem Argument, die Beschaffungskosten für Strom seien so enorm gestiegen.

Wenn die kommunalen Energieversorgungsunternehmen aufgeben müssen, weil ihre Betätigung nicht mehr wirtschaftlich möglich ist, kaufen wiederum die vier großen Monopolisten, in Bayern Eon, diese Unternehmen. Die Gefahr besteht, dass unsere Daseinsvorsorge, die in kommunaler Hand gut aufgehoben war, damit auch noch an die großen Energiekonzerne fallen könnte.

Ich möchte noch kurz zum Dringlichkeitsantrag der CSU Stellung nehmen. Sie sagen: „Es muss deshalb politisches Ziel sein, eine Senkung der Strompreise zu erreichen“. In diesem Ziel stimmen unsere Dringlichkeitsanträge überein; wir haben das zum wiederholten Male gefordert. Sie lehnen unsere Anträge aber immer ab, in denen wir konkrete Maßnahmen aufzeigen, mit denen man so etwas erreichen kann. Der Wille ist bei Ihnen vielleicht vorhanden – dahinter stelle ich ein Fragezeichen –, aber die Umsetzung fehlt, um Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Sie nennen in der Nummer 2 die Verschärfung der Missbrauchsaufsicht als Voraussetzung. Ich hoffe, dass Bayern eine eigene Bundesratsinitiative zur Verschärfung der Missbrauchsaufsicht einbringt. Ich bin sehr gespannt, wie weit diese Bundesratsinitiative gehen wird. Wir erwarten zumindest, dass Bayern die hessische Bundesratsinitiative unterstützt.

Zu Nummer 3 brauche ich nichts weiter zu sagen.

Zu Nummer 4, betreffend die Rücknahme des Ausstiegs aus der Kernenergie. Sie schreiben: „Die Verknappung des Stroms hat zu steigenden Strompreisen geführt“. Das ist Volksverdummung. Die Atomkraftwerke in Deutschland, insbesondere in Bayern sind abgeschrieben. Abgeschriebene Atomkraftwerke sind die reinsten Gelddruckmaschinen. Eon verdient pro Tag eine Million Euro pro Kraftwerk mit den bayerischen Atomkraftwerken. Die Gewinnspannen werden immer größer. Heute ist wieder die Umsatzmeldung zu lesen: Auch in diesem Jahr ist Eon größter Energieversorger. In den ersten neun Monaten des Jahres hat Eon zweistellige Zuwachsraten verzeichnet. Enorme Aktiengewinne werden an die Aktieinhaber ausgeschüttet.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen die Zeche zahlen, weil Eon nicht bereit ist, die Gewinne einzusetzen, um die Strompreise zu senken. Ihr Antrag ist in diesem Punkt reine Volksverdummung. Wenn nämlich die Atomkraftwerke den Strompreis tatsächlich verringern würden, hätten in den letzten Jahren die Strompreise massiv fallen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die bayerischen Atomkraftwerke sind reine Gelddruckmaschinen.

Was die Rücknahme des Ausstiegs aus der Kernenergie betrifft, kann ich nur sagen: Sie behalten nach wie vor die Rolle der Innovations- und Investitionsbremse. Wenn Sie sagen, dass man den CO₂-Ausstoß nur bei weiterer Nutzung der Kernenergie senken könnte und allein die Kernenergie geeignet sei, die angestrebte CO₂-Reduzierung, die auf Bundesebene vorgegeben ist, zu erreichen, dann ist das ebenso Volksverdummung. Schauen Sie sich die Studie an, die die Große Koalition über das Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben hat. In der E-Prognos-Studie werden die Szenarien durchgespielt. Ein Szenario nennt auch die Kernenergie, wobei klar wird, wie es sich wirklich darstellt, wenn man an der Kernenergie festhalten würde, welcher CO₂-Ausstoß dann stattfände und wie hoch die CO₂-Reduzierung dann wäre. Durch Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien könnte das CO₂-Reduktionsziel auch ohne Festhalten an der Kernkraft erreicht werden. Die Atomenergie kommt in der Studie nicht gut weg. Sie zeigt, dass man eine 40-prozentige CO₂-Reduzierung, wie sie auf Bundesebene zum Ziel gesetzt worden ist, auch bei Ausstieg aus der Kernenergie erreichen kann.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern. Wir lehnen den Antrag der CSU ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Richter.

Roland Richter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Äußerungen von Frau Kollegin Biedefeld sind hoch interessant. Bei der Gasversorgung wird von Alt-Kanzler Schröder von der SPD genau das betrieben, nämlich die Monopolstellung von Gazprom in Europa und in Deutschland zu etablieren, was Sie kritisieren. Hier wird also ein Weg kritisiert, den die SPD noch vor zwei Jahren als das Non-plus-ultra angesehen hat.

Aber lassen Sie mich nun zu den Dringlichkeitsanträgen kommen, die sich auf die Strompreise direkt beziehen. Wir sind uns sicherlich einig, dass die derzeit hohen Strompreise nicht gerechtfertigt sind. Allerdings glaube ich, dass die Art und Weise des Herangehens an dieses Szenarium bei der CSU eine andere ist als bei der SPD.

(Susann Biedefeld (SPD): Eindeutig!)

Herr Kollege Georg Schmid hat die SPD heute Morgen schon sehr deutlich mit der Form eines demokratischen Sozialismus in Verbindung gebracht.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Da ist in dem Antrag der SPD zu lesen, dass „notfalls die vier großen Stromkonzerne in Deutschland zum Verkauf einzelner Kraftwerke gezwungen werden können“, und

dass „Aktiensplits und die Abspaltung ganzer Unternehmensteile durchgesetzt werden können“.

(Susann Biedefeld (SPD): Es ist ein Prüfantrag!)

Das, werte Kolleginnen und Kollegen, ist klipp und klar Kommunismus. Der ist seit 1989 vorbei und ich bin froh, dass wir diese Staatswirtschaft so nicht haben, sondern dass es hier die freie Marktwirtschaft gibt.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Und noch eines: Ich würde gerne wissen, was Ihr Oberbürgermeister Ude in München sagen würde, wenn aufgrund Ihres Dringlichkeitsantrages der Stadt München die Stadtwerke einfach weggenommen würden. Ich glaube, Ihr Oberbürgermeister wäre da nicht so sehr begeistert. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Nun noch einige grundsätzliche Gedanken meinerseits. Die Stromendverbraucherpreise unterliegen grundsätzlich weiterhin der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht. Zum Jahreswechsel 2007/2008 ist eine bis 2012 befristete Verschärfung der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht über die Strom- und Gaspreise durch die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen geplant. Das haben Sie in Ihrem Antrag nicht erwähnt. Die Verschärfung wurde mit der Stimme Bayerns im Bundesrat gebilligt und soll am 15. November, also heute, in Zweiter und Dritter Lesung im Bundestag behandelt werden.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich habe von Maßnahmen gesprochen, die zu prüfen sind!)

Da sind entsprechende Maßnahmen vorgesehen wie beispielsweise eine Beweislastumkehr zulasten des Unternehmens insbesondere bezüglich einer missbräuchlichen Preisgestaltung – das ist Ihnen bekannt – und die Einführung einer Gewinnbegrenzung, basierend darauf, dass die Differenz zwischen Kosten und Preisen nicht unangemessen hoch sein darf. Sie wissen ferner, dass das Bundeskartellamt im Bereich der Fusionskontrolle aktiv der Marktkonzentration entgegenwirkt. Es untersagt zum Beispiel heute schon regelmäßig weitere Beteiligungen der großen Energieversorger an Stadtwerken, da dies deren marktbeherrschende Stellung weiter verstärken würde.

(Susann Biedefeld (SPD): Warum haben wir dann eine Strompreiserhöhung von rund 9 % in Bayern?)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wörner? – Nein.

Bitte, Herr Kollege Richter.

Roland Richter (CSU): Zwar sind die kurzfristigen politischen Handlungsmöglichkeiten auch nach der Verschär-

fung des Kartellrechts begrenzt, dennoch haben wir einige Möglichkeiten, auf die wir gerne zurückgreifen wollen.

(Susann Biedefeld (SPD): Warum die 9,9 % Erhöhung?)

Schauen wir uns nun einmal den Antrag der CSU an. Auch wir wollen die Strompreise senken und wollen dahin kommen, dass keine Monopole entstehen. Im Gegensatz zu Ihnen versuchen wir das allerdings nach demokratischen Grundregeln. So soll eine genaue Prüfung der aktuellen Preiserhöhung durch das Bundeskartellamt vorgesehen werden sowie eine Verschärfung der Missbrauchsaufsicht.

Ferner soll es die von der Bundesregierung bereits beschlossene Maßnahme für mehr Wettbewerb geben bzw. die Rücknahme des Ausstiegs aus der Kernenergie weiter forciert werden.

Ich bin kein Freund der Kernenergie, aber man muss auch sagen: Bis heute haben Sie im Bereich der regenerativen Energien und der alternativen Energien in der Summe des Ausstiegsszenarios keine belastbaren Faktoren vorgelegt, weder in energetischer noch in umwelttechnischer Hinsicht.

Lassen Sie mich noch einen Blick über den Atlantik werfen. Selbst die GRÜNEN in den Vereinigten Staaten gehen wieder auf die Atomkraft als eine alternative Versorgung zu. Auch deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Richter, bleiben Sie stehen, denn der Kollege Wörner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte, Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Richter, ist Ihnen bekannt, dass die Wirtschaftsministerin auf meine Schriftliche Anfrage, wie sie die Preisentwicklung bei Eon sehe, erst kürzlich schriftlich geantwortet hat, dass das der Markt regle? Was soll da Ihr Getöse? Wenn das zuständige Haus der Meinung ist, dass das sowieso der Markt regle und wir merken, dass er das nicht tut, dann stimmt doch Ihre Aussage nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Roland Richter (CSU): Frau Kollegin, ich habe bei Ihnen auch nicht reingequatscht. Ich bitte also, ein bisschen Anstand hier im Hohen Hause zu wahren und auch mich ausreden zu lassen. Herzlichen Dank dafür.

Kollege Wörner, wenn Sie die Forderungen in unserem Dringlichkeitsantrag lesen, dann werden Sie merken, dass sie kongruent sind mit den Aussagen unserer Wirtschaftsministerin. Ich glaube, damit ist Ihre Frage beantwortet.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Bedeutungsschwere der beiden Anträge erlauben wir uns an dieser Stelle, vor allem auf den Antrag 15/9301 der SPD-Kolleginnen und Kollegen einzugehen, der den Titel trägt „Niedrigere Strompreise – Verschärfung des Wettbewerbsrechts“. In diesem Antrag der SPD-Fraktion sind viele richtige und wichtige Punkte enthalten und auch wichtige Forderungen aufgestellt. Gestatten Sie uns aber, dass wir uns bei diesem Antrag trotzdem der Stimme enthalten. Der Grund ist Folgender: Sie rekurrieren in diesem Antrag – so geht er gleich los – auf niedrigere Strompreise. Wir akzeptieren keine ausbeuterischen Preise und wollen auch keine Wucherpreise. Wir sind dagegen, dass hier Monopolrenditen eingefahren werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber selbstverständlich sind wir dafür, dass gerade beim Strom der Staat Abschöpfungen vornimmt, und wir sagen an dieser Stelle auch ganz klar, dass ein Umsteigen und ein Umbau in der Energiewirtschaft notwendig sind, das heißt: weg von der Kernenergie, weg von den fossilen Brennstoffen und hin zu etwas anderem.

(Engelbert Kupka (CSU): Hin zu CO₂!)

Das kostet selbstverständlich und deswegen wollen wir nicht die Eier legende Wollmilchsau versprechen, sondern wir sagen: Hohe Preise können durchaus auch angemessen sein.

Frau Biedefeld, Sie fordern eine Senkung der Stromsteuer, die Sie selbstverständlich ausgeglichen sehen wollen durch Einnahmen für Zertifikate. Das können wir lesen. Aber auch diesem Punkt können wir nicht zustimmen. An dieser Stelle muss noch einmal eine ganz grundsätzliche Feststellung angebracht werden. Wir haben immer – Sie waren mit dabei – das Missverhältnis in unserem ganzen Staatswesen, in unserer ganzen Gesellschaft von Steuern und Abgaben auf die menschliche Arbeitskraft einerseits und Steuern und Abgaben auf Energie und den Verbrauch von Ressourcen andererseits beklagt. Das gilt im Grunde für alle westlichen Gesellschaften, aber insbesondere für Deutschland, und hier gilt es ganz einfach, die Schere zu schließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Runge, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Biedefeld? – Bitte, Frau Kollegin!

Susann Biedefeld (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Kollege Runge, stimmen Sie mir in der Überlegung zu, dass man durch gesetzliche Rahmenbedingungen und gesetzliche Vorgaben wie zum Beispiel das Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG – nicht nur entspre-

chende Belastungen bringt, wie es die Energiekonzerne immer anführen, sondern auch entsprechend positive Gewinne einfahren kann? Der Anteil am Strompreis nach EEG sind 2 bis 3 %; das sind 2 bis 3 Milliarden Euro. Demgegenüber steht eine Wertschöpfung von 23 Milliarden Euro, Tendenz steigend. Ist es nicht möglich, hier auch mit gesetzlichen Vorgaben Positives zu bewirken?

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Selbstverständlich stimme ich Ihnen hier zu und zwar mit großer Freude. Allerdings muss man da noch ein bisschen weiterdenken und darf nicht nur schauen, was sich auf dem Strommarkt abspielt. Man muss vielmehr auch sehen, was es da an Arbeitsplätzen, an Steuereinnahmen und vieles mehr gibt. Da, denke ich, hat Rot-Grün einiges Positives auf den Weg bringen können.

Jetzt aber wieder zum Antrag der SPD-Fraktion. Ich habe schon gesagt, warum wir uns der Stimme enthalten. Ein Grund dafür ist vor allen Dingen die Forderung nach der Senkung der Stromsteuer.

Zur grundsätzlichen Problematik, zum Anliegen, welches hinter diesem Antrag steckt, muss man ganz klar sagen – ich denke, das stellen wir unisono hier im Hohen Hause fest –, dass das, was hier läuft, äußerst misslich ist. Von Wettbewerb im Strommarkt kann nicht ansatzweise die Rede sein. Die Europäische Union, die Kommission, mahnt hier zu Recht Handlungsbedarf an und zwar schon seit vielen Jahren.

An dieser Stelle muss ich allerdings auch feststellen, dass sich hier Rot-Grün mitnichten mit Ruhm bekleckert hat; ich denke da nur an die Netzentgeltverordnung, die Netzzugangsverordnung, an den Übergang von der Kostenregulierung hin zur Anreizregulierung. Das alles genügt nicht. Das legal unbundling ist zu wenig; es ist zu zahm. Es war – das ist für mich das Ärgertlichste gewesen – ein Riesenfehler zu sagen „Ihr bekommt die Verschmutzungsrechte unentgeltlich“, ohne gleichzeitig zu verhindern, dass diese Verschmutzungsrechte eingepreist werden. Das ist ein großer Fehler. Daran gilt es massiv zu arbeiten.

Nun zu den einzelnen Instrumenten, wie wir zu mehr Markt und mehr Wettbewerb kommen können.

Der Vorschlag der zuständigen EU-Kommissarin auf Trennung von Netz und Betrieb ist angesprochen worden. Es ist vorgeschlagen worden – Herr Richter, hier bitte ich Sie doch einfach einmal aufzupassen, weil Sie hier so schön unterschieden haben zwischen Markt und Plan und Staatswirtschaft und demokratischem Sozialismus; wir wissen alle, woher der Vorschlag kommt –, Möglichkeiten zu schaffen, den großen Vier Erzeugungskapazitäten wegzunehmen. Er kam von Herrn Riehl, und Herr Riehl hat bekannterweise nicht das SPD-Parteibuch, sondern ist der hessische Wirtschaftsminister und hat das Parteibuch der CDU.

Die Monopolkommission sagt: Neue Kapazitäten dürfen durch die großen Vier nicht mehr geschaffen werden. Und dann gibt es eben den Vorschlag auf Stärkung der Wett-

bewerbsbehörden, sprich: Preisaufsicht, Missbrauchskontrolle und vieles mehr.

Die SPD-Fraktion bietet in ihrem Antrag ein buntes Potpourri, im Grunde genommen all diese Maßnahmen zu prüfen. Das ist eigentlich nichts, wogegen Sie sich wenden können, wenn man erst einmal sagt, die Staatsregierung möge die einzelnen Instrumente prüfen, und dann einzuschätzen, was etwas bringt und was nichts bringt.

Unser Ansatz ist nicht der des hessischen Wirtschaftsministers. Wir setzen immer die größte Hoffnung in die Trennung von Netz und Betrieb, so wie wir das im Übrigen auch bei der Bahn tun. Vielleicht finden wir da ja auch noch zu irgendeinem Moment zusammen.

Was der Aktiensplit in dem Zusammenhang im Antrag verloren hat, erschließt sich mir überhaupt nicht, weil ein Aktiensplit nichts anderes ist, als wenn man sagt: Wir machen aus einem Anteilsschein vier oder zehn. Das hat vor allem börsenpsychologische, anlegerpsychologische Gründe, hängt aber mit unserem Thema eigentlich nicht originär zusammen.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Fazit: Wir brauchen Wettbewerb, wir brauchen Transparenz. Dazu gibt es viele Wege. Es muss aber endlich ein Weg einmal wirklich in Heftigkeit eingeschlagen werden. Wir sagen auch ganz klar: Wir brauchen einen Umstieg in Richtung mehr regenerative Energien, in Richtung mehr Energieeffizienz. Das – sagen wir auch ganz deutlich – wird und kann selbstverständlich auch kosten.

(Susann Biedefeld (SPD): Kostet und wird kosten!)

Jetzt nicht mehr Sätze, als er wert ist, zum Antrag der CSU-Fraktion „Strompreise senken – Kernenergie weiter nutzen“. An und für sich wollte ich gar nichts dazu sagen, weil er so einfach gestrickt und so falsch ist,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass man sich schon fast schämen muss, den Antrag an dieser Stelle zu behandeln, aber wenn ich ihn als falsch bezeichne, dann möchte ich schon auch ausführen, was ich damit meine. Da ist tatsächlich die Rede von der „Rücknahme des Ausstiegs aus der Kernenergie“, und dann heißt es wortwörtlich: „Die Verknappung des Stroms hat zu steigenden Strompreisen geführt.“ Fantazieren Sie? Wo soll denn das passiert sein? Herr Richter, schauen Sie sich einmal an, wann welche Kraftwerke aus dem Netz abgeschaltet bzw. ins Netz zugeschaltet worden sind. Schauen Sie sich gleichzeitig einmal die Entwicklung an der Leipziger Börse an. Selbst wenn sechs AKWs vom Netz sind, verändert sich in Leipzig der Preis überhaupt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen Sie sich einmal die Situation in Deutschland an. Da ist es schlicht und ergreifend so, dass wir in den meisten Fällen viel mehr Strom haben, als überhaupt ins Netz gebracht werden kann. – Das sind die Fakten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Zu Ihrer Forderung, auch im Zusammenhang mit den Strompreisen die Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, länger am Netz zu haben: Wir sind uns einig, aus den abgeschriebenen AKWs kommt Billigstrom – gar keine Frage. Da sagen wir nur ganz klar: Dieser Billigstrom aus den abgeschriebenen AKWs schützt vor Innovation, schützt vor Zukunft; um Ihnen das zu übersetzen: verhindert Innovation und verhindert Zukunft.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Herr Schmid hat sich vorhin an dieser Stelle vor Lachen geschüttelt und den schönen Scherz gebracht, bezogen auf die SPD-Kolleginnen und Kollegen, sie sollten Ihr Organ „Vorwärts“ doch lieber „Rückwärts“ nennen. Dazu muss man einmal ganz klar sagen – obwohl vorwärts vor einem Abgrund vielleicht auch nicht immer zu empfehlen ist –: In dem Fall sind Sie diejenigen, die völlig rückwärts-gewandt sind

(Susann Biedefeld (SPD): Rückständig!)

und hier sinnvolle Innovationen zu verhindern suchen. Da machen wir – ganz klar – nicht mit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich erteile das Wort jetzt Frau Staatsministerin Müller.

Staatsministerin Emilia Müller (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte die Strompreiserhöhungen der letzten Jahre, besonders der letzten Zeit, für ein ernst zu nehmendes Problem für die Wirtschaft

(Zuruf von der SPD: Wirtschaft!)

und für die Verbraucher. So ist es.

Deshalb sind wir uns in der Forderung nach mehr Wettbewerb in diesem Bereich mit Sicherheit einig,

(Zurufe von der SPD: Aha!)

und ich halte es auch für schon sehr schwierig, wenn Eon jetzt eine Erhöhung um 9,9 % zum 01.01.2008 ankündigt.

Wir hatten ja vorher eine Vereinbarung mit Eon, den Lech-Werken, Energy und natürlich auch den größten Kommu-

nalversorgern – das wissen Sie –, dass die Strompreise vernünftig geregelt sein sollen. Zum 01.07.2007 ist der Markt geöffnet worden; wir haben eine Liberalisierung und deshalb eine andere Voraussetzung. In ihrem Dringlichkeitsantrag schlägt die SPD eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor. Diese Forderung hat sich mittlerweile überholt. Das hat der Kollege Richter

(Susann Biedefeld (SPD): Das fordert die CDU doch auch!)

vorhin auch gesagt.

Heute wird im Bundestag in Zweiter und Dritter Lesung der Vorschlag von Bundesminister Glos zur Verschärfung der Missbrauchsaufsicht behandelt. Dies wurde auch mit den Stimmen von Bayern im Bundesrat gebilligt und soll zum Jahreswechsel in Kraft treten.

Geplant ist eine bis 2012 befristete Verschärfung der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht über Strom- und über Gaspreise. Im Vergleich zu dem für alle Branchen geltenden Missbrauchsverbot des § 19 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung weist der neue § 29 zwei wesentliche Neuerungen auf, nämlich eine Beweislastumkehr zulasten des Unternehmens, insbesondere bezüglich der Missbräuchlichkeit seiner Preisgestaltung – das ist das, was Sie wollen, Frau Biedefeld –, und die Einführung einer Gewinnbegrenzung.

(Susann Biedefeld (SPD): Das reicht nicht aus!)

Die Differenz zwischen Kosten und Preisen darf nicht unangemessen hoch sein.

Im Bereich der Fusionskontrolle wirkt das Bundeskartellamt weiteren Marktkonzentrationen bereits derzeit aktiv entgegen. Bei internem Wachstum ist ein kartellrechtliches Eingreifen erst bei Missbrauch dieser marktbeherrschenden Stellung oder beim Vorliegen von Nachweisen für Absprachen oder sonstige Preismanipulationen möglich.

(Susann Biedefeld (SPD): Das wird ja jetzt schon geprüft!)

Entgegen anderslautenden Darstellungen in der öffentlichen Berichterstattung liegen dem Bundeskartellamt derzeit keine Beweise im juristischen Sinne für Absprachen bzw. Preismanipulationen vor. Die entsprechenden Verfahren laufen derzeit noch auf der europäischen Ebene, und ich glaube, dass das ein wichtiger Ansatz ist,

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

um das Ganze zu überprüfen.

Zum Vorschlag der Trennung von Produktionsstätten und Verteilernetzen. Das ist der Vorschlag des Kommissars Andris Piebalgs in Kombination auch mit Frau Kroes. Ich

kann nur ganz einfach sagen: Damit meinen Sie auch in Ihrem Antrag mit Sicherheit die von der EU-Kommission vorgeschlagenen eigentumsrechtlichen Entflechtungen, das sogenannte ownership unbundling. Allerdings möchte ich klarstellen, dass der EU-Vorschlag nur die Trennung der Stromübertragungs- und Ferngasleitungsnetze von Erzeugung und Vertrieb vorsieht. Die von Ihnen erwähnten Verteilernetze der kommunalen Energieversorgung sind in diesem Vorschlag der Kommission ausdrücklich ausgenommen.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Die eigentumsrechtliche Entflechtung ist jedenfalls nicht geeignet, die bestehenden Wettbewerbsdefizite zu beseitigen, und der Kollege Rhiel aus Hessen – den ich ansonsten sehr schätze – kann ja gar nicht der Auffassung sein, dass ein neuer Eigentümer etwas verändert. Wir setzen auf mehr Wettbewerb, und ein neuer Eigentümer bringt nicht mehr Wettbewerb, Frau Biedefeld.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Vergleichende Untersuchungen der Energiemärkte der Mitgliedstaaten haben auch ergeben: Diskriminierungsfreier Wettbewerb und niedrige Netzentgelte hängen von einer effektiven und dauerhaften Regulierung ab und nicht von den Eigentumsverhältnissen der Netze.

Völlig unklar ist übrigens auch, wer die Netze kaufen soll. Das ist schon die große Frage. Fragen Sie einmal im Vereinigten Königreich nach. Da ist man gleich dabei, diese Netze zu kaufen. Dann haben wir wieder die Situation, dass zum Beispiel die Briten das Netz in der Europäischen Union besitzen und hier eine Vorrangposition einnehmen.

Das halte ich für wenig sinnvoll.

(Susann Biedefeld (SPD): Das Netz müsste in staatliche Hand!)

Ich kann nur sagen: Es kämen nur wenige kapitalkräftige Unternehmen oder Fonds in Frage, um ein Netz zu erwerben. Der Käufer wird den bezahlten Kaufpreis aber auch möglichst bald wieder erwirtschaften wollen. Was bedeutet das in der Folge? Das würde bedeuten, dass wir steigende Netzentgelte hätten und rückläufige Investitionen in die vorhandenen Netze.

Zur Zerschlagung, zum Zwangsverkauf von Kraftwerken: Einem Zwangsverkauf oder einer Zerschlagung können wir nicht zustimmen. Das lehnen wir ab, weil ein solches Vorgehen weder den Wettbewerb fördert noch zu günstigeren Strompreisen führt. Was wir brauchen, ist vielmehr eine Verbreiterung des Angebotes auf dem deutschen Stromgroßhandelsmarkt sowie eine klare Regulierung.

(Susann Biedefeld (SPD): Alle bisherigen Maßnahmen haben nicht dazu geführt!)

– Wir haben, glaube ich, letzte Woche, Frau Biedefeld, schon einmal darüber geredet. Wir haben einen europäischen Strommarkt und müssen auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass die Angebote bei uns größer werden. Das bedeutet aber auch, dass wir die Netze grenzüberschreitend in der Art und Weise ausbauen müssen, dass der Strom in Europa fließen kann. Das trägt auch dazu bei, dass die Strompreise niedriger sein können.

Zur Versteigerung der CO₂-Zertifikate auch eine kurze Anmerkung: Für die Periode 2008 bis 2012 hat die Bundesregierung die Zuteilung der CO₂-Zertifikate bereits entschieden. So ist es. Nach längerer Diskussion und einer heftigen Auseinandersetzung mit Brüssel hat der Bundestag am 22. Juni dieses Jahres das Zuteilungsgesetz 2012 beschlossen. Sie kennen das als Expertin bei der SPD für den Energiemarkt zur Genüge. Bis spätestens nächsten Montag müssen die Unternehmen ihre Anträge auf Zuteilung einreichen. Es wäre keine verantwortungsvolle Politik, nun das Rad wieder zurückzudrehen. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Bei diesem merkwürdigen Spiel würde Brüssel auch überhaupt nicht mitspielen. Nach EU-Recht dürfen in dem Zeitraum höchstens zehn Prozent der Zertifikate versteigert werden. Die Versteigerungserlöse sollen nach Vorstellung der Bundesregierung aber nicht für die Senkung der Stromsteuer verwendet werden, sondern für die Klimaschutzinitiative, die auch Sie, ebenso wie wir, fördern wollen.

Zum Thema Dezentralisierung der Stromversorgung: Wir stimmen mit Sicherheit darin überein, dass wir eine sichere, preiswerte und umweltverträgliche Stromversorgung brauchen. Umweltverträglich: Da haben Sie mich auf Ihrer Seite. Als Staatssekretärin im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bin ich bereits für eine umweltverträgliche Stromversorgung eingetreten. Dazu brauchen wir das eine und das andere; die zentrale und die dezentrale Energieversorgung. Die Größe der Kraftwerke richtet sich dabei nach dem Bedarf. Es macht einen Unterschied, ob ich eine Großstadt wie München versorge oder nur einen kleinen Weiler im Allgäu, in der Oberpfalz, in Oberfranken oder wer weiß wo. In einem Fall sind große Kernkraftwerke sinnvoll, in einem anderen Fall sind kleine Kraftwerke sinnvoller, die wir auch nutzen wollen.

Fazit: Ihr Anliegen der Förderung des Wettbewerbs ist wichtig und richtig. Ihre Vorschläge sind aber nicht geeignet, die bestehenden Wettbewerbsdefizite zu beheben. Dazu brauchen wir vielmehr eine forcierte Entwicklung wettbewerblicher Strukturen auf dem Stromgroßhandelsmarkt, zum Beispiel durch die Errichtung neuer wettbewerbsfähiger Kraftwerke. Wir brauchen einen intelligenten Energiemix – Sie kennen das –, einen Verzicht auf ideologisch motivierte Kraftwerksstilllegungen und den Ausbau der grenzüberschreitenden Leitungen. Wir setzen auf Energieeffizienz, wir setzen auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, wir setzen auf Innovation und neue Technologien bei den alten Kraftwerksparks. Wir setzen insgesamt auf neue Technologien, die umweltschonend und energieeffizient sind. Deshalb empfehle ich, den SPD-Dringlichkeitsantrag abzulehnen, und unterstütze den Antrag der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung und dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/9301 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/9310 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 7 – das sind die Dringlichkeitsanträge – erledigt. Die nicht behandelten Dringlichkeitsanträge 15/9302, 15/9303 und 15/9304 werden an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. u. Frakt. (SPD)
zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 15/8885)
– Zweite Lesung –

Bevor wir in die Aussprache eintreten, darf ich bekannt geben, dass die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD namentliche Abstimmung beantragt haben. Wir geben das schon einmal im Haus durch, damit wir dann gleich im Anschluss an die Beratungen in die namentliche Abstimmung eintreten können.

Ich eröffne jetzt die allgemeine Aussprache. Redezeit: 15 Minuten pro Fraktion. Ich darf zunächst Herrn Kollege Strobl das Wort erteilen – ich sehe, er ist nicht da.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Gut, wenn die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN entgegenkommt, dann nehmen wir die Frau Kollegin Tolle. Dieser Antrag scheint sehr wichtig zu sein.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es liegt sicherlich daran – können wir den Kollegen vielleicht, er wäre jetzt – –

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt nicht mehr, Frau Kollegin. Jetzt sind Sie dran.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Das liegt auch daran, dass die Zweiten Lesungen für 16.45 Uhr angekündigt waren. Da wir alle einen geregelten Tagesablauf mit Terminen haben, kann das schon einmal vorkommen.

Den Gesetzentwurf wird dann Kollege Strobl vorstellen. Ich denke, ich fange erst einmal mit dem Satz an, mit dem ich immer anfangen, nämlich: Das Büchergeld ist ein falsches bildungspolitisches, ein falsches familienpolitisches und falsches sozialpolitisches Signal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hätten es, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, nie einführen dürfen. Das haben Sie nach zwei Jahren auch eingesehen. Durch eine undichte Stelle wurde dieser Umstand dann im September zu früh bekannt. Das hat dazu geführt, dass die Neigung der Eltern, den bayerischen Bücherbestand ein weiteres Jahr durch Entrichtung des Büchergeldes zu finanzieren, gegen Null ging und geht. Sie von der CSU haben jetzt einen Gesetzentwurf in die Debatte eingeführt, der wohl im nächsten Plenum behandelt wird und der den Kommunen den Schwarzen Peter zuschiebt. Sie stellen die Erhebung des Büchergeldes in das Ermessen der Kommunen. Faktisch haben die Kommunen aber keinen Ermessensspielraum, weil die Eltern einen Aufstand produzieren würden, würde das Büchergeld noch einmal erhoben werden.

Unser Lösungsvorschlag besteht nun darin, dass man den aussetzenden Kommunen die Kosten in der gleichen Höhe wie vor der Erhebung des Büchergeldes ersetzt. Das wäre aus meiner Sicht eine einfache und unbürokratische Lösung.

Sie haben das leider abgelehnt, weil die CSU immer noch nicht bereit ist, selbst und mit eigenem Geld für ihre Fehler einzustehen.

Der Gesetzentwurf der SPD zeigt einen Ausweg. Mit ihm soll die Situation vor Einführung des Büchergeldes wiederhergestellt werden. Mir persönlich erscheint es aufgrund der Medienlage so zu sein, dass auch die Kommunen mit diesem Gesetzentwurf einverstanden sind. Deswegen stimmen wir diesem Gesetzentwurf ebenfalls zu. Er sorgt im Übrigen auch dafür, dass das Büchergeld endlich abgeschafft wird. Das, Herr Kollege Fischer, hat die CSU nämlich immer noch nicht fertiggebracht. Mir persönlich liegt daran, dass man Rechtssicherheit herstellt und die Kommunen, die jetzt ihre Haushalte aufstellen und die wissen müssen, was sie für die Bücherbestände einstellen müssen, ins Benehmen darüber setzt, wie es weitergehen soll.

Das, was Sie jetzt tun, tun Sie bereits seit geraumer Zeit: Sie sitzen da, warten und nichts passiert. Das ist die schlechteste Lösung. Für unsere Fraktion ist die Rückkehr zu den ursprünglichen Zuständen akzeptabel.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Jetzt darf ich dem Herr Kollegen Strobl das Wort erteilen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Wir wollen es heute großzügig handhaben. Sein Rederecht ist nicht verfallen. – Bitte sehr, Herr Kollege.

Reinhold Strobl (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte wirklich um Entschuldigung. Ich habe die ganze Zeit auf den Bildschirm geschaut.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das war das falsche Programm! – Heiterkeit)

– Ich verstehe die Unruhe nicht. Ich habe die Rednerliste angeschaut, und dabei ist es passiert.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, wir freuen uns, dass Sie jetzt da sind und nicht mehr am Bildschirm.

(Heiterkeit)

Reinhold Strobl (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Das Büchergeld ist eine weitere Baustelle in der bayerischen Politik. Ich hatte eigentlich erwartet, dass der Ministerpräsident heute etwas dazu sagt. Er hat sich aber nur zu den Kinderkrippen geäußert, und ich muss sagen: Respekt, wie man von eigenen Versäumnissen ablenken und auf die Stadt München zeigen kann. Ich könnte das nicht. Dazu gehört schon etwas.

Das Büchergeld ist von der CSU eingeführt worden. Ich darf einen CSU-Stadtrat aus meiner Region zitieren. Er hat gesagt: Die Einführung des Büchergeldes ist Blödsinn hoch drei. Dazu kann ich nur sagen: Wo er recht hat, da hat er recht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erinnern wir uns: Der von der Staatsregierung angezeigte Wirrwarr war unglaublich. Erst hat das Kultusministerium gesagt, grundsätzlich stehe es einer Kommune frei zu entscheiden, ob Sie das Büchergeld übernehmen will. Dann hat es geheißt, innerhalb der Staatsregierung sei man sich darüber einig, dass das Büchergeld zwingend zu erheben sei. Der Bayerische Städtetag hat sich von Anfang an gegen das Büchergeld gewehrt. Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl hat den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber aufgefordert, für eine Klarstellung zu sorgen. Er hat vor längerer Zeit gesagt, es könne nicht sein, dass der Gesetzgeber verpflichtende Gesetze erlasse und deren Vollzug dann in das Belieben der ausführenden Kommunen stelle. Ein Gesetz, das eine Verpflichtung festlegt und diese dann in das Belieben der Schulaufwandsträger stellt, macht keinen Sinn. Der rechtstreue Bürger versteht dann die Welt nicht mehr.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer)

Gemeinden, die das Büchergeld von den Eltern nicht eintrieben, sondern es aus dem eigenen Haushalt bezahlten, verhielten sich rechtswidrig, hat damals Innenminister Beckstein gesagt. Er hat sogar Konsequenzen angekündigt, und er hat auf den Tatbestand der Untreue hingewiesen.

Also ist das Büchergeld nach dem Motto „Augen zu und durch“ eingeführt worden. Man hörte nicht auf uns, man hörte nicht auf CSU-Kommunalpolitiker, man hörte nicht auf die Lehrerverbände, man hat nicht auf die Eltern gehört. Der Ministerpräsident hat heute das Bürgergutachten angepriesen, mit dem die Meinung der Bürger in politische Entscheidungen einfließen soll. Ich bin der Meinung, es wäre ein erster Anfang gewesen, hätte man auch hierbei an so etwas gedacht.

Man hat sich nicht um Petitionen geschert, die wir übrigens fast jede Woche im Ausschuss beraten haben und die immer wieder von der CSU abgelehnt wurden. Man hat auch nicht auf die heimliche Vernunft in sich selber gehört, die es vielleicht bei dem einen oder anderen CSU-Kollegen gab. Man hörte nicht, weil man nicht hören wollte oder nicht hören durfte. Man hörte nicht, weil man meinte, sich in Bayern alles leisten zu können. Denn man hat ja schließlich die Zweidrittelmehrheit.

Warum die CSU dieses Büchergeld so durchpeitschte, wird ihr Geheimnis bleiben. Man blieb dabei, obwohl immer wieder auf den Verwaltungsaufwand hingewiesen wurde. Man blieb dabei, obwohl sogar eigene Leute es – man möge mir das unparlamentarische Wort verzeihen, aber ich zitiere hier – als Mist bezeichneten. Wir wiesen darauf hin, dass die Zeit, in der das Büchergeld eingesammelt werden muss, von Schülern und Lehrern mit Sicherheit besser genutzt werden könnte.

Wie gesagt, ist dieses sogenannte Büchergeld auf Vorschlag der Staatsregierung und durch Beschluss der Landtagsmehrheit eingeführt worden. Wie schlecht muss es der Staatsregierung gegangen sein, dass sie sich wegen der eigentlich geringen Summe von 15 Millionen Euro mit allen anlegte, mit den Eltern, mit den Lehrern, mit den Kommunen usw. Erst letzte Woche haben sich zwei CSU-Kollegen aus der Oberpfalz für den Weiterbau der Transrapid-Strecke bis nach Regensburg und in die Oberpfalz ausgesprochen. Dabei ist in etwa geäußert worden: Na und? Das kostet nur die Kleinigkeit von 4 Milliarden Euro. So konnte es das erstaunte Publikum lesen. Aber 15 Millionen Euro für das Büchergeld sind nicht vorhanden.

Wir haben damals schon das Büchergeld abgelehnt, weil damit die Lehrmittelfreiheit in Bayern de facto abgeschafft wurde. Die finanzielle Belastung der Familien für die Ausbildung ihrer Kinder stieg damit weiter. Es kann durchaus sein, dass Familien pro Schüler bzw. pro Schülerin bis zu 1.000 Euro an Kosten pro Schuljahr haben. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur einmal das Kopiergeld, Arbeitshefte, Sportkleidung, den Schullandheimaufenthalt usw. Gerade finanziell schlechter gestellte Familien wurden damit in besonderem Maße zusätzlich mit Schul- und Bildungskosten belastet.

Das wollten und wollen wir damals wie heute nicht. Wir sind der Meinung, Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

(Beifall bei der SPD)

Im Herbst ist es dann in Kloster Banz zum Dambruch gekommen. Dr. Günther Beckstein hat angekündigt, das Büchergeld abschaffen zu wollen. Es gab größte Verunsicherung: Soll das für das laufende Schuljahr zu erhebende Büchergeld noch von den Eltern verlangt werden oder nicht? Muss das eingesammelte Geld zurückgezahlt werden? Können Kommunen für den Fall, dass es erst für das Schuljahr 2008/2009 abgeschafft wird, dennoch den Vollzug des Gesetzes bereits für das laufende Schuljahr aussetzen? Drohen ihnen in diesem Fall gegebenenfalls staatliche Sanktionen? Wieder ist es zu einem selbstverschuldeten Wirrwarr gekommen.

Dann hat das Kabinett tatsächlich beschlossen, das Büchergeld im laufenden Schuljahr generell nicht mehr zu erheben, obwohl entsprechende Anträge am Tag zuvor noch im Bildungsausschuss abgelehnt wurden. Der Wirrwarr wurde immer größer. Die Entscheidung über das Einziehen des Büchergeldes sollte den jeweiligen Schulträgern, den Kommunen und Landkreisen, überlassen bleiben.

Wir sagen: Die den Kommunen durch das Aussetzen des Büchergeldes entstandene Lücke im Haushalt sollte der Staat ausgleichen. Wir sehen uns mit dieser Forderung im Einklang mit den Kommunen, welche fordern, dass der Freistaat den Kommunen im Rahmen des Konnexitätsprinzips den Büchergeldaufwand zu 100 % erstatten soll.

Die großen Kreisstädte, Herr Kollege Fischer, zum Beispiel auch Neumarkt, haben auf ihrer Jahrestagung am 11. Oktober in Deggendorf ihre Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass der Freistaat Bayern die Kosten für den Ausfall des Büchergeldes übernimmt.

Edmund Stoiber ist nicht mehr Ministerpräsident. Das Büchergeld gibt es nicht mehr. Was spricht dagegen, die alte Regelung der Finanzierung wiederherzustellen?

Wir fordern die CSU auf: Lassen Sie die Kommunen nicht allein. Es muss klar geregelt werden, wie die Streichung des Büchergeldes im Sinne der Lehrmittelfreiheit finanziert wird. Das heißt für uns, dass der Freistaat die Finanzierung voll und ganz trägt und für die Kommunen diese finanzielle Belastung nicht bleibt. Stellen Sie das bisherige System der Finanzierung lernmittelfreier Schulbücher ausschließlich durch die öffentliche Hand bei den öffentlichen Schulen wieder her. Lassen Sie – das ist nochmals meine Bitte – die Eltern und Kommunen nicht allein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat Herr Kollege Eisenreich.

Georg Eisenreich (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest, dass für die SPD heute nicht Kollege Pfaffmann zum Büchergeld geredet hat. Wahrscheinlich ist er müde, immer das Gleiche zu wiederholen. Aber Herr Kollege Strobl, Sie haben das gut gemacht.

Ich möchte zu diesem Thema einige Dinge im Rückblick sagen. Ich spreche zu den Realitäten. In dieser Debatte wurde die Realität des Öfteren ausgelassen.

Ich weise auf die Situation hin, wie sie in den Jahren 2004 und 2005 war. Wir hatten zum Teil veraltete Bücherbestände und eine schwierige finanzielle Lage. In den Jahren 2004 und 2005 hat die rot-grüne Bundesregierung regiert. Niemand wünschte sich eine Rekordarbeitslosigkeit, aber wir hatten sie, und wir mussten mit schwierigen finanziellen Bedingungen fertig werden. Das haben Sie in Ihren Ausführungen leider immer außer Acht gelassen.

Unser Ziel war von Anfang an eine Erneuerung der zum Teil veralteten Bücherbestände. Wir mussten uns damals leider – es war notwendig – zu einer Elternbeteiligung durchringen. Das bedeutete, keine Abschaffung der Lehrmittelfreiheit. Die Elternbeteiligung war maßvoll und sozial abgefedert. Sie haben als Opposition eine „Wünsch dir was“-Politik gemacht und Forderungen wie in allen anderen Bereichen erhoben. Wir mussten aus finanzpolitischen Gründen unsere Entscheidung aber leider so treffen.

Ich wiederhole, dass dies kein bayerischer Sonderweg war. Ich wiederhole auch, obwohl Sie es schon öfter gehört haben – aber anscheinend nicht oft genug –: Auch andere Bundesländer haben eine Elternbeteiligung. Das sind die Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Thüringen und die Heimat Ihres SPD-Vorsitzenden, Rheinland-Pfalz.

Zu den Realitäten gehört auch, dass das Büchergeld den Schulen gut getan hat.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aber nicht den Schülern!)

– Selbstverständlich auch den Schülern, weil sie gute, neue Bücher bekommen haben. Das hat den Schulen und den Schülern gut getan.

Es ist Ihnen trotz Ihrer Bemühungen nicht gelungen, dieses Thema ständig am Leben zu erhalten. Um das Büchergeld ist es vielmehr erstaunlich ruhig geworden, weil die Eltern und die Schüler vor Ort gesehen haben, dass die Erneuerung des Bücherbestandes voranschreitet.

Sie haben mit Ihrem Vorwurf, dass es sich hier um ein Bürokratiemonster handle, ein Fabelwesen geschaffen, das außer in der Stadt München nirgends in diesem Land existiert hat. Nur in München war dies tatsächlich ein Bürokratiemonster. Aber da waren wohl die politischen Freunde hilfreich.

Zur Realität gehört auch, dass sich Bayern in den letzten Jahren durch eine solide Finanzpolitik einen finanziellen Spielraum erarbeitet hat, sodass wir die Mittel nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwenden müssen, sondern für Investitionen verwenden können. Ein Bereich ist jetzt die Abschaffung des Büchergeldes für das nächste Schuljahr. Das ist eine gute Nachricht. Die brauchen wir uns von niemandem in diesem Hause schlechtreden zu lassen. Wir können auf sie stolz sein.

Wir können darauf auch deshalb stolz sein, weil Bayern von den aufgeführten Ländern, die eine Elternbeteiligung haben, das einzige Bundesland ist, das die Elternbeteiligung wieder abschafft.

Deswegen möchte ich auf einen Vorwurf des Kollegen Pfaffmann eingehen, der in einer der letzten Ausschusssitzungen gesagt hat – nachzulesen im Protokoll –, das Büchergeld sei eine unendliche Geschichte der bayerischen Schulpolitik. Dies ist falsch. Es ist eine endliche Geschichte, weil das Büchergeld zum nächsten Schuljahr wieder abgeschafft wird.

Aber wissen Sie, wo die Elternbeteiligung eine unendliche Geschichte ist? Das ist sie unter anderem in Rheinland-Pfalz, weil dort schon seit Jahren und Jahrzehnten eine Elternbeteiligung vorhanden ist, die nicht abgeschafft wurde. Herr Kollege Pfaffmann sollte doch einmal mit seinen Parteifreunden in Rheinland-Pfalz reden.

Jetzt komme ich zum Ausblick und zur Umsetzung. Das Büchergeld soll nach unseren Plänen also zum nächsten Schuljahr abgeschafft werden. Jetzt haben wir eine Übergangsphase von einem Jahr. Für dieses Jahr sind wir auf den Wunsch der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände eingegangen. Zurzeit haben wir die Pflicht zur Erhebung der Beträge. Durch das laufende Gesetzgebungsverfahren wird diese Erhebungspflicht abgeschafft. Damit soll der Wunsch realisiert werden, den Kommunen ein Ermessen zu ermöglichen. Das heißt, die Kommunen sollen vor Ort flexibel entscheiden können, ob das Büchergeld notwendig ist oder nicht. Wenn es notwendig ist, sollen die Kommunen auch darüber entscheiden, in welcher Höhe dies in Frage kommt.

Der Freistaat Bayern zahlt für dieses Jahr weiterhin vier Euro. Das ist die Situation, die wir jetzt in der Übergangsphase haben.

Ich komme zu der Regelung für das nächste Schuljahr. Die Elternbeteiligung soll wieder abgeschafft werden. Entsprechend der bestehenden Revisionsklausel müssen zunächst der Bücherbedarf und der Finanzbedarf festgestellt werden.

Zur Feststellung gehört auch, dass für den Sachaufwand die Kommunen zuständig sind. Wir wollen diese Last aber nicht den Kommunen allein überlassen, sondern zu einer gemeinsamen Finanzierung durch Freistaat und Kommunen zurückkehren. In den nächsten Wochen und Monaten muss über die Aufteilung diskutiert werden.

Die in dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehene Rückkehr zu der Regelung, dass ein Drittel der Kosten von den Kommunen und zwei Drittel vom Freistaat Bayern getragen werden, ist gut. Die Rückkehr zur alten Regelung ist auch unser Ziel.

Ich hoffe, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, dass Sie, wenn unser Gesetzentwurf für das nächste Schuljahr eingebracht wird, der Aufteilung der Kosten in ein Drittel – Kommunen – plus zwei Drittel – Freistaat Bayern – zustimmen werden. Jedenfalls können wir als Ergebnis feststellen: Wir können dem Gesetzentwurf jetzt nicht zustimmen, aber nicht wegen der vorgesehenen Aufteilung in ein Drittel und zwei Drittel, sondern weil Sie die Neuregelung schon für das laufende Schuljahr verwirklichen wollen. Da besteht ein Dissens. Sie wollen es schon im laufenden Schuljahr verwirklichen, wir wollen dies erst im nächsten Schuljahr erreichen. Aber dann soll es eine Rückkehr zur alten Regelung geben: ein Drittel Kommunen, zwei Drittel Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Um das Wort hat noch einmal Frau Kollegin Tolle gebeten.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Manches kann man nicht so stehen lassen, Herr Kollege Eisenreich. Sie haben sich eben widersprochen. Sie haben gesagt, Sie verhandeln mit den Kommunen, verkünden hier aber schon, was dabei herauskommen soll. Das finde ich merkwürdig. Warum verhandeln Sie denn, wenn Sie schon wissen, wie es ausgehen wird?

Es ist noch eine unendliche Geschichte, deren Ausgang Sie jetzt prophezeien. Ich möchte anmahnen, dass wir, wenn wir zur alten Regelung zurückkehren – worauf ich sehr gespannt bin –, etwas einbauen müssen, das verhindert, dass der Bücherbestand wieder veraltet. Darauf möchte ich nochmals hinweisen.

Ich möchte auch Ihren Ausspruch nochmals kommentieren, den Schulen habe das Büchergeld gutgetan. Der Begriff „Bürokratiemonster“ stammt weder von der SPD noch von den GRÜNEN; vielmehr haben die kommunalen Spitzenverbände diesen Begriff ins Spiel gebracht, aber auch die Lehrer- und Lehrerinnenverbände, die als unmittelbar Betroffene damit zu tun haben. Wenn Letztere Ihnen einen solchen Vorwurf machen, müssen Sie schon versuchen, darauf zu reagieren, denn faktisch ist das Büchergeld eigentlich noch ein Bürokratiemonster.

Herr Kollege Eisenreich, Sie sagen, das Büchergeld habe den Schulen gutgetan. Ich möchte aber in diesem Parlament darauf hinweisen, dass das Büchergeld, wenn es den Schulen gutgetan hat, weil die Bücherbestände zwar nicht überall, aber teilweise aufgefrischt wurden, nicht der Freistaat Bayern bezahlt hat, sondern dass Sie diese Aufgabe auf die Eltern abgewälzt haben. Die Eltern, die in diesen zwei Jahren dran waren, haben quasi die Aufgabe des Freistaats Bayern übernommen, diese Bücher zu finanzieren. Jetzt fällt Ihnen ein, das Büchergeld wieder

abzuschaffen. So kann es nicht gehen, wenn es der CSU danach ist, weil sie meint, sie habe andere Prioritäten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere nur daran, dass Sie für den Transrapid über Nacht 15 Millionen Euro aus der hohlen Westentasche gezogen haben. Wenn die CSU meint, sie habe andere Prioritäten, kann sie nicht eine Zeitlang die Eltern zur Kasse bitten. Sie senden damit auch das Signal aus, dass nicht gesichert ist, dass Bildung eine staatliche Aufgabe bleibt, sondern Eltern immer damit rechnen müssen, dass sie für Sie in die Bresche springen müssen.

In einem Bundesland, in dem wie in keinem anderen Land dieser Republik Bildungserfolg vom Einkommen der Eltern abhängt, dürfen wir kein solches Signal aussenden. Darauf lege ich großen Wert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wohltat stammt nicht aus Ihrem Füllhorn, sofern Sie in den vergangenen Jahren für das Schulwesen eines zur Verfügung gestellt haben. Diese Maßnahme haben die bayerischen Eltern finanziert. Wir müssen wieder dahin zurückkommen, dass Bildung ein freies Gut ist, zu dem jedes Kind Zugang hat, unabhängig vom Einkommen seiner Eltern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner Muggendorfer (SPD))

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Pfaffmann steht schon bereit. Bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lieber Herr Kollege Eisenreich, erstens, immer wieder dieselben Sprechblasen und Verweise auf andere Bundesländer! Sie sind immer schnell dabei, wenn es gilt, hier nicht besonders gute Beispiele aus anderen Bundesländern anzuprangern. Ich bin der Meinung, auch die anderen Bundesländer sollten darüber nachdenken, ob Lernmittelfreiheit nicht besser wäre. Aber wenn man schon mit dem Finger auf andere Bundesländer zeigt, muss man sich auch die Frage stellen lassen: Wollen Sie nicht auch einmal die guten Beispiele der anderen Bundesländer übernehmen, zum Beispiel kleinere Klassen und Ganztagsklassen?

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns darin einig sind, dass Sie in Bayern mehr Ganztagsklassen, kleinere Klassen und mehr Lehrer realisieren, dann werden wir gemeinsam nach Rheinland-Pfalz reisen und sagen, sie sollen das Büchergeld abschaffen. Aber sich hier hinzustellen, auf andere Bundesländer zu schimpfen und diese Beispiele nicht zu nennen, das ist unredlich, Herr Eisenreich.

Zweitens. Sie sagen, Sie wollen zu der alten Regelung zurück. Das ist doch nichts anderes, als das, was in unserem Gesetzentwurf steht. Stimmen Sie ihm doch einfach zu.

(Beifall bei der SPD)

Warum um Himmels willen wollen Sie denn erst nächstes Jahr zur alten Regelung zurückkehren? Angesichts von Mehreinnahmen von über 4 Milliarden Euro in diesem Jahr ist es geradezu beschämend, dass Sie die Kommunen ein weiteres Jahr belasten wollen, und das vor dem Hintergrund der großen Worte Ihres Ministerpräsidenten von heute Morgen, die CSU sei Partner der Gemeinden. Von wegen Partner der Gemeinden – Sie schieben jetzt den Schwarzen Peter von den Eltern auf die Gemeinden, die Ihre Politik bezahlen müssen, und das ist das Schlimme.

(Beifall bei der SPD)

Die Abschaffung des Büchergeldes ist übrigens schon eine unendliche Geschichte, die durch ein Missgeschick Ihres Ministerpräsidenten ausgelöst worden ist; denn er hat gesagt, er würde das Büchergeld abschaffen. Aber er wollte es als Wahlgeschenk abschaffen. Leider ist das jetzt schiefgegangen. Deswegen sind Sie so in der Breddouille.

Die einzige vernünftige Möglichkeit wäre: Machen Sie Schluss mit dem Trauerspiel Büchergeld und schaffen Sie es jetzt ab, indem Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen, lieber Herr Eisenreich. Dann bekommen auch die Kolleginnen und Kollegen in der CSU keine Probleme mehr, die in ihren Stimmkreisen jetzt reihenweise sagen, ich war ja immer schon gegen das Büchergeld. Diese Heuchelei erleben wir hier jeden Tag.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Sie sagen in den Stimmkreisen: „Ich war schon immer gegen das Büchergeld“, haben aber hier drinnen nicht den Mut, einem Gesetzentwurf zuzustimmen, der das Büchergeld sofort abschafft.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat für die Staatsregierung Herr Staatssekretär Siblinger um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Bernd Siblinger (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ein paar wenige Anmerkungen: Ich bin dem Kollegen Eisenreich sehr dankbar, dass er darauf hingewiesen hat, dass der Buchbestand besser geworden ist; das ist objektiv Fakt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Frau Kollegin Tolle redet vom Schwarzen Peter für die Kommunen. Ich möchte demgegenüber darauf hinweisen, dass diese Regelung mit den kommunalen Spitzenverbänden so abgesprochen war. Das haben wir bereits letzte Woche bei dem von uns eingebrachten Gesetz zur angestrebten Lösung des Problems betont. Ich möchte es auch heute nochmals betonen.

Herr Kollege Strobl hat auf die Ermessensregelung hingewiesen. Auch dazu sei gesagt: Es gibt hier durchaus Parallelfälle, in denen der Leistungsempfänger im

Ermessen bestimmen kann, ob er sich für die Umsetzung entscheidet oder nicht. Ich verweise auf das Gesetz zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer, wo auch entsprechend differenzierte Regelungen getroffen worden sind und die jeweilige Kommune entscheiden kann.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Tolle?

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Selbstverständlich.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Frau Kollegin.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Staatssekretär, ich möchte Sie fragen, ob Sie zur Kenntnis genommen haben, dass es zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Aussetzung des Büchergeldes Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände gibt, in denen sie ausdrücklich fordern, dass für dieses Jahr bei Aussetzung ein Kostenersatz geleistet werden muss. Von diesem Kostenersatz ist aber bei Ihnen nie die Rede. Haben Sie davon Kenntnis?

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass die offiziellen Gespräche in eine andere Richtung gegangen sind. Die Positionen werden in den anstehenden Verhandlungen ausgetauscht.

(Wortmeldung des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Frau Kollegin Tolle, ich möchte nochmals auf die Regelung ein Drittel zu zwei Drittel eingehen, die Herr Kollege Eisenreich angesprochen hat, weil Sie sie so kritisiert haben. Das ist kein Ergebnis, sondern eine Verhandlungsposition, die wir im Gespräch mit den Kommunen beschreiten werden. Ich gehe davon aus, dass wir hier gute Gespräche führen werden. Wir werden die Kommunen nicht allein lassen; wir haben es heute in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Beckstein zum Thema Finanzausgleich gehört. Da sind wir auf einem guten Weg. Lassen Sie uns verhandeln, wir werden eine gute Lösung finden.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Entschuldigen Sie, Herr Kollege Pfaffmann, aber ich bin nicht mehr dazu gekommen. Bitte, Sie haben noch Redezeit, können aber auch eine Zwischenintervention machen. Wie Sie möchten.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Es ist immer wieder interessant. Herr Staatssekretär Sibler hat jetzt gesagt, die Regelung sei mit den Gemeinden abgesprochen. Das erweckt den Eindruck, dass der Städtetag, der Gemeindetag und der Landkreistag damit einverstanden seien, dass sie die Kosten tragen müssen. Lieber Herr Sibler, das ist eine tendenzielle Feststellung. Können Sie mir

sagen, ob sich Herr Schaidinger damit einverstanden erklärt hat, dass er die Zeche für das zahlen muss, was Sie hier angerichtet haben? Können Sie mir das sagen?

Bleiben Sie doch bei der Wahrheit. Die Wahrheit ist, dass Sie die Gemeinden über den Tisch gezogen haben und dass die Gemeinden und Städte das leider mit sich haben machen lassen. Sie haben jetzt den Schwarzen Peter, sie sind jetzt für das Büchergeld verantwortlich. Hören Sie damit auf, immer den Eindruck zu erwecken, dass die Städte und Gemeinden das so gewollt haben, dass sie also das bezahlen müssen, was Sie verbrauchen haben.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung, die schon rechtzeitig beantragt und auch bekannt gegeben worden ist. Wir können sie jetzt durchführen.

Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 15/8885 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Die Urnen stehen bereit. Die Stimmabgabe kann beginnen. Fünf Minuten sind dafür vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 16.32 bis 16.37 Uhr)

Die Zeit ist um. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Saales ausgezählt.

Ich darf jetzt die Sitzung wieder aufnehmen. Dazu bitte ich Sie, die Plätze wieder einzunehmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Dr. Jakob Kreidl, Christa Matschl

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets

(Drs. 15/8826)

– Zweite Lesung –

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Deshalb kommen wir sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 15/8826 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit auf Drucksache 15/9261 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit empfiehlt die unveränderte Annahme.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist es so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine.

Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: „Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets“

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Gesetzentwurf der Abgeordneten Schmitt-Bussinger und anderer auf der Drucksache 15/8863 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes (Drs. 15/8211)
– Zweite Lesung –

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zu Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 15/8211 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie auf der Drucksache 15/9259 zugrunde.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe, dass in § 2 in Absatz 1 als Datum des Inkrafttretens der „1. Januar 2008“ und in Absatz 2 als Datum des Außerkrafttretens der „31. Dezember 2007“ eingefügt werden.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Ergänzungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei einer Gegenstimme aus der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in

einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Zwei Gegenstimmen aus der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen?

(Widerspruch der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter (SPD))

– Es waren zweigestanden, Frau Kollegin. Es standen zwei. Also zwei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes“.

Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 5 und 6 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen im Freistaat Bayern (Bayerisches Bauaufträge-Vergabegesetz – BayBauVG) (Drs. 15/7215)
– Zweite Lesung –

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes (Drs. 15/8370)
– Zweite Lesung –

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich darf als Erstem Herrn Kollegen Dr. Runge das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Danke, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Unser Gesetzentwurf ist bekanntlich Teil eines Initiativenpaketes zum Thema Vergaberecht bei öffentlichen Aufträgen. Anlass waren zum einen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Tariftreueregelung in Berlin und zum anderen die beiden neuen EU-Verordnungen zum Vergaberecht und deren Umsetzung bzw. deren Nichtumsetzung bzw. fehlende Umsetzung in nationales Recht in Deutschland.

Ganz kurz zum europäischen Vergaberecht: Wir hatten vorher vier Verordnungen, jetzt sind es nur noch zwei. Das Vergaberecht auf europäischer Ebene gibt – konkretisiert und klargestellt durch die beiden angesprochenen Verordnungen – der öffentlichen Hand durchaus die Möglichkeiten, soziale und umweltbezogene Kriterien bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen, und zwar als Ausschreibungsbestandteil, als Zuschlagskriterium wie auch als Ausführungsbestimmung, also als Vertragsbedingung. Allerdings sind hier die entsprechenden Rechtsgrundlagen auf nationaler Ebene zu schaffen. Selbstver-

ständig darf es keine Diskriminierung geben. Das heißt, es muss Wettbewerb und Transparenz geben.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das viele in diesem Raume nach dem BGH-Urteil im Vorlauf in Erstaunen versetzt hat, sagt ganz klar: Es darf eine solche Regelung zur Tariftreue geben. Eine solche Rechtsgrundlage muss eben nicht unbedingt beim Bund verortet sein, sondern auch der Landesgesetzgeber hat hier die Möglichkeit, eine entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen. Noch einmal in zwei Sätzen: Es ging damals um die Angst, die negative Koalitionsfreiheit, den Eingriff in dieselbige, ermöglicht durch die marktbeherrschende Stellung, die die öffentliche Hand nun einmal vor allem im Tiefbau hat.

Das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz ist bekanntermaßen so gestaltet worden, dass die Tariftreue- und Nachunternehmerklärung – diese war einer der glorifizierten Teile des Beschäftigungspakts Bayern – eingedampft worden ist in eine differenzierte und differenzierende Lösung. Das heißt, Hochbau generell, aber Tiefbau nur der Freistaat und nicht die Kommunen. Grund war eben die Befürchtung, die ich vorhin skizziert hatte, nämlich die Kette negativer Koalitionsfreiheit, Eingriff in dieselbige über die marktbeherrschende Stellung.

Jetzt haben wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Verfassungsrichter haben klar gesagt, so etwas geht sehr wohl. Sie haben hier sowohl dem Bundesgesetzgeber als auch dem Landesgesetzgeber relativ freie Hand eingeräumt. Dieses sollten wir nutzen. Das ist Ziel, Zweck und Inhalt unseres Antrags, wobei ich noch einmal darauf verweise, selbstverständlich gilt auch das weitere Eindampfen der entsprechenden Regelung. Da erinnere ich an die Bekanntmachung der Staatsregierung vom 8. Februar 2006, auch dieses wiederum rückgängig zu machen.

Ich verweise an dieser Stelle noch einmal auf das Verhalten der Staatsregierung zu der Thematik. Zum ersten Mal ist das Ganze im Beschäftigungspakt Bayern verkündet worden; man hat sich dafür feiern lassen – wir meinen, an dieser Stelle zu Recht feiern lassen – seitens der Staatsregierung. Dann gab es das eine oder andere Rückzugsgefecht und den Versuch der Regierung Schröder im Jahr 2002, eine entsprechende Regelung auf Bundesebene durchzusetzen. Damals gab es im Bundesrat Widerstand vor allem seitens des Freistaates Bayern und der Staatsregierung. Den betreffenden Herrn sehe ich jetzt nicht – der sitzt üblicherweise hier vorne rechts –, der einer der Wortführer im Bundesrat gewesen ist. Ganz interessant sind die Begründungen gewesen. Da heißt es, der Freistaat Bayern hat deswegen dagegen gehalten, weil man dann, wenn beispielsweise der ÖPNV einbezogen werden würde, unabsehbare Mehrkosten für die Kommunen herbeiführen würde. Das ist interessant vor dem Hintergrund, dass gleichzeitig das bayerische Wirtschaftsministerium den Kommunen eine Tariftreue-Regelung gerade im öffentlichen Personennahverkehr anempfohlen hat und erfreulicherweise sehr viele dieser Empfehlung nachkommen.

In diesem Zusammenhang noch ein kleiner Verweis auf die anderen Anträge, die in diesem Paket gewesen sind. Das war zum einen ein Antrag zur Ausweitung der Tariftreue auf andere Gegenstände, also über den Bau hinausgehend. Es gab einen weiteren Antrag, welcher hier interessanterweise noch abgelehnt worden ist. Wenige Monate später haben Sie erfreulicherweise zugestimmt. Dort hat es geheißen, der Freistaat bzw. die Staatsregierung soll initiativ werden, dass auf Bundesebene grundsätzlich Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die das Berücksichtigen von ökologischen und sozialen Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zweifelsfrei möglich machen.

Was steckt dahinter? – Wir sagen ganz klar, fairer Wettbewerb herrscht dann nicht, wenn das eine Unternehmen ausbildet und das andere nicht. Fairer Wettbewerb herrscht dann nicht, wenn das eine Unternehmen sich an Umweltstandards hält und das andere Unternehmen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir heute erfahren haben, dass auf der gloriosen Baustelle der „BMW World“ fast 160 Fälle aufgedeckt worden sind von Bezahlung von unter drei Euro die Stunde – also weit unterhalb des gesetzlichen Mindestlohnes –, dann hängt das nicht mit dem fairen Wettbewerb zusammen, sondern das muss man ganz anders einordnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich wieder auf die öffentliche Hand als Auftraggeber zurück. Wir sagen klar: Die öffentliche Hand muss steuern. Sie muss einen Rahmen setzen. Selbstverständlich muss sie als öffentlicher Auftraggeber auch tätig werden, so sie tätig werden kann.

Man kann es gar nicht oft genug betonen: Wir haben in der letzten Sitzung vor der Sommerpause den gemeinschaftlichen Antrag zum Ausschluss ausbeuterischer Kinderarbeit verabschiedet. Ich erinnere Sie an dieser Stelle an den fünften Spiegelstrich. Darin wurde die Staatsregierung aufgefordert, beim Bund für eine entsprechende Rahmensetzung zu sorgen, dass ökologische und soziale Kriterien generell bei den Vergaben berücksichtigt werden dürfen. Wir halten das für einen Meilenstein. Wir warten gespannt und mit großer Freude darauf, wann und wie die Staatsregierung ihren Handlungsauftrag abarbeitet, den ihr das Plenum im Juli dieses Jahres gegeben hat.

Selbstverständlich muss, wenn die Einhaltung einer Tariftreue-Regelung oder andere Kriterien abgefragt werden, für die Einhaltung dieser Kriterien gesorgt werden. Wir brauchen also eine hinreichende Kontrolle und auch Sanktionsmöglichkeiten. Deshalb bedauern wir es umso mehr, dass kürzlich an dieser Stelle unsere beiden Anträge bezüglich eines Registers über unzuverlässige Unternehmen abgelehnt worden sind. Dies wäre ein Instrument, mit dem in der Folge weitergearbeitet werden müsste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Unterschiede in den beiden Gesetzentwürfen sind nicht so groß. Es gibt eigentlich nur einen entscheidenden Unterschied: Wir sagen, dass unser Gesetzentwurf bezüglich des Hoch- und Tiefbaus für den Freistaat, also den staatlichen Sektor, und die Kommunen insgesamt gelten sollte. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung sagt hingegen, dass der Freistaat als Auftraggeber überall verpflichtet ist, wogegen die Kommunen im Tiefbau freiwillig die Tariftreue abfragen können oder nicht.

Meine Damen und Herren von der CSU, wir sind so frei, auch Ihrem Gesetzentwurf zuzustimmen, weil er ein Schritt in die richtige Richtung ist. Wir sind froh, dass wir Sie hier angestoßen und angeschoben haben. Es hat einige Monate gedauert, aber dann kam erfreulicherweise Ihr Alternativgesetzentwurf.

Ich erlaube mir, noch einmal auf eine sehr absonderliche Argumentation des damaligen Innenministers einzugehen. Ich hoffe, dass es der jetzige Innenminister besser kann und weiß. Herr Beckstein hat tatsächlich mit dem Konnexitätsprinzip gegen unseren Gesetzentwurf argumentiert. Damals dachte ich mir, Herr Dr. Beckstein ist nicht nur Innenminister, sondern auch Kommunalminister. Er sollte schon wissen, was das Konnexitätsprinzip bedeutet. Vereinfacht übersetzt lautet es: Wer anschafft, zahlt. Das gilt aber nur, wenn wir den Kommunen neue Aufgaben aufdrücken.

Was die Rahmensetzung anbelangt, kann nicht mit dem Konnexitätsprinzip argumentiert werden; denn in diesem Fall hätte es keine Umsatzsteuererhöhung geben dürfen. Wir hätten dann auch keine anderen Standards in der Umweltpolitik und vieles mehr setzen können. Ich empfehle Ihnen, das damalige Protokoll nachzulesen. Herr Dr. Beckstein – damals Kommunalminister – hat gesagt, dass er unseren Gesetzentwurf wegen des Konnexitätsprinzips ablehne. Das war eine sehr eigentümliche Interpretation des Konnexitätsprinzips.

Ich bin gespannt, wie sich die Staatsregierung in diesem Fall verhalten wird. Noch einmal: Wir sind nicht kleinkariert. Wir sagen weiterhin, dass unser Gesetzentwurf der bessere, weil dieser der umfassendere ist. Wir freuen uns aber über den Gesetzentwurf der Staatsregierung, der ein Schritt in die richtige Richtung ist. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zustimmen. Ich möchte Sie aber noch einmal herzlich auffordern, unserem Gesetzentwurf zu folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Scharf-Gerlspeck.

Ulrike Scharf-Gerlspeck (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz vom 28. Juni 2000 verpflichtet staatliche Vergabestellen, alle öffentlichen Bauaufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Auftragsabgabe verpflichten, ihre Arbeitnehmer bei der Ausführung dieser Leistung nach den jeweils in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Lohnstarifen zu entlohnen und dies auch bei Nachunternehmern sicherzustellen.

Den Kommunen und weiteren Auftraggebern wird nach Artikel 3 Absatz 2 des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes die Ermächtigung eingeräumt, bei Bauaufträgen im Bereich Hochbau ebenso zu verfahren.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Staatsregierung auf der Drucksache 15/8370 zur Änderung dieses Gesetzes sieht nun vor, die Tariftreueverpflichtung auch auf den Bereich Straßen- und Tiefbau auszuweiten. In diesem Entwurf ist es den Kommunen freigestellt – die Betonung liegt auf „freigestellt“ –, die Tariftreueerklärung bei Bauvergaben zu verlangen, während der Gesetzentwurf der GRÜNEN verpflichtend wirkt.

Meine Damen und Herren, die kommunalen Spitzenverbände sind am Gesetzesänderungsverfahren beteiligt gewesen, begrüßen ausdrücklich diese Freiwilligkeit und wenden sich gegen eine verpflichtende Regelung. Diese Kann-Regelung entspricht der Selbstverwaltung der Kommunen.

Der federführende Ausschuss und die mitberatenden Ausschüsse haben dieser Gesetzesänderung einstimmig zugestimmt. Ich darf Sie hier im Plenum um ein ebensolches Votum bitten.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich Frau Kollegin Dr. Kronawitter das Wort.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir hatten bereits zu beiden Gesetzentwürfen im Plenum eine Aussprache. Wir haben auch im federführenden Ausschuss sehr ausführlich darüber diskutiert. Deshalb verweise ich auf diese Aussprachen. Ich verweise auch auf den Gesetzentwurf der SPD zu diesem Thema, den Herr Kollege Schieder vor vier Jahren sehr eingehend begründet hat. In diesem Gesetzentwurf hat sich die SPD zum Vergabewesen klar positioniert. Wir begrüßen es, dass jetzt ein weiterer Schritt zum Vergabewesen im Tiefbau gegangen wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal daran erinnern, wie alle Fraktionen darum gerungen haben, dass im Sommer ein gemeinsamer Antrag zum Vergabewesen zustande kam, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu erwerben. Das war ein zentrales Thema. Die CSU war schließlich bereit, soziale Kriterien im Vergabewesen ausdrücklich anzuerkennen. Ich möchte das hervorheben, weil das ein wichtiger Schritt war. Herr Kollege Dr. Runge, Sie haben Recht: Wir müssen jetzt sehen, wie dieser Schritt umgesetzt wird.

Wir haben durch eine Befragung im Ausschuss erfahren, dass die Bayerische Eisenbahngesellschaft – so wurde es dargestellt – bei den Vergaben der Strecken die Tariftreue berücksichtigen würde. Auch hier ist dieses soziale Kriterium aufgenommen worden, wie ich finde, mit gutem Grund.

Zu den beiden Gesetzentwürfen: Wir stimmen gern dem Gesetzentwurf der GRÜNEN zu, weil wir die Position vertreten, dass nicht nur der Staat, sondern auch die Kom-

munen gebunden werden sollten. Damit wird Einheitlichkeit geschaffen. Viele Kommunen haben signalisiert, dass sie dieses Gesetz gerne umsetzen würden, wenn das in den anderen Kommunen auch der Fall wäre.

Wir werden auch dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zustimmen. Damit wird zumindest die Umsetzung bei staatlichen Auftraggebern sichergestellt. Der weitergehende Gesetzentwurf wäre uns zwar lieber gewesen, wir halten die Berücksichtigung der Tariftreue im Tiefbau und im Hochbau für richtig.

Ich füge noch einmal an: Die gesetzliche Regelung des Rahmens ist das Eine. Leider müssen wir jedoch feststellen, dass es notwendig ist, diese Kontrollen auf den Baustellen auch wirklich durchzuführen.

Die Einhaltung der Vorschriften ist gerade im Baugewerbe ein weiterer notwendiger Schritt. In diesem Sinne werden wir beiden Gesetzentwürfen zustimmen. Wie gesagt, wir müssen auch den nächsten Schritt beobachten, nämlich die Frage, ob die Vorschriften auch wirklich eingehalten werden.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nun darf ich das Wort Herrn Staatsminister Herrmann erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz vom 28. Juni 2000 verpflichtet die staatlichen Vergabestellen, Bauaufträge nur an solche Unternehmen zu vergeben, die ihre Arbeitnehmer nicht unter den in Bayern geltenden Lohnтарифen entlohnen und dies auch bei ihren Nachunternehmern sicherstellen. Dieses Gesetz war damals in der Tat eine für uns in Bayern beachtenswerte Errungenschaft. Wir haben damals mit diesem Gesetz ein Zeichen gesetzt. Das Gesetz hat sich bewährt. Wir können heute feststellen, dass das Gesetz vielen Arbeitsplätzen in Bayern gut getan hat. Es war gut, dass wir das Gesetz genau so geschaffen haben.

Den Kommunen ist das Recht, die Tariftreue zu verlangen, bisher nur für den Hochbau eingeräumt worden. Durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Juli 2006 zu einer Vorlagefrage des Bundesgerichtshofs zum Berliner Vergabegesetz ist es nunmehr möglich, die Kommunen zu ermächtigen, die Tariftreueerklärung auch bei Bauaufträgen für den Tief- und Straßenbau zu verlangen. Das Bundesverfassungsgericht sieht nämlich in der Ausdehnung des Geltungsbereichs der Tariftreueerklärung auf den Tief- und Straßenbau der Kommunen keinen Verstoß gegen höherrangiges Recht aufgrund marktbeherrschender Stellung auf der Nachfrageseite.

Ich will nicht verheimlichen: In dieser Frage ist noch ein Vorabentscheidungsverfahren des Europäischen Gerichtshofs in der Frage anhängig, ob die Tariftreueverpflichtung mit Gemeinschaftsrecht vereinbar ist. Die europäischen Vergaberichtlinien lassen zu, dass öffentliche Auftraggeber zusätzliche ökologische und soziale

Bedingungen für die Ausführungen Aufträgen über Bauleistungen vorschreiben. Ich gehe deshalb davon aus, dass der Europäische Gerichtshof die Vereinbarkeit der Tariftreueverpflichtung mit Gemeinschaftsrecht feststellen wird.

Nun hat die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN schon zu Beginn dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes vorgelegt. Die in diesem Gesetzentwurf enthaltene Regelung, dass die Kommunen künftig zur Einholung der Tariftreueerklärung verpflichtet werden sollen, geht unseres Erachtens zu weit. Eine Verpflichtung der Kommunen, von den Unternehmen bei Bauaufträgen die Tariftreueerklärung zu verlangen, würde nämlich das ihnen verfassungsgemäß garantierte Selbstverwaltungsrecht nach Artikel 28 des Grundgesetzes und nach Artikel 11 der Bayerischen Verfassung durch eine einfache gesetzliche Regelung tangieren, vielleicht sogar untergraben. Wir halten deshalb eine solche Verpflichtung der Kommunen nicht für richtig.

Was die Konnexität anbetrifft, die Herr Kollege Dr. Runge angesprochen hat, so sage ich hier ausdrücklich und für mich ganz persönlich, dass ich mir diese Argumentation nicht zu eigen mache. Das Konnexitätsprinzip ist ein kompliziertes Feld. Ich persönlich stehe aber, ganz generell, nicht nur was dieses Gesetz anbetrifft, auf dem Standpunkt, wir sollten möglichst im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern einer allzu üppigen Ausweitung dieses Prinzips entgegenreten. Es wäre nicht im Sinne des Erfinders, wenn man bei jedem Gesetz, selbst wenn es nur indirekt oder um drei Ecken herum die finanziellen Interessen einer Kommune berührt, jede Neuregelung mit dem Ruf: „Konnexitätsprinzip“ abblocken könnte. Wir würden uns in diesem Hohen Hause mit einer solchen Auffassung auch mittel- und langfristig keinen Gefallen tun. Wir würden uns selbst nur unnötig Fesseln anlegen.

Der Ministerrat hat das Innenministerium noch im März beauftragt, im ersten Halbjahr dieses Jahres einen Gesetzentwurf zu einer verfassungskonformen Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes vorzulegen. Dies ist nun gelungen.

Frau Präsidentin, ich glaube, Herr Kollege Dr. Runge will eine Zwischenfrage stellen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, danke, dass Sie mir behilflich sind. Bitte schön, Herr Kollege.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Ich bin nämlich gleich fertig, und dann kann der Herr Kollege keine Zwischenfrage mehr stellen.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Ich habe schon länger auf das Knöpfchen gedrückt, erfreulicherweise ist das Ihnen, Herr Staatsminister, aufgefallen.

Ich möchte Sie bitten, gedanklich drei bis vier Sätze zurückzublätern. Es freut mich unheimlich, dass Sie meiner Auffassung, was die daneben liegende Einschät-

zung des damaligen Innenministers bezüglich des Konnexitätsprinzips betrifft, folgen. Allerdings habe ich eine Frage. Sie haben gesagt, es ginge zu weit, wenn wir auch die Kommunen verpflichten. Ich denke, das ist eine Frage der Einschätzung. Sie haben aber auch rechtliche Bedenken angemeldet und bezweifelt, dass eine einfache gesetzliche Regelung ausreichte, dass eine solche Regelung möglich wäre. Bitte erinnern Sie sich, vor dem Jahr 2002 gab es noch nicht einmal eine einfache gesetzliche Regelung. Damals gab es schlicht eine Bekanntmachung, die kurz nach dem Bayerischen Beschäftigungspakt erlassen wurde. Müsste man die Argumente nicht erst recht danach beurteilen?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege Dr. Runge, ich bin jedenfalls der Auffassung, dass sich diese Regelung für den Freistaat Bayern bewährt hat. Es gibt niemanden bei uns, der diese Regelung für staatliche Bauaufträge sowohl im Hoch- wie auch im Tief- oder im Straßenbau infrage stellen wollte. Ich bin aber genauso nachdrücklich der Meinung, dass die Kommunen dies selbst entscheiden sollten. Wir sollten den Kommunen da keine Vorschriften machen. Die Stadt München, der Landkreis Erding, der Landkreis Rhön-Grabfeld, sie alle sollten selbst entscheiden können, ob sie dieses aus unserer Sicht sinnvolle Instrument, anwenden wollen, oder ob eine Kommune aus welchen Gründen auch immer vor Ort sagt, wir wenden diese Regelung nicht an. Wir wollen nicht immer neue Zwangsregelungen schaffen. Wir nehmen das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen sehr ernst. Ich halte das für sehr wichtig. Deshalb sollten wir den Kommunen die Möglichkeit geben, das Instrument anzuwenden. Sie können dieses Instrument im gleichen Umfang anwenden wie der Freistaat Bayern, wir zwingen sie aber nicht dazu. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Schritt im Hinblick auf das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf wird der Handlungsspielraum der Kommunen in diesem Sinne deutlich erweitert. Ihr Selbstverwaltungsrecht wird gestärkt. Wir geben damit nicht nur für die Rechte der Kommunen ein starkes Signal, sondern wir wenden uns auch entschieden gegen Lohndumping. Wenn unterschiedliche Lohnstrukturen aufeinandertreffen, dann wird der Wettbewerb verzerrt. Solche Wettbewerbsverzerrungen werden durch unseren Gesetzentwurf abgebaut. Die Auftragschancen unserer heimischen Bauunternehmen werden dadurch erhöht und Arbeitsplätze in Bayern werden gesichert.

In den damit befassten Ausschüssen wurde dem Gesetzentwurf der Staatsregierung erfreulicherweise einstimmig zugestimmt. Ich bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abzulehnen und dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache

geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über Tagesordnungspunkt 5 abstimmen. Der Abstimmung liegt der Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/7215 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 15/9257 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 6. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 15/8370 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie auf Drucksache 15/9258 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe, dass § 2 eine neue Fassung erhält. Ich verweise insoweit auf Drucksache 15/9258. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Somit ist der Gesetzentwurf beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist das ganze Haus. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist das Gesetz angenommen. Es trägt den Titel: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes“.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist,

den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Niemand. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Eingabe betreffend die Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von forst- und landwirtschaftlichen Geräten (EB.2576.15.B)

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sich mit dieser Eingabe in der Sitzung am 24.10.2007 befasst und beschlossen, sie gemäß § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Ich eröffne hierzu die Aussprache. Es gilt eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion. Als Erster darf ich Frau Kollegin Scharfenberg das Wort erteilen.

Maria Scharfenberg (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der letzten Plenarsitzung hatten wir Eingaben zum Thema „Villa Trutz“. Heute haben wir es mit einer ebenso pikanten Eingabe zu tun, und zwar mit einer Eingabe aus der Oberpfalz. Die Petition betrifft die Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von forst- und landwirtschaftlichen Geräten. Herr Hartwich, ein Petent aus Weiden, errichtete ohne Baugenehmigung mitten im Wald in der Schutzzone „Naturpark Steinwald“, also im Außenbereich, eine Halle mit drei Nebengebäuden, sprich eine Holzlege, einen Schuppen und eine Volière. Herr Hartwich aus Weiden bekommt nach langem Hin und Her nach 15 Jahren eine Beseitigungsanordnung vom Landratsamt, da er noch nie einen Plan eingereicht und damit auch noch nie eine Baugenehmigung erhalten hatte und selbst auch nie privilegierter Landwirt war.

Bis hierher können wir GRÜNE noch folgen und sind der Auffassung: So geht's nicht. Wie der Herr Landrat verfügte, muss diese Halle samt Nebengebäuden abgerissen werden. Wenn auch das Landratsamt und wir GRÜNE so denken, denkt doch die CSU noch lange nicht so. Im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sie beschlossen, den Vorgang ganz anders zu sehen. Das muss man sich einmal vor Augen halten: Die CSU beschließt hier Baugesetze bzw. sorgt für deren Umsetzung, aber in der nördlichen Oberpfalz sieht das alles ganz anders aus.

Herr Zeitler, beigezogener Oberpfälzer Abgeordneter – Berichterstatlerin war Frau Stierstorfer – agierte in der Sitzung des Petitionsausschusses am 24.10., engagierte sich über alle Maßen und brachte die CSU dazu, der folgenden abenteuerlichen Argumentation zuzustimmen: Dem Petenten Hartwich liegt die Beseitigungsanordnung vor; das hat sogar Herr Zeitler gesehen. Jetzt hat sich Herr Hartwich den Landwirt Wopperer gesucht, der die Möglichkeit einer Privilegierung hat, die aber absolut in den Sternen steht. Herr Hartwich sagt, Herr Wopperer nutzt eigentlich die Halle, er sei gar nicht derjenige, der

die Halle nutze, sondern Herr Wopperer mit einer eventuellen Privilegierung nutze die Halle.

(Hans Joachim Werner (SPD): So ein Zufall!
– Karin Radermacher (SPD): Also Ideen haben die!)

Das Ganze sei nun verpachtet. Herr Zeitler meinte nun, gar nicht schlecht, das könne man doch akzeptieren. Die ganze CSU im Ausschuss hat das dann akzeptiert und hat für Berücksichtigung votiert. Die CSU ist also dafür, dass jemand mitten im Wald ohne Genehmigung eine Halle bauen darf und sie dann auch nicht abreißen muss, obwohl das Landratsamt gemäß dem Gesetz handelt, das Sie, meine Damen und Herren von der CSU, hier beschlossen haben.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Unruhe)

So viel zum Thema Beliebigkeit. Da sage ich: So geht's nicht. Deshalb wollten ich und auch die SPD Ihnen die Petition noch einmal vorstellen. Sie sind sicherlich nicht der Meinung von Herrn Zeitler.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Da schauen wir mal!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Herr Zeitler wird uns nun aufklären. Lieber Herr Kollege, bitte schön.

Otto Zeitler (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Villa Trutz und ein bisschen Zeitler – und schon hat man eine politische Brühe. Man glaubt, dass man damit ein Süppchen kochen kann, das aber im Petitionsbereich nichts verloren hat. Dann nimmt man noch eine Prise CSU-Gesetze hinzu, aber wenn man sich daran hält, ist es wieder falsch. Dieses Süppchen wollen Sie vor Ort verkaufen.

Frau Kollegin, ich schätze Sie sehr, aber Sie haben da etwas verwechselt. Petent ist nicht Herr Hartwich.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und bei der SPD)

– Der Petent ist Herr Wopperer. Wenn Sie wie ich im Ausschuss gewesen wären, dann wüssten Sie das.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Sie waren da und wissen es trotzdem nicht. Jetzt fällt mir nichts mehr ein.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ist der Petent CSU-Mitglied?)

Zurück zur Sache. Hier geht es um einen Bürger, und wir wollen das nicht politisieren.

(Unruhe)

Der Vater von Herrn Hartwich hat vor 15 Jahren diese Halle oder dieses Schüppchen schwarz hingebaut, keine Frage. Nach 15 Jahren bekommt er eine Abrissverfügung; das ist auch in Ordnung.

(Karin Radermacher (SPD), die Eingabe hochhaltend: Petent ist Herr Hartwich!)

– Hartwich und Wopperer nutzen gemeinsam diese Halle seit Jahren für die Bewirtschaftung von etwa sieben bis acht Hektar Wald. Fünf davon gehören Herrn Hartwich, und zwei gehören Herrn Wopperer. Außerdem betreibt Herr Wopperer noch ein landwirtschaftliches Anwesen, mittlerweile im Nebenerwerb. Er ist aber im Sinne des § 35 der Bayerischen Bauordnung privilegiert, sodass er im Außenbereich bauen kann.

(Unruhe)

Der Abbruch dieser Halle würde Herrn Wopperer schaden.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Anhaltende Unruhe)

Nach Auskunft des Landwirtschaftsamtes und des Bauernverbandes hat er ohnehin zu wenige Unterstellmöglichkeiten.

Nun ist Wopperer auf eine ganz vernünftige Lösung gekommen. Er sagte: Bevor Hartwich die Halle wegriß und er, Wopperer, sie dann wieder genehmigen lässt und aufbaut, ist es besser, die Halle gleich stehen zu lassen.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN – Dr. Thomas Bayer (SPD): Jawohl, so ist's richtig!)

Er stellt einen Bauantrag, lässt sich das ordnungsgemäß genehmigen, und dann ist die Sache geheilt. Das ist volkswirtschaftlich ganz vernünftig gedacht.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

– Dass Sie das nicht begreifen, wundert mich nicht.

Ich will Ihnen aber nichts aufdrücken, was Ihnen momentan nicht zu vermitteln ist. Deswegen stelle ich den Antrag, diese Petition in den Eingabenausschuss zurückzuverweisen – dann kann man sich noch einmal damit beschäftigen –, mit der dringlichen Bitte, dass das Ganze in einen Ortstermin mündet. Dann haben Sie die Möglichkeit, sich vor Ort sachkundig zu machen und sich dem Bürger zu stellen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Kollege Zeitler hat den Antrag gestellt, die Eingabe an

den Petitionsausschuss zurückzugeben. Gibt es dennoch Wortmeldungen? – Herr Kollege Werner, bitte.

(Engelbert Kupka (CSU): Jetzt lasst doch die Sache beim Petitionsausschuss!)

Hans Joachim Werner (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Zeitler, ich weiß nicht, ob Sie schon einmal Mitglied des Petitionsausschusses waren. Wenn ja, dann muss das schon ungefähr 83 Jahre her sein; denn dieses Verfahren, das Sie vorgeschlagen und selbst schon praktiziert haben, ist bei uns im Petitionsausschuss nicht üblich. Wir achten in erster Linie darauf, dass die Behörden nach Recht und Gesetz vorgehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir achten dabei natürlich darauf, dass der Spielraum für die Bürgerinnen und Bürger so weit wie möglich ausgenutzt wird. Im vorliegenden Fall gibt es diesen Spielraum eben nicht. Wenn einer mitten im Wald eine Halle schwarz errichtet, dann muss er sie eben wieder abreißen. Das Spielchen, der Petent sei nicht Herr Hartwich, sondern Herr Wopperer, sollten Sie sich sparen. Es kann doch niemand auf dem Grund und Boden eines anderen nach Belieben bauen. Schon gar nicht können Sie eine Privilegierung konstruieren.

Sie haben auf die Vernunft abgestellt: Ich bin dafür, auch diesen Fall mit Vernunft zu betrachten. Ich möchte mir deshalb erlauben, aus der Stellungnahme der Bayerischen Staatsregierung zu zitieren, in der eindeutige Feststellungen getroffen werden, zum Beispiel, dass das Vorhaben in der Schutzzone des Naturparks Steinwald liegt. Da macht man so etwas nicht.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Unvorstellbar! – Simone Tolle (GRÜNE): Pfuil!)

Auch in Bayern darf nicht schwarz gebaut werden. Der Landtag darf nachträglich ebenso wenig einen Schwarzbau sanktionieren.

Sie sagen, es wäre vernünftig, wenn Herr Wopperer so vorgehe. Ich will Ihnen sagen, was die Staatsregierung dazu sagt:

Selbst wenn Herr Wopperer privilegiert wäre, würde das Vorhaben an dieser Stelle nicht zustimmungsfähig sein, weil es nämlich seinem Betrieb gar nicht dient.

(Heiterkeit der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

– Das steht wörtlich so in der Stellungnahme. Es heißt weiter:

Ein vernünftiger Landwirt

– weil Sie von Vernunft gesprochen haben –

würde landwirtschaftlich genutzte Gebäude im Außenbereich so nicht errichten.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Halle ist nämlich über einen Kilometer von seiner Hofstelle entfernt und eben nicht zentral zu den landwirtschaftlichen Flächen des Herrn Wopperer gelegen.

Die Zufahrt ist im Winter nur eingeschränkt nutzbar,

– Haben Sie schon einmal Holz im Sommer geschlagen? –

was eine landwirtschaftliche Zufahrt erheblich erschwert. Ein vernünftiger Landwirt würde eine Maschinenhalle darüber hinaus nicht, wie im vorliegenden Fall geschehen, in fünf baulich unterschiedlich gestaltete Einzelgebäude aufteilen.

Ich zitiere immer noch aus der Stellungnahme der Staatsregierung. Ich bin sehr dankbar für diese wirklich hervorragende Stellungnahme.

Auch die Holzlege ist über die mangelnde Zuordnung zum Betrieb des Herrn Wopperer wegen des nur schuldrechtlichen Pachtvertrags mit Herrn Hartwich planungsrechtlich nicht zulässig.

Meine Damen und Herren, wenn wir das machen, wie wollen wir dann in Zukunft einem Petenten, der im Außenbereich etwas bauen will, sagen: Tut uns leid, das geht nicht? – Den Grundsatz der Gleichbehandlung müssen wir beachten.

Deswegen weiß ich nicht, was der Ortstermin bringen soll. Sie kennen es schon, Sie sind wild entschlossen, sich durchzusetzen. Ich kann mir zwar eine Halle im Wald nicht vorstellen, aber ich kann mir vorstellen, dass ich es mir nicht anschauen muss, um zu sagen: Im Wald baut man solch eine Halle nicht. Deshalb ist Ihr Vorgehen total daneben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Frau Kollegin Scharfenberg, können wir darüber abstimmen, dass zurück überwiesen wird, oder wollen Sie sich trotzdem zu Wort melden? – Gut, wenn es dann noch sein soll, bitte schön.

Maria Scharfenberg (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, nur ganz kurz noch zur Auf-

klärung, weil Herr Zeitler meinte, es sei nicht die Eingabe „Hartwich“. Es ist sehr wohl die Eingabe „Hartwich“ hier können Sie es lesen, ich kann es Ihnen gleich nachher geben. Da steht drauf: „Herr Josef Hartwich, Weiden, Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von forst- und landwirtschaftlichen Geräten“. Das ist es, was für mich zählt. Was Sie von einem Herrn Wopperer vorbringen, interessiert mich erst einmal nicht.

Der Landrat des Landkreises Tirschenreuth sagte, falls dem Petitem des Petitionsausschusses entsprochen werden sollte, müsste er, um die Gleichbehandlung sicherzustellen, Antragstellern, deren Bauanträge abgelehnt werden müssten, empfehlen, dagegen vor dem Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags vorzugehen. Er bittet wegen der rechtlich eindeutigen Fakten um Verständnis für seine Position. – Recht hat der Herr Landrat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Antrag des Kollegen Zeitler für die CSU-Fraktion zugrunde, diese Petition an den Petitionsausschuss zurück zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Keine andere Meinung. Dann ist das so beschlossen. Die Eingabe wird dem Petitionsausschuss zurück überwiesen. Dann werden dort die Beratungen fortgeführt.

Ich darf noch außerhalb der Tagesordnung folgende Umbesetzung gemäß Paragraph 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt geben: Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass anstelle von Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer Herr Kollege Peter Eismann Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sein soll. Das Hohe Haus nimmt hiervon Kenntnis.

Dann darf ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer und anderer und Fraktion (SPD) zur Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes, Drucksache 15/8885 – das war Tagesordnungspunkt 2 –, bekannt geben. Mit Ja haben 39 gestimmt, mit Nein 78. damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die Sitzung für heute geschlossen. Ich bedanke mich bei denen ganz herzlich, die bis zum Schluss dageblieben sind. Ich hoffe, dass die Deutsche Bahn Ihnen zuliebe die Notfahrpläne in ihrem Interesse durchführen kann, damit Sie gut und zu einer angemessenen Zeit nach Hause kommen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17.27 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.11.2007 zu Tagesordnungspunkt 2: Gesetzentwurf der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion SPD; zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drucksache 15/8885)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Bocklet Reinhold		X	
Boutter Rainer			
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne			
Dodell Renate		X	
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Eismann Peter		X	
Ettengruber Herbert			
Prof. Dr. Eykmann Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika			
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guckert Helmut		X	
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine		X	
Haedke Joachim			
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans			
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang	X		
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz			
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton		X	
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz			
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Meyer Franz			
Miller Josef			
Dr. Müller Helmut			
Müller Herbert			
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann			
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg			
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp			
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sailer Martin			
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz			
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika			
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg			
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen			
Vogel Wolfgang			
Volkmann Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Weinberger Helga			
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	39	78	0

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 8)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u.a. SPD
 Gerecht ist, wenn keiner verloren geht!
 Keine Klasse über 25
 Drs. 15/8453, 15/9184 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Hans Joachim Werner, Susann Biedefeld u.a. SPD
 Betriebsstörungen und Vorfälle im Betriebsablauf der GSB
 Drs. 15/8587, 15/9178 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Sicherheit für Polizeieinsatzkräfte, Rettungsdienste, Ersthelfer und Straßenmeister bei Straßenverkehrsunfalleinsätzen
 Drs. 15/8590, 15/9161 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster u.a. SPD
 Nebentätigkeiten von Polizeibeamten
 Drs. 15/8592, 15/9153 (E) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Reinhold Strobl u.a. SPD
 Genehmigung von drei zusätzlichen Gymnasien für München
 Drs. 15/8593, 15/9185 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Robert Kiesel, Reserl Sem u.a. CSU
 Vierjähriger Prüfungsturnus für Kleinkläranlagen bei Einschaltung eines Fachbetriebs
 Drs. 15/8759, 15/9179 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und V erbraucherschutz	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Ludwig Wörner, Stefan Schuster u.a. SPD
 Bayern, aber gerechter
 Staatsaufträge nur an tariftreue Zustelldienste vergeben - Belange der Beschäftigten bei der Vergabe berücksichtigen
 Drs. 15/8768, 15/9186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Vogel, Adelheid Rupp, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
 Sicherheits-Check für Hochschulgebäude:

- | | | | | | | | | | | | | | |
|--|------------|------------|------------|---|---|------|--|------------|------------|------------|---|---|------|
| <p>Kontrolle und Instandsetzung der Bausicherheit
Drs. 15/8769, 15/9167 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;">CSU</td> <td style="text-align: center;">SPD</td> <td style="text-align: center;">GRÜ</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">A</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | A | Z | Z | <p>Offensive Zukunft Hochschule;
5. Erprobung von Parametern für die Fachhochschulentwicklung in Bayern am Pilotbeispiel der Fachhochschule Ingolstadt
Drs. 15/8788, 15/9172 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;">CSU</td> <td style="text-align: center;">SPD</td> <td style="text-align: center;">GRÜ</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | Z | Z | Z |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | |
| A | Z | Z | | | | | | | | | | | |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | |
| Z | Z | Z | | | | | | | | | | | |
| <p>9. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
1. Steigende Studierendenzahlen als Chance nutzen!
Drs. 15/8784, 15/9168 (G)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;">CSU</td> <td style="text-align: center;">SPD</td> <td style="text-align: center;">GRÜ</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: center;">A</td> <td style="text-align: center;">A</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | Z | A | A | <p>14. Antrag der Abgeordneten Georg Winter, Thomas Kreuzer, Dr. Ingrid Fickler u.a. CSU
Stärkung des historischen und kulturellen Regionalbewusstseins am Beispiel Bayerisch-Schwabens
Drs. 15/8789, 15/9173 (ENTH)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;">CSU</td> <td style="text-align: center;">SPD</td> <td style="text-align: center;">GRÜ</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">ENTH</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | Z | Z | ENTH |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | |
| Z | A | A | | | | | | | | | | | |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | |
| Z | Z | ENTH | | | | | | | | | | | |
| <p>10. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
2. Gesamtkonzept zur Entwicklung der Universitäten
Drs. 15/8785, 15/9169 (ENTH)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;">CSU</td> <td style="text-align: center;">SPD</td> <td style="text-align: center;">GRÜ</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">ENTH</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | Z | Z | ENTH | <p>15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Abschaffung des Büchergeldes - Erhebung sofort aussetzen
Drs. 15/8904, 15/9202 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;">CSU</td> <td style="text-align: center;">SPD</td> <td style="text-align: center;">GRÜ</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">A</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | A | Z | Z |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | |
| Z | Z | ENTH | | | | | | | | | | | |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | |
| A | Z | Z | | | | | | | | | | | |
| <p>11. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
3. Gesamtkonzept zur Entwicklung der Fachhochschulen
Drs. 15/8786, 15/9170 (ENTH)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;">CSU</td> <td style="text-align: center;">SPD</td> <td style="text-align: center;">GRÜ</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">ENTH</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | Z | Z | ENTH | <p>16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann und Fraktion SPD
Bayern, aber gerechter Büchergeld nicht mehr einsammeln
Drs. 15/8937, 15/9203 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;">CSU</td> <td style="text-align: center;">SPD</td> <td style="text-align: center;">GRÜ</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">A</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | A | Z | Z |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | |
| Z | Z | ENTH | | | | | | | | | | | |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | |
| A | Z | Z | | | | | | | | | | | |
| <p>12. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
4. Weitere strategische Schwerpunktbildung im Bereich des Ausbaus der Fachhochschulen
Drs. 15/8787, 15/9171 (ENTH)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;">CSU</td> <td style="text-align: center;">SPD</td> <td style="text-align: center;">GRÜ</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">ENTH</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | Z | Z | ENTH | <p>17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verdächtigungen gegenüber der islamischen Gemeinde in Penzberg
Drs. 15/8974, 15/9162 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;">CSU</td> <td style="text-align: center;">SPD</td> <td style="text-align: center;">GRÜ</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | Z | Z | Z |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | |
| Z | Z | ENTH | | | | | | | | | | | |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | |
| Z | Z | Z | | | | | | | | | | | |
| <p>13. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle, Christine Haderthauer u.a. CSU</p> | | | | | | | | | | | | | |

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 30.11.2007

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)